

März 1940

1.-31.

Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirigent A. J. Berndt

Reichspropagandaministerium

Oberstleutnant von Wedel

Oberkommando der Wehrmacht

März-Lieferung

(Nr. 13/14 der Gesamtlieferung)

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin W9

Zeittafel

1. 3. 40 Tagesbefehl Görings zum Gründungstag der Luftwaffe (S. 56).
2. 3. 40 Halbjahresbericht des Oberkommandos der Wehrmacht (S. 53).
Erfolgreicher Luftangriff auf britische Vorpostenboote und Geleitzüge (S. 48).
3. 3. 40 Siegreicher Kampf von Messerschmitt-Flugzeugen gegen französische Uebermacht bei Diedenhofen (S. 48).
Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse (S. 155).
4. 3. 40 Großadmiral Dr. h. c. Raeder über die deutsche Seekriegsführung (S. 75).
7. 3. 40 Erfolgreiche Vorstöße der deutschen Luftwaffe gegen die britische Ostküste (S. 49).
9. 3. 40 Polizeiverordnung zum Schutz der Jugend (S. 139).
10. 3. 40 Rede des Führers zum Heldengedenktag im Berliner Zeughaus (S. 58).
10 v. S. der britischen Tankerflotte vernichtet (S. 49).
12. 3. 40 Russisch-finnischer Friedensschluß in Moskau (S. 88).
Verordnung zum Schutz des Reichsarbeitsdienstes (S. 141).
13. 3. 40 Kapitänleutnant Schuhart vernichtete mit seinem U-Boot im Verlauf zweier Feindfahrten über 66 000 Tonnen (S. 50).
14. 3. 40 Aufruf Görings zur Metall-Sammelaktion (S. 57).
16. 3. 40 Starke Kampfkräfte der Luftwaffe bei Scapa Flow gegen Kriegsschiffe, Flugplätze und Blakstellungen erfolgreich (S. 50).
17. 3. 40 Dr. Todt Reichsminister für Bewaffnung und Munition (S. 56).
18. 3. 40 Begegnung des Führers mit Mussolini am Brenner (S. 73).
20. 3. 40 Deutsche Kampfflugzeuge zerstören Geleitzug bei Scapa Flow und versenken 9 Kriegs- und Handelsschiffe mit 42 000 Tonnen (S. 51).
22. 3. 40 32 694 BRZ feindlichen und dem Feinde nutzbaren Handelsschiffsraums an drei Tagen versenkt (S. 51).
23. 3. 40 Zahlreiche Verletzung des niederländischen Hoheitsgebiets durch britische Flugzeuge (S. 52).
28. 3. 40 Britischer Geleitzug bei den Shetlands zerstört (S. 51).

29. 3. 40 Das Auswärtige Amt veröffentlicht „Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Erste Folge“ (S. 96). Außenpolitische Rede Molotows vor dem Obersten Sowjet (S. 90).
31. 3. 40 Reichsgesundheitsführer Dr. Conti über die Erfolge der Volksgesundheitspflege (S. 66).



Aus dem Inhalt

Der Kampf	5
Der See- und Handelskrieg im März	33
Der Einsatz des Reichsarbeitsdienstes im Feldzug in Polen	44
Wehrmachtberichte	48
Der Halbjahresbericht des OKW	53
Dokumente	56
Rede des Führers am Heldengedenktag	58
Innenpolitik	61
Außenpolitik	73
Das dritte Weißbuch	96
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges	130
Die Verwaltung	139
Die Sozialpolitik	142
Die Wirtschaftspolitik	153

Der Kampf

Sechs Monate Krieg! Zu Lande, zur See und in der Luft hat die deutsche Wehrmacht sich schützend und schirmend vor das Großdeutsche Reich gestellt. An keiner Stelle ist feindlichem Willen ein Einbruch gelungen. Zu Lande ist nicht einmal ein Versuch erfolgt, in der Luft haben die feindlichen Flieger es nicht gewagt, die schützende Wolkenschicht zu verlassen, und selbst die optimistischsten Berichte aus London und Paris mußten zugeben, daß die Besuche der gegnerischen Flieger über deutschem Lande in einer so außerordentlichen Höhe erfolgt sind, die die gegnerischen Flieger versucht haben, deutsche Vorpostenschiffe und deutschen Luftschutz anzugreifen und zu schädigen ist es ihnen, mit ganz geringen Ausnahmen, nicht gelungen. So bleibt nur der Krieg zur See oder, richtiger gesagt, das, was das angeblich meerbeherrschende England darunter versteht, der Hungerkrieg gegen das deutsche Volk durch die Blockade. Aber auch hier hat sich von Monat zu Monat sichtbar herausgestellt, daß dieser Blockadefrieg einmal seine Abwehr findet in den Selbsterhaltungsmöglichkeiten Deutschlands, darüber hinaus aber es England nicht vermocht hat, die Blockade wirklich lückenlos zu gestalten.

Wie anders sieht die Bilanz für Deutschland aus! Die polnische Wehrmacht ist von den vereinigten deutschen Kräften zu Lande, in der Luft und zu Wasser geschlagen und vernichtet worden. Im Westen ist die Abwehr bis zum äußersten vervollkommenet worden, und täglich haben deutsche Spähtruppen den Beweis dafür erbracht, daß der deutsche Angriffswille und die deutsche Angriffsfähigkeit auf der Höhe sind. Die deutsche Luftwaffe hat in kühnen Angriffen auf feindliche Seestreitkräfte, bewaffnete Handelsschiffe und Geleitzüge größte Erfolge erzielt und die Aufklärung über Frankreich und Großbritannien hinweggetragen. Die deutsche Kriegsmarine endlich hat den Seekrieg gegen England und Frankreich so geführt, daß die eingesetzten Waffen einen vollen und steigenden Erfolg herbeiführen konnten. Aber die Aufgabe der Abwehr hinaus hat sie vor allem durch die schneidige Unterseebootwaffe dem Feind nicht nur Schaden auf Schaden zugefügt, sondern auch ihm und der Welt den Beweis erbracht, daß die Seeherrschaft Englands und des mit ihm verbündeten Frankreichs der Vergangenheit angehört. Auf die gegnerische Behauptung, Deutschlands ursprüngliche U-Boot-Flotte sei bereits zerstört, haben Korvettenkapitän Hartmann, die Kapitänleutnante Prien, Schuhardt, Herbert Schulze und ihre Kameraden die beste Antwort erteilt. Die Lage der britischen Kriegsmarine aber wird dadurch gekennzeichnet, daß die Schlachtflotte sich wenigstens zunächst in die Schlupfwinkel der englischen und schottischen Westküste zurückziehen und ihre offensive Operationsbasis in Scapa Flow sowie in allen Nordseeflügpunkten aufgeben mußte.

Der Bericht, den das Oberkommando der Wehrmacht über das Ergebnis der ersten sechs Monate Kriegsführung erstattet hat und den wir auf Seite 53 veröffentlichten, ist ein stolzes Zeugnis dafür, daß das deutsche Volk hinter dem Schutz seiner Wehrmacht und in der Entschlossenheit, diesen ihm aufgezwungenen Kampf zum siegreichen Ende zu bringen, keinen Gegner zu fürchten braucht.

Im Westen finden in den ersten Märztagen Spähtrupptätigkeit und Aufklärungsflüge der Luftwaffe ihre Fortsetzung in dem bisherigen Umfang. Ein feindlicher Stoßtrupp, der am 2. März am Nordausgang von Ritzingen vorzugehen versucht, wurde von einem deutschen Stoßtrupp abgewiesen. Südostwärts von Saarlautern sprengte ein deutscher Spähtrupp einen französischen Bunker. Am 3. wurden zwischen Saar und Pfälzer Wald durch einen Spähtrupp sieben, an einer anderen Stelle zwei französische Gefangene eingebracht. Das beiderseitige Artilleriefeuer war gering. Am 4. wurde zwischen Mosel und Pfälzer Wald beiderseitige Spähtrupptätigkeit berichtet.

Am 5. März wurden in einem feindlichen Werk und in zwei befestigten Unterständen ostwärts der Mosel auf französischem Gebiet Teile des britischen Infanterie-Regiments Herzog von Cornwall von einem deutschen Stoßtrupp nach Artillerievorbereitung angegriffen, teils vernichtet und teils gefangen. Der Feind hatte etwa 20 Tote, während auf deutscher Seite nur ein Soldat gefallen ist. Die Höhe der britischen Verluste zeugt von der Heftigkeit des Feuerkampfes, der der Gefangennahme von einem Feldwebel und 15 Mann des erwähnten britischen Regiments vorausging. Durch das kühne deutsche Stoßtruppunternehmen konnte ermittelt werden, daß die Briten augenscheinlich nur an einer schmalen Stelle unter beiderseitiger Anlehnung an französische Truppenteile in der vordersten Linie eingesetzt waren. Die englische Kompanie, der die vorderste Sicherung dieser Stellung oblag, wurde von dem deutschen Stoßtrupp aufgegriffen. Zum erstenmal ist es damit zu einem tatsächlichen Gefecht mit britischen Truppenteilen gekommen.

Die Überführung der britischen Truppen nach Frankreich hatte bereits in den ersten Septemberwochen begonnen, bis Mitte Dezember aber wurden die britischen Truppen ausschließlich zum Bau von Befestigungsanlagen verwendet. Am 11. Dezember und in den darauffolgenden Tagen kündigten die englischen und französischen Zeitungen in großer Aufmachung den Einsatz britischer Truppen in der Maginot-Linie gegenüber den deutschen Stellungen an. In diesen Artikeln wie auch in den Aufrufen der Generale Gort und Gamelin wurde darauf hingewiesen, daß britische Truppen nun Seite an Seite mit ihren französischen Kameraden im Kampf gegen den Feind kämpfen. Trotz dieser Ankündigungen haben jedoch bisher nur zwei kleine Zusammenstöße mit britischen Soldaten in vorderer Linie stattgefunden. Anfang Januar wurde eine südlich Waldwiese stehende deutsche Sicherung angegriffen. Dieser Vorstoß wurde erfolgreich abgewehrt. Einem deutschen Unteroffizier fiel damals ein schwerverwundeter britischer Oberleutnant des Royal-Norfolk-Regiments in die Hände, der bald darauf starb. Es steht demnach fest, daß britische Truppen in den sechs ersten Kriegsmonaten nur einmal und nur an einer Stelle der Front ins Gefecht getreten sind. Bei diesem einzigen Gefecht haben sie sich, ohne den geringsten Erfolg erzielt zu haben.

sofort zurückgezogen und einen schwerverwundeten Offizier dabei im Stich gelassen. Ende Februar verkündete der Londoner Rundfunk, es könne bekanntgegeben werden, daß britische Truppen an Spähtruppunternehmen ins Niemandsland vor der Maginot-Linie teilgenommen hätten. Die Ergebnisse wurden verschwiegen, aber der Rundfunk fügte hinzu, daß das betreffende Regiment sich bereits wieder in Ruhestellung befinde. Immerhin hat es bis in den März hinein gedauert, bis eine nennenswerte Berührung zwischen deutschen und britischen Truppen nunmehr erfolgt ist. In diesem Zusammenhang veröffentlicht das Britische Hauptquartier übrigens seinen ersten Heeresbericht, der, wenn auch in wesentlich abgemilderter Form, den Mißerfolg der Briten in diesem ersten Gefecht verzeichnet. Über den Kampf selbst sei der folgende *Erlebnisbericht* veröffentlicht:

Vor fast genau einem halben Jahr erklärten uns die Engländer den Krieg. Unsere Landser, die seitdem, weit vor den Bunkern des Westwalls, teilweise auf französischem Boden, treulich Wacht halten, brannten darauf, in Kampfberührung mit den Tommies zu kommen. Bei ihren unzähligen Spähtrupp- und Erkundungsvorstößen hielten sie vergeblich Ausschau. Nirgends ließen sich die englischen Soldaten in der vordersten Linie blicken. Dies war bisher ausschließlich ihren französischen Waffenbrüdern und ihren fremdrassigen Trabanten, den Marokkanern, Senegalesen und anderen Kolonialtruppen vorbehalten. Plötzlich tauchten dann vor einigen Wochen auch Engländer an der Front auf, und der erste, der seinerzeit gefangen wurde, ein Offizier, starb zwei Tage später an seiner schweren Verwundung.

Am Dienstag sind nun die ersten Engländer gefangengenommen worden, gleich 16 Mann auf einen Schlag! Im Oktober schon wurden sie nach Frankreich verschifft. Sie hielten sich seitdem weit hinter der Front bzw. im Landesinnern auf, und vor zwei Tagen wurden sie zum erstenmal eingesetzt. 48 Stunden später waren sie in deutscher Gefangenschaft! In einem kühnen Unternehmen brachen unsere Männer in die feindliche Stellung ein und überrumpelten die Tommies in einer Art und Weise, wie es sich wohl keiner von ihnen je hätte träumen lassen.

Es war frühmorgens. Die Engländer lagen in tiefem Schlaf in ihren mit Sandsäcken ausgebauten Unterständen. Sie waren an Artilleriefeuer noch nicht gewöhnt, zumal da sie sich erst seit kurzem in Stellung befanden und es in den letzten Tagen vorne ruhig zuging. Sie fühlten sich daher in ihrem anscheinend splittersicheren Unterstand wohlgeborgen.

Im nächtlichen Dunkel waren die Männer des deutschen Spähtrupps — eine Handvoll Infanteristen, denen Pioniere und als Sicherung MG beigegeben waren — aus ihrem Quartier aufgebrochen. Eine Stunde später erreichten sie bereits das stark ansteigende feindliche Gelände, und eine halbe Stunde danach durchschnitten sie schon das erste feindliche Drahthindernis.

Inzwischen war die Morgendämmerung hereingebrochen. Die Tommies träumten dem anbrechenden Tag entgegen, da prasselten schon deutsche Granaten auf ihren Unterstand. Urplötzlich schien sich die Hölle aufgetan zu haben. Unheimliches Krachen und Zischen erfüllte die Luft. Die Erde bebte. Im Schutze des eigenen Feuers drangen unsere Männer im Eiltempo weiter vor, verpusteten sich zwischendurch einige Sekun-

den in einer Deckung bietenden Mulde und wären im Eifer fast direkt in den Feuerhagel hineingerannt. Die Nerven aufs höchste angespannt, lagen sie dicht vor der gegnerischen Verschanzung. Jeden Augenblick mußte der Feuerüberfall beendet sein, und dann mußte sich im Nahkampf entscheiden, ob das Unternehmen glückte, ob die Engländer bei diesem ihrem ersten Waffengang auf französischem Boden Sieger blieben oder die Deutschen.

Jetzt verstummte die Artillerie. In Sekundenschnelle stürmten unsere Männer vor und sprangen in die feindliche Stellung, nachdem die Pioniere noch das letzte Drahthindernis beseitigt hatten. In einer kreisförmig angelegten, mit mehreren Eingängen versehenen Verschanzung hatte sich der Feind verborgen. Es entwickelte sich ein heftiger Feuerkampf. Gewehrshüsse wurden gewechselt. Schon flogen die ersten deutschen Handgranaten hinüber. Verwundete Engländer schrien auf. Ein Engländer streckte zögernd die linke Hand, in der er ein entfaltetes weißes Taschentuch hielt, aus dem Unterstand heraus. Aber es ist eine heimtückische Finte! Er hielt in der Rechten die Pistole und knallt weiter auf die vorstürmenden Deutschen. Diese antworteten mit Pistolen, Maschinenpistolen und Handgranaten.

Jetzt kommen die Engländer unaufgefordert einzeln heraus, zwei werfen zögernd noch Eierhandgranaten, die anderen aber legen sich platt auf den Boden, der Reihe nach ausgerichtet. Erst nach mehrmaligem Auffordern stehen sie auf und halten die Hände hoch. Sie sind niedergeschlagen. In ihren Gesichtszügen spiegelt sich das furchtbare Erleben der letzten Viertelstunde wider. Sie haben ihre toten Kameraden vor Augen, die in ihrem ersten Kampf gegen Deutschland fielen. Sie selbst aber gehen in Gefangenschaft.

Schnell faßten unsere Männer zu und brachten die Gefangenen im Laufschrift zurück hinter die deutsche Linie. Im Galopp ging es den Berghang hinunter. Die verwundeten Engländer wurden mitgenommen. Flankierendes Feuer der feindlichen Maschinengewehre wurde durch eigene Maschinengewehre niedergehalten. Auch die feindliche Artillerie vermochte den gesicherten Rückzug nicht zu vereiteln.

Es verlohnt sich auch, einen Bericht über die Gefangenen selbst zu veröffentlichen:

Nur zögernd kamen die ersten Worte über ihre Lippen. Zu nachhaltig wirkte der niederschmetternde Eindruck auf die Gefangenen, zu überwältigend war der rasche Vorstoß der Deutschen gewesen. Erst nachdem ihnen heißer Kaffee und Zigaretten gereicht wurden, sprechen sie die ersten Sätze. Ihre Befürchtung, daß ihnen nach der Gefangennahme Schlimmes widerfahren würde, zerstreute sich bald, als sie sahen, daß deutsche Ärzte sich um ihre Verwundeten bemühten und daß ihnen ihre Erinnerungsstücke, Photographien, Wertsachen und Genußmittel belassen wurden. „Warum habt ihr eigentlich solange geschossen, als eure Lage schon völlig aussichtslos war?“ fragte einer der Stoßtruppmänner. „Ja, wir übersahen die Lage nicht und befürchteten, schlimm behandelt zu werden, wenn wir in Gefangenschaft gerieten!“ erwiderte ein Engländer. Nach den Greuelmärchen, die man ihnen im Inselreich über die „Huns“ erzählt hatte, war ihnen die anständige Behandlung, die ihnen durch die Deutschen zuteil wurde, unfaßbar.

Wer sind sie nun? Da ist zunächst der Jüngste: Henry John Wilde aus London, 19 Jahre alt. Er hat noch vier Geschwister und erlernte den Handsetzerberuf. Seit einem Jahr trägt er die Uniform des Duke of Cornwall's Light Infantry Regiment. Jetzt sieht sie, vom Kampf gezeichnet, recht mitgenommen aus. Mit gespreizten Beinen sitzt er da, die Hände in den Hosentaschen, etwas unmititärisch, wie man es bei Engländern häufig findet. Im Gegensatz zu ihm ist der ebenfalls ledige 27-jährige Albert Thomas Ayres — ein Pferdepfleger aus London — wortkarg. Er ist früh Berufssoldat geworden und hat bereits mehrere Jahre gedient. Still, in sich gekehrt, richtet er den Blick zum Boden. Das erschütternde Erleben der letzten Stunden hat ihn außerordentlich beeindruckt. Er scheut anscheinend jedes Wort, das er spricht. „Chamberlain, Churduill, Duff Cooper machen, was sie wollen, ohne das arbeitende Volk zu befragen . . .“ „This rules like this may“ (sie herrschen, wie sie wollen), erklärt er resigniert. John Arthur Bakman ist 30 Jahre alt, Cellist in einer Jazz Band in London. Er hat zwei kleine Kinder zu Hause. Er ist kein Freund der Juden, die nach seiner Ansicht nicht arbeiten und unerdientermaßen Geld und Macht in England besitzen.

Offenherzig, voll Vertrauen auf die von den Deutschen gewährte menschliche Behandlung schaut Harald Walford dem Fragenden in die Augen. Er ist 23 Jahre alt, in Buenos Aires geboren und von Beruf Installateur. Er ist erfreut, daß er über den Rundfunk zur Heimat sprechen darf, und teilt es sofort seinen Kameraden mit. Den Feuerüberfall und den anschließenden Nahkampf hat er glücklich überstanden. Ohne Zögern nimmt er die Zigarette, die ihm ein Feldweibel anbietet, und raucht behaglich. Er spricht gern über die früheren sportlichen Beziehungen zu den Deutschen und ist sichtlich zufrieden, daß dieser Krieg für ihn zu Ende ist. Spontan reißt er einen Messingknopf mit dem Wappen des Herzogs von Cornwall vom Mantel und gibt ihn für die Zigarette als Erinnerungsgeschenk zurück: „Take for souvenir!“ (Nimm es als Erinnerung).

Ziemlich verstört, voller Kummer und Sorge über das Schicksal seiner Familie, sitzt Joseph Ungent — 39 Jahre alt, Vater von zwei Kindern — in der Ecke. Er grübelt über das Vergangene nach: „Why do we kill each other?“ (Warum töten wir uns gegenseitig?) fragt der Engländer nachdenklich. „Wir wollen keinen Krieg und hoffen, bald wieder in England zu sein!“ Sein Kamerad Victor Hounsell hat leichte Verwundungen erhalten. Auch er läßt den Kopf hängen. Er kann es noch nicht fassen, daß er schon am zweiten Tage seines Einsatzes an der Front gefangengenommen wurde.

Bemerkenswert war die psychologische Einstellung bei den Gefangenen zum Krieg. Optimistische Äußerungen hörte man nicht. Sie wissen nicht, wofür sie eigentlich kämpfen, und finden keine Erklärung für die verderbliche Kriegspolitik ihrer Regierung.

„Wir wollen keinen Krieg!“ beteuert ein Tommy nochmals, und seine Kameraden stimmen schweigend zu.

Ein stärkerer feindlicher Spähtrupp versuchte am 6. März in der Gegend von Perl gegen die deutschen Stellungen vorzugehen, wurde aber durch wirksames deutsches Artilleriefeuer abgewiesen. Denselben Mißerfolg hatten die Franzosen mit einer neuen Propagandaaktion. Durch Lautsprecher wollten

sie die deutschen Vorposten zum Ungehorsam auffordern. Ein Beweis, welche unsinnigen Vorstellungen in den Köpfen derer herrschen müssen, die derartige „Kampfmassnahmen“ anordnen. Die deutschen Soldaten haben mit Gewehrfeuer die gebührende Antwort auf dieses dummdreiste Ansinnen gegeben. Auch am 8. März wurde im Grenzgebiet am Pfälzer Wald ein feindlicher Spähtrupp abgewiesen. Als Gegenstück zu der angeordneten Lautsprecherpropaganda sei festgehalten, daß französische Soldaten am Oberrhein bei ihrer Ablösung sich von den gegenüber liegenden deutschen Truppen mit dem lauten Zuruf „Reserve hat bald Ruh!“ verabschiedeten.

Unter dem 10. März meldet das Oberkommando der Wehrmacht an verschiedenen Stellen zwischen Mosel und Pfälzer Wald lebhaftere Artillerie- und Spähtruppstätigkeit. Insbesondere unternahmen auf beiden Seiten Spähtrupps Versuche, in das vom Gegner besetzte Gebiet vorzustoßen und dort Erkundungen durchzuführen. Die feindlichen Spähtrupps waren durchweg erfolglos, mehrere wurden ohne Mühe abgewiesen. Dagegen gelang es deutschen Spähtrupps, an mehreren Stellen auf feindliches Gelände vorzustoßen und wertvolle Ergebnisse ihrer Erkundungen heimzubringen. Am 11. und 12. März verzeichnete der Wehrmachtbericht „keine besonderen Ereignisse“. Ergänzend ist zu berichten, daß am Pfälzer Wald zwei gegnerische Spähtrupps abgewiesen wurden und daß der Feind an der Oberrheinfront einen lebhaften, aber wirkungslosen Feuerüberfall auf das deutsche Ufer veranstaltete.

Am 13. März hält der Wehrmachtbericht den Überfall eines deutschen Spähtrupps in der Gegend des Pfälzer Waldes auf französischem Boden fest. Es gelang ihm, einen Trupp von 15 Mann und 3 Tragtieren zu überraschen. Der Gegner hatte Verluste und ließ mehrere Gefangene in deutscher Hand. Der deutsche Spähtrupp kehrte ohne Verluste in die eigene Stellung zurück. Ein französischer Spähtrupp wurde von deutschen Vorposten abgewiesen. Feindliche Artilleriefeuer beantwortete die deutsche Artillerie mit Vergeltungsfeuer in gleicher Stärke. Am 13. März holte sich die deutsche Flak einen Sondererfolg. Inmitten der Bunker hatte sie am Rheinufer Stellung bezogen. Von dort schob sie angesichts der Trifolore einen französischen Nah-aufklärer ab. Ein Erlebnisbericht gibt darüber folgende Darstellung:

Viele wachsame Augen sind gegen Frankreich gerichtet, um den Feind in der Luft zu beobachten, zu erwarten und, falls er den Versuch macht, die Grenzen zu überfliegen, nicht nur daran zu hindern, sondern ihn zu vernichten. Die Flaksoldaten kennen schon ihre alten Bekannten in der Luft, die zu bestimmten Zeiten erscheinen, ihren regelmäßigen Kurs abfliegen und in angemessener Entfernung wieder verschwinden. Das ärgerte unsere Flak schon geraume Zeit, und sie beschloß, sich auf die Lauer zu legen. Sie hatte es besonders auf zwei feindliche Flugzeuge abgesehen, zwei von jenen alten Bekannten, von denen man sagen kann: Alter schützt vor Torheit nicht! Sie kamen fast täglich, taten so, als ob sie als Nahaufklärer sehr beschäftigt waren, blieben jedoch zunächst in zu großer Entfernung und waren durch Beschuß nicht zu erreichen. Also sagten die Flaksoldaten: „Wenn diese beiden

Mureaux nicht herankommen, müssen wir eben näher heran." An ihren Kurs nämlich, der regelmäßig jenseits des Rheins entlang ging. Daher die Lauerstellung. Es machte nichts aus, daß ein Geschütz auf einem Floß über einen Nebenarm des Rheins geschafft werden mußte.

Es war zunächst uninteressant, daß in nur wenigen hundert Metern Entfernung, bereits mit bloßem Auge sichtbar, die französische Trikolore wehte. Nur näher heran, war der eiserne Wille dieser beiden Batterien, denen der jüngste im Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht erwähnte Erfolg beschieden war. Und so gelang die Überraschung der beiden alten Bekannten. Bei nicht gerade angenehmem Flugwetter kommen die beiden Mureaux wieder einmal dahergeschaukelt, geradenwegs aus der Richtung, wo die Trikolore jenseits des Rheins im Winde flattert. Die Geschützführer bringen die Ferngläser nicht von den Augen. Jeder Kanonier ist voll gespannter Erwartung. Kommen sie näher? Wird es heute glücken, endlich glücken?

Hintereinander fliegen die beiden französischen Aufklärer rhein-aufwärts und schwenken schließlich in Richtung auf die deutschen Flakbatterien ein. Noch eine Minute warten die Zugführer mit dem Feuerbefehl, noch eine halbe Minute, jetzt noch ein paar Sekunden; denn jede davon ist kostbar und verringert die Entfernung zwischen Geschütz und Flugzeug. Kaltes Blut und eiserne Nerven gehören dazu, den richtigen Zeitpunkt für den Feuerbefehl zu wählen. Nun schrillt ein Pfiff hinüber zu den Geschützen: Feuer frei! Schon prasselt den beiden französischen Maschinen, die es gewagt haben, sich in den Luftraum nahe dem Vorfeld des Westwalls hineinzuwagen, ein Stahlhagel entgegen. Wie auf Verabredung feuern sämtliche Geschütze auf das vorderste Flugzeug. Es schaukelt ein paarmal hin und her, als ob der Pilot nicht recht wüßte, ob es besser wäre, in die Links- oder Rechtskurve zu gehen. Jetzt versucht er abzudrehen, und schon faßt ihn ein neuer Feuerstoß. Aus der zweiten Maschine knattert eine Maschinengewehrsalve den feuernden deutschen Flakschützen entgegen. Jedoch die Einschläge liegen rechts von der Flakstellung im Abhang des Rheindamms. Kaum daß einer der Kanoniere es für notwendig hält, sich danach umzudrehen. Während das zweite Flugzeug unschlüssig ein paar Kreise beschreibt, kippt plötzlich das erste getroffen vornüber, schießt steil und schnell zur Erde und verschwindet drüben im dichten Hochwald — abgeschossen von deutscher Flak!

Das zweite Flugzeug hat es jetzt eilig, aus dem Feuerbereich der deutschen Flak zu kommen. Es macht gleichsam auf der Hinterhand kehrt und sucht, tiefer und tiefer fliegend, sein Heil in der Flucht direkt in Richtung auf die Trikolore, die jenseits des Rheins im Winde flattert.

Am 15. März wurden wieder am Hammelsberg und bei Berl feindliche Spähtrupp abgewiesen. Ein eigener Stoßtrupp sprengte an der Saarfront einen französischen Beobachtungsstand ohne eigne Verluste. Am 17. März wurden ostwärts der Mosel und im Grenzgebiet südlich von Zweibrücken feindliche Spähtrupp unter Verlusten für den Gegner abgewiesen und dabei mehrere Gefangene gemacht. Im Wehrmachtbericht vom 18. März wurde eine Zunahme der beiderseitigen Artillerietätigkeit festgestellt. Ergänzend sei dazu berichtet, daß allein in einem Abschnitt etwa 2000 Schuß abgegeben wurden. Auch am 19. März lag schwaches feindliches Artilleriefuer in üblichen Ab-

schritten auf dem Vorfeld der Westfront. Es wurde stellenweise erwidert. Das Duell der Artillerie dauerte jedoch nur kurze Zeit. Im Niemandsland entwickelten beiderseitige Spähtruppen lebhafteste Tätigkeit. Hierbei wurden von einem deutschen Trupp außer feindlichen Befestigungen zwei französische Stoßtruppen festgestellt. Sie wurden gezwungen, unverteteterdinge zurückzukehren. Am Oberrhein unternahm der Feind einige MG-Überfälle auf das deutsche Ufer, die vermutlich den deutschen Kampfanlagen galten. Am 20. März geriet ein deutscher Stoßtrupp im Rahmen der üblichen Spähtruppentätigkeit ostwärts der Mosel in einen feindlichen Hinterhalt. Bei dem nächtlichen Gefecht, das im Zeichen eines heftigen Feuerwechsels stand, erlitt der deutsche Trupp einige Verluste, konnte aber wertvolle Feststellungen über die Besetzung der feindlichen Vorfeldlinie zurückbringen.

Der Ostersonntag verlief im Bereich des Meeres ohne besondere Kampfhandlungen. An einzelnen Stellen der Oberrheinfront kam es auf französischer Seite zu Demonstrationen gegen den englischen Krieg, die klar erkennen ließen, wie sinnlos von den französischen Truppen die Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland empfunden wird. Ein kurzer Bericht möge im nachfolgenden schildern, wie die Front das Osterfest erlebte:

Die kämpfende Truppe erlebte das Osterfest inmitten einer Landschaft, in der nach Wochen zähen Widerstandes der Winter nun doch endlich den Rückzug angetreten hat. In den Frontdörfern im freigemachten Gebiet hatte es vor den Feiertagen ein allgemeines Großreinemachen gegeben. Jeder Ortskommandant setzte alles daran, um Straßen und Häuser in Ordnung bringen zu lassen. Eine umfassende Entrümpelungsaktion brachte große Mengen von Altmetall zusammen, das nun einer zweckdienlicheren Verwendung zugeführt wird. Soweit es irgend ging, wurde auch bereits mit der Feldbestellung begonnen. Die Männer der Organisation Todt sind eifrig bemüht, auf den großen Durchgangsstraßen die von Frost und Schnee angerichteten Schäden zu beseitigen.

Das Vorfeld bietet so ein Bild regsten Lebens. Die vordringlichen Arbeiten erfuhren hier auch während der Feiertage keine Unterbrechung. Wie der Soldat auf vorgeschobenem Posten war auch der Arbeiter mit Spaten und Hacken genau wie an jedem anderen Tage auf seinem Platz zu finden.

Für die rechte Osterfreude hatte nicht zuletzt die Feldpost mit der pünktlichen Zustellung all der vielen Karten, Briefe und Päckchen gesorgt, mit denen die Heimat ihre enge Verbundenheit mit der Front erneut bewies. Die Kampftätigkeit erfuhr freilich auch in diesen Tagen keine wesentliche Unterbrechung. Feindliche Störungsfeuer, das hier und da aufflackerte, wurde entsprechend erwidert. Die Spähtruppen unserer Infanterie fühlten auch in diesen vom Vollmond erhellten Nächten dem Gegner auf den Zahn und kehrten zum Teil mit wertvollen Erkundungsergebnissen zurück. Einer der Spähtruppen ließ es sich nicht nehmen, das Osterfest im Niemandsland mit den Kirchenglocken eines vom Franzmann geräumten lothringischen Dorfes einzuläuten, nachdem Kameraden des gleichen Truppenteils auf dem am weitesten sichtbaren Punkt des Ortes die Hakenkreuzflagge gehißt hatten.

Besonders eindrucksvoll gestalteten sich die Feldgottesdienste, die für die abkömmlichen Mannschaften der vorn eingesetzten Truppenteile — zum Teil im Freien, zum Teil in den Kirchen freigemachter Ortschaften — abgehalten wurden. Während die Gedanken zu den Lieben in der Heimat gingen, mahnte die nahe Front doch an die Erfüllung jener Pflicht, die dem deutschen Soldaten heute über alles geht.

So wurde dieses Ostern an der Westfront für Hunderttausende deutscher Männer zu einem Erlebnis, das ihnen erneut den tiefen Sinn ihres Einsatzes vor Augen führte und sie bestärkte im festen Glauben an den sicheren Sieg. Die Losung für morgen kann nicht anders lauten als die von gestern und heute. Es ist jener Satz, der unsichtbar und doch jedem beruht über der stählernen deutschen Wacht im Westen steht: Bereit sein ist alles!

Im Zusammenhang mit beiderseitiger reger Spähtruppstätigkeit war das feindliche Artilleriefeuer am 26. März am lebhaftesten südlich von Zweibrücken. Bei Saarbrücken versuchte der Gegner einem deutschen Spähtrupp einen Hinterhalt zu legen. Der deutsche Trupp konnte sich aber nach lebhaftem Feuerwechsel vom Feinde lösen. Im Grenzgebiet südlich von Birmaßens wurden bei einem Spähtruppunternehmen drei französische Gefangene gemacht. Der Feind erlitt außerdem blutige Verluste. Auch nördlich von Weißenburg wurde ein feindlicher Stoßtrupp unter Verlusten für den Gegner abgewiesen. Am 27. März wurde nordostwärts Saargemünd ein französischer Bollbunker durch einen deutschen Spähtrupp gesprengt. Wie bei Birmaßens französische Gefangene gemacht wurden, soll der nachfolgende Bericht vom 29. März schildern:

18 *Mann für einen Spähtrupp. Die Zahl ist etwas hoch. Aber schließlich ist bei der Zusammenstellung eines Spähtrupps nicht die Zahl der Männer das Entscheidende, sondern das Gelände und die übrigen Umstände.*

Und das Gelände ist danach: Dünner Wald, durch den man viele hundert Meter weit sehen kann. Aufsteigendes Gelände nach einem Berg zu, auf dem der Franzose in der Nacht hämmert, sprengt und herumzimmert. Dazu feindliche Baumbeobachter.

Also Spähtruppauftrag: Erkundung, wie weit die feindlichen Posten auf der Hütte am Berg vorgeschoben sind.

Frühmorgens. Der Spähtrupp steht. Es ist eine bewölkte Mondnacht. Alle Augenblicke kann der Mond zwischen den dicken Wolkenpaketen auftauchen und das Land in helles weißes Licht tauchen. Die bewährten Spähtruppmänner sind zur Stelle. Alles schneidige Burschen. Auch der Hauptfeldwebel ist wieder dabei, der eigentlich gar nicht das Recht hat, mit einem Spähtrupp mitzugehen; denn ein solches Unternehmen ist nicht die Aufgabe eines Hauptfeldwebels. Aber er ist ein verwegener Bursche, dem das Bataillon die Teilnahme ausdrücklich genehmigte, worauf er mächtig stolz ist.

Los geht's durch die Minengasse. Rechts an der Grenze entlang. Nun den Feldweg hinab zum Unterholz. Hier wird eine Sicherung aufgestellt. Ein paar hundert Meter weiter bleibt die nächste Sicherung stehen. Der eigentliche Spähtrupp wird geführt vom Spähtruppführer

Oberfeldwebel Seifried, der bisher fast alle Spähtrupps leitete, und vom Hauptfeldwebel.

Schritt für Schritt tasten sich die Männer durch den Wald vor. Die Handgranaten griffbereit im Koppel, das Gewehr in der Hand. Bis auf 50 Meter kommt der eine Trupp an das Blockhaus heran. Inzwischen ist es heller geworden. Deutlich hören sie, wie drinnen jemand Holz hackt. Über 15 Minuten stehen die Männer lauschend und warten.

Da auf einmal links vom Hang Schüsse. Unsere zweite Sicherung wird angegriffen. Ein geflüsterter Befehl: „Auf, folgen!“ Es war nicht die Sicherung, sondern vielleicht ein Spähtrupp von einer benachbarten Kompanie. Auch jetzt können es sich die Männer noch nicht erklären, wie das Schießen am hinteren Hang zustande kam. Ein Franzose kommt auf sie zugelaufen, sieht sie. Schon ist das Gewehr im Anschlag, und er stürzt, von einem Kopfschuß getroffen, vornüber. Sie reißen ihn hoch und wollen ihn mitnehmen. Da erhalten sie von vier auftauchenden Franzosen aus einer Maschinenpistole und Gewehren Feuer.

Was nun geschieht, ist das Werk weniger Minuten. Für einen Außenstehenden ein völliges Durcheinander. Von rechts kommt die zweite Sicherung zur Hilfe, von hinten aus der Richtung des Blockhauses pfeifen Kugeln herüber. In einer solchen Situation zeigt sich am besten die vorbildliche Ausbildung unserer Männer. Es sind da keine großen Befehle notwendig. Es ist jeder Einzelkämpfer im besten Sinne des Wortes. Kein Kommando, ein einziger Wink genügt schon, um ein paar Mann zusammenzufassen und ihnen einen bestimmten Auftrag zu erteilen.

Und so ist es auch hier. Ein Unteroffizier deckt mit vier Mann die Rückzugslinie des Spähtrupps, schießt auf alles, was aus dem Blockhaus herauskommt, mit wildem Feuer.

Während dieser Zeit wird in ihrem Rücken dieser kurze erbitterte Kampf entschieden. Ein Franzose erhält einen Oberschenkelschuß, einem anderen geht das Geschloß mitten durch den Mund, ein dritter, der völlig die Nerven verliert, streckt die Hände hoch. Der Oberfeldwebel und noch ein paar andere greifen sie, und schon geht es durch den Wald den Hang hinunter zur vorher vereinbarten Sammelstelle. Während dieser Zeit liegt immer noch der Unteroffizier mit seinen vier Männern im Anschlag und schießt, daß die Läufe heiß werden, auf alles, was noch ankommt. Als das Schießen etwas nachläßt, schickt der Unteroffizier als erste die MG-Schützen zurück. Nun liegt er nur noch mit einem Gefreiten und schießt weiter. Der Gefreite ist ein älterer Mann. Bei dem Lauf um das Leben, der ihnen nun beim Rückzug bevorsteht, wird ihm wahrscheinlich die Luft ausgehen. Der Unteroffizier schickt auch ihn noch zurück. Nun liegt er ganz allein mit seinem Gewehr und schießt auf die Franzosen, die da und dort noch hinter den Bäumen hervorblitzen. Dann aber ist es auch für ihn Zeit. Sprungweise von Deckung zu Deckung geht er zurück und trifft unten im Talgrund seine Kameraden wieder. Alle sind wohllauf bis auf einen Gefreiten, der einen Lungenschuß erhalten hat.

Noch immer hat das Schießen nicht aufgehört. Jetzt gibt es kein Verweilen mehr. Die Minengasse entlang, den Hang hinauf zur eigenen Hütte, und da stehen auch schon die Kameraden, die sie freudig in Empfang nehmen.

Auch an den letzten Märztagen war die Spähtrupptätigkeit lebhaft. Im Rahmen gewaltsamer Erkundungen wurden Gefangene gemacht und ein feindliches Maschinengewehr erbeutet. Ein deutscher Spähtrupp brachte einen Offizier, einen Feldwebel und vier Mann als Gefangene ein. Das Maschinengewehr wurde bei einem heftigen Gefecht eines Spähtrupps mit feindlichen Postierungen erobert, dabei verlor der Feind etwa 10 Tote und zahlreiche Verwundete. Das Artilleriestörungsfeuer hielt sich im allgemeinen in üblichen Grenzen und war nur an einzelnen Punkten etwas stärker.

Die *Widerstandskraft des Westwalls* konnten italienische Gäste feststellen und bezeugen, die Ende März einen Tag am Westwall verbrachten. Sie wurden von Vertretern der Wehrmacht begrüßt und zur Obertheinfront geleitet. Bei der Besichtigungsfahrt wurde an einer Straßenkreuzung Halt gemacht, und ein Offizier erläuterte den Gästen den Verlauf der Bunkerlinie. Fünf, sechs, sieben Kampfwerte lagen in unmittelbarer Nähe, aber die glänzende Tarnung und Anpassung an das Gelände ließen sie kaum erkennen. Eine knappe Viertelstunde ging es dann mit dem Kraftwagen weiter. Auch hier war die Tarnung so vollkommen, daß die Gäste zunächst ungläubig vor einer Artilleriestellung standen. Dann aber konnten sie sich von einer Festung überzeugen, wie sie in ihrer vernichtenden Schlagkraft wohl einzigartig ist. Sie erkannten und bezeugten, daß der Westwall unüberwindlich ist.

Die Luftwaffe

Die deutsche Luftwaffe kann mit Stolz auf ihr Eingreifen innerhalb der ersten sechs Monate des deutschen Freiheitskampfes zurückblicken. Sie war an der siegreichen Entscheidung des polnischen Feldzuges in hervorragender Weise beteiligt und hat gleichzeitig den deutschen Luftraum im Westen gesichert. Größte Erfolge haben die mit immer erneutem Schneid durchgeführten Angriffe auf feindliche Seestreitkräfte, bewaffnete Handelsschiffe und Geleitzüge herbeigeführt und so dazu beigetragen, die Blockade, die von England erträumte Hauptwaffe, stumpf und schartig zu machen. Auch bei ungünstigsten Witterungsverhältnissen wurden gegen England und gegen Frankreich weit ausgedehnte Erkundungsflüge durchgeführt, in denen die gestellten Aufgaben glänzend gelöst wurden. Insgesamt wurden bis zum 1. März 1940, also in sechs Kriegsmonaten, 285 britische und französische Flugzeuge abgeschossen. Dazu kommen 50 Flugzeuge eines britischen Flugzeugträgers, so daß die Gesamtverluste der Westmächte zur Luft seit Kriegsbeginn mindestens 335 Flugzeuge betragen. Ferner wurden neun feindliche Fesselballone abgeschossen. Demgegenüber verlor die deutsche Luftwaffe in diesen sechs Monaten an der Westfront und über dem britischen Kampfraum insgesamt durch unmittelbare Feindeinwirkung 35 Flugzeuge; weitere 43 Flugzeuge verunglückten auf Feindflug (Notlandungen, Abstürze usw.). Die deutsche Luftwaffe behielt in allen Luftkämpfen die Oberhand. Die britischen Jagdflugzeuge vermochten die regelmäßigen deutschen Erkundungsflüge bis zu den Shetland-Inseln hinauf und die Angriffe deutscher Flugzeuge auf Geleitzüge in englischen Hoheitsgewässern nicht zu verhindern.

Wahrlich die Waagschale des Erfolges und der Überlegenheit der Waffe senkt sich tief zugunsten der deutschen Luftflotte!

Gleich zu Beginn des Monats März wurde ein neuer überragender Luftsieg berichtet. Die Luftwaffe führte Aufklärungsflüge über der gesamten Nordsee bis zu den Orkney-Inseln durch. Hierbei griffen deutsche Flugzeuge an verschiedenen Stellen englische Kriegsschiffe und in englischem Geleit fahrende Handelsschiffe erfolgreich an. Ein Schiff sank sofort. Bei einem anderen wurden erhebliche Brandwirkungen festgestellt. Weitere vier Schiffe wurden durch Bomben so schwer getroffen, daß ihr Verlust als wahrscheinlich berichtet wurde. Die Aufklärung gegen Frankreich wurde bis in die Gegend von Paris ausgedehnt. Über den kühnen Vorstoß gegen England wird wie folgt berichtet:

Über den Flugplätzen an der Nordseeküste wölbt sich ein klarer Sternenhimmel, aus dem in den Morgenstunden die ersten Strahlen der aufgehenden Sonne hervorbrechen: Sie künden den 1. März 1940, den Tag, an dem vor fünf Jahren unsere stolze Luftwaffe geschaffen wurde, die heute angetreten ist zum Kampfe um Deutschlands Freiheit. Eine vernichtende Waffe gegen England, das den Frieden verbrecherisch störte.

Kurz nur ist diesmal die nächtliche Rast. Monteure und Warte eilen auf den Platz, entfernen die Schutzhüllen von den Flugzeugen, und dann heulen die Motoren auf. Um den breiten Kartentisch im Befehlsgebäude der Staffel haben sich die Besatzungen versammelt. In Winterkombinationen und Pelzstiefeln erwarten sie den Befehl zum Feindflug am 1. März 1940! Der Tommy soll es am eigenen Leibe spüren, was Deutschlands Luftwaffe in fünf Jahren geschaffen hat. Der heutige Feindflug verpflichtet.

Vereinzelt hängen Nebelfetzen wie kleine Wattebäusche an den Rändern des Platzes über den Wäldern. Verschwunden ist der Schnee. Nur das Thermometer zeigt unter dem klaren Winterhimmel einige Grade unter Null. Die Männer jedoch spüren nichts von Kälte, ihr Blut ist warm und ihre Herzen glühen heiß ... denn sie fliegen gegen England!

Das ist nicht der erste Feindflug, den sie erleben. Sie kennen die Anflugstrecken, sie haben eine klare räumliche Vorstellung von der Richtung, die sie einschlagen müssen, um die englische Handelsflotte aufzuspüren. Ein dunkler Schatten löst sich jetzt aus der Dunkelheit, die englische Küste, an der entlang es hoch gegen Norden, vorbei am Firth of Tay, am Aberdeen, über die vereiste Bucht des Morray-Firth und dann über den nördlichsten Punkt der englischen Küste hinausgeht, über Duncansly Head bis zu den Orkneys.

Jeden Augenblick weiß die Besatzung, wo sie sich befindet. Sie sieht die Umrisse der englischen Küste. Dahinter horsten weit verstreut die englischen Jäger.

Das deutsche Kampfflugzeug ist in ihrer Reichweite. Ob sie sich in der Dämmerung herausrauen, die „Spitfires“, die „Hurricanes“ und „Lockheeds“?

Stunden sind verronnen. Mit scharfen Augen hält die Besatzung Ausschau, während die beiden Motoren ihr gleichförmiges und doch auf-rüttelndes Lied singen.



Zum Geburtstag des Führers am 20. April 1940

Fot.: Preße-Beckmann



Glück muß man haben — und die vier, die wir hinterher sprechen, hatten Glück. Ebenso wie die anderen, die auch unterwegs waren. Der Sprung zu den Orkneys ist geschafft. Da unten aber, westlich der Insel, tauchen dunkle Punkte auf, die sich beim Näherkommen als stattliche „Kähne“ entpuppen.

Die Wahl ist bald getroffen, als ein englischer 2000-Tonner angesichts der englischen Küste das Flugzeug mit Geschützen zu beschießen beginnt. Da ist die Geduld der Männer zu Ende. Es riecht nach Bomben, und das merkt der englische Kapitän, und schon sucht er sein Heil in der Flucht. Auch die anderen Schiffe gehen auf Höchstfahrt: Deutlich ist die helle Bahn der Heckwellen in den hochgehenden Wogen der Nordsee zu erkennen.

Außerste Entschlossenheit erfüllt jetzt die deutschen Kampfflieger. Mit gedrosselten Motoren pirscht das Flugzeug über dem auserwählten Briten, dessen Kapitän und Besatzung einzusehen beginnen, daß es angesichts ihrer Haltung keine Rettung für das Schiff mehr gibt. In kurzer Zeit sind die Rettungsboote heruntergehiebt. Die Mannschaft steigt ein. Mit schnellen Bewegungen vergrößert sie den Abstand von ihrem Schiff, als fürchte sie, von dem Sog des untergehenden Dampfers mit in die Tiefe gerissen zu werden.

Minuten nur — dann braust die deutsche Kampfmaschine erneut über dem jetzt ausgestorbenen Dampfer, der, ein Spiel der Wellen, steuerlos in der See treibt. Backbord steuert unser Flugzeugführer nun den zweiten Anflug.

Angespannt sitzt der Bombenschütze über dem Abwurfgerät. Wir sehen ihm zu. Ruhig fast fliegt die Maschine über dem Schiff, als die erste Bombe pendelnd in die Tiefe stürzt. Sie stürzt dicht neben dem Schiff ins Wasser. Eine mächtige Wassersäule spritzt hoch. Ein neuer Anflug, wieder von Backbord aus — und das Schicksal des Schiffes ist besiegelt. Mittschiffs muß die Bombe gesessen haben. Hoch oben in der Luft noch ist der gewaltige Druck zu spüren. Man glaubt das Donnern, Krachen und Splintern des auseinanderberstenden Schiffes zu hören. Als das Flugzeug dann noch eine Schleife zieht, zeigt sich die verheerende Wirkung der deutschen Fliegerbombe: Nur das Heck ist noch über Wasser. England ist um einen bewaffneten Handelsdampfer ärmer gemorden.

Ein steuerloses Wrack, das bald auf dem Meeresgrund ruhen wird. Auf dem Meeresgrund westlich der Orkney-Inseln. Daran müssen die Männer jetzt denken, die noch einen stundenlangen Flug bis zum Heimathafen vor sich haben. Hier zwischen den zahlreichen Inseln der Orkneys — mit eigenen Augen konnten wir das sehen — suchen die Briten Schutz hinter den gleichen Inseln, die sie einst den Skandinavien raubten. Noch heute sprechen die 42000 Menschen, die hier leben, eine Mischung von Norwegisch und Englisch, und wie wenig sich der Engländer um ihren Besitz kümmerte, geht daraus hervor, daß noch Mitte des vorigen Jahrhunderts die englischen Verwaltungsstellen glaubten, auf den Orkneys würde wie in Schottland gälisch gesprochen. Die Männer der Besatzung kennen die völkerrechtswidrigen Methoden der Engländer. Wie oft wurden sie von „friedlichen“ englischen Handelsschiffen mit Kanonen und MGs beschossen. Vergeblich!

Kurs Heimat! An Bord herrscht Hochstimmung! Und als wir nach Hause kommen und hören, daß auch die Kameraden Erfolg gehabt haben, ist die Freude doppelt groß.

So hat der gestrige Tag wieder einmal die überlegene Kraft der deutschen Luftwaffe gezeigt. Millionen hörten am Nachmittag des 1. März bereits durch den Rundfunk von den neuesten Erfolgsmeldungen unserer Flieger, die englische Seestreitkräfte angriffen, Handelsdampfer versenkt und Geleitzüge gesprengt hatten.

Die Heimat kann erneut stolz sein auf unsere junge, kampferprobte Luftwaffe, die in fünf Jahren unter Führung Hermann Görings in härtester Arbeit Unvorstellbares geleistet hat. Auch am „Tage der Luftwaffe 1940“ hat sie ihre Einsatzfreudigkeit und ihren Kampfeswillen durch die Tat bewiesen.

Auch in der Zeit vor Morgengrauen bis zum Spätnachmittag des 2. März flürte die Luftwaffe über der gesamten Nordsee auf. Dabei wurden vor der britischen Ostküste zwei Vorpostenboote und elf bewaffnete oder im Geleit fahrende Handelschiffe angegriffen und teils versenkt, teils schwer getroffen. Bei der Grenzüberwachung fanden verschiedentlich Kämpfe an der deutsch-französischen Grenze statt. Hierbei wurden drei französische Flieger durch deutsche Jäger abgeschossen. Auch am 4. März war die Tätigkeit der deutschen und der französischen Flieger verhältnismäßig reger. Vier deutsche Jagdflieger, die zur Grenzüberwachung aufgestiegen waren, bemerkten in der Nähe der Grenze 12 französische Morane-Flugzeuge und griffen sie an. Die Franzosen drehten ab, konnten sich aber der Verfolgung durch die wesentlich schnelleren deutschen Messerschmitt-Maschinen nicht entziehen. Sie wurden eingeholt und zum Kampf gestellt. Es kam zu einem kurzen Kurvenkampf. Dabei wurde ein französisches Flugzeug abgeschossen. Die französischen Flieger versuchten die schnellen deutschen Jagdflugzeuge abzuschütteln und sich durch Wolkenlöcher der Verfolgung zu entziehen. Das wäre ihnen nicht gelungen, wenn nicht die deutschen Jagdflieger, die ihren Brennstoffvorrat nicht für eine so lange Verfolgung berechnet hatten, hätten von den Franzosen ablassen und zu ihrem Heimathafen zurückkehren müssen. Den erfolgreichen Kampf der vier deutschen Jäger schildert der nachstehende Erlebnisbericht:

F *Feindliche Flugzeuge im Anflug! Von den vordersten Spähposten der Front jagte die Meldung durch den Äther zum Feldflugplatz. Ein paar Minuten später waren die Jäger schon in der Luft, nahmen Kurs auf die vermutliche Einflugstelle.*

Klarste Sicht, seit Wochen nicht mehr so gut, selbst in der großen Höhe, in der die beiden Messerschmitt-Maschinen, die vorausgestartet waren, an der Grenze zu liegen.

Da ist die Front schon! Und da sind auch die feindlichen Flugzeuge. Zwei, drei, nein — acht, zehn, zwölf schwarze Pünktchen heben sich vom hellen Mittagshimmel ab. Unten hat die französische Flak, die die deutschen Jäger von der Grenze ab aufs Korn nahm, das Schießen eingestellt. Jetzt sind die deutschen Jäger — inzwischen sind es vier Maschinen — am Feind.

Und nun zeigt sich, wem der französische Angriff gilt: Vor sich her treiben die zwölf Morane einen deutschen Fernaufklärer! Die Jäger wenden in engster Kurve und jagen ihre Garben aus Kanonen und Maschinengewehren zwischen das Rudel. Im Augenblick lassen die zwölf von dem Fernaufklärer ab, geben ihre geordnete Formation auf und stieben wild durcheinander. Die bekannte Kurbelei beginnt; jeder will sich zunächst aus den todbringenden Garben bringen.

Es knallt und kracht, als ob die Hölle los ist. Der Führer der deutschen Jagdgruppe, der selbst am Knüppel der ersten Maschine des Schwarms sitzt, hat einen Franzosen vor sich bekommen, der nicht mehr rechtzeitig abdrehen kann. Aus 60 Meter Entfernung trifft ihn der erste Feuerstoß. Und dieser erste Stoß sitzt. Die Fetzen fliegen, die Morane kippt nach unten ab. In Sekundenschnelle hat sich dies alles abgespielt, in leichter Spirale stürzt die Morane ab. Kein Fallschirm öffnet sich, nur Augenblicke sind es, bis die Maschine am Boden zerschellt.

Keiner der übrigen hat mehr Lust, sich mit den deutschen Jägern einzulassen; elf Morane kurven durcheinander, um dem rasenden Feuer der vier Deutschen zu entgehen. Längst ist der Fernaufklärer in Sicherheit, hat den Weg über die Grenze heimwärts gefunden, und hier, über französischem Boden, spielt sich der Kampf der Jäger jetzt ab. Einen eigentlichen Luftkampf kann man es gar nicht mehr nennen. Der überraschende Abschuss scheint eine Panik hervorgerufen zu haben. In dem wilden Durcheinander bieten die Franzosen den Jägern immer wieder ungemollte Gelegenheiten, einige gutsitzende Schüsse anzubringen.

Das ganze Rudel, das so wohlgeordnet in Angriffsposition dem Fernaufklärer nachsetzte, hat sich in einzeln fliegende Flugzeuge aufgelöst, von denen jetzt jedes den glücklichsten Augenblick abwartet, um — abzuhauen!

Tatsächlich, in kurzer Zeit sind die vier deutschen Jäger Herren des Luftraumes über Diedenhofen, das friedlich und still tief unten in der Sonne liegt und seine roten Ziegeldächer leuchten läßt. Wenige Minuten später sind die Jäger wieder über der Grenze und fliegen dem Feldflugplatz zu, wo sie schon mit Spannung erwartet werden. Wird wieder einer „rackeln“, hat die Gruppe einen neuen Abschuss? So warten die Daheimgebliebenen auf ihre Kameraden, die sie schon gestern zu großen Leistungen beglückwünschen konnten. Konnte doch schon am Vortage die Jagdgruppe fünf Luftkämpfe buchen, bei denen die Franzosen den kürzeren gezogen hatten. Über St. Avold erwischten sie eine Morane, der beim ersten Feuerstoß schon das Fahrwerk herausfiel und die in starkem Gleitflug nach unten wegging. Ihr weiteres Schicksal konnte nicht beobachtet werden.

Bei Völklingen trafen acht Jäger der Gruppe auf zehn Morane, von denen drei nach wirksamem Beschuss mit Trudelbewegungen nach unten verschwanden. Auch ihr Schicksal ist unbekannt, da sich die Kämpfe auf französisches Gebiet hinüberzogen und die Jäger nicht feststellen konnten, ob sie sich fingen, ob sie notlandeten oder am Boden zerschellten.

Südostwärts Diedenhofen hatten es drei Franzosen verstanden, deutsche Jäger über die Grenze zu ziehen. Eine Mureaux stürzte nach den ersten Angriffen der Deutschen flatternd nach unten; ihr Schicksal ist unbekannt.

Innerhalb 24 Stunden so viele Erfolge! Es muß doch ein beklemmendes Gefühl sein für die Franzosen, über ihrem eigenen Gebiet eine Schlappe nach der anderen zu erleiden, und das in einem so kurzen Zeitraum. Noch dazu, wo sich die Angreifer zumeist in der Überzahl befanden! Sie sollten es bald wissen: Wir haben die besseren Flugzeuge, wir haben die besten Piloten!

Einen Tag vorher hatte Generalfeldmarschall Göring an der Westfront geweilt. Über seinen Besuch auf einem Flugplatz wird von einem Augenzeugen berichtet: „Generalfeldmarschall Göring ist gekommen, um die Männer seiner Luftwaffe zu besichtigen. Nach kurzer Begrüßung der Offiziere schreitet er in Begleitung einiger Fliegergenerale die Front der angetretenen Kompanien ab. Dann spricht Hermann Göring zu den Offizieren und Mannschaften des fliegenden Personals, die mit Recht stolz darauf sind, von ihrem Oberbefehlshaber selbst die Richtlinien ihres weiteren Einsatzes zu erhalten. Nach seiner Ansprache läßt sich der Feldmarschall von jedem einzelnen kurz über seinen bisherigen Einsatz berichten. Zwei verdienten Flugzeugführern wird das E. K. II verliehen, aus ihren Augen leuchtet der Stolz, diese Auszeichnung von ihrem Oberbefehlshaber persönlich erhalten zu haben. Aus all seinen Fragen hört man die Fürsorge um seine Männer, ob sie nun Unterkunft, Verpflegung oder irgendwelche Sorgen betreffen. Jeder fühlt, daß hier ein Mann steht, der Soldat durch und durch ist, der um das Wohl jedes einzelnen besorgt ist und daher auch von jedem den Einsatz des Äußersten fordern kann.“

Ein deutsches Heinkel-Aufklärungsflugzeug wurde am 4. März bei Metz von drei gegnerischen Jägern angegriffen, nachdem es seine Erkundung über Ostfrankreich durchgeführt hatte. Die Deutschen ließen sich trotz lebhaftem Kugelwechsel nicht von ihrem Kurs abbringen, wurden aber zur Notlandung gezwungen, nachdem beide Motoren zerschossen waren. Während des Luftkampfes waren zwei Mann der Besatzung gefallen. Die beiden Überlebenden landeten zwischen französischen Bunkerlinien. Obgleich sie unter Feuer genommen wurden, gelang es ihnen, ihre Maschine in Brand zu setzen. Dann schlugen sich die beiden deutschen Flieger, von denen der eine während des Luftkampfes einen Oberschenkelstich erhalten hatte, über das Dorf, unter heftiger Einwirkung des Feindes, bis in die deutsche Stellung durch.

In der Nacht vom 5. zum 6. März flogen einzelne britische Flugzeuge in die Deutsche Bucht ein und berührten hierbei das nordwestdeutsche Küstengebiet. Die eigene Luftaufklärung gegen England wurde fortgesetzt. In den Nächten zum 7. und zum 8. März fanden erfolgreiche Vorstöße der Luftwaffe gegen die britische Ostküste statt. Dabei wurden trotz starker Gegenwehr insgesamt elf im britischen Geleit oder abgeblendet längs der britischen Ostküste fahrende Handelschiffe versenkt oder schwer getroffen. Auch die planmäßigen Aufklärungsflüge über Frankreich wurden fortgesetzt, und zwar lag der Schwerpunkt der Aufklärungstätigkeit über Ostfrankreich. Wie früher, so wurden auch diese Flüge tagsüber durchgeführt, so daß wesentliche Erkundungen über Vorgänge auf militärischem Gebiet sowie militärische Objekte erzielt wurden.

Ein Luftkampf, der am 10. März an der deutsch-französischen Grenze zwischen sieben deutschen Messerschmitt-Flugzeugen und zehn französischen Jägern vom Typ Morane und Curtiss geführt wurde, bewies erneut die Überlegenheit der deutschen Luftwaffe. Trotz der Überzahl der Franzosen verloren diese ein Flugzeug, während die eigenen Maschinen ohne Verluste in die Heimatbasen zurückkehrten. Am 11. und 12. März wurde die Aufklärungsstätigkeit über Ostfrankreich weiter durchgeführt. Der Gegner versuchte am 11. März mehrfach in deutsches Gebiet einzufliegen, dabei wurde sowohl auf dem Hin- wie auf dem Rückflug luxemburgisches Gebiet überflogen. Ein Flugzeug vom Muster Botez 63 wurde durch Flakartillerie abgeschossen. Über diesen schönen Erfolg unserer Flak sei ausführlich berichtet:

Für Bereiche des vorgeschobenen leichten Flakzuges weit vor der Bunkerlinie rührt sich eigentlich immer etwas. Wenn die französische Artillerie schweigt, das Jaulen und Heulen der Granaten, das krachende Bersten der Einschläge vorübergehend verklingt, dann ist es wieder ein schöner, klarer Tag, der erhöhte Flugtätigkeit mit sich bringt. Man muß eben hier vorne, wo der Franzmann vom gegenüberliegenden Hügel fast in die Feuerstellung hineinblicken kann, wie man so sagt, besonders auf „Draht“ sein!

Auch heute ist wieder so ein Tag, an dem die Flugmeldungen nur so regnen und die Richtkanoniere nicht aus ihren Sitzen kommen.

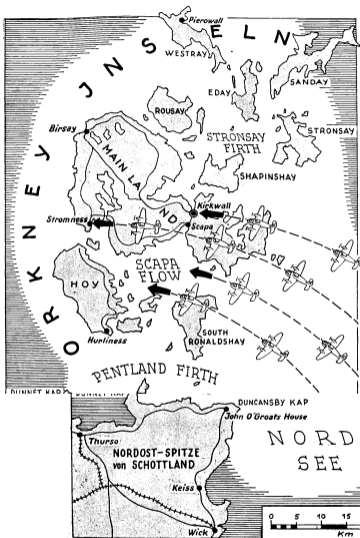
„Motorengeräusch aus sechs, feindliche Maschinen aus acht“, dann plötzlich werden Messerschmittmaschinen gemeldet!

Nun erleben die Männer über ihrem Raum hoch oben am blanken Himmel einen packenden Kampf zwischen einem Haufen von französischen Jägern und den blitzgeschwinden deutschen Me's. Deutlich ist das Hämmern der Maschinengewehre und der Kanonen vernehmbar. Die Messerschmittmaschinen kämpfen prachtvoll gegen den zahlenmäßig weit überlegenen Gegner. Nach wenigen Minuten löst sich da oben alles in Einzelkämpfe auf. Man sieht die jagenden Maschinen nach verschiedenen Richtungen auseinanderstieben.

Die Männer an den Kanonen liegen auf der Lauer. Der Flugmeldeposten ist wach. Er läßt sich von dem Wirbel da oben nicht beirren, er sichert und prüft nach allen Seiten! Wieder erklingt da oben das Rattern und Rollen der Schüsse. Gespannt schauen unsere Kanoniere zu dem blauen Feld hinauf, auf dem sich der dramatische Kampf abspielt.

Da, es wird Fliegeralarm gegeben. Der Flugmeldeposten schreit es über die Stellung: „Flugzeug 12“, die Alarmanlagen klingeln. Blitzartig werden die Kanonen herumgerissen, die Rohre zeigen nach 12! Der E-Messmann hat die Maschine aufgefaßt. Er nennt die Zahlen! Verdamm, das, was da in mittlerer Höhe angebraust kommt, ist doch eine Morane, ein versprengter französischer Jäger? Jawohl, eine Morane! Klar zu erkennen!

Jetzt ist es soweit! Wie ein Peitschenknall kommt der Befehl: „Feuerstößel“ Da fegt es schon aus den Rohren heraus! Die Männer arbeiten in diesen Sekunden mit einer Ruhe, als ob sie auf dem Exerzierplatz ihre Richt- und Schußübungen machten! Die Schüsse sitzen gut, die Richtkanoniere haben ausgezeichnet angerichtet. Die Lichtspur



Starke deutsche Kampfkräfte griffen am 16. März in Scapa Flow 6 Kriegsschiffe, Flakstellungen und Flugplätze an.

führt dem Franzosen mitten in die Kiste! Magazinwechsel. Fast ist die Morane über der Feuerstellung, da liegt sie plötzlich in der Kurve und kippt senkrecht nach unten. In diesem Augenblick aber haut es zwischen den Kanonen ein. Der Franzose greift mit MG an. Der Dreck spritzt auf!

Die Männer an den Kanonen kann das nicht beirren. Die Rohre sind herumgefahren. Dem ausgehenden Ziel, der abhauenden Morane schießen sie nach, was das Zeug hält. Wieder führt die Lichtspur mitten in das Flugzeug hinein. Wie gebannt starren Geschützführer und E-Messerleute auf die flüchtende Morane. Die Schüsse haben gegessen, sie müßte schwer getroffen sein! Jetzt ist der Franzose über der eigenen Stellung, er ist noch weiter heruntergegangen, macht unsichere Bewegungen. Nun kommt er über den Hügel mit den vordersten französischen Stellungen und dann ist er verschwunden! „Feuerpause!“

Die Nachforschungen bei den Vorposten der Infanterie ergaben eindeutig die Feststellung, daß der Franzose auf französischem Gebiet niedergegangen sei. Einige hatten sogar Rauchwolken beobachtet. Unsere Zweizentimeterleute haben ihre Pflicht erfüllt.

Am 13. März wurde im Westen Aufklärung durch feindliche Flugzeuge und Jagdtätigkeit des Gegners beobachtet. Die deutsche Jagdüberwachung verlief jedoch ohne Feindberührung. Die eigene Luftwaffe setzte ihre Aufklärungsflüge über Frankreich trotz starker französischer Flak- und Jagdabwehr fort. Am 14. März wurde ein südlich Straßburg auf deutsches Gebiet einfliegendes Flugzeug vom Typ Nureaux durch eine deutsche Flak-Batterie abgeschossen. Am 16. März wurden zwei französische Morane-Flugzeuge, die einzelne deutsche Soldaten aus beträchtlicher Höhe mit Maschinengewehren beschossen, durch die Flak vertrieben. Die deutsche Luftwaffe flüchte über Ostfrankreich und der gesamten Nordsee auf. Hierbei wurden britische Vorposten-Fahrzeuge angegriffen. Eines derselben wurde versenkt, ein anderes schwer beschädigt.

Als der Londoner Rundfunk am 16. März gerade die Mitteilung verbreitete, seit acht Tagen habe sich kein deutsches Flugzeug den Küsten Großbritanniens genähert, unternahmen starke deutsche Kampfflieger-Verbände einen erneuten Vorstoß nach Nordwesten und griffen Scapa Flow und dort liegende Teile der britischen Flotte an. Hierbei wurden drei Schlachtschiffe und ein Kreuzer durch Bomben getroffen und schwer beschädigt. Der Wehrmachtbericht fügt hinzu, daß die Beschädigung von zwei weiteren Kriegsschiffen wahrscheinlich sei. Ferner wurden die Flugplätze Stromness, Earth House und Kirkwall angegriffen und mit Bomben belegt. Bei starker Jagd- und Flakabwehr des Feindes führten die deutschen Kampfflugzeuge ihre Aufgabe erfolgreich durch und kehrten ohne Verluste zurück. Ein Erlebnisbericht sei hier eingeschaltet:

Z*ur gleichen Stunde, da man in London noch verzweifelte Anstrengungen macht, das ganze Ausmaß der jüngsten stolzen Waffentat deutscher Flieger zu verschleiern, und die Erfolge des kühnen Angriffs der deutschen Luftwaffe auf Scapa Flow nur zögernd eingesteht, hatte bereits am Sonntagabend die gesamte Weltöffentlichkeit Gelegen-*

heit, aus dem Munde deutscher Flieger selbst alle Einzelheiten über diesen Flug gegen England zu hören. Drei Offiziere der deutschen Luftwaffe, die an dem Angriff teilgenommen haben, schilderten aus dem unmittelbaren Erleben heraus den erfolgreichen Einsatz gegen das Gros der englischen Home Fleet vor Vertretern der deutschen und der ausländischen Presse. Aus den Worten des Führers des angreifenden Verbandes, eines Flugzeugführers und eines Beobachters entstand in der schlichten Fliegersprache ein anschauliches Bild der Ereignisse.

Zu dem Vorstoß auf Scapa Flow, der am 16. März in der Zeit zwischen 19 und 21 Uhr erfolgte, waren, wie einleitend Hauptmann S. erläuternd mitteilte, deutsche Kampfflugzeuge vom Muster Heinkel 111 angesetzt worden. Es wurden Volltreffer schwersten Bombenkalibers auf drei Schlachtschiffen und auf einem schweren Kreuzer erzielt. Die Beschädigung zweier weiterer Schlachtschiffe müsse als wahrscheinlich angenommen werden. Außer den in der Bucht von Scapa Flow versammelten schwersten englischen Schlachtschiffen, unter denen sich die „Hood“, die „Renown“ und die „Repulse“ befunden haben, wurden die Flughäfen angegriffen, die zum Schutze dieses Flottenverbandes mit Jagdfliegern belegt waren. Dort wurden starke Brandherde erzeugt. Es wurden Beschädigungen an Halle und Rollfeldern festgestellt. Die umliegenden Küstenbatterien wurden, soweit es sich um Flakartillerie handelte, ebenfalls mit Bomben belegt. Unter anderem erhielt eine Flakbatterie auf der Insel Fara einen Volltreffer, der sie sofort zum Schweigen brachte. Alle Flugzeuge sind unversehrt mit voller Besatzung zurückgekommen. Es sind lediglich kleine Splitter- schäden festgestellt worden, die die Flugfähigkeit und die Abwehrmöglichkeiten in keiner Weise beeinträchtigt haben.

Als erster der drei nach Berlin gekommenen am Angriff beteiligten deutschen Offiziere ergriff der Führer des Verbandes, Major D., das Wort. „Es war uns seit Tagen durch Aufklärer bekannt“, so schilderte er, „daß die Engländer so unvorsichtig waren, ihre Home-Fleet nach Scapa zu legen. Seit Tagen erwarteten wir eine Wetterlage, die für den Angriff die günstigsten Möglichkeiten bot. Denn“ — so fügte Major D. ironisch hinzu — „wir hatten nicht die Absicht, das herauszubeschwören, was die englische Führung am 18. Dezember bei ihrem mißglückten Angriff uns vorgemacht hat.“ Der erwartete Erfolg dieser sorgfältigen Vorbereitung des Fluges ist ja auch nicht ausgeblieben, denn, wie Major D. voller Freude feststellen konnte, haben die angreifenden Flugzeuge keinen einzigen Verlust zu beklagen. Lediglich eins der Flugzeuge hatte einen Treffer bekommen, der es jedoch nicht hinderte, heimzukehren.

Der Führer des Verbandes schilderte dann die Genauigkeit, mit der der geplante Angriff bis ins einzelne vorher durchgesprochen worden war. „Der Angriff rollte programmäßig ab — wie eine Parade auf dem Reichsparteitag oder eine Parade vor ausländischen Würdenträgern in Berlin, wie wir sie oft genug geflogen hatten.“

Die Durchführung des Angriffs selbst lassen wir Major D. am besten in seinen eigenen Worten schildern: „Noch einmal wurden die Besatzungen zusammengenommen, und dann stiegen wir ein. In wenigen Minuten waren sämtliche Flugzeuge am Himmel: Kurs nach Scapa! Ein paar Regenschauer und Schneegestöber, die wir unterwegs trafen, waren Kleinigkeiten, die uns nicht stören konnten. Als wir aus

Richtung Osten auf die Bucht von Scapa zufliegen, sahen wir zu unserer Überraschung — wir konnten es gar nicht fassen, daß wirklich so viele Schiffe dort lagen — eine Unzahl der größten britischen Schlachtschiffe. Es fiel uns tatsächlich schwer, auszusuchen, welchen von den ‚Pöten‘ man sich vornehmen sollte. Es ist uns geglückt, die vier größten Schiffe zu treffen, und zwar gut! Teils wurden Schiffe direkt getroffen, teils lagen die Bomben so unmittelbar neben ihnen, daß man vom Flugzeug aus beobachten konnte, wie die Schiffe leicht ‚angelupft‘ wurden, wie es in der Fliegersprache heißt. Das Flakfeuer war bei den ersten angreifenden Flugzeugen nicht so heftig, wurde aber nachher ganz munter. Trotz eines erheblichen Munitionsaufwandes seitens der Engländer wurde jedoch nichts erreicht. Auf einem der großen Schiffe haben wir noch eine halbe Stunde später, als wir auf nördlichem Kurse zurückflogen, eine Riesenfeuersäule und Brände beobachten können, die auch noch von Flugzeugen gesehen wurden, die später die Flugplätze angegriffen haben.“

In der gleichen selbstverständlichen Art sprach anschließend einer der Flugzeugführer, Oberleutnant M., über dieses Unternehmen, das dank des unerschrockenen Einsatzes der deutschen Flieger zum schwersten Schlag geworden ist, den die britische Schlachtflotte bisher erlitten hat. Oberleutnant M. schilderte in humorvoller Weise den Anflug nach Scapa Flow, der übrigens sein dreizehnter Frontflug gegen England gewesen ist: „Mein Bordfunker hatte seine Mundharmonika und spielte die schönsten Lieder, die durch das Funksprechgerät zu den anderen Besatzungsmitgliedern gingen. Die Stimmung war bestens.“

Den Angriff selbst konnte Oberleutnant M. besonders gut beobachten, da seine Maschine als letzte flog. „Der Befehl kam durch: Angriff beginnt! So wie wir es friedensmäßig unzählige Male geübt hatten und auch gegen den Feind schon mehrfach durchgeführt hatten, ging es auch diesmal. Der Bombenschütze lag vorn in seiner Kanzel über das Visier gebeugt und gab mir als Flugzeugführer leise Verbesserungen — etwas mehr rechts, mehr links — recht so! Jetzt noch einige Sekunden — der Bordwart meldet: Steuerbord etwas Flak, doch darum kann man sich beim Anflug nicht kümmern — und schon kommt der erlösende Befehl des Bombenschützen: ‚Achtung — null.‘ An der Erschütterung der Maschine, die durch das Gewicht der schwersten Bombe bedeutend leichter geworden war, bemerkte ich, daß wir jetzt unsere größte Sorge und zugleich unseren Liebling losgeworden waren. Alle unsere Gedanken waren bei diesem schweren Koffer, den wir nun mit den besten Wünschen nach unten geschickt hatten. Einige Sekunden vergehen, bis die Erfolgsmeldung durchkommt. Zuerst war es der Bordschütze, der den Schlachtruf der Staffel ertönen ließ und jubelnd rief: ‚Er hat getroffen, Herr Oberleutnant, er brennt!‘“

Oberleutnant Magnussen berichtete dann, daß das Vorschiff des getroffenen Schlachtschiffes in eine dichte Qualmwolke eingehüllt war, die sich schnell verbreitete, so daß bald das ganze Schiff in ungeheure Rauchschwaden eingehüllt war.

Für die Kühnheit, mit der der ganze Einsatz durchgeführt worden war, spricht die Tatsache, daß Oberleutnant M. trotz des heftigen Flakfeuers sich noch nicht „trennen“ konnte und noch vier bis fünf Minuten über Scapa kurste und das Bild der Schlacht beobachtete. Er stellte fest, daß das Flakfeuer recht planlos gewesen ist. Mühelos

gelang es dann Oberleutnant M., einen feindlichen Jäger abzuschütteln. Noch aus sechs bis sieben Seemeilen Abstand von Scapa habe man die große leuchtende Fackel des brennenden Schlachtschiffes gesehen, die aus größter Entfernung noch zeigte, wo Scapa Flow lag.

Oberleutnant P., dessen Verband die Aufgabe hatte, die um die Scapa-Bucht verteilten Jagdflugplätze anzugreifen und die Jäger an einer wirksamen Abwehr des Angriffs zu hindern, berichtete, wie die beiden Verbände gleichzeitig über den Orkneys erschienen. Zu unserer Freude sahen wir, wie zwischen dem Aufblitzen der schweren Flaks einige Explosionen erfolgten, die niemals von Flaks herrühren konnten, sondern nur Treffer unseres Nachbarverbandes sein konnten. Das war der erste Anblick, bevor ich selbst zum Angriff auf mein Ziel kam. Im Abenddämmern waren, während wir selbst aus dem dunklen Himmel kamen, für uns die Orkneys schon von weitem genau zu erkennen und das Ziel, der Flugplatz Earth House mit seinen Hallen und dem Rollfeld, einwandfrei auszumachen. Zwei englische Jäger versuchten, von unten heranzukommen; das gelang ihnen nicht, und ich konnte planmäßig meine Bombenreihe auf den Platz legen. Wir sahen einwandfrei das Aufblitzen; Bombe nach Bombe, darüber die Staub- und Rauchwolken infolge der Explosionen und kurz darauf hellen Feuerschein, der uns zeigte, daß unsere Bomben einen nachhaltigen Erfolg erzielt hatten. Die Kameraden, die die folgenden Angriffe durchführten, sahen die leuchtend brennenden Flugplätze und konnten sich hier und bei den Angriffen auf die Flugplätze Kirkwall und Stromness danach richten.

Noch während des Bombenangriffs sahen wir, wie einzelne Jagdflugzeuge von unten versuchten, an uns heranzukommen. Aber sie waren wahrscheinlich erst durch mein angreifendes Flugzeug selbst zum Starten genötigt worden und konnten unsere Höhe längst nicht rechtzeitig genug erreichen, um mich etwa noch am Angriff zu hindern. Mittlerweise wurde es so dunkel, daß für die feindlichen Jäger jegliche Erfolgsaussichten verschwunden waren, und die dauernden Angriffe meines Verbandes auf die drei Plätze konnten ohne jegliche Jagdabwehr erfolgen.

Die Flak suchte mich erst in dem Augenblick, in dem ich schon meine Bomben warf, zu erfassen, aber von den Maschinen meines Verbandes hat keine einzige auch nur einen Treffer, ein Splitterchen oder einen Kratzer bekommen. Wohlbehalten kehrten alle Maschinen zurück. Der Erfolg hatten wir selbst gesehen, und die Kameraden, die nachher angriffen und dann mit mir landeten, konnten alle das gleiche bestätigen. So schließt Oberleutnant P. seinen lebendigen Bericht über den Einsatz, bei dem die deutsche Luftwaffe der englischen Flotte schwere Schläge zufügte und die gegnerische Jagdwaffe auf ihren eigenen Plätzen außer Gefecht setzte.

Auf eine Frage bezüglich des „Anlupfens“ wurde festgestellt, daß jedes der vier größten Schiffe unter Garantie einen Treffer auf dem Schiff erhalten habe; außerdem seien zum Teil noch Treffer zwei, drei oder vier Meter neben dem Schiff zu verzeichnen gewesen. Bei den beiden Angriffen verwendeten schwersten Bomben hat sich das so gezeigt, wie beobachtet worden ist, daß das Schiff mit dem Teil, unter dem die Bombe saß, etwa dem Bug, einen Moment aus dem Wasser herausgehoben, „angelupft“, wurde.

Am 28. März setzte die Luftwaffe die Aufklärung gegen Frankreich und Großbritannien fort. An der schottischen Ostküste wurden feindliche bewaffnete Handelsschiffe und Vorpostenboote angegriffen. Ein Vorpostenboot wurde versenkt. Am 19. März griffen britische Flugzeuge die Insel Sylt an. Ein Haus wurde getroffen, sonst, dank der deutschen Abwehr, kein Schaden angerichtet. Die meisten Bomben fielen ins Wasser. Drei britische Kampfflugzeuge wurden durch deutsche Flak abgeschossen. Aus angeschwemmten Flugzeugteilen ist mit Sicherheit zu entnehmen, daß mindestens drei weitere Flugzeuge durch die Flakabwehr des deutschen Küstenschutzes so starke Beschädigungen erlitten haben, daß sie bei dem Versuch des Rückfluges über der Nordsee abgestürzt sind. Im Gesamtergebnis dürfte demnach der britische Angriff auf Sylt ähnlich verlustreich gewesen sein, wie seinerzeit der erste Großangriff britischer Luftstreitkräfte auf Wilhelmshaven am 4. September 1939.

Die Vergeltung ließ nicht auf sich warten. Schon am nächsten Tage griffen deutsche Kampfflieger einen durch Kreuzer, Zerstörer und Flugzeuge stark gesicherten britischen Geleitzug in der Höhe von Scapa Flow, außerdem ein bewaffnetes Handelsschiff im englischen Kanal erfolgreich an. Der Geleitzug wurde zerstört, neun Kriegs- und Handelsschiffe mit einer Gesamttonnage von 42 000 Tonnen wurden versenkt, zwei Handelsschiffe mit einer Gesamttonnage von rund 11 000 Tonnen wurden schwer getroffen. Ferner wurde ein feindliches Flugzeug im Luftkampf abgeschossen. Die von deutscher Seite eingesetzten Kräfte kehrten, außer einem Flugzeug, wohlbehalten zurück. Auch dieser deutsche Angriff ist systematisch geplant und durchgeführt worden. Die Planmäßigkeit und Regelmäßigkeit der deutschen Luftexpedition gegen England steht in krassem Gegensatz zu den gelegentlichen Angriffsversuchen englischer Luftstreitkräfte, denen bisher, wie zuletzt noch im Falle Sylt, ein wirksamer Erfolg verlagert geblieben ist. Wenn auf englischer Seite der Angriff auf Sylt zu einem großen Erfolg aufgebaut worden ist, so haben die verantwortlichen deutschen Stellen der Wahrheit sehr schnell dadurch zum Siege verholfen, daß sie die angegriffenen Stätten durch neutrale Ausländer besichtigen ließen. Diese konnten sich an Ort und Stelle davon überzeugen, daß die von London verbreiteten Behauptungen in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Das wird auch durch den nachfolgenden *Ergebnisbericht* bestätigt:

Wieder einmal haben die Engländer eine Schlacht verloren. Nach dem erfolgreichen Angriff deutscher Kampfflugzeuge auf Scapa Flow war ein Gegenbesuch feindlicher Flugzeuge zu erwarten. Es konnte uns daher nicht überraschen, als in der Nacht zum Mittwoch englische Bomber die Insel Sylt angriffen. Wir sahen vielmehr den Ereignissen mit Ruhe entgegen. Wir wußten: die Insel ist gut geschützt und auf die erfolgreiche Abwehr durch unsere Flak und Küstenartillerie konnten wir uns verlassen.

Es ist sternenklare Nacht über der Insel Sylt, nur hier und da ziehen ein paar helle Wolken, und über der Nordsee steht eine graue Wolkenwand. Der Mond scheint heute besonders hell und läßt alles auf der Insel in einem blassen Licht erscheinen. Von fernem Flakfeuer auf-

merksam gemacht, sind wir ins Freie getreten. Da läßt eine heftige Explosion die Wohnbaracken erschüttern. Leise klirren die Scheiben. Das muß eine Bombenexplosion gewesen sein. Also der Tommy ist da.

Aus allen Baracken stürzen nun die Kameraden heraus. Aufmerksam folgen unsere Augen den weißen Strahlen der Scheinwerfer. Doch kein Flugzeug ist zu sehen, nur von ganz fern hören wir Motorengeräusch, ab und zu fallen ein paar Flakschüsse. Jetzt ertönt neues starkes Motorengeräusch. Dann erbebt wieder der Boden durch Explosionen. Ungefähr stellen wir die Richtung fest und kommen zu der Überzeugung, daß die bisher gefallenen Bomben keine militärischen Anlagen getroffen haben können.

Jetzt ist in unserer Nähe deutlich Motorengeräusch vernehmbar. Doch die Flugzeuge müssen sehr hoch sein. Aber schon haben die Scheinwerfer eines von ihnen. Wie es sich auch dreht und wendet, sie lassen es nicht wieder los. Im Gegenteil, immer mehr kommen von allen Seiten hinzu und bieten so der Flak ein sichtbares Ziel. Und nun ergießt sich ein wahrer Feuerregen über das Flugzeug. Es versucht, sich in die Wolkenwand über der See zu retten. Da setzen die ersten Schüsse der schweren Flak ein und sind deutlich aus dem wilden Geklüff der leichten Flak heraus zu hören. Rings um das Flugzeug krepieren die Granaten. Gerade will es in die Wolken verschwinden — da platzen unmittelbar neben dem Flugzeug noch ein paar Schüsse. Wir sehen, wie es steil kurvt, dann ist es unseren Blicken entschwunden.

Und schon wieder haben die Scheinwerfer nicht weit von uns ein neues Flugzeug ausgemacht. Wir können jede Einzelheit genau beobachten, das Flugzeug ist jetzt nicht mehr sehr hoch. Kaum ist es von einem Scheinwerfer erfaßt, da befindet es sich auch schon in einem ganzen Strahlenbündel. Wieder schießt es von allen Seiten. Auch der Flakstand unmittelbar hinter uns kommt diesmal ins Gefecht. Dann mischt sich die Küstenartillerie ein. Es ist ein ungeheures Getöse. Der Wind trägt Pulvergeruch zu uns herüber. Das Flugzeug muß von den gutsitzenden Schüssen völlig durchsiebt sein. Es fängt an zu brennen, neigt sich nach vorn über und trudelt nun funkensprühend langsam ins Wasser.

Das war der von der britischen Propaganda mit so großem Stimm- aufwand verkündete „Gegenstoß“, der die Antwort auf Scapa Flow sein sollte. Er brach an den Abwehrwaffen der Insel Sylt zusammen. Kein Schaden wurde angerichtet, außer dem Treffer in ein Haus. Kein einziges militärisches Ziel wurde getroffen. Der Bombenangriff fiel — buchstäblich — ins Wasser.

Wie anders klingt demgegenüber der Bericht eines Teilnehmers an dem Gegenangriff auf Scapa Flow, aus dem einwandfrei hervorgeht, daß der Geleitzug, der sich mehr als 700 Flugkilometer von Deutschland entfernt bewegte, innerhalb weniger Minuten gesprengt war. Der erste Angriff erfolgt noch vor der völligen Auflösung des Geleitzuges. Von den Kriegsschiffen und den Handelsschiffen setzte heftige Flakabwehr ein, aber die deutschen Flieger ließen sich nicht abweisen. Immer wieder stießen sie auf die im Rückwärts davoneilenden Dampfer und Geleitzschiffe und warfen ihre Bomben mit einwandfrei erkennbarem Erfolg ab.

Die deutsche Luftwaffe, die erst am vergangenen Sonnabend in der Bucht von Scapa Flow zeigte, daß auch Anmarschwege von tausend Kilometern und mehr ihre Einsatzkraft nicht beeinflussen, setzte in den späten Nachmittagstunden des Dienstag ihre Angriffe auf die bewaffnete englische Handelsflotte mit Erfolg fort. Dabei wurde an der englischen Ostküste ein unter starkem Schutz von Kriegsfahrzeugen stehender Geleitzug trotz heftiger Abwehr gesprengt und mehrere Schiffe versenkt oder schwer beschädigt. Einige der deutschen Flugzeuge stießen auf einige englische Jäger, die jedoch sämtlich abgewiesen werden konnten. Unsere Staffeln erreichten ohne Verluste im Nachtflug die Heimathäfen.

Der Engländer dürfte sich nach den letzten Ereignissen damit abgefunden haben, daß auch die entferntesten Punkte seines Inselreiches vor überraschenden Zugriffen durch die deutsche Luftwaffe nicht mehr geschützt sind. Da Handelsschiffe trotz ihrer Bestückung nicht allein den Angriff abwehren können, mußten besonders in den beiden vergangenen Monaten starke Einheiten der britischen Kriegsflotte von ihren eigentlichen Aufgaben abgezweigt werden, um die Handelsschiffe mit einiger Sicherheit an ihre Bestimmungsorte zu bringen.

Die deutschen Aufklärer, denen auf ihren täglichen Erkundungsflügen kaum eine Bewegung des Gegners entgeht, hatten festgestellt, daß ein größerer Geleitzug sich im Anmarsch an der englischen Ostküste befand. Dank der Genauigkeit ihrer Beobachtung war es nur wenige Stunden später eingesetzten Kampfverbänden möglich, den Geleitzug trotz der schlechten Sicht bald aufzuspüren. Als unsere Maschinen das angegebene Planquadrat erreicht hatten, war ein wesentlicher Teil der Arbeit durch die vor uns gestarteten Ketten bereits getan. Der Geleitzug, der sich oben im Norden mehr als 700 Flugkilometer von Deutschland entfernt, einigermaßen sicher fühlte, wurde innerhalb weniger Minuten gesprengt. Die von zwei oder drei Flakkreuzern, mehreren Zerstörern und einer großen Zahl von Torpedobooten begleiteten etwa 40 Handelsdampfer wurden durch unsere Kampfverbände auseinandergerissen und in zwei etwa gleich große Gruppen gesprengt. In der allgemeinen Verwirrung hatten einige der im Geleitzug fahrenden Schiffe den Anschluß verloren. Über beide Züge des Konvois brausten unter vorsichtiger Ausnutzung der sehr tiefhängenden Wolkendecke unsere Flugzeuge, die ihre Angriffe in niedriger Höhe in unmittelbarem Feuerbereich, vor allem der leichteren Abwehrgeschütze, flogen mußten. Im Feuerhagel der Flakkreuzer führte die deutsche Besatzung ihre Bombenabwürfe durch. Einige Dampfer wurden dabei so schwer getroffen, daß sie als verloren gelten können. Weitere trugen erhebliche Beschädigungen davon oder gerieten in Brand.

Während des Angriffes, der ungefähr länger als eine Stunde dauerte, durchfurchten die Zerstörer und Torpedoboote in rasender Fahrt die See, um an den schwächsten Punkten ihrer Schutzverbände eingreifen zu können. Doch weder das starke Abwehrfeuer noch das Erscheinen der wahrscheinlich durch Fischerboote alarmierten englischen Jagdeinheiten vermochten unsere Besatzungen von der Erfüllung ihrer Aufgaben zurückzuhalten. Einige Flugzeuge hatten heftige Luftkämpfe mit den Jägern zu bestehen, wobei als einziges Opfer dieses Einsatzes ein

deutscher Funker den Heldentod starb. Erst als eine weitere Verschlechterung der Wetterlage durch das Aufziehen einer Front von kaum mehr als 20 Meter hoch hängenden Wolken und hereinbrechende Dunkelheit weitere Erfolge unmöglich erscheinen ließen, wurde die Unternehmung beendet.

Fern der deutschen Küste, im sogenannten englischen Nordseeraum, ist von der deutschen Luftmacht abermals ein Schlag geführt worden, der den Gegner neue Opfer an Menschen und Material gekostet hat.

Einzelne britische Aufklärungsflugzeuge, die am Vormittag des 20. März in der Nähe der ost- und nordfriesischen Inseln gesichtet waren, wurden von der deutschen Abwehr abgewiesen. Ungestört klärte die deutsche Luftwaffe bei ungünstiger Wetterlage auch am 22. März bis in die nördliche Nordsee auf. Trotz heftiger feindlicher Jagd- und Flakabwehr wurden zahlreiche Aufklärungsflüge über Frankreich durchgeführt. Einzelne feindliche Flugzeuge unternahmen unter Verletzung holländischen, belgischen und luxemburgischen Gebietes Einflüge in den deutschen Luftraum. Ein britisches Flugzeug, das aus dem Westen einflog, wurde durch ein Messerschmitt-Jagdflugzeug gestellt und bei Ebebe abgeschossen. Es schlug jenseits des Rheins auf holländischem Gebiet auf.

Auch am Oster Sonntag setzte die deutsche Luftwaffe ihre regelmäßige Aufklärungsstätigkeit über Frankreich unbehindert fort. Ein französisches Aufklärungsflugzeug wurde bei dem Versuch, in das Saargebiet einzudringen, von deutschen Jägern gestellt und abgeschossen. Es handelt sich hierbei um ein Flugzeug des Modells Botez 63. Am 26. März fand in der Gegend von Saarbrücken zwischen Messerschmitt-Jägern und französischen Morane-Flugzeugen ein Luftkampf statt, in dessen Verlauf ein feindliches Flugzeug abgeschossen wurde. In der Nacht zum 26. März waren mehrere feindliche Flugzeuge in Nord- und Westdeutschland eingeflogen, unter Verletzung von dänischem, niederländischem, belgischem und luxemburgischem Hoheitsgebiet. Versuche feindlicher Flugzeuge am 26. März, die deutsch-französische Grenze zu überfliegen, wurden vereitelt. Ein britisches und ein französisches Flugzeug wurden abgeschossen. Die trotz starker feindlicher Jagd- und Flakabwehr zur Aufklärung über Frankreich eingesetzten deutschen Flugzeuge erzielten wichtige Erkundungsergebnisse. Auch über der Nordsee wurde mit Erfolg aufgeklärt.

Am 27. März unternahmen britische Kampfflugzeuge den Versuch, in der Deutschen Bucht Vorpostenboote anzugreifen. Sie warfen einige Bomben ab, die aber sämtlich ihr Ziel verfehlten und ins Wasser fielen. Von deutschen Flugzeugen wurden sie dann zum Kampf gestellt. Ein britisches Flugzeug Bristol-Blenheim wurde abgeschossen. Die anderen ergriffen die Flucht. Die deutschen Flugzeuge kehrten ohne jeden Verlust zurück. In der Nacht zum 28. März wurde bei fortgesetzten Versuchen der feindlichen Flugzeuge, in Nord- und Westdeutschland einzufliegen, ein britisches Flugzeug in der Eifel von der deutschen Flakartillerie in Brand geschossen. Wieder wurde in mehreren Fällen die Neutralität Dänemarks, Hollands, Belgiens und Luxemburgs verletzt.

In den Abendstunden des 28. März griffen deutsche Flugzeuge unter schwierigsten Wetterbedingungen einen britischen Geleitzug im Seegebiet der Schottlands erfolgreich an. Die Orientierung war infolge von Regenschauern besonders erschwert. Die Flieger mußten durch Nebelwände und diesige Dunstschichten stoßen. Der Anflug wurde durch starken Gegenwind verzögert. Trotzdem wurde der Geleitzug versprengt. Sechs große Handelsschiffe erhielten Treffer, ein Schiff geriet in Brand, ein Bewachungsfahrzeug wurde versenkt. Alle eingesetzten Kampfflugzeuge kehrten unverehrt zurück. Tagsüber wurde in verstärktem Maße über der Nordsee, Großbritannien und Frankreich aufgeklärt. Die Flüge erstreckten sich bis nach den Orkney- und Shetland-Inseln. Die Kampfflugzeuge griffen, in kleinste Kampfeinheiten aufgelöst, an. Von den Bewachungsfahrzeugen der Geleitzüge, teilweise auch von den britischen Handelsschiffen, wurden erhebliche Abwehrfeuer eröffnet. Auch britische Jagdflugzeuge versuchten vergeblich das Seegebiet der schottischen Nordostküste zu schützen. Unter geschickter Ausnutzung der Dunkelheit gelang es aber allen Kampfflugzeugen, wohlbehalten nach Hause zu kommen. Von den Aufklärungsflugzeugen wurde eins an der Nordostküste Schottlands abgeschossen. Ein anderes Aufklärungsflugzeug kehrte vom Feindflug über Frankreich nicht zurück.

Ein Flugzeug vom Muster Do 18 war bis über den 60. Breitengrad vorgestoßen und wurde im Seegebiet über den Orkneys von englischen Jagdflugzeugen von verschiedenen Seiten angegriffen. In einem etwa einhalbstündigen Luftkampf setzte sich die Besatzung energisch und erfolgreich zur Wehr, so daß die Engländer von dem Flugzeug ablassen mußten und verschwand. Die im Luftkampf erhaltenen Treffer verursachten, daß infolge technischer Störungen ein Weiterflug nicht möglich war. Die Besatzung wurde zur Notlandung auf See gezwungen, die ohne besondere Schwierigkeit durchgeführt wurde. Sofort wurden FT-Seenotzeichen abgegeben und alle Vorbereitungen getroffen, um notfalls von dem zunächst noch schwimmenden Flugzeug ins Schlauchboot überzusteigen. Die von der Besatzung gefunkten Seenotzeichen waren inzwischen von den Flugsicherungsdienststellen aufgenommen und an die zuständigen Stellen weitergeleitet worden. Aber nicht nur diese hatten die Notsignale vernommen, sondern auch die in See befindlichen U-Boote, die sich sofort in treuer Waffenbrüderschaft auf die Suche begaben. Einige Stunden nach Hellwerden sichtete dann eins der U-Boote das auf der Nordsee treibende Flugzeug und übernahm die gesamte Besatzung in das Boot. Das Flugzeug wurde versenkt. Die Rettung der Mannschaft aber ist ein ruhmvoller Beweis der engen Verbundenheit der deutschen Wehrmachtteile.

Der Monat endete mit erneuten Aufklärungsflügen gegen die britische Ostküste und über Frankreich. Dabei wurde ein feindlicher Geleitzug nördlich von Flamborough Head angegriffen. Ein den Geleitzug sichernder Kreuzer wurde durch Bombenabwürfe beschädigt, ein Handelsschiff versenkt, ein anderes getroffen. Auch an der Westfront kam es zu Luftkämpfen. Drei feindliche Jäger vom Muster Morane erhielten schwere Treffer und mußten unmittelbar hinter der feindlichen Linie notlanden.

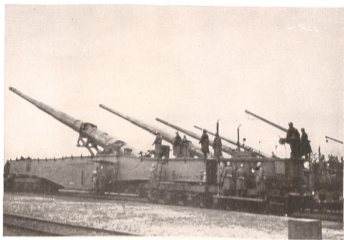
Insgesamt hat sich die Zahl der zu Beginn des Monats März gemeldeten Verluste der feindlichen Luftwaffe um 22 Flugzeuge erhöht, um 12 britische und 10 französische. Auch ein weiterer französischer Fesselballon wurde abgeschossen. Im gleichen Zeitraum gerieten sieben eigene Flugzeuge in Verlust. Seit Kriegsbeginn sind damit 357 Flugzeuge unserer Gegner abgeschossen oder vernichtet worden. Demgegenüber sind die eigenen Verluste mit 85 Flugzeugen erfreulicherweise als gering zu bezeichnen.





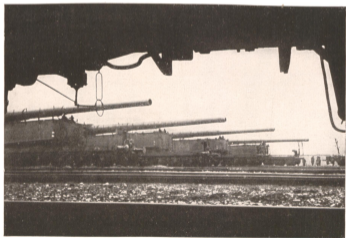
Unsere schweren Eisenbahngeschütze

Phot.: P. S. - Presse-Bild-Zentrale



Eisenbahngeschütze in Feuerstellung

Phot.: Presse-Bild-Zentrale



In Stellung aufgeföhren

Phot.: Presse-Bild-Zentrale

Der See- und Handelskrieg im März

Von

Konteradmiral z. B. Gadow

Wenn um diese Zeit von einer „zweiten Phase“ des Krieges gesprochen werden soll, so war sie beim Feinde gekennzeichnet durch eine Verschärfung des

Drucks auf die Neutralen,

beginnend mit der Beschlagnahme der vom Ruhrgebiet über Rotterdam nach Italien bestimmten Kohlenlieferungen. Entsprechend seiner Ankündigung hielt England trotz einer inzwischen eingehenden italienischen Protestnote 16 dieser Dampfer, die nach dem 1. März Rotterdam verlassen hatten, als Brisen an und brachte sie nach England. Die italienische Note verwahrte sich nicht nur gegen den neuen Übergriff, der bekanntlich im Völkerrecht keinerlei Stütze findet, sondern gegen die ganze beleidigende Form der von England ausgeübten Seekontrolle, verbunden mit Postraub und Geschäfts- spionage, insbesondere gegen die völlig unberechtigte Hinderung deutscher Ausfuhr nach neutralen Ländern, wie im vorliegenden Falle. Eine Fortsetzung dieses Verfahrens müsse die Grundlagen des englisch-italienischen Abkommens von Ostern 1938 (das den „Mittelmeerfrieden“ bringen sollte) in Frage stellen. Die offiziöse englische Presse erwiderte auf diesen Einspruch völlig ablehnend und in geradezu drohendem Ton, ließ also eine beabsichtigte weitere Druckverschärfung erkennen, während die italienische Öffentlichkeit sich gemähigt zurückhielt. Wie mit einem Zauberschlag klärte sich jedoch das Tagesgewölck, als am 8. März bekannt wurde, daß Reichsminister von Ribbentrop nach Rom reisen werde. Die britische Regierung beeilte sich, 13 der aufgebrauchten Kohlendampfer zurückzugeben, mit der Begründung, daß ihre Abfahrt vor dem Stichtag des 1. März nur durch äußere Schwierigkeiten verhindert sei. Um ihr Geschäft zu retten, ließ sie austreten, in Rom würden Friedensvorschläge erörtert, die dem amerikanischen Unterstaatssekretär Sumner Welles noch schnell mitgegeben werden sollten, nachdem seine Unterredung mit dem Führer und dem Duce „unbefriedigend“ verlaufen seien. Diese Ente wurde alsbald durch geharnischte deutsche und italienische Dementis erledigt, die Kohlenfrage aber in radikaler Weise dahin gelöst, daß Deutschland die Deckung des italienischen Zuckersbedarfs von rd. 12 Mill. Tonnen jährlich auf dem Landwege übernahm. Des weiteren benutzte Italien die Gelegenheit, in Rechenschaftsberichten der drei Wehrmachtsgeweiße vor der faschistischen Korporativen Kammer die Verstärkung der italienischen Wehrkraft seit den ersten sechs Kriegsmonaten deutlich zu machen. Unter den getroffenen Maßnahmen wurde u. a. besonders genannt 1. die Verstärkung der Grenzverteidigung, 2. Bereitstellung der einsatzbereiten Po-Armee, 3. Verstärkung des Seeres um 20 Divisionen, 4. Bereitschaft und erhebliche Verstärkung der Luftwaffe. Es folgte ein Zusammentreffen des Führers und Duce am Brenner am 18. März und eine 2½stündige Unterredung, die alsbald im Mittelpunkt der Weltbetrachtung stand und als starker Gegenzug gegen die Druckpolitik der Westmächte gewertet, in Frankreich mit besonderer Nervosität aufgenommen wurde.

Wenn in dieser Hinsicht und nach der ablehnenden englischen Antwort auf die italienische Note eine Klärung der Fronten sichtbar wurde, so gestaltete sich die englisch-französische

Kriegspolitik um Skandinavien

zu einem noch ausgesprochenen Fiasko. Nachdem ein wahres Trommelfeuer von Drohungen gegen Norwegen und Schweden ergangen war, um sie für eine Gewährung des Durchmarsches für Finnlandhilfe reif zu machen, obgleich bereits Gespräche über einen finnisch-russischen Frieden geführt wurden, ließ am 2. März Daladier dem König von Schweden eine Mitteilung über die Stärke des „Expeditionskorps“ für Finnland zugehen, ohne die schwedische Haltung jedoch beeindrucken zu können. Am gleichen Tage sondierte der britische Gesandte wegen des Durchmarsches und sicherte für den Fall eines Konflikts mit Deutschland sowohl Schweden wie Norwegen „weitgehende militärische Hilfe“ zu, wofür „weitgehende militärische Vorbereitungen“ bereits getroffen seien. Auch das wurde abschlägig beschieden in höchst zutreffender Abschätzung der tatsächlichen geringen Bereitschaft und Fähigkeit der Westmächte zu solcher Kriegsausweitung und nüchterner Abneigung, sich dafür mißbrauchen zu lassen. Tatsächlich bezeichnete der englische Admiralstabschef, als alles vorüber war, die Idee einer Expedition durch die von deutschen See- und Luftstreitkräften bedrohten Seegebiete nach Drontheim, Karbis und Murmansk als „verrückt gefährlich“, und Chamberlain mußte dasselbe Eingeständnis machen. Auch wußte er auf Anfrage nichts von den angeblich bereitgestellten „50 000 Mann“, die Daladier in seiner Mitteilung an Schweden und danach öffentlich genannt hatte. Am 5. März ließ Finnland an Moskau mitteilen, daß es zu Verhandlungen bereit, am 8. März konnte der Beginn den Westmächten mitgeteilt werden. Am 12. teilte der britische Gesandte in Stockholm entgegen den Tatsachen und in grober Irreführung mit, daß Finnland ein förmliches Hilfsersuchen an die Westmächte gerichtet habe, und ersuchte nochmals um Durchmarscherlaubnis. Am gleichen Tage erfolgte der russisch-finnische Friedensschluß und damit die ausgesprochene Niederlage der westlichen Kriegspläne.

Das Ziel dieser Pläne war, wie „Sunday Times“ vom 10. März offen bemerkte, mit Hilfe Skandinaviens den Krieg in Finnland zu einer nördlichen Front gegen Deutschland auszugestalten, die schwedische Erzzufuhr abzuschneiden und an der Ostsee Fuß zu fassen, dann aber Rußland zu binden, seine wirtschaftliche Hilfe für Deutschland zu lähmen und dem Krieg eine entscheidende Wendung zu geben. Die durch den Friedensschluß entstandene Verwirrung entsprach in ihrem Ausmaß der Reichweite solcher Phantasien, und die immer stärker um sich greifende Aufklärung über den tatsächlichen Stand der Dinge bedeutete einen schweren unreparierbaren Rückschlag für die Westmächte, tatsächlich also eine „entscheidende Wendung“ aber im entgegengesetzten Sinne. Militärisch kann zu dem ganzen Vorhaben kurz bemerkt werden, daß eine Expedition mit doch mindestens 50 000 Mann mit zahlreichen Transportschiffen eine sehr viel längere Vorbereitung erfordert und im Deutschland erreichbaren Seegebiet gewiß erhebliche Opfer gekostet hätte. Ihr Ausgang hätte sich wahrscheinlich gestaltet wie bei Gallipoli. Das britische Hilfsversprechen wurde nach alle dem, was bekannt wurde, zur leeren Phrasen, wie im Falle Polen, und damit zu einer neuen Lektion ersten Ranges für alle neutralen Garantienehmer.

Inhalt des nordischen Friedensvertrags:

Rußland erhält die karelische Landenge mit Wiborg, das ganze Ufer des Ladoga-Sees, die Fischerhalbinsel und Teile von Ostfinnland. Ferner wird Hangö an der Bottnischen Bucht auf 30 Jahre als Stützpunkt gepachtet, Petsamo von den Russen geräumt, bleibt jedoch zollfreier Korridor für den

Verkehr Rußland-Norwegen, und Finnland wird an der Nordküste keine U-Boote, Kriegsschiffe und Luftstreitkräfte unterhalten. — Rußland hat damit an der Ostsee die früheren vorgeschobenen Stellungen zum Schutz der Kronstädter Bucht, von Libau und Desel bis Hangö und Wiborg von neuem bezogen und zugleich eisfreie Häfen erhalten, wodurch seine Seemacht mobileren Wert erhält. Die Verächtigung der Landgrenzen gilt gleichfalls dem Schutz von Leningrad, vielleicht weniger gegen Finnland als dessen sichtbar gemordenen Wintermänner, ebenso wie die Entwaffnung der finnischen Nordküste, wo Rußland unbehindert zu bleiben wünscht. — Während dieses ganzen schätzbaren diplomatischen Spiels der Westmächte war herauszufühlen, daß Frankreich bemüht war, England im Norden eine militärische Tätigkeit und Belastung zuzuschreiben, und daß Widerstand und Abneigung dagegen in London zu suchen war. Vielleicht hing der Rücktritt Daladiers am 20. März auch hiermit zusammen, da der Nachfolger Reynaud von England als unbedingt gehorhames Werkzeug der englischen Politik gelten kann. Im übrigen zeigte die Abstimmung in der französischen Kammer, daß beide Regierungen kein Vertrauen genossen und daß tiefe Verstimmung über die verfahrenene Lage vorherrschte.

Mit der nordischen Niederlage waren jedoch die Bemühungen um die

Vergewaltigung der Neutralen

bzw. ihre Einbeziehung in die westliche Kampffront keineswegs erschöpft. In vorderster Linie stand dabei die Gewinnung der Aussicht über die norwegischen Hoheitsgewässer. Wenn es schon aussichtslos schien, die Skandinavier zur Waffenerhebung gegen Deutschland zu bringen, so sollen sie wenigstens ihre „passive Neutralität“ gegen eine „aktive“ vertauschen, wie zahlreiche offiziöse französische und englische Stimmen ihnen flarmachten. Britische Flugzeuge kreuzten also über den norwegischen Fjorden und suchten deutsche Handelsschiffe, die die Hoheitsgewässer benützten, den Kreuzern und Zerstörern zuzutreiben. In mehreren Fällen wurden deutsche Dampfer gezwungen, in den Fjorden Zuflucht zu suchen, ohne daß die Briten diesmal den Fall „Cossak“, „Altmark“ zu wiederholen wagten. Der Dampfer „Altmark“ kehrte inzwischen wohlbehalten nach Deutschland zurück. In dänischen Hoheitsgewässern wurde der Dampfer „Edmund Hugo Stinnes“ angehalten, ausgeplündert, der Kapitän entführt. Die norwegischen und dänischen Proteste blieben unbeachtet, die Stimmung im Norden wurde immer schärfer. Norwegische Stimmen verwiesen darauf, daß das freie, aber friedliche Passieren dieser Gewässer durch Kriegs- und Handelsschiffe ausdrücklicher englisch-norwegischer Abmachung entspreche und drohten mit Einstellung der Tanktschiffahrt für England. — Zu den parallel gerichteten Neutralitätsverletzungen an anderer Stelle war das unzählige Male festgestellte Überfliegen dänischen, holländischen, luxemburgischen und belgischen Gebiets zu rechnen. Die größte Ausschreitung brachte der Angriff auf Spitz (s. u.), wobei nicht nur englische Bomben auf dänisches Gebiet fielen, sondern auch Osterspaziergänger mit MG beschossen und mit einem dänischen Kriegsschiff in Esbjerg Feuerstöße getauscht wurden. Ferner wurde die griechische Schifffahrt durch schifflandlose Kontrolle selbst des innergriechischen Verkehrs schwer belästigt, und in Rumänien erneuerten sich Sabotageakte gegen die Ölquellen, womit der Blick auf die

strategischen Pläne im Südosten

fällt. Der englische Unterstaatssekretär Butler hatte im Unterhaus auf Anfrage bemerkt, daß England und Frankreich Beratungen anstellen, wie man der Türkei im Falle des Angriffs einer europäischen Macht „zu Hilfe eilen“ könne, entsprechend dem Bündnisvertrag. Mit anderen Worten: wie man es einrichten könne, daß die Türkei sich als angegriffen betrachten müsse, um sie zur Kriegführung zu bewegen. Hierum dreht sich offenbar die der Diplo-

matie gestellte Aufgabe, mit deren Lösung sie ihr lädiertes Ansehen wieder herstellen soll. Die vorsichtige Beschränkung auf den Angriff seitens „einer europäischen Macht“, die ruhig als sinnlos betrachtet werden kann, sollte natürlich Rücksicht nehmen auf die Abneigung der Türkei gegen einen Krieg mit Rußland. Eine Abneigung, die zu verstehen ist, besonders wenn die englische Presse fortfuhr, ihre Freiheit zur Enthüllung der umlaufenden Kriegspläne und Erläuterung der Kriegsmöglichkeiten zu benutzen. So verdankte die Türkei der „Sunday Times“ die Kenntnis von der Idee, entweder die russischen Olfelder von türkischen Luftstützpunkten am Schwarzen Meer mit Flugzeugen anzugreifen oder „nötigenfalls“ vom Irak, von Syrien und Palästina her.

In der Bezugnahme auf die Luftwaffe als Angriffsmittel gegen Batum-Baku wird man vielleicht bereits eine Art Verzicht auf die Inanmarschierung der Weingand-Armee auf dem Landwege gegen den Kaukasus erblicken können, ein Unternehmen, dessen technische Schwierigkeit inzwischen wohl ebenso erkannt wurde, wie die Abneigung der Türkei gegen solchen Durchmarsch. Nach den Ereignissen in Skandinavien kann sich dieser Widerstand nur verstärkt haben, jedoch muß das gleiche von der Inanspruchnahme türkischer Abflugplätze für den beabsichtigten Angriff gelten. Denn um solche Plätze herzurichten und mit Bodenpersonal und Einrichtungen zu versehen, wäre wiederum eine Art bewaffneter Durchmarsch erforderlich oder aber eine Durchfahrt der Meerengen in einer Stärke, die dem Vertrag von Montreux (20. Juli 1936) bestimmt widersprechen müßte, nämlich von Transporten und Kriegsschiffen von mehr als „30 000 Tonnen streitkräfte“. Bei diesem Vertrag, bei dem Rußland bekanntlich stark mitgewirkt hat, ist ein größeres Aufgebot nur zulässig, „wenn die Kriegführenden in Erfüllung einer Völkerbundspflicht handeln oder einem angegriffenen Staat zu Hilfe eilen auf Grund eines Beistandspaktes, der im Rahmen des Völkerbundes abgeschlossen, dort eingetragen ist und die Türkei mitverpflichtet“. Es wäre wohl sehr schwierig, einer Türkei gegenüber, die neutral bleiben will, diese Bedingungen als erfüllt hinzustellen. Anders natürlich, wenn die Türkei selbst im Kriege ist, denn dann unterliegt die Durchfahrt von Kriegsschiffen ihrem Ermessen. Demnach kehrt das Problem für diesen Plan zum Ausgangspunkt zurück: der Türkei zu suggerieren, daß sie im Kriege ist.

Im übrigen setzt die Ausführung eines solchen Seezuges ins Schwarze Meer die freie Beherrschung des Mittelmeerweges und der Nachschubtransporte voraus, d. h. die Passivität Italiens, worauf nicht weiter eingegangen werden soll, ferner die Verfügung über einen nicht unbeträchtlichen Schiffsraum, der von der Versorgung Englands nicht ohne Opfer abgezweigt werden könnte. Vielleicht besteht hier die Idee, griechische Tonnage zu chartern oder zwangsweise zu requirieren, wofür die erwähnte rücksichtslose Behandlung der griechischen Schifffahrt selbst in ihrem eigenen Binnenverkehr als berechnete Vorstufe gelten kann. Daß über das Recht Neutralen in jeder Form hinweggeschritten werden soll, haben Presse und öffentliche Redner Englands oft genug angekündigt.

Im ganzen sprechen die strategischen Umstände und die Rücksichtnahme auf Italien eher gegen die Einbeziehung des Seewegs in den neuen Angriffsplan, so daß der in der „Sunday Times“ als Notbehelf hingestellte „Luftangriff vom Irak oder von Syrien her“ zu betrachten bleibt. Die Entfernung von Flugplätzen nahe der Grenze der beiden Länder bis zum Olfhafen Batum am Schwarzen oder den Olfeldern von Baku am Kaspischen Meer bietet mit 500 bzw. 700 Kilometer kein besonderes Hindernis, wenngleich viel unwegsameres und hohes Gebirge zu überfliegen ist. Vor allem aber geht auch in diesen Fällen der Weg über türkisches bzw. iranisches Gebiet, d. h. die Frage der Neutralität und Kriegsteilnahme wäre auch hier vorweg im Sinne der Westmächte zu lösen. Schließlich kann überhaupt der Gedanke einer so abseitigen Diverfion mit beschränkten Zielen, die kaum noch ein Flankenangriff

genannt werden kann und leichten Herzens die Segnerschaft des russischen Reiches und seiner Kampfmittel in Kauf zu nehmen vorgibt, einer überlegten Strategie unserer Crachten keineswegs verlockend erscheinen.

Dasselbe kann von dem zur Zeit etwas zurückgetretenen Gedanken eines Einfalls im Balkan gelten. Ein Marsch der „Orient-Armee“ über das wegarne und von dem Erdbeben heimgesuchte Anatolien zu den Meerengen und über Bulgarien nach Rumänien hinein wirft genau dieselben Probleme auf. Sie werden noch vermehrt durch den zu erwartenden hartnäckigen Widerstand der Balkanvölker, deren Neutralitätswille — bekundet auf der Konferenz vom 3./4. Februar — durch die Vorgänge im europäischen Norden nur noch verstärkt sein kann, und die gleiche Rücksicht auf Italien, die Seefahrt und den Nachschub.

Es ist natürlich schwer zu wissen, wo die Grenzen der englisch-französischen Planlosigkeit unter dem Einfluß politischer Desperados anzusehen sind. Alles in allem scheint es jedoch, als wenn die Auswege sich mehr und mehr verengen und der Krieg in der Hauptsache dort hingezwungen bleibt, „wo er hingehört“, nämlich in den unmittelbaren Bereich der deutschen Waffen.

Im übrigen wurde diesen und ähnlichen Plänen durch die Unterredung des ungarischen Außenministers Graf Teleki mit dem Duce am 26. März ein weiteres Hindernis entgegengestellt in Gestalt der Feststellung, daß die Kette der Freundschaften zwischen Rom—Berlin—Belgrad—Budapest „einen Wall von Kräften und Willensmächten“ bilde, der fähig sei, jedem Abenteuer im Donau- und Balkangebiet den Weg zu versperren. In gleicher Linie lag der Abschluß eines Handelsvertrags Moskau—Tehheran, der den Verleumdungen über russische Angriffsabsichten gegen Iran ein Ende machte. Schließlich nahm auch Rußland selber das Wort mit Molotows Ausführungen am 29. März auf der 6. Tagung des Obersten Rates der Sowjetunion, worin der weitere Ausbau der guten Beziehungen zu Deutschland, die Aufmerksamkeit gegen das „geschäftige Treiben im Orient“ und Rußlands Bereitschaft betont wurde, gegen alle aggressiven Pläne die nötigen Schlußfolgerungen zu ziehen. — — Und damit zu den

mititärischen Ereignissen.

Der Leistungsbericht des DRW vom 1. März über die sechs ersten Kriegsmomente mit den großen Feind- und den geringen eigenen Verlusten hatte den rechten Auftakt gegeben.

Am 1. März meldete ein deutsches U-Boot (Korbettenkapitän Werner Hartmann) von der Fernfahrt heimkehrend 45000 BRZ versenkt, am 5. März ein anderes U-Boot 36000 BRZ, am 6. März wurde ein britischer Tanker von 12841 BRZ aus dem Geleitzug heraus torpediert, der bewaffnete Dampfer „Domala“ im Englischen Kanal durch ein Flugzeug erledigt. Mit dem 11. März waren 46 Tanker mit 331543 BRZ versenkt, davon englisch 230125 BRZ oder 10 v. H. der englischen Tankerflotte. Das U-Boot des Kapitänleutnants Schuhart meldete am 14. März neu versenkt 24600 BRZ. Mit dem 22. März wurden weitere 32694 BRZ durch unsere Seestreitkräfte versenkt gemeldet. Mit dem 26. März hatten 18 englische Schleppschiffdampfer im englischen Kriegsdienst daran glauben müssen; am 27. März wurden zwei weitere Dampfer, „Daghestan“ (5742 BRZ) und „Castlemoor“ (6574 BRZ), verloren gemeldet. Der französische Zerstörer „La Bailleuse“ explodierte beim Auslaufen aus Langer.

Große Erfolge fielen der Luftwaffe zu. Nach entsprechender Aufklärung griffen am 16. März stärkere Kampfzweige Teile der britischen Flotte in Scapa Flow an, trafen drei Schlachtschiffe und einen Kreuzer schwer mit Bomben und beschädigten zwei weitere Kriegsschiffe. Gleichzeitig wurden vier Flugplätze und eine Flakstellung in der Nähe angegriffen und mit Bomben belegt. Ein neutraler Augenzeuge sah die überlegte Taktik

darin, daß die Jagdstaffeln damit wirksam abgezogen wurden und der eigentliche Angriff auf die Kriegsschiffe störungsfrei — in der Dämmerung — vor sich gehen konnte. Ein englisches Dementi, das „nur ein Schiff beschädigt“ und „an Land kein Schaden angerichtet“ sei, wurde in aller Welt als unglaubwürdig abgelehnt, Scapa Flow von neuem damit als Stützpunkt entwertet. Die Anwesenheit stärkerer Streitkräfte dort, trotz der früheren Luft- und U-Boots-Angriffe, wurde mit beabsichtigten Operationen in den nordwestlichen Gewässern in Verbindung gebracht und scharf kritisiert. Schon am 20. März griffen Kampfflugzeuge erneut einen stark gesicherten Geleitzug in der gleichen Gegend an, zersprengten ihn und versenkten 42000 BRT, ebenso wurde ein bewaffnetes Handelsschiff „Barnhill“ (4972 BRT) im Kanal mit vollem Erfolg angegriffen. Deutsche Bomber operierten dort südlich der Meerenge von Calais und beschädigten außerdem mehrere französische und englische Vorpostenboote; gleichzeitig wurde die große Aufklärung über Frankreich und der Nordsee aufrechterhalten. Dabei erfolgte am 28. März ein neuer Angriff auf einen Geleitzug bei den Shetland-Inseln, sechs Handelsschiffe getroffen, eins in Brand, ein Bewachungsfahrzeug versenkt, und am 30. März bei Glambsorough Head (Mitte Ostküste) ein anderer Geleitzug gesprengt, ein Kreuzer getroffen, ein Handelsschiff versenkt, ein anderes getroffen. Bei beiden Unternehmungen gingen vier Flugzeuge verloren, von einem wurde die Besatzung durch ein deutsches U-Boot gerettet.

Die Rückwirkung dieser Erfolge auf die nordische Schifffahrt war beträchtlich, besonders nachdem Anfang März Großadmiral Dr. h. c. Raeder seine Warnung vor der Teilnahme an britischen Geleitzügen und dem Befahren der englischen Küstengewässer wiederholt hatte. Die dänischen Seeleute weigern sich, die Nordsee weiterhin ohne Begleitung von Motorkuttern zur Rettung zu befahren.

Im Vergleich zu diesen Nadelstichen war der Versuch eines englischen Gegenstoßes auf Sylt am 19. März von schwerem Mißerfolg begleitet. Trotz erneuter Verletzung des dänischen Luftgebietes zum Anflug wurde nur ein Treffer im Dach eines Lazarett erzielt, neutrale Beobachter stellten entgegen den großaufgemachten britischen Meldungen die Unversehrtheit aller Anlagen fest, und der große Theatercoup zur Entlastung der britischen Kriegführung verzichtete. Was übrig blieb, waren die Ausschreitungen gegen dänische Hoheitsrechte, verschärft durch den unglaublichen Angriff auf dänische Spaziergänger um Ostern, der trotz unwiderlegbarer Feststellung des Vorfalls vom britischen Gesandten in Kopenhagen frech Deutschland in die Schuhe geschoben wurde. Über den Charakter englischer Flieger- und Erfolgsmeldungen gab es dann eine Aufklärung, als ein englischer Staffelführer Wood wegen falscher Meldung infam kassiert wurde, ein zweiter, Blomfield, sich vor dem Spruch des Kriegsgerichts das Leben nahm und der Generalinspekteur der Luftwaffe, Sir Edward Ellington, seinen Rücktritt erklärte. Die „Luftbilder von Sylt“ waren „mißlungen“.

Unter diesen Umständen mußte die englische Öffentlichkeit die Meldung von der Flucht des halbfertigen Schnelldampfers „Queen Elizabeth“ nach Amerika und das Auslaufen der „Mauretania“ und „Queen Mary“ von dort nach Australien bzw. Südafrika als „seemannischen Erfolg“ hinnehmen.

Eine kurze Bilanz auch dieses Kriegsmonats zeigt die militärische Initiativität unverändert in deutscher Hand, die politischen Bemühungen der Westmächte um Ausweitung des Krieges im Norden und Südosten durch den finnisch-russischen Friedensschluß und die Besprechungen Italiens mit Deutschland und Ungarn sowie die Haltung der Balkanmächte durchkreuzt. Die Neutralen versteinern ihren Widerstand (Abschuß eines britischen Bombers durch holländische Jäger), und Kennzeichen der westlichen Kriegführung bleibt die Passivität, die sich nur zu Zwangsmaßnahmen gegen die Neutralen aufzuschwingen weiß. Die Wahrnehmung dümmert, trotz aller

Großmüdigkeit, daß auch die Zeit gegen die Westmächte arbeitet, die sich auch wirtschaftlich im Kampf gegen das verhasste System jetzt dessen Methoden zu eigen machen müssen. Der „Figaro“ schrieb: „Deutschland hat seine blockadefeste Zitadelle im Norden bis Murmanß ausgebaut und schickt sich an, im Süden und Südosten daselbe zu tun.“



Ende März wurden deutsche Dampfer mehrfach in norwegischen Hoheitsgewässern von englischen Kriegsschiffen, insbesondere von englischen Zerstörern, hart bedrängt und belästigt. Nur dem geschickten Manövrieren und der kaltblütigen Navigation der Dampferkapitäne war es zu verdanken, daß diese allem Völkerrecht Hohn sprechenden *Aufbringungsversuche* der Engländer vereitelt werden konnten. Der Kapitän eines dieser deutschen Dampfer gab folgenden *Bericht* einer abenteuerlichen Fahrt:

Wir fahren im Morgengrauen des 21. März 1940 mit voller Ladung stark südlichen Kurs heimwärts und halten uns in Sichtweite der norwegischen Küste. Friedlich zieht unser Schiff seine Bahn, und wir wädhnen uns mit verschiedenen neutralen Schiffen, die uns begegnen, vollkommen sicher, weil wir doch im neutralen Hoheitsgewässer fahren. Kaum aber ist es hell geworden, als auf der Brücke steuerbord voraus zwei Zerstörer gesichtet werden. Norwegische Kriegsschiffe, ist unser erster Gedanke! Die Schiffe sind nur eine gute Seemeile von der Steuerbordseite entfernt, fahren also ebenfalls im norwegischen Hoheitsgebiet. Plötzlich dreht aber einer der Zerstörer hart bei und kommt in hoher Fahrt auf uns zu! Das kann nur ein Tommy sein! Ein Irrtum ist ausgeschlossen. „Verdammt Seeräuber!“ flucht der Kapitän auf der Brücke. „Vor nichts haben diese Gesellen Respekt! Aber wartet nur, ihr habt euch verrechnet!“ Mit kühnem Entschluß dreht auch er hart bei und steuert mit 90 Grad unmittelbar auf die norwegische Küste zu. Immer mehr holt der Zerstörer unser Schiff ein. Wir fahren bis 50 Meter an die steile, schroffe Küste heran. Ein Blick auf die Karte, ja, es muß gehen! „De Ladung kriegt se nich, lewer schippert wi se na Petrus!“ schwört der erste Steuermann. Wieder wird mit 90 Grad hart südlich beigedreht, und hinein geht es in die scharfen und gefahrvollen Rocks.

Auf 150 Meter ist der Brite schon herangekommen. Es ist der englische Zerstörer H 67. Die emsige Geschäftigkeit auf seinem Deck läßt keinen Zweifel über seine hinterhältigen Absichten. An Bord stehen schon seine Enterkommandos bereit. Die Leinen werden klar zum Längsseitgehen und zum Abschleppen gehalten, und andere warten, bis an die Zähne bewaffnet, darauf, auf unser Schiff überzuspringen. So einfach ist es nun aber doch nicht! In langsamer Fahrt schlängeln wir uns durch die Rocks und Schären. Eiskalt läuft es uns bei dem Gedanken über den Rücken, daß die vielen scharfen und spitzen Felsen jeden Augenblick unser schönes Schiff aufreißen können. Aber lieber diese Gefahr auf uns nehmen als dem Tommy in die Hände fallen! Steuerbord und Backbord wird beständig, eifrig und genau gelotet.

So hätte man unsere getreue Besatzung sehen sollen! Keiner hat zu Beginn des Krieges abgemustert. Jede Fahrt, auf die sie hinausfahren, ist eine Fahrt ins Ungewisse und birgt die drohende Möglichkeit englischer Internierung oder Versenkung des Schiffes in sich. Sie wissen aber, warum sie hinausfahren! Es ist für Deutschland und seine Wirtschaft und für die Stärkung der Front der Millionen Soldaten, die den

Sieg durch die Waffen erringen werden. Und nun, wo ihr Schiff in höchster Gefahr ist und der Tommy seine Hand nach ihm ausstreckt, da geben sie alle ihr Letztes her. Nur klein ist die Besatzung. Aber groß ist die Leistung bis zum letzten Mann. Im Kartenhaus wird auf der Karte gemessen und gemessen. Die geringste, aber auch die allgeringste Kursabweichung kann dem Dampfer zum Verhängnis werden. Mit schneidender Stimme gibt der Kapitän seine entscheidungsschweren Anweisungen an den Rudergänger. Ruhig und sicher führt die Maschine seine Befehle aus. Im Vorschiß wird weiter gelotet. Oft rücken die heimtückischen Felsen an beiden Seiten so nah an das Schiff heran, daß es fast als eine Unmöglichkeit erscheint, durchzukommen. Aber wir schaffen es. Mit ausgeschwungenen Rettungsbooten tasten wir uns buchstäblich durch die Rocks und Schären.

Und der Tommy? Verblüfft hat er gestoppt, als wir in die Rocks einbogen, und nun begleitet er uns wieder in knapper Entfernung an der anderen Seite der Insel auf unserem gefahrvollen Weg durch das felsige Fahrwasser. Er selbst aber hat nicht den Mut, unserem Dampfer hierher zu folgen. Zweimal aber macht er noch einen Anlauf, uns einzuschüchtern und aufzubringen. Einmal beginnt er wild mit seinen Geschützen zu schwenken und droht offensichtlich, auf uns zu schießen. Dadurch kann man uns nicht bluffen. Unbeirrt fahren wir weiter und lassen uns durch diese Drohung nicht aus der Ruhe bringen. Dann fährt der Brite plötzlich mit großer Fahrt voraus! Will er abhauen? Am Ausgang des Fahrwassers an den Schären legt er sich auf die Lauer, wohin ihm schon der andere gefolgt ist. Nun wollen sie zu zweien auf uns los? Hier müssen wir nach seiner Berechnung herauskommen. Jamohl, müßten! Aber wir tun ihm auch hier nicht den Gefallen, den üblichen Weg durch das Fahrwasser zu nehmen, sondern wir biegen erneut hart an der Küste in das gefährliche Rockwasser ein. Der Engländer gibt uns noch einige Stunden das Geleit, und dann gibt er es auf, und der geprellte Seeräuber zieht von dannen. Die Trauben waren ihm doch zu sauer!

Die britischen Neutralitätsverletzungen erstreckten sich jedoch nicht nur auf die norwegischen, sondern auch auf die dänischen Hoheitsgewässer. Der deutsche Dampfer „Edmund Hugo Stinnes“ wurde durch ein englisches U-Boot in den dänischen Hoheitsgewässern torpediert. Einige Befehlsglieder des deutschen Schiffes gaben folgende Schilderung dieses einwandfrei festgestellten völkerrechtswidrigen Verhaltens der Engländer:

Es war in der Nacht zum 24. März etwa gegen Mitternacht. Unser Dampfer war eindeutig innerhalb der dänischen Hoheitsgewässer ungefähr auf der Höhe des dänischen Fischereihafens Thorsminde. Wir wollten mit unserer Koksladung einen dänischen Hafen anlaufen. Der erste Offizier war auf der Brücke und bemerkte das U-Boot zuerst. Es kam aufgetaucht hinter uns auf und schob sich zwischen unser Schiff und die Küste, versuchte schon mit diesem Manöver, uns nach See hin abzudrängen, ein Boreis dafür, daß das U-Boot sehr wohl wußte, das wir uns innerhalb der dänischen Gewässer befanden. Der erste Offizier reckte den Kapitän. Sonst blieb bei uns an Bord alles ruhig. Kaum war der Kapitän auf der Brücke, da kam auch schon das Morsezeichen des U-Bootes: Stoppen Sie sofort! Der volle Scheinwerferstrahl schlug uns

dann in die Augen, blendete uns fast. Wir hatten keine Veranlassung, auf neutralem Gewässer vor einem verdächtigen Fahrzeug, das seine Flagge nicht zeigte, zu stoppen. Der Kapitän gab Order, auf Land ab-zudrehen. Da knallte auch schon der erste Schuß. Eine zweite Granate fegte heran, schlug in das Kartenhaus. Erstickender, beißender Ex-plosionsdampf breitete sich aus.

Auf dem Dampfer war noch immer alles normal. Ein Mann kam ge-rade mit Kaffee für die Wache aus der Kombüse heraus, da spritzten die Geschosse einer MG-Garbe durch die Kombüse. Der dritte Kanonen-schuß! Er schlug beim zweiten Offizier ein, der auf Freiwache in seiner Koje lag. Den Arm zertrümmert, Hüfte und Oberschenkel zerrissen und Ströme von Blut hergebend, den Rücken mit Splintern gespickt, so wälzte der Offizier sich in Blut und Schmerzen von seinem Lager. Weitere Schüsse folgten, die wahrscheinlich unter der Wasserlinie trafen. Jetzt stoppte die „Edmund Hugo Stinnes“. „An die Boote!“ — das war der nächste Befehl des Kapitäns. Unser Erster auf der Brücke morste nach dem U-Boot hinüber: „Wir haben gestoppt, gehen jetzt in die Boote. Stellen Sie das Feuer ein!“ Aber lustig wurde weitergeschossen, während wir jetzt, viele nur in Hemd und Hose, die Boote klarmachten. Die Briten ließen uns nicht eine Minute Zeit.

Einem von uns war fast eine halbe Hand weggerissen. Wie der zweite Offizier in das Boot gekommen ist — wir wissen es kaum. Er fiel, ob-wohl schwer verwundet, wie ein Klotz von der Reeling in das Boot, Riemen und Sitzbänke mit seinem Blut überströmend. Als die beiden Boote ablegten, hatte der Dampfer schon deutlich Schlagseite. Waffen-los, kaum bekleidet, trieben wir in den Booten. Das britische Piraten-boot, noch immer viel näher an der Küste als wir, ging längsseits an das erste Boot. Wir sahen das Maschinengewehr auf uns gerichtet, zwei Mann schußbereit, weitere Briten mit erhobenen Pistolen auf Deck des Bootes. Keine zehn Meter trennten uns vom Boot. Deutlich hörten wir, wie das MG durchgeladen wurde, wie die Pistolen entsichert wurden.

„Eine Offiziers“, mit diesen gebrochenen deutschen Worten durch-brach die Stimme eines britischen Offiziers das beiderseitige Schweigen. Unser Kapitän, der im Rettungsboot dem U-Boot am nächsten war, bewegte zustimmend die erhobene Hand. Nur ein Sprung trennte uns noch von den Briten. Da, ein paar blitzschnelle Bewegungen an Bord des Briten, schon hatten die Engländer die Hand unseres Kapitäns er-griffen, rissen ihn aus dem Rettungsboot heraus, zerrten ihn halb durch das Wasser auf das Piratenboot herüber, das sich dann entfernte. Wie nahe wir an Land und dem hellerleuchteten Hafen waren, beweist u. a. die Tatsache, daß wir schon in der Hafeneinfahrt waren, als dänische Küstenfahrzeuge mit dem hellerleuchteten Danebrog zu Hilfe für die vermuteten Schiffbrüchigen und Verwundeten auslaufend uns bege-neten. Im späteren Verlauf der Nacht sah ein dänisches Fischereifahr-zeug dann zwei englische U-Boote längsseits an unserem Dampfer liegen. Was das zu bedeuten hatte, wurde uns erst am nächsten Tag klar, als der erste Offizier noch einmal an Bord unseres Schiffes ging. Die Briten hatten hier wie die Seeräuber ältester Zeiten gehaust. In den Räumen des Kapitäns waren sämtliche Behälter erbrochen und zer-brochen. Nicht nur der Schnaps, auch vieles andere war gestohlen, sogar die Kleidung der Mannschaft. Alles, was sich in den noch zugänglichen

Innenräumen des Schiffes befunden hatte und irgendwie, wenn auch nur als „Siegestrophäe“, zu gebrauchen war, das hatten die edlen Briten bei ihrer Plünderung gestohlen.

Die im Wehrmachtsbericht vom 30. März gemeldete Rettung der Besatzung eines deutschen Fernaufklärers durch ein deutsches U-Boot stand im Zeichen der kameradschaftlichen Verbundenheit der einzelnen Wehrmachtteile. Am 28. März flüchten deutsche Fernaufklärer das Nordseegebiet auf. Eines der Erkundungsflugzeuge geriet dabei in stärksten Flakbeschuß, Treffer in die Motoren zwangen zur Notlandung auf See. Über die Bergung der Flugzeugbesatzung durch ein U-Boot gab der Flugzeugführer nachstehende Einzelheiten:

Nach mehrstündigem Erkundungsflug über dem Seegebiet vor den Orkneys sighteten wir einen englischen Geleitzug, der aus etwa 20 Schiffen bestand. Sofort gaben wir Meldung, funkten Standort und gerieten noch während dieser Arbeit in den starken Flakbeschuß eines feindlichen Zerstörers. Da wir unsere Aufgabe als Seeaufklärer gelöst und alles Weitere unseren Kameraden zu überlassen hatten, nahmen wir Kurs auf die Heimat. Zwei Stunden lang konnten wir, ungestört und ohne irgendwelche Schäden an der Maschine festzustellen, nach Süden brausen, dann setzten plötzlich beide Motoren aus, und der Beschuß machte sich bemerkbar. Und kaum daß ich meine Maschine gegen den Wind bekommen hatte, setzte sie auch schon mit hör- und fühlbarem Krachen auf. Ich glaubte im ersten Augenblick, sie wäre auseinandergebrochen. Aber wir hatten mal wieder beste Gelegenheit, festzustellen, was es mit guter deutscher Werkmannsarbeit auf sich hat. Nichts war passiert, wir hatten nur den Verlust unseres Funkgerätes zu beklagen. Aber unser Kamerad, der noch in der Luft war und dem unser Mißgeschick nicht entgangen sein konnte, sorgte mit seiner intakten Funkanlage umgehend für die Aussendung der Seenotzeichen. Wir selbst konnten nichts anderes tun als warten. Unsere Stimmung war ausgezeichnet, irgendwie mußte Hilfe ankreuzen. Wir kannten das scharfe Ohr der Heimat, das wachsam ist und dem kaum etwas entgeht. Darum schossen wir jede halbe Stunde Signale ab, um dem, der uns zu Hilfe eilen wollte, den Weg zu weisen. Aber fünfzehn Stunden mußten wir uns doch gedulden, und fünfzehn Stunden sind in der wilden Nordsee, in hoher Dünung und finsterner Nacht, ja nun auch nicht gerade ein lustiges Seidespinnen. Mittlerweile hatte aber der Befehlshaber der U-Boote, an den die Seenotzeichen auch ergangen waren, seine in der Nordsee operierenden Kommandanten aufgefordert, nach uns zu suchen. Im Morgengrauen kam endlich ein U-Boot in Sicht. Was nun, wenn das ein Engländer ist? „Also, wenn er herankommt, dann brennen wir die Maschine an! Verstanden, Kameraden?“ „Ja, wolle, Herr Oberleutnant!“ Aber ein ins Zwielflicht zischendes Leuchtsignal sagte uns, daß das, was da in hoher Fahrt auf uns zubrauste, von Deutschland kam.

Bald war das Boot heran, der Kommandant stand im Turm und forderte uns auf, unverzüglich unser Schlauchboot klarzumachen und zum Boot zu kommen. Das nun wieder ging mir und meinen Kameraden wider den Strich. Wir sollten unsere Maschine im Stich lassen und es damit genug sein lassen, daß unser eigenes Leben in Sicherheit gebracht wurde? Erst die Vorstellungen des Kapitänleutnants, daß die Entfernung von der Heimat nun doch zu groß für ein Einbringen sei, ließ uns schweren Herzens von Bord unseres braven Aufklärers gehen.

Mit einiger Mühe wurde das Schlauchboot zu Wasser gebracht, einer nach dem anderen kletterte hinein, und dabei passierte es, daß mein Beobachter sozusagen den Anschluß verpaßte. Er wollte in das heftig schlingernde Boot springen, sprang zu weit, sauste ins Wasser, und wir mußten ihn erst herausfischen. Dann warf uns das U-Boot eine Leine zu, wir wurden herangezogen, und als wir durch das Turmluk nach innen geklettert waren, da wußten wir auf einmal, wie wohl und warm einem in so einem kleinen U-Boot sein kann. Jedenfalls waren wir vorzüglich untergebracht, es gab warmes Essen und warme Kleidung. Aber in die Freude über die kameradschaftliche Aufnahme an Bord des U-Bootes mischte sich ein herber Schmerz: die U-Boot-Kanone mußte das vollbringen, was 15 Stunden schärfster Seegang nicht vermocht hatten. Das Flugzeug wurde vernichtet.



Der Einsatz des Reichsarbeitsdienstes im Feldzug in Polen 1939

Von

Oberstarbeitsführer Müller-Brandenburg

Der Krieg hat den Reichsarbeitsdienst vor eine neue Aufgabe gestellt. Sofort nach Kriegsausbruch hat der Führer den Einsatz des RAD im Feldzug gegen Polen befohlen. Damit wurde der RAD aus seiner an sich rein friedensmäßigen Aufgabe in eine ausgesprochen kriegsmäßige gesetzt, und zwar in einer Weise, die seinem Charakter und seinem Tätigkeitsbereich entspricht. An sich hat der RAD, wie ja auch von Anbeginn immer wieder vor der gesamten Öffentlichkeit des In- und Auslandes betont, eine ausgesprochene Friedensaufgabe, nämlich die der Erziehung des deutschen Menschen zu nationalsozialistischem Handeln mittels der Handarbeit. Nicht das Gewehr, sondern der Spaten ist seine Waffe.

Der Spaten aber spielt nun im modernen Krieg eine gewaltige Rolle. Daher war der kriegsmäßige Einsatz des RAD ein ganz naturgemäßer Vorgang, und es traf den RAD durchaus nicht unerwartet, als er zum Einsatz im polnischen Feldzug aufgerufen wurde. Der Führer hatte bekanntlich schon im Sommer 1938 die erdbräunten Abteilungen des RAD beim Aufbau des Westwalls in umfangreichem Maße eingesetzt. Der RAD konnte hier den Beweis antreten, daß er für Befestigungs- und Feldarbeiten ohne weiteres verwendungsfähig sei. Andererseits muß aber betont werden, daß der RAD für die während des polnischen Feldzuges ihm zugefallenen Aufgaben in keiner Weise vorher eingeübt werden konnte, eine ausgesprochene Ausbildung auf die neue Kriegsaufgabe hin also nicht getätigt worden war. Diese Feststellung möchte ich vorwegnehmen, da in ihr zugleich die wirklich großartige Leistung des Reichsarbeitsdienstes während des Feldzuges in Polen sichtbar wird.

Ich möchte noch einmal betonen, daß der RAD an sich eine von der Wehrmacht unabhängige Reichsorganisation ist, die ihren volkswirtschaftlichen und volkserzieherischen Aufgaben zu genügen hatte. Erst mit Ausbruch des Krieges wurde der RAD vom Führer dem Oberkommando der Wehrmacht zur Verfügung gestellt, wobei sein Einsatz im Bereich des Heeres und der Luftwaffe angeordnet wurde.

Indessen war, wie schon betont, ein Heranrücken an die Wehrmacht im Sommer 1938 erfolgt, als ein erheblicher Teil der Einheiten des RAD beim Aufbau des Westwalls zum Einsatz kam. Die Aufgabe, an der Landesbefestigung mitzuarbeiten, brachte naturgemäß eine enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Dienststellen des Heeres, vor allen Dingen mit den Pionierstäben, zuwege, so daß ein gegenseitiges Sichkennnenlernen und Einspielen möglich war, was sich im polnischen Feldzug als sehr nutzbringend erwiesen hat.

Als der Krieg ausbrach, befand sich der RAD in einer Lage, die zugleich die große Vieltätigkeit seines Aufgabenbereichs zeigt. Ein erheblicher Teil von Einheiten, Abteilungen wie Gau- und Gruppenstäben, war am Ausbau des Westwalls beschäftigt, ein weiterer Teil von Gaustäben, Gruppenstäben und Abteilungen war an der Ostgrenze mit dem Ausbau von Abwehrbefestigungen gegen Polen eingesetzt; ein nicht unerheblicher

dritter Teil war zur Erntehilfe in allen Teilen des Reiches eingesetzt, und schließlich stand ein vierter Teil an den an sich dem RAD zufallenden friedensmäßigen Aufgaben der Bodenverbesserung, Moor Kultivierung, Forstarbeiten, Wirtschafts- und Wegebau, Eindeichungsarbeiten usw. Diese Verteilung des RAD auf die verschiedensten Arbeitsgebiete mit den verschiedensten Arbeitsvorhaben machten den Einsatz in die neuen großen Aufgaben nicht leicht. Um so erfreulicher ist es, daß festgestellt werden darf, daß die Umstellung außerordentlich schnell ohne große Reibung sich in vollster Ordnung vollzogen hat. Wenn man dabei in Rücksicht stellt, daß der RAD erst seit rund sechs Jahren durch Reichsarbeitsführer Sierl zu seiner heutigen Form entwickelt worden ist, und daß Reichsarbeitsführer Reichsleiter Sierl sein Führerkorps völlig aus dem Nichts in einem halben Jahrzehnt aufgebaut und ausgebildet hat, wird die vorbildliche einzigartige Leistung, die hier vorliegt, sichtbar.

Bei dem Einsatz in Polen wurde der RAD den Kriegsnotwendigkeiten entsprechend umorganisiert, indem aus den Abteilungen Baukompanien entwickelt wurden, die zu Baubataillonen zusammentraten. Diese Baubataillone wurden den Armeekorps und Divisionen, die zum Einmarsch in Polen aufmarschierten, zur Verfügung gestellt, bzw. wurden sie zur Verfügung der höheren Kommandostäbe der Luftwaffe abgestellt. Da die Kopfstärke der Baukompanien größer ist als die Staffstärke der RAD-Abteilungen, erfolgte Auffüllung durch ältere Ersatzmannschaften der Wehrmacht. Trotz der hierin liegenden Schwierigkeiten wurden die Leistungsfähigkeit und die Einsatzkraft des RAD erfreulicherweise wenig berührt.

Der Auftrag an den RAD ging nun dahin, der sechtenden Truppe in allem und jedem, was nicht zur unmittelbaren Kampfhandlung gehört, zur Hilfe zu sein. Wer die Tatbestände des Weltkrieges vor Augen hat und daran denkt, wie oft im Weltkrieg die Operationen durch Mangel an einer beweglichen mit der Truppe dargehenden Baustruppe behindert waren, der weiß, welche Bedeutung dem RAD zufiel.

In der Tat, es ist kein Zweifel möglich, daß eine Hilfsstruppe, wie sie die Baubataillone mit ihren Baukompanien für den Krieg der Gegenwart darstellen, eine unabwiesbare Notwendigkeit ist, sollen die neuzeitlichen Waffen in ihrer Wirkung restlos und unbehindert zum Tragen kommen. Die Panzerdivisionen, die leichten motorisierten Infanterieverbände usw. müssen die Gewißheit haben, daß bei ihrem Vorstürmen sofort hinter ihnen die Straßen in Ordnung gebracht, gesprengte Brücken wiederhergestellt werden usw. Das kann aber die Truppe nicht selbst durchführen; das ist nicht ihre Aufgabe und würde man sie ihr zumuten, ihre Schlagkraft behindern. Die Pionierverbände aber haben ihre Kampfaufgabe und sind im übrigen mit den rein technischen Bauten, Brücken usw. so belastet, daß sie darüber hinaus neue Aufgaben nicht übernehmen können. In die so vorhandene Lücke trat nun der RAD und hat im Feldzug in Polen gezeigt, daß er für diese Aufgabe ausgezeichnet geeignet war. „Wegbereiter der Armee“ hat man die erdbräunlichen Baukompanien des RAD mit Recht genannt. Wer Polen mit seinem miserablen Straßennetz kennt, wer je auf einer „polnischen Chaussee“ marschiert, nachdem nur ein einziges Infanterieregiment darüber hinweggezogen war, der weiß, was es bedeutet, daß im Feldzug gegen Polen eine Baustruppe wie der RAD zur Verfügung stand. Überall, wo die motorisierten Baubataillone zur Verfügung standen oder wo die Baukompanien zu Fuß der sechtenden Truppe nachrückten, konnten die Nachschubverbände des Heeres binnen kurzem anschließen, da die erdbräunlichen Kompanien des RAD die Straßen wiederhergestellt, die Brücken wieder verwendungsfähig gemacht, durch Sümpfe Knüppeldämme gelegt oder gar schnell neue Wege gebaut hatten.

Die durch Luftangriffe blockierten Bahnhöfe wurden, sowie sie in deutscher Hand waren, durch Einheiten des RAD besetzt, die mit Eifer mit den Auf-

räumungsarbeiten begannen, so daß unberhältnismäßig schnell die Eisenbahnbaufirmen des Heeres dann an ihr eigentliches Werk herangehen konnten, die Strecken wieder dienstfähig zu machen.

Über die Mitarbeit des RAD beim Brückenbau über die Weichsel bei Dirschau, eine ganz besonders große Leistung der deutschen Pionierwaffe, hat die ganze deutsche Presse eingehend berichtet.

Oft sind Einheiten des RAD unmittelbar hinter der fechtenden Truppe im feindlichen Feuer gewesen und haben dort ihr Werk getan. Arbeitsdienstführer und Arbeitsmänner sind hier gefallen und verwundet worden, Sedenjähigen ist mancher Arbeitsmann zum Opfer gefallen. Das Eisene Kreuz ist bei den Baubataillonen zur Verteilung gekommen, wohl mit der beste Beweis, daß die Tätigkeit der Arbeitsmänner in ihrem Aufgabenbereich dem der fechtenden Truppe nicht nachgestanden hat. Mehr als einmal haben Baukompanien in eben eroberten Ortschaften, während der Kampf noch im Gange war, die feindlichen Bunkern fortgeräumt und so der Artillerie und den übrigen fahrenden Verbänden der eingesezten Divisionen den Weg geöffnet.

Auch für die Luftwaffe ist der RAD in umfangreichem Maße eingesetzt worden. Daß der polnische Flugplatz in Kattowitz vom RAD genommen wurde, ist allgemein bekannt. Im Bereich der Luftwaffe war es vor allen Dingen die Aufgabe, die eroberten Flugplätze schnellstens wieder gebrauchsfähig zu machen oder für die Luftwaffe baldigst provisorische Start- und Landeplätze anzulegen.

Große Marschleistungen sind zu verzeichnen. In Galizien wurden von Einheiten des RAD in zehn Tagen rund 250 Kilometer, also durchschnittlich 25 Kilometer täglich, zurückgelegt, wobei noch stundenlang an der Beseitigung von Hindernissen, Herstellung von Wegen usw. gearbeitet worden ist, eine Leistung, von der man nur mit Hochachtung sprechen kann.

Ob in Westpreußen oder am Narew, in Galizien oder Kongreßpolen, überall, wo der RAD eingesetzt wurde, hat er seine Pflicht getan, beim Heer wie bei der Luftwaffe, ohne großes Aufheben, im Dienst für Führer, Volk und Reich.

Wie sehr die oberste Führung die Leistungen des RAD anerkannt hat, zeigt u. a. ein Schreiben, das Generalfeldmarschall Hermann Göring am 6. Oktober 1939 in seiner Eigenschaft als Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe an Reichsarbeitsführer Konstantin Hierl gerichtet hat. Das Schreiben lautet:

„Lieber Parteigenosse Hierl!

Nach dem siegreichen Abschluß des Feldzuges in Polen ist es mir ein wahrhaftes Bedürfnis, Ihnen für die Hilfe des Reichsarbeitsdienstes bei der Durchführung der Operationen der Luftwaffe aufrichtigen Dank und volle Anerkennung auszusprechen. Bei der Bewachung von Feldflugplätzen, bei der Räumung und schnellen Wiederinstandsetzung ehemaliger Feindflughäfen, beim Wegebau und beim Nachschub, überall haben Ihre Männer ganze Arbeit geleistet und damit wesentlich zu den Erfolgen der deutschen Luftwaffe beigetragen. An diesem von echtem nationalsozialistischen Geist beseelten Zusammenwirken haben der entschlossene Einsatz jedes einzelnen Arbeitsmannes und die vorbildliche Führung des Reichsarbeitsdienstes in gleicher Weise Anteil.

Ich bitte Sie, lieber Parteigenosse Hierl, den Dank der Luftwaffe allen bei dem Einsatz des Reichsarbeitsdienstes beteiligten Formationen zu übermitteln.

Seil Hitler!
Ihr
(geb.) Göring.“

So darf der Reichsarbeitsdienst mit Stolz auf seine Teilnahme am polnischen Feldzug zurückblicken.

Abschließend möchte ich nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, daß der Führer im Januar den Befehl erlassen hat, daß der RAD in seine alte Form zurückzuführen ist und als selbständige Organisation sich seinen ihm zufallenden Aufgaben zuzuwenden hat. Das schließt natürlich nicht aus, daß er für die Zwecke der Kriegführung jederzeit vom Oberkommando der Wehrmacht angefordert und erneut zum Einsatz gebracht werden kann.





Wehrmachtberichte

1.-31. März 1940

Das Oberkommando der Wehrmacht gab bekannt:

1. — Im Westen örtliche Artillerie- und Spähtrupptätigkeit.

Wie durch Sondermeldung bereits bekanntgegeben, hat ein von Fernfahrt zurückgekehrtes unter dem Kommando von Korvettenkapitän Werner Hartmann stehendes U-Boot die Verfenkung von 45000 BRT gemeldet. Das U-Boot hat damit in zwei Unternehmungen die Gesamtverfenkungsziffer von 80000 BRT erreicht.

Die Luftwaffe führte am 29. Februar erneut, trotz ungünstiger Wetterlage, Aufklärungsflüge über Ostfrankreich und der Nordsee durch.

2. — Im Westen keine besonderen Ereignisse.

Die Luftwaffe führte Aufklärungsflüge über der gesamten Nordsee bis zu den Orkney-Inseln durch. Hierbei griffen deutsche Flugzeuge an verschiedenen Stellen englische Kriegsschiffe und im englischen Geleit fahrende Handelsschiffe erfolgreich an. Ein Schiff sank sofort, bei einem anderen wurden erhebliche Brandwirkungen festgestellt. Weitere vier Schiffe sind durch Bomben so schwer getroffen worden, daß ihr Verlust wahrscheinlich ist.

Nach einem Nachtflug über Nordwestdeutschland flog ein feindliches Flugzeug am 1. März morgens bei Nymwegen über niederländisches Hoheitsgebiet zurück.

3. — An der Westfront keine besonderen Ereignisse.

Die Luftwaffe klärte in der Zeit vor Morgengrauen bis zum Spätnachmittag des 2. März über der gesamten Nordsee auf. Vor der britischen Ostküste wurden zwei Vorpostenboote und elf bewaffnete im Geleit fahrende Handelsschiffe angegriffen und teils versenkt, teils schwer getroffen.

Tagüber wurde über Nordostfrankreich bis in Gegend Paris aufgeklärt. Bei der Grenzüberwachung fanden verschiedene Luftkämpfe an der deutsch-französischen Grenze statt. Hierbei wurden drei französische Flugzeuge durch deutsche Jäger abgeschossen, zwei deutsche Aufklärer werden vermißt.

4. — Zwischen Saar und Pfälzer Wald wurden durch einen Spähtrupp sieben, an einer anderen Stelle zwei französische Gefangene eingebracht.

Die deutsche Luftwaffe setzte in der Nacht vom 2. zum 3. März ihre Erkundungstätigkeit an der englischen Ostküste und über Ostfrankreich fort. Einzelne Feindflugzeuge flogen in großer Höhe von der Deutschen Bucht her nach Nordwestdeutschland ein. Dabei überflog ein englisches Flugzeug die deutsch-dänische Grenze.

Deutsche Jagdflugzeuge stießen bei Grenzüberwachung in Gegend Diedenhofen auf französische Jagdflugzeuge. Es kam zu einem Luftkampf zwischen vier Messerschmitt-Flugzeugen und zwölf Morane-Flugzeugen. Nachdem ein französisches Flugzeug abgeschossen war, entzogen sich die Franzosen trotz ihrer Dreifachen Überlegenheit dem weiteren Kampf.

Ein deutsches Heinkel-Aufklärungs-Flugzeug mußte nach einem Luftkampf mit drei französischen Jägern in der Gegend von Metz, in dessen Verlauf beide Motoren aussetzten, mitten in der französischen Festungslinie notlanden. Die Besatzung verbrannte ihr Flugzeug. Zwei Mann, von denen einer einen schweren Oberschenkelbruch erhalten hatte, schlugen sich durch die französischen Linien bis in die deutsche Stellung durch.

5. — Zwischen Mosel und Pfälzer Wald teilweise lebhaftere Artilleriefeuer und beiderseitige Spähtruppentätigkeit.

Wie bereits durch Sondermeldung bekanntgegeben, hat ein von Fernfahrt zurückgekehrtes U-Boot die Versenkung von 36 000 BRT gemeldet.

Die Luftwaffe setzte am 4. März 1940 trotz ungünstiger Wetterlage ihre Aufklärungsflüge über Ostfrankreich fort.

6. — Ostwärts der Mosel hob ein Stoßtrupp einen von den Engländern besetzten Unterstand unter starken Verlusten für den Gegner aus und nahm 16 Mann der Besatzung gefangen.

Sonst keine besonderen Ereignisse.

7. — An der Westfront keine besonderen Ereignisse.

Die eigene Luftaufklärung gegen England wurde fortgesetzt. Einzelne britische Flugzeuge flogen in der Nacht vom 5. zum 6. März in die Deutsche Bucht ein und berührten hierbei das nordwestdeutsche Küstengebiet. Ein britisches Flugzeug flog nördlich Syt über dänisches Hoheitsgebiet ein.

8. — An der Westfront außer örtlicher Artillerietätigkeit keine besonderen Ereignisse.

In der Nacht vom 6. zum 7. März und vom 7. zum 8. März fanden wiederum erfolgreiche Vorstöße der Luftwaffe gegen die britische Ostküste statt. Hierbei wurden trotz starker Gegenwehr insgesamt elf in britischem Geleit oder abgeblendet längs der britischen Ostküste fahrende Handelsschiffe versenkt oder schwer getroffen. Alle deutschen Flugzeuge, die zu dieser Unternehmung eingesetzt waren, kehrten ohne Verluste zurück. Ein zur Aufklärung gegen Nord-schottland angelegtes Flugzeug wird vermißt.

In der Nacht vom 6. zum 7. März flogen einzelne englische Flugzeuge in die Deutsche Bucht ein. Bis auf ein Flugzeug traten alle übrigen noch vor Erreichen der deutschen Küste den Rückflug an. Bei feindlichen Einfügen nach Nord- und Westdeutschland in der Nacht vom 7. zum 8. März wurde dänisches und luxemburgisches Hoheitsgebiet verletzt.

9. — An der Westfront Artillerie- und Spähtruppentätigkeit.

Die Luftwaffe setzte ihre Aufklärungstätigkeit gegen Großbritannien sowie über Nord- und Ostfrankreich fort. Ein eigenes Flugzeug wird vermißt.

10. — Zwischen Mosel und Pfälzer Wald an verschiedenen Stellen lebhaftere Artillerie- und Spähtruppentätigkeit.

Seit Kriegbeginn sind durch deutsche Seestreitkräfte insgesamt 46 feindliche und nach England fahrende neutrale Tanker mit 331 543 BRT versenkt worden. Auf England entfallen davon 32 Tanker mit 230 125 BRT. Damit wurden 10 v. H. der englischen Tankerflotte vernichtet.

Die Luftwaffe hält über Ostfrankreich auf. Am Nachmittag kam es an der deutsch-französischen Grenze zu einem Luftkampf zwischen sieben Messerschmitt-

Flugzeugen und zehn französischen Jägern vom Muster Morane und Curtiß. Hierbei wurde ein Morane-Flugzeug abgeschossen.

11. — Im Westen keine besonderen Ereignisse.

Die Luftwaffe setzte ihre Aufklärungsstätigkeit über Ostfrankreich fort. Der Gegner verfuhrte mehrfach, in deutsches Gebiet einzufliegen. Hierbei überflogen am 10. März abends zwei feindliche Flugzeuge sowohl auf dem Hin- wie auf dem Rückflug luxemburgisches Gebiet.

12. — An der Westfront keine besonderen Ereignisse.

Die Luftwaffe klärte über Ostfrankreich auf. Ein französisches Flugzeug vom Muster Poter 63 wurde durch Flakartillerie abgeschossen.

13. — In der Gegend des Pfälzer Waldes überfiel ein deutscher Spähtrupp auf französischem Boden einen auf dem Marsch befindlichen feindlichen Trupp mit Tragtieren, zerprengte ihn und brachte mehrere Gefangene ein.

Die Luftwaffe setzte ihre Aufklärung über Frankreich fort.

14. — An der Westfront keine besonderen Ereignisse.

Südlich Straßburg wurde ein französisches Flugzeug vom Muster Mureaux durch deutsche Flakartillerie abgeschossen.

Kapitänleutnant Schuhart konnte nach Rückkehr seines U-Bootes von der Fahrt gegen den Feind die Versenkung von 24 600 BRT melden. Damit hat Kapitänleutnant Schuhart, der im September des vergangenen Jahres auch den britischen Flugzeugträger „Courageous“ vernichtete, im Verlauf zweier Feindfahrten insgesamt 66 566 Tonnen versenkt.

15. — Keine besonderen Ereignisse.

16. — Im Westen keine besonderen Ereignisse.

Die Luftwaffe klärte über Ostfrankreich und der gesamten Nordsee auf. Hierbei wurden britische Vorpostenfahrzeuge angegriffen. Eines derselben wurde versenkt, ein anderes schwer beschädigt.

17. — Südwestlich Zweibrücken wurde am 15. März ein feindlicher Spähtrupp in Zugstärke abgemessen. Ein eigener Stoßtrupp sprengte am 16. März an der Saarfront einen französischen Beobachtungsstand ohne eigene Verluste.

Die Luftwaffe klärte über der Nordsee und Ostfrankreich auf. Deutsche Jäger schossen einen französischen Fesselballon westlich Breilach brennend ab.

Auf Grund der Aufklärungsergebnisse der letzten Tage unternahm die deutsche Luftwaffe in den Abendstunden des 16. März mit stärkeren Kampfkraften einen Vorstoß nach Nordwest und griff in Scapa Flow liegende Teile der britischen Flotte an.

Hierbei wurden mindestens vier Kriegsschiffe, darunter drei Schlachtschiffe und ein Kreuzer, durch Bomben getroffen und schwer beschädigt. Die Beschädigung von zwei weiteren Kriegsschiffen ist wahrscheinlich.

Außerdem wurden die Flugplätze Stromneß, Earth-House und Kirkwall sowie eine Flakstellung angegriffen und mit Bomben belegt.

Trotz starker Jagd- und Flakabwehr des Feindes führten die deutschen Kampf-Flugzeuge ihre Aufträge erfolgreich durch und kehrten ohne Verluste zurück.

18. — Hart östwärts der Mofel und im Grenzgebiet südlich Zweibrücken wurden feindliche Spähtruppen unter Verlusten für den Gegner abgemiefen und dabei mehrere Gefangene gemacht.

Die beiderseitige Artillerietätigkeit war etwas lebhafter als an den Vortagen.

Die Luftwaffe setzte die Aufklärung gegen Frankreich und Großbritannien fort. An der schottischen Ostküste wurden feindliche bewaffnete Handelsschiffe und Vorpostenboote angegriffen. Ein Vorpostenboot wurde versenkt.

19. — Zwischen Mofel und Pfälzer Wald Spähtrupptätigkeit und Artilleriefeuer. Zwei feindliche Stoßtruppen wurden abgemiefen.

20. — Im Westen keine besonderen Ereignisse.

Am 19. März, gegen 20 Uhr, griffen britische Flugzeuge die Insel Sylt an. Die Angriffe wurden von einigen Flugzeugen bis 2.40 Uhr fortgesetzt. Ein Haus wurde getroffen, sonst dank der deutschen Abwehr kein Schaden angerichtet. Die meisten Bomben fielen ins Wasser. Ein britisches Kampfflugzeug wurde durch deutsche Flak abgeschossen.

Im Zusammenhang mit dem Angriff wurde von den britischen Flugzeugen dänisches und niederländisches Hoheitsgebiet überflogen.

21. — An der Westfront zwischen Mofel und Pfälzer Wald örtliche Artillerie- und Spähtrupptätigkeit.

Deutsche Kampfflugzeuge griffen am 20. März gegen Abend einen durch Kreuzer, Zerstörer und Flugzeuge stark gesicherten britischen Geleitzug in der Höhe von Scapa Flow sowie ein bewaffnetes Handelsschiff im englischen Kanal erfolgreich an. Der Geleitzug wurde zer Sprengt. Neun Kriegs- und Handelsschiffe mit einer Gesamttonnage von etwa 42000 Tonnen sind versenkt worden. Zwei weitere Handelsschiffe mit einer Gesamttonnage von etwa 11000 Tonnen wurden schwer getroffen, eines der feindlichen Flugzeuge im Lufthkampf abgeschossen. Ein eigenes Flugzeug wird vermisst.

Am Vormittag des 20. März wurden einzelne britische Aufklärungsfugzeuge in der Nähe der ost- und nordfriesischen Inseln gesichtet und von der deutschen Abwehr abgemiefen. Die Verluste der britischen Fliegertruppe bei ihren Angriffversuchen gegen die Insel Sylt in der Nacht vom 19. zum 20. März haben sich nach den abschließenden Feststellungen auf drei Flugzeuge erhöht.

22. — Im Westen keine besonderen Ereignisse.

Die Luftwaffe härte trotz ungünstiger Wetterlage bis in die nördliche Nordsee auf.

Die Unternehmungen unserer Seestreitkräfte im Handelskrieg waren weiterhin erfolgreich. Im Verlauf allein von drei Tagen wurden 32694 BRT feindlichen und dem Feinde nutzbaren Handelsschiffraumes versenkt.

23. — Im Westen keine besonderen Ereignisse.

Die deutsche Luftwaffe führte am 22. März trotz heftiger feindlicher Jagd- und Flakabwehr zahlreiche Aufklärungsfüge über Frankreich durch. An der Westfront flogen einige feindliche Aufklärungsfugzeuge in das deutsche Grenzgebiet ein. Ein englisches Flugzeug wurde in der Gegend von Cleve durch ein Messerschmitt-Jagdflugzeug in großer Höhe gestellt und zum Absturz gebracht.

Am 22. März und in der Nacht vom 22. zum 23. März wurde die Verletzung neutralen Hoheitsgebietes durch feindliche Flugzeuge mehrfach festgestellt, und zwar die

Verletzung niederländischen Hoheitsgebietes um 12.22 Uhr, 22.31 Uhr und 23.14 Uhr, belgischen Hoheitsgebietes um 0.47 Uhr und luxemburgischen Hoheitsgebietes um 1.11 Uhr.

24. — An der Westfront örtliche Artillerie- und Spähtrupptätigkeit. Die Luftwaffe führte trotz sehr ungünstiger Wetterlage Aufklärungsflüge über Ostfrankreich durch.

In der Nacht vom 23. zum 24. März flogen zahlreiche feindliche Flugzeuge nach Nordwestdeutschland und in den Abschnitt Mosel-Rhein ein. Ein Vickers-Wellington-Langstreckenflugzeug wurde durch Flakartillerie abgeschossen.

Beim Rückflug verletzte der Gegner in acht Fällen niederländisches Hoheitsgebiet zwischen 22.45 Uhr und 2.45 Uhr.

25. — Im Westen verlief der Tag ruhig. Die Luftwaffe setzte ihre Aufklärungsflüge über Frankreich fort.

Bei der Grenzüberwachung im Westen wurde im Lufthampf in Gegend Zweibrücken ein französischer Aufklärer von deutschen Jägern abgeschossen.

26. — An der Westfront keine besonderen Ereignisse.

In Gegend Saarbrücken fand zwischen Messerschmittjägern und französischen Morane-Jagdflugzeugen ein Lufthampf statt, in dessen Verlauf ein feindliches Flugzeug abgeschossen wurde.

In der Nacht vom 24. zum 25. März unternahm die deutsche Luftwaffe einige erfolgreiche Erkundungsflüge nach Nord- und Ostfrankreich, ohne auf Gegenwehr zu stoßen. Feindliche Flugzeuge flogen um die gleiche Zeit nach Nord- und Südwestdeutschland ein, wobei sie teils auf dem Hin-, teils auf dem Rückflug mehrfach niederländisches, belgisches, luxemburgisches und schweizerisches Hoheitsgebiet verletzten.

27. — Im Westen gelang es bei einem Stoßtruppunternehmen im Grenzgebiet südlich Pirmasens, mehrere Gefangene zu machen. Der Feind erlitt außerdem Verluste an Toten und Verwundeten. Nördlich Weissenburg wurde ein feindlicher Stoßtrupp unter Verlusten abgemiefen.

Trotz starker feindlicher Jagd- und Flakabwehr erzielten die zur Aufklärung über Frankreich eingesetzten deutschen Flugzeuge wichtige Erkundungsergebnisse.

In der Nacht vom 25. zum 26. März flogen mehrere feindliche Flugzeuge in Nord- und Westdeutschland ein. Hierbei wurde erneut in mehreren Fällen dänisches, niederländisches, belgisches und luxemburgisches Hoheitsgebiet bei Ein- und Ausflügen verletzt.

Im Laufe des 26. März verfluchten feindliche Flugzeuge mehrfach die deutsch-französische Grenze zu überfliegen. Deutsche Jagdflugzeuge vertrieben den Gegner und schossen ohne eigene Verluste ein britisches Hurricane- und ein französisches Morane-Flugzeug ab.

28. — An der Westfront keine besonderen Ereignisse.

Bei erfolglosen Angriffen einzelner britischer Flugzeuge auf Vorpostenboote in der Deutschen Bucht wurde durch deutsche Jagdflugzeuge ein britisches Bristol-Blenheim-Flugzeug abgeschossen.

Von den feindlichen Flugzeugen, die in der Nacht zum 28. März abermals unter Verletzung dänischen, holländischen, belgischen und luxemburgischen Hoheitsgebietes über die deutsche Grenze ein- und ausflogen, wurde ein britisches Flugzeug durch unsere Flak brennend abgeschossen. Ein Teil der Besatzung wurde gefangengenommen.

29. — Im Westen keine besonderen Ereignisse.

Deutsche Kampfflugzeuge griffen in den Abendstunden des 28. März unter schwierigsten Wetterbedingungen einen britischen Geleitzug im Seegebiet der Shetlands erfolgreich an.

Der Geleitzug wurde zerlegt. Sechs große Handelsschiffe erlitten Treffer, ein Schiff geriet in Brand und ein Bewachungsfahrzeug wurde versenkt. Alle eingesetzten Kampfflugzeuge kehrten unverletzt zurück.

Tagüber wurde in verstärktem Maße über der Nordsee, Großbritannien und Frankreich aufgeföhrt. Die Flüge erstreckten sich bis nach den Orkney- und Shetlandinseln. Sie erbrachten trotz heftiger Gegenwehr wertvolle Erkundungsergebnisse. Zwei Aufklärungsflugzeuge sind vom Feindflug nicht zurückgekehrt.

30. — Im Westen wurden mehrere Vorstöße feindlicher Spähtruppe abgewiesen.

Die Luftwaffe setzte ihre Aufklärungsflüge trotz ungünstiger Witterung bis in die Abendstunden über der Nordsee, gegen die britische Ostküste und über Frankreich fort.

Hierbei wurde ein feindlicher Geleitzug nördlich Flamborough Head angegriffen. Ein den Geleitzug sichernder Kreuzer wurde durch Bombentreffer beschädigt, ein Handelsschiff versenkt und ein anderes getroffen. Ein deutsches Flugzeug kehrte von diesem Unternehmen nicht zurück.

An der Westfront kam es zu Luftkämpfen zwischen deutschen und französischen Jagdflugzeugen. Drei feindliche Jäger vom Muster Morane erlitten schwere Treffer und mußten unmittelbar hinter der feindlichen Linie notlanden. Ein deutsches Jagdflugzeug wurde abgeschossen.

Eines der am Vortage als vermißt gemeldeten Aufklärungsflugzeuge ist von einem deutschen U-Boot in der Nordsee treibend gefichtet worden. Die Besatzung wurde an Bord genommen, das Flugzeug versenkt.

31. — An der Westfront zwischen Mosel und Rhein kam es am 29. und 30. März mehrfach zu Zusammenstößen eigener und feindlicher Spähtruppe im Vorfeld. Nördlich Saargemünd gelang es einem Stoßtrupp, mehrere Gefangene einzubringen.

Sonst keine besonderen Ereignisse.

Der Halbjahresbericht des OKW

Das Oberkommando der Wehrmacht gab am 2. März bekannt:

Nach einer Kriegsföhrt von sechs Monaten zu Lande, zur See und in der Luft ist als militärisches Ergebnis festzustellen:

In einem Feldzug von 18 Tagen wurde die polnische Wehrmacht zerlegt, die polnischen Divisionen vernichtet und das Gebiet des ehemals polnischen Staates bis zur deutsch-russischen Interessengrenze besetzt. Damit wurde die Absicht der Gegner, Deutschland in einen Zweifrontenkrieg zu zwingen, in kürzester Frist vereitelt.

Im Westen wurde der Westwall planmäßig besetzt und bis zur Küste verlängert. An keiner Stelle hat der Gegner es gewagt, auch nur in den Wirkungsbereich des Westwalls vorzustoßen, geschweige denn ihn anzugreifen. In kühnen Spähtrupp- und Stoßtruppunternehmungen hat das deutsche Heer immer wieder seinen Angriffswillen bewiesen und den hohen Stand seiner Ausbildung und Ausrüstung gezeigt.

Wo der Gegner versuchte, im Vorfeld des Westwalls in deutsches Gebiet einzudringen, warfen ihn Verbände des Heeres in raschem Zusammenstoßen in seine Ausgangsstellung zurück.

Die deutsche Kriegsmarine hat nach Vernichtung der polnischen Seemacht bis auf die Einheiten, die vor Beginn des Feldzuges gesüdet waren oder später in neutralen Häfen interniert wurden, den Seekrieg gegen England und Frankreich mit steigendem Nachdruck und wachsenden Erfolgen geführt.

In der Nordsee lag neben der Sicherung des Seegebietes und dem Schutz des deutschen Handelsverkehrs der Schwerpunkt auf dem Handelskrieg mit Über- und Unterwasserstreitkräften. Gleichzeitig wurden auf die Seegebiete der englischen Ost- und Westküste Minenangriffe unternommen.

Im Atlantik waren zur Kreuzerriegelführung die Panzerschiffe „Admiral Graf Spee“ und „Deutschland“ eingesetzt. Bei Vorstößen in den Nordatlantik, die auch mit schweren Streitkräften durchgeführt wurden, konnte dem Feinde erheblicher Schaden zugefügt werden.

Als Ergebnis der deutschen Seekriegführung wurden vernichtet:

Das Schlachtschiff „Royal Oak“,
der Flugzeugträger „Courageous“,
der Hilfskreuzer „Rawalpindi“,
die acht Zerstörer „Blandford“, „Gipsy“, „Duchess“, „Grenville“, „Ermouth“, „Vincennes“, „Daring“ und „Jersey“,
ferner etwa 20 Kriegsfahrzeuge des Vorposten-, Minen- und Bootjagd- dienstes - diese unter Wirtwirkung von Luftstreitkräften -
sowie mehrere U-Boote.

Schwer beschädigt wurden:

Das Schlachtschiff „Nelson“,
das Schlachtschiff „Barham“,
der Schlachtkreuzer „Repulse“,
der Schwere Kreuzer „Exeter“,
ein Schwere Kreuzer der „London“-Klasse,
der Kreuzer „Belfast“ und
eine größere Anzahl von Zerstörern, Vorpostenbooten und U-Booten.

Im gleichen Zeitraum wurden 532 Schiffe mit 1904913 BRT feindlicher und dem Feind dienstbarer neutraler Handelschiffotonnage vernichtet.

Gemessen an diesen Erfolgen, waren die eigenen Verluste gering. Sie betragen: ein Panzerschiff, zwei Zerstörer, sechs Vorposten- oder Minenjagdboote und elf U-Boote, im Monatsdurchschnitt also zwei U-Boote.

Die deutsche Luftwaffe war an der siegreichen Entscheidung des polnischen Feldzuges in herausragender Weise beteiligt. Gleichzeitig mit dem Zerfall des polnischen Luftwaffe sicherte sie mit anderen Teilen den deutschen Luftraum im Westen. Ihre Überlegenheit hinsichtlich der Einsatzbereitschaft der Besatzungen und der Güte des Materials trat immer wieder in Erscheinung. Die auch bei ungünstigsten Witterungsverhältnissen gegen England und Frankreich durchgeführten Erkundungsflüge ergänzten die vorhandenen Unterlagen über die Maßnahmen des Gegners. In der Aufklärung gegen England gelangten die deutschen Flugzeuge trotz feindlicher Gegenwehr immer wieder bis zu den Orkney- und Shetlandinseln.

Wiederholt wurden Angriffe auf feindliche Seestreitkräfte, bewaffnete Handelschiffe und Geleitzüge durchgeführt. Es wurden 65 Schiffe mit rund 75000 BRT versenkt. Es handelt sich hierbei in der Mehrzahl um feindliche oder mit Banngut für England fahrende neutrale Handelschiffe sowie um einige Schiffe britischer leichter Seestreitkräfte.

Durch Bombentreffer wurden außerdem schwer beschädigt und zum Teil zerstört 82 Schiffe mit rund 200000 Tonnen. Davon:

40 britische Schiffe leichter Seestreitkräfte,
2 britische Kreuzer mit 15300 Tonnen,
2 britische Schlachtschiffe mit 63350 BRT,
1 britischer Flugzeugträger mit 22000 Tonnen.

Seit Kriegbeginn sind die deutsche Luftabwehr und die Bodenorganisation in dem geplanten Umfang voll ausgebaut, der Flugmeldedienst eingepflegt und erprobt, sowie Luftschußmaßnahmen und Luftschußeinrichtungen im ganzen Reich vervollkommen worden. Wo der Gegner versuchte, mit stärkeren Verbänden in das deutsche Gebiet einzufliegen, wurde er durch Jagd- und Flakabwehr erfolgreich abgewiesen.

Insgesamt wurden bisher 285 britische und französische Flugzeuge abgeschossen. Hinzukommen 50 Flugzeuge eines britischen Flugzeugträgers, so daß die Gesamtverluste der Westmächte seit Kriegbeginn mindestens 335 Flugzeuge betragen. Ferner wurden 9 feindliche Fesselballone abgeschossen.

Demgegenüber verlor die deutsche Luftwaffe in diesen sechs Monaten an der Westfront und über dem britischen Kampfraum insgesamt durch unmittelbare Feindeinwirkung 35 Flugzeuge und auf Feindflug verunglückt (Notlandungen, Abstürze usw.) 43 Flugzeuge.

Im sicheren Schutz der deutschen Wehrmacht konnte die Wehrkraft des 82-Millionen-Volkes voll entwickelt, die Wehrmacht weiter verstärkt und ausgebaut werden. Die bisherigen Kriegerfahrungen sind bei den drei Wehrmachtteilen für die weitere Führung des Krieges, für die Ausbildung und für die technische Vervollkommenung des Materials ausgemertet worden. Die Leistungen der deutschen Rüstungsindustrie sind durch die feindliche Blockade nicht gemindert, sondern zu einem Höchstmaß gesteigert worden. Stärkste Reserven an ausgebildeten Kämpfern aller Art sowie technischem Personal, an Waffen und Gerät stehen an der Front und in der Heimat zu weiterem Einsatz bereit.



Dokumente

Dr. Todt Reichminister für Bewaffnung und Munition

Der Führer und Reichkanzler ernannte den Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Dr. Todt, am 17. März durch nachstehenden Erlaß (RGBl. I, S. 513) zum Reichminister für Bewaffnung und Munition:

„Um alle in der Waffenherstellung und Munitionserzeugung im Großdeutschen Reich sowie im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete tätigen Stellen zu höchster Leistung zusammenzufassen, bestelle ich einen Reichminister für Bewaffnung und Munition.

Zum Reichminister für Bewaffnung und Munition ernenne ich den Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen Dr.-Ing. Todt.

Den Erlaß von Durchführungsbestimmungen behalte ich mir vor.“



Tagebefehl Görings zum Gründungstag der Luftwaffe

Generalfeldmarschall Göring erließ aus Anlaß der Wiederkehr des Gründungstages der Luftwaffe am 1. März folgenden Tagesbefehl:

Tagebefehl zum 1. März 1940.

Soldaten der Luftwaffe! Kameraden!

Die fünfte Wiederkehr des Gründungstages unserer stolzen Waffe findet uns angetreten und kämpfend nach dem Gefes des unserem Vaterland aufgezweungen Krieges.

Vor fünf Jahren erfuhr die Welt, daß es wieder eine deutsche Luftwaffe gibt. Die Zeit, die uns von jenem beglückenden Tage trennt, war erfüllt von härtester Arbeit, reiflosem Einsatz und bedingungsloser Hingabe jedes einzelnen, der mitmach an unserem großen Werk.

Kameraden! Ihr habt in den Jahren des Aufbaus, vor allem aber, als euch der Führer und Oberste Befehlshaber zum Schutz der Heimat aufrief, gezeigt, welcher Geist euch erfüllt. Ihr habt im Frieden und im Krieg bewiesen, daß in euch die großen Fliegerhelden des Weltkrieges ebenso fortleben wie die Blutzengen der nationalsozialistischen Bewegung.

Das deutsche Volk weiß, daß ihr sein Schutz und Schirm gegen jeden Angriff aus der Luft seid. Aber auch eine vernichtende Waffe gegen alle, die den Frieden verbrecherisch stürzen, weil der Aufstieg unseres Volkes aus der Verhlabung von Verfallenes zur geachteten Großmacht die Neider auf den Plan rief, um das Reich, das unser Führer aufgebaut hat, zu zer schlagen.

Euch, meine Kameraden, die ihr in der Luft und am Boden als Angehörige der Fliegertruppe, der Flakartillerie und der Luftnachrichtentruppe tapfer und treu eure Pflicht gegenüber eurem Führer und eurem Volk erfüllt, spreche ich heute am Gründungstage unserer jungen Waffe meinen Dank und meine Anerkennung aus.

In besonderer Verbundenheit gedenken wir an diesem Tage unserer Kameraden, die ihre Treue mit dem Einfluß ihres Lebens besiegelten. Sie sind uns Mahnung und Verpflichtung zugleich, ihrem Heldentum nachzueifern und in ihrem Geist weiterzukämpfen, bis der endgültige Sieg unser ist. Heil unserem Führer!



Aufruf zur Metall-Sammelaktion

Generalfeldmarschall Göring richtete am 14. März folgenden Aufruf an die deutschen Volksgenossen zu einer Metall-Sammelaktion, deren Spenden das Geburtstagsgeschenk der deutschen Nation an den Führer zum 20. April 1940 sein sollen:

Deutsche Männer und Frauen!

Die Heimat kennt keine größere Aufgabe und stolzere Verpflichtung, als der Front zu dienen. Sie ist unerschöpfbarer Kraftquell und gewaltige Waffenschmiede für die Wehrmacht. Die Front kämpft und siegt, die Heimat arbeitet und opfert.

An der inneren Geschlossenheit des Volkes sind alle heimtückischen Angriffe der Feinde zerföhrt. Unsere Wirtschaft trotzt jedem Blockadeverlust. Mögen die Aufgaben wachsen - härter noch wächst unser Wille, sie zu meistern.

Nach allen ihren Fehlschlägen hoffen die Feinde jetzt, daß uns einzelne kriegswichtige Metalle ausgehen werden, die, wie sie annehmen, in Deutschland nicht in ausreichender Menge gewonnen werden können. Wir werden ihnen darauf die rechte Antwort erteilen und uns sorgföhlig eine jederzeit verfügbare Reserve an diesen Metallen schaffen. Dazu sollt ihr alle beitragen!

Ich rufe euch deshalb heute auf zu einer großen Sammelaktion. Wir wollen der Reichsverteidigung alle entbehrlichen Gegenstände aus Kupfer, Bronze, Messing, Zinn, Blei und Nickel in nationalsozialistischer Opferbereitschaft zur Verfügung stellen. Diese freiwillige Spende soll das Geburtstagsgeschenk sein, das die deutsche Nation dem Führer zum 20. April darbringt.

Deutsche Volksgenossen! In Millionen deutscher Haushaltungen und Betriebe gibt es zahlreiche entbehrliche Gegenstände aus diesen Metallen. Im Besitz des einzelnen sind sie im Kriege für die Volksgemeinschaft nutzlos, für die Reichsverteidigung aber sind sie als gefammelte Reserve von größtem Wert.

Ich bin davon überzeugt, daß jeder Deutsche nach besten Kräften zu dem Erfolg dieser Metallsammlung beitragen wird. Wir wollen dem Führer durch die Tat danken für alles, was er Volk und Reich gegeben hat.

Die Spende ist die schönste Geburtstagsgabe für den Führer. Gebe jeder Volksgenosse hierzu freudig seinen Beitrag! Er hilft damit dem Führer in seinem Kampf um Deutschlands Freiheit.



Todesstrafe für Bereicherung an gefammeltem Metall

Der Ministerrat für die Reichsverteidigung erließ zum Schutz der Metallsammlung des deutschen Volkes eine Verordnung vom 29. März 1940 (RGBl. I, S. 565), die folgenden Wortlaut hat:

Die Metallsammlung ist ein Opfer des deutschen Volkes für das Durchhalten in dem ihm aufgezwungenen Lebenskampf.

Wer sich an gefammeltem oder vom Verfügungsberechtigten zur Sammlung bestimmten Metall bereichert oder solches Metall sonst seiner Verwendung entzieht, schädigt den großdeutschen Freiheitskampf und wird daher mit dem Tode bestraft.

Die Verordnung tritt mit der Verkündung durch Rundfunk in Kraft. Sie gilt auch in den eingegliederten Ostgebieten.

Rede des Führers am Heldengedenktag

Die Rede des Führers im Berliner Zeughaus anlässlich des
Heldengedenktages am 10. März hat folgenden Wortlaut:

„In ernstester Zeit feiert heute das deutsche Volk seinen Heldengedenktag. Mit größerem Recht als in den letzten 20 Jahren kann es vor das geistige Auge derer treten, die sich einst als tapfere Söhne unseres Volkes für die Zukunft der Nation, die Größe und Unversehrtheit des Reiches opferten. Was jahrelang nur blasse Redensarten einer unwürdig gewordenen Nachwelt waren, ist heute der stolze Dank einer ebenbürtigen Gegenwart. Nach einem beispiellosen Siegeszug im Osten sind die Soldaten der Divisionen des Feldheeres, die Besatzungen unserer Schiffe, die Kämpfer unserer Luftwaffe nunmehr bereit, das Reich vor den alten Feinden des Westens in Schutz zu nehmen. In gleichem Pflichtbewußtsein und in gleichem Gehorsam dem Befehl getreu wie die Soldaten des großen Krieges. Hinter ihnen aber steht nunmehr eine Heimat, gesäubert von den Elementen der Verfehlung sowohl als den Kräften der Zersplitterung. Zum erstenmal in unserer Geschichte tritt das ganze deutsche Volk vor das Angesicht des Allmächtigen, um ihn zu bitten, seinen Kampf um das Dasein zu segnen.

Dieser Kampf des Soldaten ist ein schwerer. Wenn das Leben zu seiner Behauptung, soweit wir die Natur überblicken und in ihr Walten Einsicht gewonnen haben, immer wieder Opfer fordert, um neues Leben zu gebären, und Schmerzen zufügt, um Wunden zu heilen, dann ist der Soldat in diesem Ringen der erste Repräsentant des Lebens. Denn er stellt zu allen Zeiten jene beste Auslese der Völker dar, die durch ihren Lebensentwurf und — wenn notwendig — durch ihre Lebenshingabe das Leben der übrigen Mit- und damit Umwelt ermöglichen und sicherstellen. Er tritt daher in den Stunden, in denen die Vorsehung den Wert der Völker abwägt, vor das Gottesgericht des Allmächtigen.

In ihm werden die Nationen gemogen und entweder zu leicht befunden und damit ausgelöscht aus dem Buch des Lebens und der Geschichte oder als würdig genug gesehen, um neues Leben zu tragen. Nur wer aber selbst Gelegenheit hatte, im Kampfe der härtesten Bedrängnis entgegenzutreten, wer selbst den Tod in jahrelangem Bemühen um sich streichen sah, weiß die Größe des Einsatzes des Soldaten zu ermessen, die ganze Schwere seines Opfers zu würdigen. Aus dem Instinkt der Lebensbehauptung heraus hat daher die Menschheit allgemein gültige Maßstäbe gefunden für die Bewertung derjenigen, die bereit waren, sich selbst aufzugeben, um der Gemeinschaft das Leben zu erhalten. Gegen den widerwärtigen Egoisten stellt sie den Idealisten, und wenn sie den einen als Feigling verachtet, dann dankt sie um so mehr aus der unbewußten Erkenntnis der gebrachten Opfer dem anderen. Sie glorifiziert ihn zum Helden und hebt ihn damit heraus aus dem Durchschnitt gleichgültiger Erscheinungen.

Kein Volk aber hat mehr Recht, seine Helden zu feiern, als das deutsche. In schwerster geopolitischer Lage konnte das Dasein unseres Volkes immer wieder nur durch den heroischen Einsatz seiner Männer sichergestellt werden. Wenn wir seit 2000 Jahren ein geschichtliches Dasein leben, dann nur, weil in diesen 2000 Jahren immer Männer bereit gewesen sind, für dieses Leben der Gesamtheit ihr eigenes einzusetzen und — wenn nötig —

zu opfern. Jeder dieser Helden aber hat sein Leben gegeben nicht in der Meinung, damit spätere Generationen von der gleichen Pflicht befreien zu können. Alle Leistungen der Vergangenheit, sie wären vergeblich gewesen, wenn in einer einzigen Generation der Zukunft die Kraft zu gleichem Opfer fehlen würde. Denn das Leben eines Volkes gleicht einer Kette ohne Ende nur so lange, als nicht in einer Generation ein Glied zerbricht und damit den Lauf der Entwicklung abschließt. Es hat daher niemand das Recht, Helden zu feiern, der nicht selbst einer ähnlichen Gesinnung fähig ist.

Niemand soll von Tradition reden, der nicht durch sein eigenes Leben und sein eigenes Handeln diese Tradition vermehrt. Dieser Grundsatz gilt für das Volk genau so wie für seine Staatsmänner. Für die Soldaten nicht minder als für die Generale. Aus den weisevollen Hallen des Hauses, in dem wir uns hier befinden, sprechen zu uns die Zeugen einer unergleichlichen ruhmvollen Vergangenheit. Sie wurde mit dem Blute unzähliger deutscher Helden erkämpft und besiegelt. Wir besitzen kein Recht, uns in diese Halle zu begeben, außer mit dem heiligen Entschluß im Herzen, nicht minder tapfer zu sein, als die Träger dieser Waffen, Feldehrenzeichen und Uniformen es vor uns waren.

Der Lebensensatz des einzelnen Musketiers war im Siebenjährigen Krieg kein schwererer als jener war, der tausend Jahre vorher die deutschen Streiter zum Schutz der deutschen Lande vor den Scharen des Ostens kämpfen ließ. Aber er war auch kein leichter, als er heute von uns gefordert wird. Die Kraft der Entschlüsse, der Kühne verwegene Mut der großen Staatsmänner und Heerführer der Vergangenheit waren keine geringeren Leistungen, als sie heute von uns erwartet werden. Auch damals wurden die großen Staatsmänner und Heerführer von den Göttern nur geliebt, weil sie oft scheinbar Unmögliches wagten und verlangten. Kaum eine der großen Schlachten der Geschichte unseres Volkes und vor allem der Geschichte Preußens trug ihren Ausgang sichtbar vorherbestimmt schon beim Beginn in sich. Manche Handlung, die, zahlen- und materialmäßig gesehen, scheinbar zum Siege hätte führen müssen, wurde infolge des mangelnden Geistes der Träger zur Niederlage, und viele andere, die nach allen menschlichen Berechnungen nur zur Vernichtung führen konnten, fanden ihren Eingang in die Geschichte als glorreichste Siege. Dem blassen Theoretiker wird sich das Geheimnis des Wanders des Lebens nie enthüllen. Er vermischt als die gewaltigste gestaltende Kraft des Daseins stets das, was ihm selbst am meisten mangelt, die Kraft des Willens in der Kühnheit des Fassens und der beharrlichen Durchführung der Entschlüsse.

So treten wir heute zu diesem Gedenktag unserer Helden an mit dem Gefühl einer neuen inneren Würdigkeit. Nicht gesenkten Hauptes, sondern stolz erhobenen Blickes grüßen wir sie in dem Bewußtsein der Ebenbürtigkeit, der gleichen Leistungen und — wenn notwendig — in der Bereitwilligkeit des Ertragens der gleichen Opfer. Für was sie einst kämpften, kämpfen nunmehr auch wir. Was ihnen hoch genug war, um — wenn notwendig — dafür zu sterben, soll uns in jeder Stunde zu gleicher Tat bereithalten. Der Glaube aber, der sie beseelte, hat sich in uns allen nur noch verstärkt.

Wie immer auch das Leben und das Schicksal des einzelnen sein mag, über jedem steht das Dasein und die Zukunft der Gesamtheit. Und hier hebt uns etwas noch über vergangene Zeiten empor: Uns allen ist das erschlossen worden, für was in früheren Zeiten so viele noch unbewußt kämpfen mußten: das deutsche Volk!

In seiner Gemeinschaft leben zu dürfen, ist unser höchstes irdisches Glück. Ihr anzugehören, ist unser Stolz; sie in bedingungsloser Treue in den Zeiten der Not zu verteidigen, unser fanatischer Trost. Je größer die Gefahren um uns sein mögen, um so kostbarer erscheint uns der Schutz dieser unserer Gemeinschaft. Um so wichtiger ist aber auch die Erkenntnis, daß in ihrer Erschließung und Förderung die stärkste Kraft der deutschen Lebensbehauptung liegt. Wenn die andere Welt der plutokratischen Demokratien gerade gegen das nationalsozialistische Deutschland den wildesten Kampf ansetzt und seine Vernichtung als oberstes Kriegsziel ausspricht, dann wird uns damit nur das bestätigt, was wir ohnehin wissen: daß nämlich der Gedanke der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft das deutsche Volk auch in den Augen unserer Gegner besonders gefährlich, weil unüberwindlich macht. Aber Klassen und Stände, Berufe, Konfessionen und alle übrige Wirrnis des Lebens hinweg erhebt sich die soziale Einheit der deutschen Menschen ohne Ansehung des Standes und der Herkunft, im Blute fundiert, durch ein tausendjähriges Leben zusammengefügt, durch das Schicksal auf Gedeih und Verderb verbunden. Die Welt wünscht unsere Auflösung. Unsere Antwort kann nur der erneute Schwur zur größten Gemeinschaft aller Zeiten sein.

Ihr Ziel ist die deutsche Zersplitterung, unser Glaubensbekenntnis: die deutsche Einheit. Ihre Hoffnung ist der Erfolg der kapitalistischen Interessen, und unser Wille ist der Sieg der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft.

Vor fünf Jahren wurde an diesem Tag die allgemeine Wehrpflicht verkündet! In fast 15jähriger mühevoller Arbeit hat der Nationalsozialismus das deutsche Volk aus dem Zustand der tragischen Verzweiflung erlöst, in einer einmaligen geschichtlichen Arbeit das Gewissen der Nation wieder aufgerichtet und die erbärmlichen Geister der defaitistischen Kapitulation verschleucht, die allgemeinen politischen Voraussetzungen zur Wiederaufrüstung geschaffen. Trotzdem war ich jahrelang bereit, der Welt die Hand zu einer wirklichen Verständigung zu reichen. Sie stieß den Gedanken einer Völkerveröhnung auf der Basis gleicher Rechte aller zurück.

Als Nationalsozialist und Soldat habe ich in meinem Leben nun stets den Grundsatz hochgehalten, das Recht meines Volkes entweder im Frieden sicherzustellen oder — wenn notwendig — es im Kampf zu erzwingen.

Als Führer der Nation, als Kanzler des Reiches und als Oberster Befehlshaber der deutschen Wehrmacht lebe ich daher heute nur noch einer einzigen Aufgabe: Tag und Nacht an den Sieg zu denken und für ihn zu ringen, zu arbeiten und zu kämpfen und wenn notwendig, auch mein eigenes Leben nicht zu schonen in der Erkenntnis, daß dieses Mal die deutsche Zukunft für Jahrhunderte entschieden wird.

Als einstiger Soldat des großen Krieges aber habe ich an die Vorsehung nur eine einzige demutvolle Bitte zu richten, möge sie uns alle der Gnade teilhaftig werden lassen, das letzte Kapitel des großen Völkerringens für unser deutsches Volk in Ehren abzuschließen. Dann werden sich die Geister der gefallenen Kameraden aus ihren Gräbern erheben und all' denen danken, die durch ihren Mut und ihre Treue nunmehr wiedergutmachen, was eine einzige schwache Stunde an ihnen und an unserem Volk einst gesündigt hat.

Unser Bekenntnis an diesem Tag sei daher der feierliche Schwur: Der von den kapitalistischen Machthabern Frankreichs und Englands dem Großdeutschen Reich aufgezwungene Krieg muß zum glorreichsten Sieg der deutschen Geschichte werden."



Innenpolitik

Der März ist in der kurzen, aber doch so bedeutungsvollen Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands stets ein besonders ereignisreicher Monat gewesen. Im Jahre 1933 war es der 21. März, der Tag von Potsdam, an dem der Führer und der greise Generalfeldmarschall von Hindenburg sich in der Potsdamer Garnisonkirche an der Gruft des großen Preußenkönigs die Hand reichten und an dem die erste Reichstags Sitzung mit dem Reichskanzler Adolf Hitler stattfand. Und in jedem weiteren Jahre brachte der Monat März einen Höhepunkt der zielbewußten nationalsozialistischen Aufbauarbeit. Am 29. März 1934 wurde das Landjahrgesetz verkündet, das in der Ausbildung der deutschen Jugend einen bedeutungsvollen Markstein darstellt. Am 1. März des Jahres 1935 stellte sich mit der Rückkehr des Saarlandes zum Mutterland der erste große Erfolg der deutschen Reichspolitik ein. Die logische Fortsetzung dieser Politik führte über die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht am 16. März 1935 zu der Wiederherstellung der Wehrhoheit im Rheinland und der damit verbundenen Kündigung des Locarno-Paktes.

Mit diesen grundlegenden Maßnahmen war die Voraussetzung geschaffen für das große geschichtliche Werk des Führers, für die Errichtung des Großdeutschen Reiches.

Im Jahre 1938 konnte dann am 13. März die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vollzogen werden. Die ganze Ostmark gedachte auch in diesem Jahre dieses für sie bedeutungsvollsten Tages ihrer Geschichte durch große Kundgebungen, die in begeisterten Treuebekenntnissen zu Großdeutschland und zu seinem Führer gipfelten. In Wien sprach anlässlich der offiziellen Feierstunde Reichsleiter Alfred Rosenberg über den großdeutschen Gedanken. Er betonte einleitend, es sei für den heutigen Kampf von entscheidender Bedeutung, daß das deutsche Volk den Sinn dieser großen Auseinandersetzung begreife und bejahe, der darin liege, daß es um die Vollendung des zweitausendjährigen Ringens um das Reich geht. In diesem Ringen hatte gerade die Ostmark als Wall gegen das eindringende Osmanentum den Schutz Deutschlands, ja ganz Europas übernommen. Der Kampf, den wir jetzt führen, gelte der Einheit und Größe des deutschen Reiches, der Herbeiführung einer neuen sozialen Ordnung und Gerechtigkeit. „Seute steht“, so schloß Reichsleiter Rosenberg seine große Rede, „das ganze deutsche Volk mit all seinen Stämmen in der äußeren und inneren Front in der Feuerprobe dieses Kampfes, und wenn wir der Heimkehr der Ostmark in das Reich gedenken, so wissen wir, daß dieses eine große entscheidende Etappe zur Vollendung des großdeutschen Gedankens gewesen ist.“

Welche Leistungen bereits in den zwei Jahren nach der Wiedervereinigung durch den Nationalsozialismus vollzogen wurden, schildert Reichskommissar Gauleiter Josef Würdel in einem Aufsatz im „Völkischen Beobachter“ am 13. März. Er führt darin aus, daß die Arbeitsaufgabe für die Partei dahin gestellt gewesen ist, ein verlottertes Staatsgebilde zu übernehmen, gegen

das sie jahrelang angefämvt hatte. Nur unter der Berücksichtigung dieser Tatsache kann man verstehen, was es bedeutet, daß heute die Ostmark rein militärisch hundertprozentig in den Sicherheitsraum des Reiches aufgenommen ist, daß das Plantwirtschaftssystem Deutschlands mit allen seinen Einrichtungen und Organisationen auch in der Ostmark errichtet ist und daß die beiden Wirtschaftsräume mit ihren verschiedenen sozialen Lohn- und Preisverhältnissen einander nahegebracht wurden. Recht und Verwaltung wurden angegliedert, die Partei mit ihren Gliederungen wie DNVP und NSDAP wurde organisiert und schließlich wurde die restlose Entjudung von Wirtschaft und Kultur durchgeführt. 600.000 Arbeitslose wurden wieder in die Arbeitsplätze eingegliedert. Dementsprechend konnte sich das wirtschaftliche Leben ausweiten und verbessern. Die hohe Zahl der Eheschließungen und der Geburtenüberschuss sind die Wirkungen dieser Entwicklung. In den Ergebnissen des Winterhilfswerkes zeigt die Ostmark, daß sie in der Opferbereitschaft des gesamten deutschen Volkes mit an der Spitze steht. Zum Schluß betont Gauleiter Würdel in seinen Ausführungen, der letzte Beweis dafür, daß die Ostmärker nicht die Opfer, sondern die Willensträger des Großdeutschen Reiches sind, sei die Tatsache, daß sie in diesem Kriege auf den Schlachtfeldern für unser großes Vaterland kämpfen. Im Polenfeldzug haben sie die Mission wieder aufgenommen und erfüllt, welche sie immer hatten und immer haben werden, nämlich Platte des Deutschen Reiches zu sein.

Nach der Wiedervereinigung der Ostmark mit dem Reich brachte das Jahr 1939 am 16. März die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren. Der erste Jahrestag des Einmarsches deutscher Truppen in Böhmen und Mähren ist im Protektorat überall in würdiger Weise begangen worden. Auch die tschechische Presse unterstrich dabei die einjährige Aufbauarbeit, und alle Betrachtungen stimmen darin überein, daß das tschechische Volk durch den weisen Entschluß seines Staatspräsidenten vor dem Los Polens bewahrt worden ist. In einer Kundgebung des Führungsrates der Tschechischen Nationalen Gemeinschaft wurde auch offiziell zum Ausdruck gebracht, das tschechische Volk wisse es zu würdigen, daß es vor dem Leid und Unglück des Krieges geschützt wurde. In diesem Kriege wolle es seinen Beitrag zum Siege leisten und als wertvolles Hinterland für die kämpfende Wehrmacht des Reiches diszipliniert seine Pflicht tun, um die im vergangenen Jahre auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet gezeitigten Erfolge zu pflegen und zu erhalten. Eine Parade auf dem Wenzelsplatz in Prag vor dem Reichsprotektor Freiherrn v. Neurath und in Gegenwart des Staatspräsidenten Dr. Hacha gab ein eindrucksvolles Bild der deutschen Wehrkraft. In einem Telegrammwechsel zwischen dem Führer einerseits und dem Reichsprotektor Freiherrn v. Neurath und Staatspräsidenten Dr. Hacha andererseits gaben Protektoratsregierung und die Vertretungen des tschechischen Volkes ihrer Treue zum Großdeutschen Reich Ausdruck.

Am 22. März jährte sich ebenfalls zum erstenmal der Tag, an dem das Remelland zum Großdeutschen Reich zurückkehrte. Auch in Remel wurde dieses Tages in erhebenden Feiern gedacht.

Diese Etappen im Ziele des bewußten Aufbaus Großdeutschlands konnten nur erreicht werden mit der ständigen Bereitschaft einer starken schlagkräftigen Wehrmacht. Ihre Stärke und Unüberwindlichkeit hat sich im Ablauf des Krieges glänzend bewährt. Nach einer Kriegführung von sechs Monaten zu Lande, zur See und in der Luft konnte das Oberkommando der Wehrmacht am 3. März als stolzes Ergebnis feststellen, daß in einem Feldzug von 18 Tagen die polnische Wehrmacht zerschlagen, die polnischen Divisionen vernichtet und das Gebiet des ehemals polnischen Staates bis zur deutsch-russischen Interessengrenze besetzt wurde und damit die Absicht der Gegner, Deutschland in einen Zweifrontenkrieg zu zwingen, in kürzester Zeit vereitelt wurden. Der Wehrmachtbericht führt weiter aus, daß der Westwall planmäßig besetzt und bis zur Küste verlängert wurde, daß der Gegner es

an keiner Stelle wagte, in den Wirkungsbereich des Westwalls vorzustößen oder gar ihn anzugreifen, und daß in kühnen Späh- und Stoßtruppunternehmungen das deutsche Meer immer wieder seinen Angriffsgeist bewies und den hohen Stand seiner Ausbildung und Ausrüstung zeigte. Die deutsche Kriegsmarine hat nach Vernichtung der polnischen Seemacht den Seekrieg gegen England und Frankreich mit Erfolg geführt. Der Handelskrieg sowie die Minenangriffe waren für den Feind sehr spürbar. Die Feindverluste sind mit der Vernichtung und Beschädigung einer Anzahl größerer und mittlerer Kriegsschiffe und anderer Kriegsfahrzeuge sowie U-Boote sehr empfindlich gewesen. Die deutsche Luftwaffe war an der siegreichen Entscheidung des polnischen Feldzuges in hervorragender Weise beteiligt. Sie hat in allen Monaten erfolgreiche Angriffe auf feindliche Seefertrikräfte, bewaffnete Handelsschiffe und Geleitzüge durchgeführt. Die Gesamtverluste der Westmächte betragen seit Kriegsbeginn mindestens 335 Flugzeuge, wogegen die deutsche Luftwaffe nur den Verlust von 43 Flugzeugen zu verzeichnen hat. Der Wehrmachtbericht verweist auch besonders darauf, daß die Leistungen der deutschen Rüstungsindustrie durch die feindliche Blockade nicht gemindert, sondern zu einem Höchstmaß gesteigert worden sind.

Das deutsche Volk stütete der Wehrmacht als dem Garanten der Unbesieglbarkeit, das „*Policaš-jana vohu na 1. mjesecu na Teagu der Wehrmacht*“, der so ein rechter Erfolgstag wurde. Auch er war ein Beweis der engsten Volksverbundenheit der Wehrmacht und zugleich eine Bestätigung der nie erlahmenden Opferfreudigkeit des deutschen Volkes. Ein gewaltiger Strom von Volksgenossen, die Gäste der Wehrmacht waren, ergoß sich an diesem Tage in die Kasernen. Aus einer unbeschreiblichen Fülle von Vorführungen und Darbietungen vermochten sich die Besucher ein Bild von dem Ernst des Waffenhandwerks zu machen, das heute seine höchste Bewährung findet.

Der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch, besuchte in den ersten Tagen des März die Einheiten im Vorfeld des Westwalls und die Frontarbeiter, die eine Reihe neuer Befestigungsarbeiten gebaut haben. Er übergab den Männern, die die längste Zeit am Westwall Dienst getan haben, das Schutzwall-Ehrenzeichen.

Auch der Stabschef der SA, Victor Luge, nahm Mitte März eine Besichtigungsfahrt an der Westfront vor. In den vordersten Stellungen eines Divisionsabschnitts besuchte er vor allem ein Infanterie-Bataillon, in dem ausschließlich Angehörige der SA-Standarte Feldherrnhalle dienen. In einer kurzen Ansprache sagte der Stabschef: „Heute erkämpfen wir uns außenpolitisch das, was wir innenpolitisch schon gewonnen haben. Wie ihr euch als SA-Männer freiwillig dem Führer verschrieben habt, erwoarte ich von euch, daß ihr auch an der Front Vorbild seid und beweist, daß ihr nicht nur gute politische Soldaten, sondern ebenso gute Soldaten der Waffen seid.“ — Der Stabschef konnte sich beim weiteren Besuch von der Unbezwingbarkeit des Westwalls überzeugen.

Reichsleiter Dr. Ley besuchte die Westwallarbeiter und nahm in den vordersten Linien Gelegenheit, mit zahlreichen Arbeitern und Soldaten persönlich zu sprechen. In einer Veranstaltung, die auf alle deutschen Sender übertragen wurde, überbrachte er die Grüße des Führers. Nachdrücklich wies er auf die ungeheuren Leistungen und Opfer hin, die von den Frontarbeitern in den letzten zwei Jahren vollbracht wurden. „Der Westwallarbeiter“, so sagte Dr. Ley, „ist unserem Volke ein Begriff geworden voll Stolz und Würde. — Hier in vorderster Linie stehen Arbeiter und Soldaten Seite an Seite, jeder in seiner Pflicht und jeder beseelt von dem heiligen Glauben, von einem fanatischen Willen. Ihr seid die Säuter dieses Westwalls und damit der Front!“

So wie Arbeiter und Soldaten Schulter an Schulter kämpfen, so steht ihnen als dritte Einheit der Reichsarbeitsdienst zur Seite. Im befrei-

ten Gebiet des deutschen Ostens sind durch Erlass des Reichsarbeitsführers zwei neue Arbeitsgauen geschaffen worden, die sich mit dem Gebiet der neuen Reichsgaue decken, der Arbeitsgau II, Danzig-Westpreußen, und der Arbeitsgau III, Wartheland. In diesen Gauen erwartet den Arbeitsdienst eine Fülle von Arbeit, vor allem auf dem Gebiet der Landeskultur. Als weitere Hauptaufgabe wird er mitwirken bei der Besiedlung des Raumes mit deutschen Menschen. Wenn auch mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse der Reichsarbeitsdienst noch nicht in voller Stärke eingesetzt werden kann, so hat er doch sorgfältige und umfassende Vorbereitungen auf allen Gebieten getroffen, um den späteren Großeinsatz zu ermöglichen. Die ersten Barackenlager rollen an und werden aufgebaut. Die ersten Abteilungen sind ausschließlich mit Danziger Erbsatz belegt, der sich zum Teil nach der Wiedervereinigung Danzigs zum Reich freiwillig zum Arbeitsdienst gemeldet hatte. Auch im Führerkorps des neuen Arbeitsgauen II befinden sich mehrere Führer des ehemaligen Danziger Arbeitsdienstes.

Neben dem Reichsarbeitsdienst nehmen bei der Umgestaltung des neuen Ostlandes ein blühendes Bauernland das Landjahr und der Landdienst der SS einen wichtigen Platz ein. Die organisatorischen Vorarbeiten im Warthegau wurden so weit abgeschlossen, daß 26 Landjahrlager mit 1500 Landjahrpflichtigen, davon 800 Mädel und 700 Jungen, die vorwiegend aus dem Wartheland stammen, eröffnet werden können. Das Landjahr wird im Warthegau im dörflichen kulturellen Leben eine bedeutende Rolle spielen und u. a. auch dazu dienen, vorhandene Lücken in der Ausbildung der volkdeutschen Jugend auszufüllen. Es werden in diesen Landjahrslagern 14- und 15jährige Jungen und Mädel nach ihrer Schulentlassung 8 Monate lang von April bis Dezember eine planmäßige Erziehungsarbeit zur Gemeinschaft unter 60 Landjahrführern und -führerinnen erleben. Die bäuerliche Berufserziehung ist ein Teil der SS-Arbeit im Zusammenwirken mit dem Reichsnährstand geworden. Wesentliche Unterstützung erhält diese Berufserziehung durch die geplanten 30 Landjahrlager und durch den Landdienst der SS, der in bäuerlichen Betrieben eingesetzt wird, um in der städtischen Jugend die Liebe zum Boden zu wecken. Jeder Kreis des Warthegaues wird eine Landdienstgruppe erhalten.

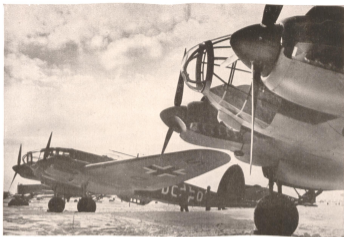
Wie im Falle des Landjahres und des Landdienstes, so steht die SS auf allen Gebieten vor einer entscheidenden Erweiterung des Einsatzes. Kein deutscher Junge und kein deutsches Mädel werden mehr abseits stehen. Zu dieser bedeutenden Neuregelung nahm Stabsführer Hartmann Lauterbacher im NSK Stellung. Er führte aus, daß die Dienstleistungen der SS sich auf die vormilitärische Erziehung, die weltanschauliche Festigung auf den Heimabenden und auf den Einsatz für die Kriegsaufgabe erstrecken. Auf einer Arbeitstagung der Reichsjugendführung am 14. März gab der Bevollmächtigte des Reichsjugendführers, Hartmann Lauterbacher, die Erziehung eines Amtes „Wauerntum und Ostland“ in der Reichsjugendführung bekannt, mit dessen Führung SS-Oberführer Peudert beauftragt worden ist. Alle Maßnahmen gelten immer wieder dem großen Ziel, das wir uns in diesem Kriege gesetzt haben und wofür sämtliche Kräfte mobilisiert werden. So fand am 7. März im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter dem Vorsitz des Reichsministers Darre eine Tagung der Landes- und Provinzial-Ernährungsämter statt, an der sämtliche Landesbauernführer Großdeutschlands teilnahmen und die in erster Linie der Sicherung der Frühjahrseinstellung und der Mobilisierung der in der deutschen Milchwirtschaft noch vorhandenen Produktionsreserven diente. Zum Kampf gegen die Fettblockade erließ der Reichsbauernführer eine Anordnung, die die Bildung von Milchleistungsausschüssen und einen allgemeinen Milchwettbewerb der Landwirtschaft vorsieht.

Eine wichtige Verordnung zum Schutze der deutschen Jugend erließ am 20. März der Reichsinnenminister, mit der bestimmt wird, daß



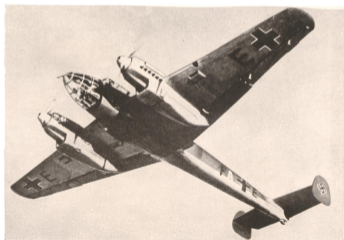
Einübung mit dem Schlauchboot

Ver.: P. K. - Die (Presse-Bild-Zentrale)



Heinkel-Kampfflugzeuge „He 111“

Phot.: Presse-Hoffmann



Der neue Messerschmitt-Bomber „Jaguar“

Phot.: Presse-Hoffmann

wegen der durch den Krieg bedingten veränderten Lebensverhältnisse Jugendlichen unter 18 Jahren der Aufenthalt auf öffentlichen Straßen und Plätzen, in Gaststätten, Lichtspieltheatern, Varietés, Kabarettis usw. zu bestimmten Zeiten untersagt ist. Ferner wird der Ausschank von Alkohol an Jugendliche und der Genuß von Tabakwaren für Jugendliche verboten, auch erfolgte eine Regelung der Teilnahme von Jugendlichen an Tanzlustbarkeiten. Neben dieser äußerlichen Betreuung der Jugend läßt es sich die nationalsozialistische Staatsführung besonders angelegen sein, die geistige Betreuung der Jugend in die Hand zu nehmen. Zu diesem Zweck hat der Ministerrat für die Reichsverteidigung am 7. März auf Vorschlag des Reichsleiters Alfred Rosenberg beschlossen, fortlaufend durch Ansprachen führender Persönlichkeiten aus Partei und Staat die deutsche Jugend in Schule und Werkstoff über den Kampf unserer Zeit und über die Pflichten der Jugend zu unterrichten. Als Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP hat Reichsleiter Rosenberg die Leitung dieser Erziehungsarbeit übernommen. Er wird in Zusammenarbeit mit den in Frage kommenden Stellen von Partei und Staat diese charakterliche und weltanschauliche Ausbildung der deutschen Jugend leiten und überwachen. In Einleitung dieser großen Aufgabe sprach der Reichsleiter am 11. März über alle Sender des Großdeutschen Rundfunks zur gesamten deutschen Jugend über das Thema „Volkskameradschaft“. Er führte darin aus, daß die Jugend das Bewußtsein haben müsse, eine große Pflicht dem deutschen Volke gegenüber zu erfüllen, so wie es der Soldat an der Front tut. Er bezeichnete die Kameradschaft als die Tapferkeit der ganzen Gemeinschaft des Volkes.

Am 15. März besuchte Reichsleiter Alfred Rosenberg die Gaustudentenführung in Wien und überzeugte sich von dem Stand der wissenschaftlichen Forschung im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Südost. Auch unter den erschwerten Kriegsverhältnissen wird der reibungslosen Durchführung des Studiums größte Aufmerksamkeit geschenkt. Nachdem kürzlich die ersten Verwundeten aus dem Polenfeldzug zum Studium zurückgekehrt sind, hat das Reichserziehungsministerium den Rektoren empfohlen, im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Gewährung von Gebührennachlaß die Anträge von Kriegsteilnehmern und insbesondere von ernstlich Verwundeten mit größtem Entgegenkommen zu behandeln. Hier wird also das von Rosenberg geforderte Prinzip der Kameradschaft in richtiger Auffassung durchgeführt, wie auch die Studentinnen ihren Teil zu dieser Kameradschaft beitragen durch den pflichtmäßigen Fabrikdienst. Nach Ablauf des ersten Trimesters des Studienjahres 1940 geht eine große Anzahl aller in den ersten und dritten Trimestern stehenden Studentinnen zum erstenmal pflichtmäßig in den Fabrikeinsatz. Erfast werden die Juristinnen, die Volks- und Betriebswirtschaftlerinnen, die weiblichen Studierenden der Naturwissenschaft, der Technik und der Zeitungswissenschaft. Die Philologinnen nehmen auch weiterhin freiwillig am Fabrikdienst teil. Für die Medizinerinnen ist im Rahmen einer Studienordnung bereits ein besonderer wöchentlicher Land- und Fabrikdienstesatz vorgesehen. Der pflichtmäßige Fabrikdienst soll der Vorbereitung eines planmäßigen Fabriksonderdienstes von Studentinnen unter Berücksichtigung fachlicher Vorkenntnisse dienen.

In der Reihe seiner Vorträge im Monat März sprach Reichsleiter Rosenberg am 30. in Ludwigshafen auf einer großen Kundgebung. Das Thema seiner Rede kam in der Feststellung zum Ausdruck, daß das, was sich heute vollzieht, eine politische und soziale Revolution sei, wie sie vielleicht alle 500 Jahre zu verzeichnen ist, eine Revolution der Disziplin, nicht der Zersplitterung. „Es ist Zeit“, rief Reichsleiter Rosenberg aus, „daß ein neues Europa mit revolutionärem Schwung über die überalterten Herren hinweg ein neues Zeitalter beginnt.“ Der Reichsleiter schloß seine Ausführungen mit dem Wort des im Weltkrieg gefallenen Dichters Gorch Fock: „Wenn ein

Volk nicht aufstehen kann wie ein Mann, so muß ein Mann aufstehen wie ein ganzes Volk." Dieses Wort ist durch Adolf Hitler Wahrheit geworden. Nun gilt es für das Volk, den Kampf auch durchzustehen und die Bewährung zu wiederholen, wie sie die nationalsozialistische Bewegung in 14 Kampfsjahren gezeigt hat.

Das Ziel der geistigen Betreuung der Jugend ist, nicht eine Auslese von wenigen, sondern eine Auslese des ganzen Volkes zu schaffen. Innerhalb dieser Auslese ist von Bedeutung die Schaffung des Führernachwuchses. So erklärte Reichsorganisationsleiter Dr. Ley auf einer Arbeitstagung des Hauptpersonalamtes der NSDAP am 15. März in München die Sicherstellung des Führernachwuchses als die vordringlichste Aufgabe. Das nationalsozialistische System der Auslese für den Führernachwuchs gewährleistete die Heranbildung von Persönlichkeiten, die nach dem Siege in besonders großer Anzahl benötigt werden. Dr. Ley wies darauf hin, daß in diesem nationalsozialistischen Erziehungssystem auf den Ordensburgen der Partei Körper, Seele und Geist eine Einheit bilden. Es sei dafür Sorge getragen, daß dieses Erziehungssystem stets mit der Praxis verbunden bleibt.

Eine grundlegende Rede über die Schlagkraft der Verwaltung hielt Reichsminister Dr. Frick am 6. März in der Universität Freiburg. Ausgehend von der Verwaltungsarbeit im Kriege erklärte er eingehend die Funktion des Ministerrates für die Reichsverteidigung, gab einen Überblick über die weitere Kriegsbewaltungs- und Kriegswirtschafts-Organisation und brachte zum Ausdruck, daß gerade im Kriege die höchste Schlagkraft der Verwaltung oberstes Gebot ist und mit dem geringsten Einsatz an Mitteln der größtmögliche Erfolg erzielt werden muß. Der Führer erwarte von allen Behörden schnelle, von bürokratischen Hemmungen freie Entscheidungen. Selbstverständlich haben die mit der Reichsverteidigung zusammenhängenden Angelegenheiten im Kriege allen übrigen Angelegenheiten voranzugehen. Zu den wichtigsten Verwaltungsaufgaben im Kriege gehören die Versorgung der Bevölkerung, die Betreuung der Angehörigen der zum Wehrdienst Einberufenen, die Erfassung und Musterung von Personal- und Sachersatz, der zivile Luftschutz und die Abwehr der Spionage. Dr. Frick verlangte von jedem Beamten und jedem im öffentlichen Dienst tätigen Angestellten Einsatz bis zum äußersten.

Dieser äußerste Einsatz hat auf allen Gebieten der inneren Front seine sichtbaren Erfolge herausgestellt. Auf einem der wichtigsten Gebiete des Volkslebens, der Volksgesundheit, hat die Arbeit der verantwortlichen Männer die segensreichsten Wirkungen herbeigeführt. Trotz des Krieges sind bisher keine Seuchen zu verzeichnen, und es ist alle Vorsorge getroffen, sie auch in Zukunft zu vermeiden. Darüber gab der Reichsgesundheitsführer, Staatssekretär Dr. Conti, am 31. März in Münster ausführlichen Bericht. Er erklärte, daß 1914 in den ersten 21 Kriegswochen die Typhus- und Ruhrerkrankungen schlagartig in die Höhe schnellten, während im jetzigen Kriege die planmäßigen Vorbeugungsmaßnahmen der Reichsgesundheitsführung jeder Ausbreitung dieser Krankheiten von vornherein die Grundlage entzogen. Auch die Hoffnung des Feindes, durch eine Einschleppung von Flecktyphus aus Polen die deutsche Wirtschaft unterhöhlt zu sehen, ist fehlgeschlagen. In der ausländischen Presse war zu lesen, daß in Deutschland die Tuberkulose stark zugenommen habe. In Wirklichkeit hat sie sich nicht vermehrt, sondern es ist gelungen, die Sterblichkeitsziffer der Tuberkulose ganz erheblich zu senken. Mit besonderer Freude glaubten die feindlichen Zeitungen von einer angeblichen Zunahme der Geschlechtskrankheiten in Deutschland berichten zu können. Aber auch darin werden sie enttäuscht, denn auch diese Krankheiten sind stark zurückgegangen. Dr. Conti konnte feststellen, daß in den letzten Jahren auch die Müttersterblichkeit und die Totgeburten sowie Kinderkrankheiten erheblich zurückgingen. Nachdem er noch darauf hingewiesen hatte, daß die deutsche Ernährungslage gut ist und sich nicht ver-

schlechtern wird, betonte er, daß jeder in diesen Zeiten die Pflicht habe, sich durch eine vernünftige Lebensweise gesund zu erhalten. Es sei zu vermeiden, durch übermäßigen Alkohol- und Nikotingenuß gesundheitliche Schädigungen herbeizuführen. Das Gesundheitswesen wird übrigens stärker zusammengefaßt. Im Zuge dieser Zusammenfassung ist die bisher neben dem Reichsausschuß für Volksgesundheitsdienst bestehende Reichszentrale für Gesundheitsführung aufgelöst worden. Der Reichsausschuß selbst ist durch seine den veränderten Verhältnissen angepaßte Satzung noch enger als bisher an das Reichsministerium des Innern angeschlossen worden.

Wie die körperlichen und gesundheitlichen Kräfte voll für den deutschen Sieg eingesetzt werden müssen, so geschieht es auch mit den seelischen und geistigen Kräften des ganzen Volkes. Diese Gedanken brachte Reichsminister Dr. Goebbels als Gauleiter von Berlin zum Ausdruck, als er am 7. März unvermutet zur Generalmitgliederversammlung anlässlich ihres 15jährigen Bestehens der ältesten Ortsgruppe von Berlin, der Ortsgruppe Steglitz, erschien. Dr. Goebbels, der in der Kampfzeit jahrelang im Bereich der Ortsgruppe gewohnt hatte, verglich in einer längeren Rede den Kampf, den das deutsche Volk heute für seine Freiheit und seine Sicherheit führt, mit dem nationalsozialistischen Ringen um die Macht. Die Nation müsse sich darüber klar sein, sagte Dr. Goebbels, daß sie ihre ganze Kraft einzusetzen habe, um den Sieg an ihre Fahne zu heften.

Zu dieser äußersten Kräftezusammenfassung gehören einige Maßnahmen, die im Monat März in personeller Hinsicht getroffen wurden. Um die Durchführung des vom Führer aufgestellten gewaltigen Waffen- und Munitionsprogramms sicherzustellen und alle in der Waffenherstellung und Munitionserzeugung tätigen Stellen zur höchsten Kraftentfaltung unter einheitlicher Leitung zusammenzufassen, hat der Führer durch Erlaß vom 17. März den Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Generalmajor Dr.-Ing. Todt, zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition berufen. Die Durchführungsbestimmungen, die den Umfang seiner Aufgaben und Befugnisse regeln, sind sofort erlassen worden. Dr. Todt, der 1891 in Pforzheim geboren wurde, an den Technischen Hochschulen in München und Karlsruhe Ingenieur-Wissenschaften studierte und am Weltkrieg vom ersten bis zum letzten Tage an der Westfront teilgenommen hat, kam bereits im Jahre 1922 zur RSDAP, wo er Fachberater für den Straßenbau war. Er wurde am 5. Juli 1933 vom Führer zum Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen bestellt. Mit der von ihm bewältigten Aufgabe des Baues der Reichsautobahnen wurde sein Name für das deutsche Volk ein Begriff. In den Jahren 1938/1939 stellte er das gewaltigste Festungswerk aller Zeiten, den Westwall, fertig. Für diese ungewöhnlichen Leistungen wurde an Dr. Todt, der SA-Gruppenführer und Leiter des Hauptamtes für Technik der RSDAP ist, im Jahre 1938 der deutsche Rationalpreis verliehen.

Eine weitere wichtige Ernennung war am 1. März 1940 die des Generalmajors von Schell zum Unterstaatssekretär im Reichsverkehrsministerium. Das Aufgabengebiet des Unterstaatssekretärs von Schell umfaßt den gesamten motorisierten Verkehr und den allgemeinen Straßenverkehr. Seine Berufung bringt eine weitere Zusammenfassung aller Belange im Kraftfahrwesen, die mit der Einsetzung des Generalbevollmächtigten Ende 1938 eingeleitet wurde. Generalmajor von Schell bearbeitet außerdem in seinem militärischen Amt innerhalb des Oberkommandos der Wehrmacht den Aufbau der schnellen Truppen und die Motorisierung der gesamten Wehrmacht. Er war maßgeblich beteiligt an der Entwicklung der schnellen Truppen, die im siegreichen Polenfeldzug ihr Können unter Beweis stellten. Seine Berufung schafft auf dem Gebiete der Motorisierung eine weitere Stärkung unserer Schlagkraft.

Es ist nicht zu übersehen, daß für die militärischen Leistungen der motorisierten Wehrmachtsteile die jahrelange zielbewußte Arbeit des deutschen Kraftfahrersports nicht ohne Einfluß geblieben ist. Diese Tatsache brachte Korpsführer Günlein zum Ausdruck, als er am 17. März in Berlin die Verleihung des vom Führer gestifteten deutschen Motorsportabzeichens vornahm. In einem Artikel im „Völkischen Beobachter“ vom 17. März führt er aus, daß ein großer Teil der Kraftfahrerschützen, Panzerschützen und Kraftfahrer der Wehrmacht durch die vormilitärische Wehrerziehung der Motorsportschule des NSKK gegangen ist. Er zieht daraus die Folgerung, daß der Motorsport die Wehrkraft erhöht und daß neben dem technischen und fachtechnischen Wissen und Können des motorisierten Soldaten auch seine seelische Einstellung zum Motor gewonnen werden muß, die den Kraftfahrer befähigt, im feldgrauen Rock des Frontsoldaten wohlausgerüstet und ausgebildet hinauszuziehen in den Krieg und jene großen Leistungen zu vollbringen, die heute schon in die Geschichte deutschen Soldatentums eingegangen sind.

Wie die deutsche Wirtschaftskraft sich im Kriege nicht nur erhalten, sondern zu besonderen Höchstleistungen entwickelt hat, zeigte in sichtbarster Weise die Anfang März eröffnete Leipziger Messe. Bei starkem Besuch aus dem Reich und aus dem neutralen Ausland wurde diese Messe wieder ein großer Erfolg und gab den deutlichsten Beweis dafür, daß auch im Kriege die deutsche Wertarbeit in aller Welt hoch geschätzt wird. Die Messe wurde am 3. März durch Reichsminister Dr. Goebbels eröffnet. Er schilderte, wie die Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse seit jeher ein nationalpolitisches Ereignis erster Ordnung im deutschen Wirtschaftsleben gewesen sei und wie sie insbesondere in den Jahren nach der Machtübernahme durch den Führer im In- und Auslande stets allerstärkste Beachtung gefunden habe. Sie stelle eine Gesamtschau der wirtschaftlichen Möglichkeiten und Beziehungen des Reiches zu anderen Ländern in weitestem Umfange dar und sei sozusagen die Visitenkarte, die die deutsche Wirtschaft alljährlich der Welt überreiche. Diese Messe zeige deutlich, daß der Plan der britischen Kabinetkollaborateure, Deutschland noch einmal wirtschaftlich abzuwürgen, gescheitert ist. Die besondere Bedeutung der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse sei darin zu ersehen, daß das Reich mit ihr den Beweis erbringe, daß es entschlossen und fähig sei, auch mitten im Kriege weiterhin unerminderte Qualitätsarbeit zu leisten. Deutschland habe seine Wirtschaft auch im Kriege intakt gehalten und sei gerade jetzt ein geschätzter Handelspartner. In diesem Kriege werde, so sagt Dr. Goebbels, das Volk siegen, das den größten sozialen Ausgleich und damit der Welt gegenüber die kraftvollste nationale Einheit besitzt. Des Reiches Wirtschaft ist gesund, seine Währung konsolidiert, seine Volksgemeinschaft gehärtet und sein Wille unererschütterlich. So ist ihm der Sieg sicher.

Der Besuch der Leipziger Frühjahrsmesse war wie in Friedenszeiten außerordentlich stark. Das neutrale Ausland trat nicht nur als Beobachter, sondern auch im großen Umfange als Käufer auf. Als Stärkung und Förderung des blockadefreien Güterausstausches zwischen Deutschland und den neutralen Ländern war die Messe berufen, ein getreues Spiegelbild der unererschütterlichen deutschen Wirtschaftskraft zu bieten und der Welt zu zeigen, daß Deutschland weder militärisch noch wirtschaftlich zu schlagen ist. Der Mangel an wichtigen natürlichen Reichtümern und Rohstoffen hat Deutschland seit jeher zu besonders fleißiger und intensiver Arbeit sowie zu einer bis ins letzte durchorganisierten nationalen Wirtschaft gezwungen. Mit Rücksicht auf diesen Mangel ist es im Kriege notwendig, daß jeder einzelne daran mithilft, ihn nach Kräften zu beseitigen. In erfreulich großem Umfange hat das ganze deutsche Volk diese Notwendigkeit erkannt in der Aktion der Metallspende, die nach einem Aufruf des Generalfeldmarshalls Göring am 26. März begann. Diese Sammelaktion, die durch Abgabe entbehrlicher Gegenstände die Reserve an Kupfer, Bronze, Nickel, Messing, Zinn und

Blei stärken wird, soll ein Dank des Volkes an den Führer zu seinem Geburtstag sein für all das Große, das er seinem Volke geschaffen hat. Hermann Göring beendet seinen Aufruf mit den Worten: „Ich bin überzeugt, daß ich am 20. April dem Führer einen ganz großen Erfolg melden kann, der vor aller Welt bekundet, daß das deutsche Volk im Opfern ebenso stark und unüberwindlich ist wie im Kampf an der Front dieses uns aufgezwungenen Krieges!“ — Um diese Metallsammlung davor zu schützen, daß sie in irgendeiner Form zu eigennützigen Gewinnzwecken ausbeutet werden kann, hat der Ministerrat für die Reichsverteidigung am 29. März eine Verordnung zum Schutze der Metallsammlung des deutschen Volkes erlassen. Sie sieht vor, daß, wer sich an gesammeltem oder von Verfügungsberechtigten zur Sammlung bestimmtem Metall bereichert oder solches Metall sonst seiner Verwendung entzieht, wegen Schädigung des großdeutschen Freiheitskampfes mit dem Tode bestraft wird. Die Metallsammlung als Opfer des deutschen Volkes für das Durchhalten in dem ihm aufgezwungenen Lebenskampf ist nicht eine Notmaßnahme in dem Sinne, daß das gesammelte Metall bereits jetzt für den Einlaß notwendig wird, sondern gilt vorsorglich einer Reserve, die geschaffen werden soll, um jederzeit verfügbar zu sein.

Die deutsche Aufbauarbeit gilt nach wie vor in besonderem Umfange dem neuen deutschen Ostgau. Den Auftrag zu einem großangelegten Handwerker einsatz in diesem Gau, der für die nächste Zeit geplant ist und eine sehr bedeutende politische und kolonialisatorische Aufgabe im Osten zu erfüllen hat, erörterte die Gemeinschaftstagung der Handwerker der Haupttreuhandstelle Ost, die Ende März in Bosen stattfand. Alle grundsätzlichen und praktischen Fragen des Handwerker einsatzes, wie Planung, Umfiedlung, Aufbaukredite und Abereinigung handwerklicher Betriebe an haltendeutsche, wohnniendeutsche und reichsdeutsche Handwerker wurden eingehend klargestellt. Reichshandwerksmeister Schramm sprach auf dieser Kundgebung vor den Handwerksmeistern über Wesen und Bedeutung des Handwerkerstandes auf wirtschaftlichem, soziologischem und kulturellem Gebiet und hob an eindringlichen Beispielen hervor, daß das deutsche Handwerk bereits zu einem ungeahnten Wirtschaftsfaktor in den Schichten der Wehrwirtschaft geworden sei. In einer weiteren Rede stellte Gauleiter Greiser fest, daß jeder Deutsche im Warthegau auf Jahre und Jahrzehnte hinaus Soldat und Pionier sei. Erst nach Beendigung des Krieges würden nach den jetzigen vorbereitenden Arbeiten die Aufgaben in ihrer ganzen Größe an jeden einzelnen herantreten. Erst dann werde der deutsche Handwerker seine volle Belastungsprobe zu bestehen haben. Der Gauleiter unterstrich nachdrücklich die Notwendigkeit einer treuhänderischen Organisation im Handwerk. Der Handwerker solle kein Geschenk erwarten, aber er solle wissen, daß, wenn ein tüchtiger Handwerker nicht im Besitze ausreichender Mittel ist, er nach unseren sozialen Grundsätzen weitgehend Kredit erhalten werde, um ihm den Erwerb eines Betriebes zu ermöglichen.

Auch das kulturelle Leben in den Ostgauen nahm im Monat März weiteren Aufschwung. Auf einer Veranstaltung der SZ Ende März las der schweizerische Dichter und Freund Deutschlands Jakob Schaffner auf einer Vortragsreise durch die befreiten Ostgebiete in Bosen aus eigenen Werken, nachdem er bereits mehrere Städte der Nachbargau und des Warthelandes besucht hatte. Der Abend war ein großer Erfolg und mußte wiederholt werden. Als erste deutsche technische Fachschule in den wiedergewonnenen Ostgebieten hat die Staatsbauschule in Bosen am 27. März den Unterricht aufgenommen. Für das erste Semester hatten sich 150 Bewerber gemeldet, von denen 110 zur Ausleseprüfung zugelassen werden konnten. Mit zwei vollbesetzten Klassen hat das erste Semester dieser Pflanzstätte deutscher Baukultur einen verheißungsvollen Anfang genommen.

Auch der kulturelle Verkehr mit befreundeten Ländern, mit denen uns seit vielen Jahrhunderten enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehun-

gen verbinden, hat durch den Krieg nicht nur keine Unterbrechung, sondern manche Bereicherung erfahren. Am 28. März wurde in Berlin eine deutsch-ungarische Gesellschaft ins Leben gerufen, die die Aufgabe hat, die schon immer wirksame Verührung beider Länder fortzuentwickeln und ihr einen möglichst großen Wirkungsgrad zum Nutzen beider befreundeter Völker zu geben. Präsident dieser Gesellschaft ist Staatsminister a. D. Generalmajor Glaise von Gorstenau. Weiter werden dem Präsidium der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Wörmann, der Staatssekretär Ziskinisch vom Unterrichtsministerium und der Reichsportführer vom Reichsausschuss für den Osten angehören.

Auch im Kriege ist die Schriftumspropaganda ein nicht zu unterschätzendes Mittel, um dem kulturellen Leben immer wieder neuen Antrieb und Förderung zu geben. Aufgabe und Sinn der öffentlichen Schriftumspropaganda wurde Anfang März besonders auf der ostmärkischen Verlegertagung in Bad Zschockel behandelt. Als erster Staat der Welt hat das nationalsozialistische Deutschland die Propaganda für die großen Volksgüter im Schrifttum aufgenommen und in großen Veranstaltungen, wie in der „Woche des deutschen Buches“, durchgeführt. Die ständes- und schriftumpolitische Tagung der ostmärkischen Verleger brachte weiter eine Reihe von interessanten Fachvorträgen, so über die Frage der Ständesorganisation und über die Betreuung des Autors durch die nationalsozialistische Staatsführung, die mit einer Einengung oder Bevormundung nichts zu tun hat, sondern im Gegenteil die schöpferischen Kräfte und die Eigenart des Kulturschaffenden voll berücksichtigt. Die Zusammenarbeit zwischen Verleger und Dichter wurde in Zschockel durch die Teilnahme vieler bekannter Schriftsteller an der Tagung sinnfällig. Weiter wurden Vorträge gehalten über die kulturpolitische Betreuung des ostmärkischen Verlegers, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, daß jedem Verleger die individuelle Wertung gesichert ist, und über die Aufgaben des Börsenvereins der deutschen Buchhändler sowie über die wirtschaftlichen Fragen des gesamten Buchhandels, besonders in seinen Beziehungen zum Auslande.

Die deutschen Dichter und Schriftsteller traten nicht nur im Schrifttum, sondern auch auf anderen Gebieten des kulturellen Lebens als Träger des nationalsozialistischen deutschen Geisteslebens besonders hervor. Ein solches besonders wichtiges Gebiet ist der Film. Um die Verbindung zwischen Film und Autoren zu zeigen und einen Einblick in die Arbeitsmethoden des Films zu geben, führte das Reichspropagandaministerium Ende März eine Film-autorentagung durch. Die Tagung, zu der sich die bekanntesten Filmschriftsteller aus dem Reiche eingefunden hatten, wurde durch den Leiter der Abteilung Schrifttum im Reichspropagandaministerium, Ministerialdirigent Haegert, eröffnet, der darauf hinwies, daß die deutsche Kunst auf Grund der Möglichkeiten, die die moderne Technik und die neue Volksführung ihr geben, einen Platz im deutschen Volke einnimmt wie nie zuvor. Das Gebiet des Films sei immer noch Neuland. Um so mehr müsse in kommenden großen Filmkunstwerken stets der geistige Schöpfer des Werkes das entscheidende Wort sprechen. Aus den Reihen des deutschen Schrifttums müßten Männer kommen, die auf Grund ihrer hohen künstlerischen Begabung und ihrer Kenntnis der technischen Erfordernisse des Films in der Lage sind, Filmkunstwerke zu schaffen, die als Zeugnis deutscher Kunst die Zeit überdauern werden. Aus Anlaß dieser ersten Arbeitstagung empfing am 30. März Reichsminister Dr. Goebbels einen größeren Kreis Filmschaffender und gab ihnen in grundsätzlichen Ausführungen Richtlinien für die Arbeit am deutschen Film. Er schilderte die besonderen Aufgaben, die der Film als wertvolles Instrument der Volksführung im Kriege zu erfüllen habe, und die Pflichten, die daraus allen am Film Mitschaffenden erwachsen. Zur Frage des Filmstoffes betonte er, daß auch heitere und musikalische Filme gerade in der jetzigen Zeit erwünscht sind. Denn auch das heiterste Lustspiel könne

tiefere Bedeutung haben, während mancher sogenannte „ernsthafte“ Film mit abwegiger Problemstellung und unnatürlichen Dialogen völlig bedeutungslos bleiben könne. Mit Genugtuung stellte Dr. Goebbels fest, daß sich der deutsche Film, im ganzen gesehen, in weiterem erfreulichem Aufstiege befindet. Seine künstlerische Weiterentwicklung habe immer größere Absatzgebiete auch im Auslande erobert, während die Filmproduktion in den feindlichen Weststaaten fast gänzlich eingestellt ist.

Neben dem kulturellen Leben haben auch Wissenschaft und Forschung im Monat März unablässig gearbeitet, um alle Kräfte des geistigen Lebens für den Krieg nutzbar zu machen. Am 28. März lief in Wesermünde der Reichsforschungsdampfer „Alexander von Humboldt“ im Auftrage des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vom Stapel. Der neue Reichsforschungsdampfer soll auf seinen Fahrten in erster Linie die Fischereibestände der Meere untersuchen und der deutschen Seefischerei neue Fanggründe erschließen. Sein Stapellauf liefert den Beweis dafür, daß die Maßnahmen zur Förderung der Fischerei auch während des Krieges unbeeinträchtigt fortgesetzt werden.

Für alle diese Maßnahmen, ganz gleich auf welchem Gebiete des volklichen Lebens, werden die Kräfte deutscher Menschen eingesetzt, die sich jetzt im Kriege zu ungeahnten Leistungen steigern. „Krieg kann man immer nur mit den besten Menschen führen und gewinnen“, rief der Reichsorganisationsleiter Dr. Ley am 12. März auf einer Großkundgebung in einem der bedeutendsten Betriebe Dessaus aus, mit der er eine dem mitteldeutschen Wirtschaftsraum geltende Inspektionsreise begann. Diese Erkenntnis gibt die Gewißheit des deutschen Sieges. Für diese besten Menschen aber sorgt auch der nationalsozialistische Staat durch das größte soziale Werk aller Zeiten, als welches Dr. Ley am 9. März in einer großen Arbeitstagung der Bauobmänner und der Amtswalter der DAZ in Berlin die kommende Altersversorgung bezeichnete. Er gab seinen Mitarbeitern im Reich zum erstenmal seit dem ihm am 15. Februar vom Führer erteilten Auftrag für die Schaffung einer Altersversorgung einen Einblick in das umfassende Gebiet der von ihm für dieses Werk geleisteten Vorarbeiten und in die Gedankengänge, die den Erfolg der gewaltigen Planung sicherstellen werden. Seine Ausführungen ließen erkennen, daß der Auftrag des Führers zur Verwirklichung dieses Punktes des Parteiprogramms ebenso revolutionär angepackt worden ist wie alle Maßnahmen, die der nationalsozialistische Staat bisher zum Segen des schaffenden deutschen Menschen ergriff und durchführte.

Die Altersversorgung ist der höchste Ausdruck der Fürsorge des Führers für sein Volk, sowie sein Dank im besonderen denen gilt, die das höchste Opfer für dieses Volk gebracht haben. Der Heldengedenktag am 10. März erinnerte das ganze deutsche Volk eindringlich daran, daß die Gefallenen aus dem Weltkriege durch ihre Opfertat den Grundstein für den Wiederaufstieg Deutschlands und für die Schaffung des Großdeutschen Reiches legten. In einer würdigen Feier im Berliner Zeughaus wurde der toten Helden gedacht. Der Führer selbst ehrte sie in einer ergreifenden Rede. Er brachte zum Ausdruck, daß das deutsche Volk an diesem Heldengedenktag mit größerem Recht als in den letzten 20 Jahren vor das geistige Auge derer treten kann, die sich einst als tapfere Söhne unseres Volkes für die Zukunft der Nation, die Größe und Unversehrtheit des Reiches opferten. Was jahrelang nur bloße Redensarten einer unwürdig gewordenen Nachwelt waren, ist heute der stolze Dank einer ebenbürtigen Gegenwart. Nach einem beispiellosen Siegeszug im Osten sind die Soldaten der Divisionen des Heeres, die Besatzungen unserer Schiffe, die Kämpfer unserer Luftwaffe nunmehr bereit, das Reich vor dem alten Feinde im Westen in Schutz zu nehmen, in gleichem Pflichtbewußtsein und in gleichem Gehorsam dem Befehl getreu, wie die Soldaten des großen Krieges.

Sinter ihnen aber steht nunmehr eine Heimat, gesäubert von den Elementen der Verfehung sowohl als von den Kräften der Zersplitterung. Zum erstenmal in unserer Geschichte tritt das ganze deutsche Volk vor das Angesicht des Allmächtigen, um ihn zu bitten, seinen Kampf um das Dasein zu segnen. „Kein Volk“, so ruft der Führer aus, „hat mehr Recht, seine Selben zu feiern, als das deutsche. Für was sie einst kämpften, dafür kämpfen nunmehr auch wir. Wie immer auch das Leben und das Schicksal des Einzelnen sein mag, über jedem steht das Dasein und die Zukunft der Gesamtheit.“ Die Rede des Führers klang aus in dem feierlichen Bekenntnis, das aus dem Herzen des ganzen Volkes gesprochen war: „Unser Bekenntnis an diesem Tag sei daher der feierliche Schwur: Der von den kapitalistischen Machthabern Frankreichs und Englands dem Großdeutschen Reich aufgezwungene Krieg muß zum glorreichen Sieg der deutschen Geschichte werden!“ Q—r.



Außenpolitik

Im siebenten Kriegsmonat sehen wir die Außenpolitik Großdeutschlands in vielseitiger und erfolgreicher Aktion.

Der Besuch des Reichsaußenministers von Ribbentrop im Rom am 10. und 11. März und die Begegnung des Führers mit Mussolini auf dem Brenner am 18. März hat der Welt erneut die Festigkeit der Achse, die gemeinsame politische Einstellung der beiden Achsenmächte zu den großen Gegenwartsfragen und die persönliche Freundschaft zwischen den führenden Männern vor Augen geführt. Die ungeheure Resonanz, die beide Begebenheiten in der internationalen Presse gefunden haben, und die vielfach ins Lächerliche gehenden Kombinationen, die in Paris und London daran geknüpft wurden, gaben den beiden Begegnungen ein Relief, das ihre politische Bedeutung unterstreicht. Das deutsch-italienische Bündnis erweist sich fortwährend als einer der bestimmenden Faktoren im weltpolitischen Kräftepiel, und zwar als ein Faktor zugunsten Deutschlands. Die immer wieder künstlich bei unseren Kriegsgegnern belebten Hoffnungen, daß dem nicht so sein möge, sind dementsprechend wieder einmal auf den Nullpunkt gesunken, nicht zuletzt auch dank der fortwährenden eindeutigen Saltung der italienischen Presse.

In Rom hat der Reichsaußenminister auch den Papst und Kardinalstaatssekretär Maglione im Vatikan besucht, ein Ereignis, das in London und Paris, wo man immer wieder versucht, den Vatikan sozusagen als Verbündeten in Anspruch zu nehmen und die verlogene Parole des angeblichen Kampfes für Freiheit und Recht durch die ebenso heuchlerische des Kampfes für Religion und Moral zu ergänzen und zu verstärken, zu mancherlei enttäuschenden und giftigen Kommentaren geführt hat.

Im Anschluß an die Besprechungen zwischen dem Reichsaußenminister und Mussolini in Rom wurde am 13. März ein deutsch-italienisches Protokoll über die Belieferung Italiens mit deutscher Kohle auf dem Landwege, wodurch fast der gesamte italienische Kohlenbedarf gedeckt wird, unterzeichnet. Die Achse und das Bündnis haben so in einem Augenblick, den England für geeignet hielt, um durch die Ausdehnung der völkerrechtswidrigen Blockade der deutschen Ausfuhr auf die Verschiffung deutscher Kohle nach Italien über holländische Häfen Italien unter Druck zu setzen und zu wirtschaftlichen Zugeständnissen zu zwingen, ihre Wirksamkeit erneut erwiesen. Wie aus den Spekulationen der Presse in Paris und London herborging, gab man sich dort offenbar der merkwürdigen Illusion hin, man könne durch Unterbindung der Kohlenzufuhr aus Deutschland nach Italien auf dem Seewege Italien in ein wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis bringen und damit einen Hebel zur Lockerung des deutsch-italienischen Bündnisses in die Hand bekommen. Das Gegenteil ist erreicht worden! Die englische Blockadepolitik, die sich gegen Gesamteuropa richtet, hat auch in diesem Falle zur Selbsthilfe des Kontinents gegen England geführt. Es ist unschwer vorauszusehen, daß dies in steigendem Maße die Wirkung der englischen Blockade auch hinsichtlich anderer Länder sein wird.

Die deutsche Wirtschaftspolitik ist auf dem Posten, um diese Entwicklung zu fördern. Sie ist nach Süden, Norden und Osten erfolgreich bemüht, den

Warenaustausch mit all den Gebieten, zu denen die Verbindungen durch die englische Blockade nicht gestört sind, aufrechtzuerhalten und zu steigern. Am 2. März ist das deutsch-holländische Clearing-Abkommen bis zum 30. Juni 1941 verlängert worden. Die Leipziger und die Wiener Frühjahrsmesse zeigten Deutschlands Wirtschaftskraft und Lieferfähigkeit auf voller Höhe und wiesen auf vielen Ländern einen großen Besuch auf. Andererseits hat Deutschland auf der am 6. März eröffneten Brüsseler Frühjahrsmesse durch eine gegenüber früher gesteigerte Beteiligung seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Kriege dokumentiert. Am 14. März wurde aus Rom gemeldet, daß dort die technischen Einzelheiten für die endgültige Planung und den Baubeginn für die Beteiligung Deutschlands an der italienischen Weltausstellung von 1942 stattgefunden haben.

Deutschlands Beziehungen zu Rußland entwickeln sich organisch und konsequent weiter. Am 4. März wurde aus Moskau gemeldet, daß am 27. Februar die Vermarkung der deutsch-sowjetischen Grenze in der Gesamtausdehnung von etwa 1500 Kilometer beendet worden sei und daß im ganzen 2820 Grenzpfähle errichtet wurden. Die deutsch-russische Zentralkommission für Grenzfragen hat hierüber der deutschen und der russischen Regierung am 4. März offiziell Meldung gemacht.

Die deutsche Außenpolitik und dementsprechend die deutsche Presse haben während des finnisch-russischen Konflikts gegenüber den unermüdlischen Bemühungen aus London und Paris, Deutschland direkt oder indirekt in diesen Konflikt hineinzuziehen, sei es um das deutsch-russische Verhältnis zu trüben, sei es um die nordischen Staaten in einen Gegensatz zu Deutschland zu bringen, unbeirrbar die Linie strikter Neutralität, der Fortentwicklung des deutsch-russischen Verhältnisses im Sinne des Freundschaftspaktes und der Verhinderung der Ausdehnung des Krieges auf die nordischen Länder durchgeführt. Gegenüber einem irreführenden Interview des ehemaligen Präsidenten Finnlands, Svinhufvud, mit einem Vertreter der schwedischen Zeitung „Åttonbladet“ erfolgte am 25. März eine offiziöse deutsche Nichtigstellung, in der es als eine weltbekannte Tatsache bezeichnet wurde, „daß die Regierungen der Westmächte versucht haben, Skandinavien in einen Krieg zu ziehen, um einmal eine Störung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu diesen Ländern und zum anderen eine Ablenkung von ihren bedrohten Fronten in Frankreich und auf der englischen Insel herbeizuführen ... So wie Deutschland in der Auseinandersetzung zwischen Finnland und Rußland strikte Neutralität wahrte, so entschlossen war die deutsche Führung, den englisch-französischen Kriegsausweitungsabsichten auch im Norden entgegenzutreten. Deutschland hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sowohl der Transport von englisch-französischen Truppen durch Norwegen und Schweden wie auch eine Intervention dieser Länder nach dem Willen Englands der erste Akt einer in ihren Folgen nicht absehbaren Kriegsausweitung gewesen wäre und Bedrohung Deutschlands von Norden her dargestellt hätte. Daß Deutschland entschlossen war, hierauf unmittelbar zu reagieren, war diesen Staaten bekannt“.

Aus dieser Verlautbarung ergibt sich eindeutig die Aktivität der deutschen Außenpolitik im finnisch-russischen Konflikt. Dessen Beendigung durch den finnisch-russischen Friedensvertrag vom 12. März wurde allenthalben in der Welt, sogar in einem großen Teil der Presse Frankreichs und Englands, als eine Niederlage der Westmächte und als ein großer Erfolg Deutschlands und natürlich auch Rußlands bezeichnet.

Am 1. und 2. März weilte der amerikanische Unterstaatssekretär Sumner Welles in Berlin, wo er am 2. März vom Führer in Gegenwart des Reichsaußenministers empfangen wurde. Welles war vorher in Rom und reiste von Berlin nach Paris und London, um dann über Italien nach den Vereinigten Staaten zurückzukehren. Es entsprach dem vertraulichen Informationscharakter seiner Reise, daß über den Inhalt der von Welles in

Berlin geführten Unterhaltungen keine Verlautbarung erfolgte. Um so weniger diskret war man in London und Paris, wo man aus der Reise des amerikanischen Unterstaatssekretärs eifrig politisches Kapital zu schlagen versuchte. Man redete von angeblichen deutschen Friedensführern und wollte hiermit auch die Reise des Reichsaußenministers nach Rom und die Zusammenkunft zwischen Führer und Duce auf dem Brenner in Verbindung bringen. Eine eindeutige offiziöse deutsche Verlautbarung, daß die deutsche Politik auf nichts anderes als auf die siegreiche Beendigung des Krieges durch die Brechung des Kriegswillens unserer Gegner gerichtet sei, stellte schließlich die Dinge richtig.

In anderer nicht weniger wichtiger Hinsicht, nämlich bezüglich Deutschlands Seekriegsführung, geschah dies durch eine Unterredung des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine, Großadmiral Raeder, mit einem Vertreter der amerikanischen National Broadcasting Company vom 4. März. Raeder erinnerte daran, daß die deutsche Seekriegsführung die Antwort auf die völkerrechtswidrige englische Blockade sei, die es Deutschland zur Pflicht mache, mit gleichartigen Mitteln gegen England vorzugehen, d. h. den Transport derselben Waren nach England zu verhindern, die England nicht nach Deutschland gelangen lassen wolle. Sichtlich des Jahrens neutraler Handelsschiffe in Konvois der Feindmächte prägte der Großadmiral die Formel, wer Waffenhilfe in Anspruch nimmt, muß Waffeneinsatz gewärtigen. Die Frage, ob es denn überhaupt keinen Schutz für die neutrale Schifffahrt in den kriegsgefährdeten Zonen gebe, wurde dahin beantwortet, daß dies nicht möglich sei, solange England seine Methoden beibehalte. Deutschland könne nur allen Neutralen raten, die englischen Gewässer zu meiden, wie dies die amerikanische Regierung ihrer Schifffahrt befohlen habe. Der Großadmiral betonte zum Schluß, die deutsche Kriegsmarine werde sich bemühen, amerikanische Schiffe grundsätzlich zu schonen, wo immer es sei.

In mehreren neutralen Ländern wurden von den deutschen diplomatischen Vertretungen in ähnlichem Sinne Klarstellungen über Sinn und Methoden der deutschen Seekriegsführung und über die ihnen zugrunde liegenden Rechtsauffassungen veröffentlicht, dies um den vielfach irtümlichen oder auch böswilligen Kommentaren in der Presse dieser Länder entgegenzutreten. Die Propaganda unserer Kriegsgegner, besonders die Englands, versucht immer wieder, die Nachteile und Schädigungen, die der Seekrieg für die Neutralen zur Folge hat, Deutschland in die Schuhe zu schieben. Deshalb muß immer von neuem klargestellt werden, daß die deutsche Seekriegsführung nur eine völkerrechtlich nach dem Repressalienrecht einwandfreie Gegenmaßnahme gegen die völkerrechtswidrige Seekriegsführung Englands darstellt, und daß für alle Schäden, die sich aus ihr für Neutrale eventuell ergeben, nur England bzw. die Neutralen selbst verantwortlich sind, wenn sie sich den völkerrechtswidrigen englischen Methoden beugen.

Die wiederholte Vertretung dieses Standpunktes unter Benutzung aller hierzu einsatzfähigen publizistischen Mittel ist ein wichtiger Teil des Kampfes mit geistigen Waffen, der neben der militärischen Kriegsführung unentwegt durchgeführt werden muß. In diesem Kampf hat Deutschland auch im siebenten Kriegsmonat eine starke und erfolgreiche Initiative entwickelt.

England und Frankreich kämpfen bekanntlich angeblich für Demokratie und Freiheit. Die von den englischen und französischen Ministern so gerne als „das verbündete Polen“ bezeichnete polnische Scheinregierung in Angers macht dementsprechend auch auf die Prädikate demokratisch und freiheitlich Anspruch. Die deutsche Informationsstelle hat demgegenüber am 6. März eindrucksvolles Material über die Behandlung der ukrainischen Minderheit in Polen in den Jahren 1919 bis 1939 veröffentlicht, aus denen sich die durch die führenden Blätter der „westlichen Demokratien“ bestätigte wahrhaft barbarische Unterdrückung und Mißhandlung der Ukrainer in Polen ergibt. In den von der deutschen Informationsstelle er-

wähten englischen Berichten aus den Jahren 1930 und 1931 wird ein durch Augenzeugen gesammeltes Material über die von den Polen an den Ukrainern verübten Greuel ausgebreitet, das eine schlagende Parallele zu den vier deutschen Veröffentlichungen über die von den Polen an den Volksdeutschen verübten Greuel darstellt. Sie zeigen erneut, was es mit Demokratie und Freiheit in dem Polen von Versailles auf sich hatte, über das die Geschichte bereits das verdiente Urteil gesprochen hat.

Die polnische Scheinregierung in Angers will sich mit diesem Urteil der Geschichte nicht zufrieden geben. Sie hat am 15. März ein Weißbuch mit 184 diplomatischen Schriftstücken herausgegeben, das natürlich beweisen soll, daß ein friedliches Polen Opfer eines ungerechten und nicht herausgeforderten Angriffes geworden sei. Die Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz hat dieses Weißbuch am 16. März geziemend abgefertigt und seinen tendenziösen Charakter und seine irreführende Lüdenhaftigkeit dargetan.

Wenn sich jemals die Nichtigkeit des Sprichwortes, daß Lügen kurze Beine haben, erwiesen hat, dann in diesem Falle. Denn nicht nur die polnische Scheinregierung in Angers, sondern auch das Deutsche Auswärtige Amt ist im Besitz der Geheimdokumente des polnischen Außenministeriums. Bei der überstürzten Flucht der polnischen Regierung sind sie in Warschau zurückgeblieben. Der frühere deutsche Botschafter in Warschau, von Nolte, hat am 3. April der deutschen Presse in den Archibgewölben des Auswärtigen Amtes nähere Auskünfte darüber erteilt, wie diese Akten in deutsche Hände fielen. Der Botschafter ist mit einem Stab von Mitarbeitern im Auftrage des Reichsaußenministers damit beschäftigt, die Masse dieser Dokumente — nicht weniger als 130 Kisten — durchzusehen und zur Veröffentlichung fertigzumachen. Am 30. März ist als drittes Weißbuch des Auswärtigen Amtes die erste Veröffentlichung unter dem Titel „Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Erste Folge“ erschienen. Die hier veröffentlichten sechzehn Dokumente, hauptsächlich Berichte der polnischen Botschafter in Washington, London und Paris an das polnische Außenministerium in Warschau, stellen eine wahrhaft sensationelle Lektüre dar, die für die Frage von Schuld und Verantwortung am gegenwärtigen Kriege den Charakter wirklicher Kronzeugen für die Kriegsverantwortung von Warschau, Paris und London und — einer Anzahl führender Diplomaten der Vereinigten Staaten haben. Um jeden bei dem für unsere Kriegsgegner so unbequemen Charakter der Dokumente natürlich zu erwartenden Versuch, sie als Fälschungen zu stempeln, von vornherein auszuschalten, sind Photokopien aller Dokumente in dem deutschen Weißbuch mitveröffentlicht. Die Originale der Dokumente sind außerdem den in Berlin lebenden ausländischen Pressevertretern gezeigt worden, nachdem einige der durch die Veröffentlichung besonders Betroffenen sich zunächst aufs Leugnen verlegt hatten.

Die neuen polnischen Dokumente beweisen erneut, wie das schon durch das deutsche Weißbuch „Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges“ geschehen ist, daß die Einfreisungspolitik und das Hinarbeiten auf den Krieg gegen Deutschland nicht erst nach dem endgültigen Verfall der Tscheco-Slowakei im März 1939, sondern schon lange vorher begonnen hat, sie zeigen im einzelnen, welche Kreise und Persönlichkeiten bei den Westmächten sich daran besonders beteiligt haben, wie ein erbitterter und schließlich siegreicher Kampf der Kriegstreiber gegen die noch Verständigungsberreiten vor sich ging, daß bei alledem führende Diplomaten der Vereinigten Staaten aufs eifrigste im Sinne der Kriegstreiber mitgewirkt haben, ferner wie man den Polen durch das Versprechen des vollen Einlasses der englischen, französischen und der amerikanischen Hilfe gegen Deutschland im Sinne der Ablehnung jeglichen Entgegenkommens gegenüber den so gemäßigten deutschen Forderungen den Rücken gesteuert hat, wie eines der Hauptziele der Kriegstreiber ein Krieg zwischen Deutschland und Rußland war, und daß man zunächst Deutschland und Rußland und anschließend Italien erledigen wollte. Die Beteiligung

amerikanischer Diplomaten, des Botschafters der USA in Paris, Bullitt, und seines Kollegen Kennedy in London, charakterisierte die deutsche diplomatische Korrespondenz am 31. März wie folgt: „Es ist die überraschende, ja ungeheuerliche Tatsache zu verzeichnen, daß amtliche diplomatische Vertreter einer Macht, die in ihren Grundsätzen seit Washington und Monroe dem Gedanken der Einmischung in die Verhältnisse fremder Kontinente aufs schärfste entgegengesetzt ist und aus der Verübung an diesen Mächten nach Versailles eine bittere Lehre gezogen haben sollte, verantwortungslos genug gewesen sind, nicht etwa ausgleichend zu wirken und auf Wiedergutmachung begangener Fehler hinzuwirken, sondern die Verschärfung der Konfliktsgefahr zwischen dritten Mächten aktiv betrieben ... Die Handlungsweise dieser amerikanischen Amateurdiplomaten ist um so unsäglich, als gerade die Neutralitätsgesetzgebung ihres Landes ihnen sagen mußte, daß sie mit ihrer Handlungsweise dem Standpunkt ihrer Heimat diametral entgegenwirkten, wenn sie durch Einschaltung ihrer amtlichen Autorität Spannungen förderten, die ihr Land in die Verstrickungen der alten Welt hätte ziehen können.“

Die „Polnischen Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges“ haben so ziemlich auf der ganzen Welt als eine Sensation gewirkt, nicht zuletzt in den Vereinigten Staaten selbst. Die Herren Bullitt und Kennedy ebenso wie einige der betroffenen polnischen Diplomaten haben zu dementieren und zu leugnen versucht, der amerikanische Staatssekretär des Äußeren, Hull, sagte am 30. März, weder er noch einer seiner Mitarbeiter im Staatsdepartement hätten je von solchen Unterredungen Kenntnis erhalten, wie sie in den polnischen Dokumenten wiedergegeben werden, und er leihe ihnen auch nicht den geringsten Glauben. Präsident Roosevelt beschränkte sich auf die recht zurückhaltende Erklärung, die Dokumente sollten mit zwei oder drei Salzförnern genossen werden! Ein großer Teil der amerikanischen Presse mit Ausnahme der völlig englandhörigen Zeitungen hat die polnischen Dokumente richtig verstanden, als Beweise für eine gegen den Willen der großen Mehrheit des amerikanischen Volkes und gegen die offizielle Neutralitätspolitik der Regierung gerichtete kriegsbeyherische Sonderpolitik eines offenbar mit Präsident Roosevelt selbst eng zusammenhängenden einflussreichen, stark jüdisch-plutokratisch verwurzelten Klüngels, dessen Aktivität eine schwere Gefahr für die Neutralität der Vereinigten Staaten darstellt. Im Abgeordnetenhaus und im Senat sind deshalb Interpellationen angekündigt worden und die Führer der isolationistischen, d. h. rein amerikanischen Politik haben sich in scharfen Erklärungen gegen diese Treibereien gewandt. Die endgültige Auswirkung der Veröffentlichung der polnischen Dokumente in den Vereinigten Staaten wird sich erst in einiger Zeit übersehen lassen.

Besonders nachhaltig war ihre Wirkung in dem verbündeten Italien, gegen das sich die in den polnischen Dokumenten enthüllten Kriegstreibereien ja ebenfalls direkt gerichtet haben. Die italienische Publizistik hat im übrigen Deutschlands Kampf mit geistigen Waffen nicht nur in der Presse fortlaufend sekundiert, sondern auch durch Veröffentlichungen in italienischer Sprache sowohl des deutschen Weißbuches Nr. 3 über die Polnischen Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, die von den „Relazioni Internazionali“ am 6. April herausgebracht wurde, wie einer italienischen Veröffentlichung unter dem Titel „Die Verantwortung Frankreichs“, zwecks Widerlegung des französischen Weißbuches an der Hand deutscher Dokumente, die das Institut für das Studium der internationalen Politik in Mailand am 29. März herausbrachte, sowie schließlich einer italienischen Ausgabe des deutschen Weißbuches über die Polengreuel gegen die Volksdeutschen, die das gleiche Institut veröffentlicht hat.

Auf dem Hintergrund der sinnlosen Kriegspolitik der früheren polnischen Regierung gewinnt der Telegrammwechsel, der am 14. März zwischen Staatspräsident Dr. Sacha und dem Führer und dem Reichsprotector

von Neurath und dem Führer aus Anlaß des ersten Jahrestages der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren eine wahrhaft historische Bedeutung: Dem tschechischen Volke sind die Schreden des Krieges erpart worden, die durch die westlichen Kriegstreiber und ihre Warschauer Gefolgsleute über das polnische Volk gebracht worden sind.

Das mit Großdeutschland verbündete und befreundete Italien hat auch im siebenten Kriegsmonat die Politik der inneren wirtschaftlichen und militärischen Stärkung und Vorbereitung und der logischen Weiterentwicklung der Achsenpolitik, seiner Freundschaft mit Jugoslawien, Ungarn und Spanien und der Verteidigung gegen die Übergriffe der englischen Blockadepolitik fortgesetzt.

Die Autarkiepolitik wurde anlässlich der Verabschiedung des Voranschlags des Korporations-Ministeriums für das Haushaltsjahr 1940/41 von Korporationsminister Ricci in der Kammer am 12. März mit den Worten gekennzeichnet, die vom Duce für das italienische Volk vorgezeichnete Autarkie werde unbeirrt und mit eiserner Disziplin verwirklicht und werde auch durch die bewegten Zeiten nicht aufgehoben. Das faschistische Aktionsprogramm auf wirtschaftlichem Gebiet könne in einem Wort zusammengefaßt werden... Autarkie, wobei es sich nicht um eine zufällige Rücksicht, sondern um eine ideologische Position des Faschismus handle. Im harten Wirtschaftskampf, den Italien heute führe, handle es sich darum, alle produktiven Kräfte der Nation zusammenzufassen. Die in Kriegszeiten besonders wichtige Korporation der Eisen- und Metallindustrie hielt unter Vorstz Mussolinis mehrere Sitzungen ab, die der weiteren Steigerung der metallurgischen Produktion, besonders auch der der Leichtmetalle, gewidmet war. Der Wirtschaftssteuerung entspricht die staatlich regulierte Lohnpolitik. Um die Löhne mit den infolge des Krieges gestiegenen Lebenshaltungskosten in Einklang zu bringen, wurde zu Ostern eine 10- bis 15prozentige Erhöhung von allen Löhnen und Gehältern verfügt.

Einen starken Eindruck von der beschleunigten militärischen Vorbereitung Italiens auf den Ernstfall boten der Bericht des Staatssekretärs im Kriegsministerium anlässlich der Verabschiedung des Voranschlags des Kriegsministeriums für 1940/41 am 13. März und der Bericht des Staatssekretärs des Luftfahrtministeriums anlässlich der Verabschiedung des Voranschlags des Luftfahrtministeriums am 15. März in der Kammer. Die Berichte schilderten den Ausbau der Armee und der Luftflotte. Aus dem über die Armee ist zu erwähnen, daß Italien zur Zeit 1 Million Mann unter den Fahnen hält, daß drei neue Armeekorps, zwanzig neue Divisionen und ebensoviel Artillerieregimenter neu aufgestellt, daß im Laufe des vergangenen Jahres 30000 Reserveoffiziere zu Übungskursen eingezogen wurden, daß die Herstellung neuer Artillerietypen zwecks völliger Erneuerung der Armeekorps- und Armeeartilerie in vollem Gange ist. Aus dem Bericht über die Luftwaffe, die vor achtzehn Jahren als besonderer Wehrmachtsteil aufgestellt wurde, ergibt sich, daß die Ausgaben für diese Waffe von 122 Millionen Lire im Haushaltsjahr 1923/24 auf 3261 Millionen Lire für 1940/41 gestiegen sind. Der Staatssekretär unterstrich die entscheidende Bedeutung der Luftwaffe im modernen Krieg unter Hinweis auf die Taten der deutschen Luftwaffe im polnischen Krieg und die großen Aktionsmöglichkeiten der italienischen Luftwaffe im Mittelmeerraum und sagte, wenn der Tag anbrechen sollte, wo es für die Luftwaffe gelte, die Probe zu bestehen, dann werde sie ihr seit sieben Jahren gegebenes Versprechen unter Beweis stellen.

Außenpolitisch waren für Italien die bedeutsamsten Ereignisse des Monats März der Besuch des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop in Rom und die Begegnung Hitlers und Mussolinis auf dem Brenner. Die italienische Presse unterstrich aus diesem Anlaß die uneingeschränkte Fortdauer der Achse und des Bündnisses, die auf einer realistischen Erkenntnis gemeinsamer Interessen beruhten, wies alle Unterstellungen angeblicher

deutsch-italienischer Friedensführer energisch zurück und betonte, der Friede, den Italien wünsche, sei in der Forderung nach einem gerechteren Europa, d. h. einem Europa, das Italiens vitale Interessen sicherstelle, beschlossen.

Anlässlich des dritten Jahrestages des Abchlusses des italienisch-jugoslawischen Freundschaftspaktes am 24. März wurde durch einen Telegrammwechsel zwischen den beiden Außenministern und durch zahlreiche Artikel in der Presse beider Länder der Nutzen und die in gemeinsamem Interesse verankerte Dauerhaftigkeit des politischen Freundschaftsverhältnisses und dessen friedenssichernder Charakter in der gegenwärtigen Kriegszeit unterstrichen. In ähnlichem Sinne wurde der Osterbesuch des ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Teleki, in Rom und seine Besprechungen mit dem Duce und dem Grafen Ciano kommentiert. Der „Popolo di Roma“ äußerte am 27. März unter Bezugnahme auf die amtliche Verlautbarung über die Besprechung zwischen Teleki und Mussolini, fast noch wichtiger als die Bedeutung der Befräftigung der italienisch-ungarischen Freundschaft sei der Hinweis auf die zwischen Rom, Berlin, Budapest und Belgrad bestehende Freundschaftskette, die so stark sei, daß sie jedem Abenteuer in Südosteuropa den Weg zu versperren vermöge.

Die italienisch-spanische Freundschaft, die in der Presse beider Länder immer wieder unterstrichen wird, fand erneuten Ausdruck in dem anlässlich des siebzehnten Jahrestags der italienischen Luftwaffe abgeschlossenen italienisch-spanischen Luftabkommen. Hierzu veröffentlichte die italienische Presse Zusammenstellungen über die Teilnahme der italienischen Luftwaffe am Spanienkrieg mit genauen Zahlenangaben.

Die infolge der Ausdehnung der völkerrechtswidrigen englischen Blockade auf die italienischen Kohlenimporte zur See aus Deutschland verschärfte englisch-italienische Spannung fand ihren völkerrechtlichen Ausdruck in der am 4. März veröffentlichten italienischen Protestnote gegen die englische Blockadewillkür. Bezeichnend für sie ist, daß sie den völkerrechtswidrigen Charakter der englischen Blockade in ihrer Gesamtheit auf Grund des positiven Völkerrechtes nachwies. Die „Relazioni Internazionali“ vom 9. März unterstrichen die Völkerrechtswidrigkeit der englischen Blockade weiter im einzelnen.

Die im Zusammenhang mit der Ausdehnung der Blockade auf die italienische Kohleneinfuhr aus Deutschland auf englische Initiative aufgenommenen italienisch-englischen Handelsvertragsverhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Der bekannte Offiziosus des „Giornale d'Italia“ widmete dem Warenaustausch zwischen Italien und England am 16. März einen Artikel, der mit bemerkenswerter Offenheit und Klarheit für die Schrumpfung dieses Austauschs das Regime wirtschaftlicher und finanzieller Hegemonie des britischen Imperiums verantwortlich machte und ihr gegenüber die elementare Notwendigkeit der wirtschaftlichen Autarkie und einer gerechteren Verteilung der Rohstoffe unterstrich.

Die andere autoritäre Mittelmeer Macht, Spanien, ist mit dem inneren Aufbau auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet beschäftigt. Die von selbst bewegt es sich dabei in Bahnen, wie sie vom Faschismus und vom Nationalsozialismus schon früher beschritten worden sind.

Am 2. März wurde ein Gesetz zur Unterdrückung der Freimaurerei und des Kommunismus veröffentlicht, die beide im spanischen Bürgerkrieg Arm in Arm als Feinde der nationalen Erneuerung aufgetreten sind, der deshalb als „Höhepunkt der materialistischen, militärfeindlichen und atheisistischen Propaganda dieser staatsfeindlichen internationalen Organisationen“ bezeichnet wird. Die frühere Angehörigkeit zu diesen Gruppen soll Funktionen im gegenwärtigen Staat grundsätzlich ausschließen.

Am 6. März wurden durch Gesetz die während der Republik unter klassenkämpferischen Gesichtspunkten gemachten Versuche einer Agrarreform annulliert. Der neue spanische Staat will seine Grundsätze sozialer Gerechtigkeit

auf anderen Wegen verwirklichen. Die spanische Staats- und Einheitspartei der Falange hat im Februar ein Institut für politische Studien in Madrid, eine Schule für Flugwesen in Barcelona gegründet und im März Kurse für religiöse Studien abgehalten.

Auf wirtschaftlichem Gebiet bemüht sich das heutige Spanien um den Aufbau einer wesentlich unter dem Gesichtspunkt der Landesverteidigung gesehenen Autarkie. Die Wirtschaft soll den politischen Zielen des Staates untergeordnet werden. Erstes Ziel ist die Autarkie der Kriegsindustrie, die als erster Schritt auf dem Weg zur militärischen Großmacht und damit zur Erfüllung der geschichtlichen Mission Spaniens betrachtet wird. Andererseits bemüht man sich um den Wiederaufbau der durch den Bürgerkrieg aufs schwerste geschädigten Außenhandelsbeziehungen. Anfang März hat eine neue spanisch-amerikanische Schifffahrtslinie mit dem Ausgangspunkt Barcelona ihren Dienst aufgenommen. Am 16. März wurde ein schweizerisch-spanisches Waren- und Clearingabkommen, am 19. März ein Wirtschafts- und Zahlungsverkehrsabkommen mit England, am 28. März ein Wirtschaftsabkommen mit Japan, ferner mit Italien ein Luftverkehrsabkommen und ein weiteres Luftverkehrsabkommen mit der Schweiz abgeschlossen.

Auf außenpolitischem Gebiet hält Spanien an der Neutralität fest. Die spanische Presse gibt jedoch täglich unverborgenen der Freundschaft und Sympathie für Deutschland und der oft scharfen Kritik an Zielsetzungen und Methoden unserer Kriegsgegner Ausdruck. Die Freundschaft mit Italien wurde anlässlich des Besuches des Präsidenten der italienischen Akademie, Federzoni, in Spanien Ende Februar gefeiert, ebenso wie bei anderen Gelegenheiten die mit Deutschland und Portugal, Italien, Deutschland und Spanien sind als die Helfer Francos im Bürgerkrieg und als Staaten verwandten Regimes die „befeundeten Nationen“.

In Portugal hat dessen großer Führer, Oliveira Salazar, am 27. Februar bei einer Zusammenkunft der politischen Leiter der Staatspartei der „União Nacional“ in einem bemerkenswerten Überblick über die innen- und außenpolitische Lage des Landes scharf gegen die Elemente der Unordnung im eigenen Lande, die zugleich für Beteiligung am Krieg seien, Stellung genommen und die Neutralitätserklärung, die er bei Kriegsbeginn abgegeben hat, erneut unterstrichen. Er hat auch die subversiven Kräfte und solche, die im Dienste fremder Mächte stehen, in einem Atem genannt, und ihnen schärfsten Kampf angefagt. Damit hat Salazar nur eine Tatsache unterstrichen, nämlich daß die Gegner des autoritären Regimes, das unter Führung des Staatspräsidenten Carmona und des Ministerpräsidenten Salazar seit mehr als einem Jahrzehnt Portugals innere und äußere Lage so grundlegend gebessert hat, zugleich die Gegner seiner allein den nationalen Interessen entsprechenden Neutralitätspolitik und die Söldlinge Englands sind.

In England haben sich führende Politiker und Presse zu Beginn des siebenten Kriegesmonats über den Mangel an militärischen und politischen Erfolgen dadurch hinweggetröstet, daß sie betonten, wie sehr England diese sechs Monate dazu genutzt habe, um seine Rüstung zu vergrößern und die Hilfsquellen seines Empires zu mobilisieren. Sie unterstrichen ferner, wie vollständig die Einheit hinsichtlich Politik, Kommando, Finanzen und Zufuhr mit Frankreich sei; so zum Beispiel Schatzkanzler Sir John Simon in einer Rundfunkrede am 2. März. Zugleich fühlte man sich aber genötigt, vor Optimismus und Illusionen zu warnen, so besonders Churchill in einer Rede vom 30. März. Der Luftfahrtminister Kingsley Wood rühmte anlässlich der Vorlage des Luftfahrthaushalts im Unterhaus am 7. März die Fortschritte der englischen Luftwaffe und ihre angeblichen Leistungen im Kriege und erklärte, das Ziel, das man erreichen müsse, sei die Errichtung der Herrschaft in der Luft.

Was die Kriegsziele angeht, so meinte Simon am 2. März, der einzig mögliche Abschluß des Krieges für England sei „das Verschwinden des



Feindposten wird ausgemacht

Phot.: P. K. - Gutsjahr (Weisbild)



Gefangene Engländer

Phot.: Krebs-Bild-Zentrale



Spähtrupp im französischen Grenzort

Phot.: P. N. - Derschert (Presse-Bild-Zentrale)



Vor der feindlichen Stellung

Phot.: P. S. - Tischer (Atlantik)

Sittlerismus“, während der frühere Botschafter in Paris und Berlin, Sir Eric Phipps, in einer Rede in Manchester am 6. März äußerte, man müsse auf jeden Fall sicherstellen, daß man nicht wieder gezwungen würde, „Millionen von Menschenleben zu opfern, um einen preußischen Angriff zu unterdrücken, gleichgültig, ob dieser auf den Befehl eines Friedrich, eines Bismarck, eines Wilhelm oder eines Hitler erfolge“. Churchill erklärte am 30. März in seiner lapidaren Art, man müsse „ein für allemal dem durch Deutschland verursachten schrecklichen Zustand von Beunruhigung und Bedrohung so schnell als möglich ein Ende machen“, zu diesem Zweck hätten das britische und das französische Volk „das Schwert der Gerechtigkeit und Vergeltung“ gezogen.

Freilich waren die politischen und militärischen Ereignisse im Monat März nicht dazu angetan, England zu gefallen und die Hoffnung der Engländer auf eine baldige Verwirklichung ihrer edelmütigen Kriegsziele besonders zu beleben. Der am 12. März erfolgte Friedensschluß zwischen Finnland und Rußland, und damit die Beendigung des Krieges im nördlichen Raum, waren für England, das sich gerade anstrebte, den Krieg auf Skandinavien auszudehnen, eine schwere Enttäuschung. Dies ergibt sich nicht nur aus zahlreichen Artikeln der englischen Presse, sondern ganz unzweideutig vor allem aus den zwei Reden Chamberlains im Unterhaus am 13. März und am 19. März. Beide enthielten, die vom 19. März viel ausführlicher, dieselben Gedankengänge, nämlich den Ausdruck der Überraschung und Enttäuschung über den Friedensschluß, den Versuch der Rechtfertigung der eigenen Politik und Anklagen gegen Schweden und Norwegen einerseits und Deutschland andererseits. Chamberlain sagte, Deutschland sei durch seinen Pakt mit Rußland allein am Unglück Finnlands schuld. Daß dieser nur die Antwort auf Englands Einkreisungspolitik gewesen ist, verschwieg Chamberlain natürlich. Ferner sagte der englische Premier, England und Frankreich hätten alles getan, um Finnland zu helfen, einmal durch Entsendung von Kriegsmaterial, wofür er interessante Zahlenangaben machte, die sicher in Moskau aufmerksam gelesen worden sind, zum anderen durch Vorbereitung der Entsendung einer Armee von 100 000 Mann. Der Plan hierzu sei im Obersten Kriegsrat am 5. Februar gefaßt worden, und Anfang März habe die Expeditionsarmee zum Abtransport bereitgestanden, aber leider hätten Schweden und Norwegen sich geweigert, den Durchmarsch dieser Armee nach Finnland zu gestatten, und außerdem sei der finnische Hilferuf um Entsendung dieser Armee schließlich ausgeblieben, und statt dessen habe Finnland mit Rußland plötzlich Frieden geschlossen. Chamberlain hat also unumwunden eingestanden, daß Frankreich und England bereit und willens waren, Skandinavien in den Krieg zu stürzen, natürlich nicht aus Mitleid für Finnland, sondern um Deutschland von Norden militärisch einzukreisen und ihm den Bezug kriegswichtiger Rohstoffe aus den nördlichen Ländern unmöglich zu machen. Die Blockade wirksam zu gestalten, andere Völker als Bundesgenossen gegen Deutschland in den Krieg zu bringen und den durch die deutsch-russische Verständigung und die Vernichtung Polens zum scheitern gebrachten Plan des Mehrfrontenkrieges gegen Deutschland doch noch zu verwirklichen, das waren und sind die wirklichen Ziele der englischen Politik.

Wie sehr die Haltung der Neutralen, vor allem deren Wunsch, außerhalb des Krieges zu bleiben, für unsere Kriegsgegner eine schwere Enttäuschung darstellt, ist längst offenkundig. Diese Enttäuschung hat bewirkt, daß die Frage der Neutralität, besonders in London, zu grundsätzlichen Erörterungen geführt hat. Da die Neutralität der Neutralen als schädlich betrachtet wird, will man den Begriff der Neutralität nicht mehr gelten lassen bzw. ihm neue Deutungen geben. Verschiedene Reden englischer Politiker zeigen diese von durchsichtigen politischen Zielsetzungen bedingte Wandlung. Besonders bezeichnend war hierfür die Rundfunkrede Churchills vom 30. März. Nachdem er erklärt hatte, es lägen vor dem englischen Volk Prüfungen und

Leiden in einem Ausmaß, das viel größer sei, als was es bis jetzt habe erdulden müssen, und daß äußerste Anstrengungen von England und Frankreich verlangt werden müßten, sagte Churchill, es hätte ein sehr kurzer Krieg sein können, „wenn alle Neutralen sich auf ein gegebenes Zeichen bei uns eingereiht hätten, die Tatsache aber, daß dies nicht geschehen sei, könne die Welt zu einer langen Prüfungszeit verdammen“. Nach heftigen Ergüssen gegen die deutsche Seekriegsführung meinte Churchill, man könne von England nicht verlangen, an der Auslegung einer Neutralität festzuhalten, die „für den Angreifer vorteilhaft sei, jedoch nachteilig für die Verteidigung der Freiheit“. Der Außenminister, Lord Salisbury, richtete am 20. März eine Mahnung an die Neutralen, die Lage ernsthaft zu prüfen, „da es eine Tollheit wäre anzunehmen, daß ein erfolgreicher Angriff lokalisiert werden könne“.

Diese mehr oder weniger offenen Aufforderungen an die Neutralen, ihre Neutralität zugunsten Englands aufzugeben, zeigen erneut, wie wenig England im Grunde der eigenen Kraft vertraut, wie enttäuscht es ist, nur Frankreich als Bundesgenossen zu haben und wie eifrig es nach neuen Bundesgenossen Ausschau hält. Diese Zusammenhänge werden in allen neutralen Ländern freilich klar erkannt. Man zieht aus ihnen die Schlußfolgerung, nun erst recht dem Kriege fernzubleiben.

Daß hierzu die fortwährenden politischen und militärischen Mißerfolge Frankreichs und Englands und die deutschen Erfolge entscheidend mitwirken, liegt auf der Hand. England versucht demgegenüber sein Heil in erster Linie in der Ausdehnung der Blockade. Welcher Mißerfolg ihm dabei anlässlich seines Zugriffs auf die italienischen Kohlenschiffe bechieden war, haben wir schon gesehen. Es blieb ihm schließlich nichts anderes übrig, als die dreizehn festgehaltenen italienischen Kohlenschiffe wieder freizugeben, während der deutsch-italienische Kohlenverkehr einfach auf den Landweg umgestellt wurde. In ihrer am 20. März veröffentlichten Antwortnote auf die bereits erwähnte Note Italiens vom 3. März hielt die englische Regierung ihren völkerrechtswidrigen Standpunkt in der Blockadefrage unter den üblichen Ausfällen gegen die deutsche Seekriegsführung aufrecht. Die endgültige Klärung der divergierenden Standpunkte kann nur die weitere Entwicklung des Krieges bringen. Nur die Vernichtung der englischen Seetrypannei kann auch Italien die so dringend nötige Atemfreiheit schaffen. Im übrigen unterstrich die englische Presse mit aller Deutlichkeit den Willen Englands, mit der Blockade ohne Rücksicht auf die Lebensrechte der Neutralen den Krieg zu gewinnen, ferner die Absicht Englands, durch Druck auf Italien dieses zu zwingen, England kriegswirtschaftlich wichtige Produkte seiner Schwerindustrie zu liefern.

Englands Wünsche hinsichtlich des Balkans äußerte der frühere Kolonialminister Amery am 4. März in einer Versammlung der Gesellschaft für den nahen und mittleren Osten recht offen dahingehend, daß er die Bildung eines umfassenden Balkanblocks gegen Deutschland als entscheidend wichtig bezeichnete. Ende März wurden sämtliche britischen Missionschefs auf dem Balkan und dazu die Botschafter in Ankara und Rom nach London berufen zum Zwecke der Beratung, wie man die Blockade Deutschlands im Südosten wirksamer gestalten könne.

Während England und Frankreich zugegebenermaßen darauf und daran waren, eine Armee von hunderttausend Mann nach Finnland zu schicken, d. h. mit Rußland Krieg anzufangen, sagte Churchill in seiner Rede vom 30. März, nachdem diese Ausdehnung des Krieges mißlungen war, es „sei kein Punkt der englischen Politik, Krieg mit Rußland zu suchen“. Am 6. März erklärte Chamberlain im Unterhaus, und Butler bestätigte es am 20. März, daß das früher von der Regierung angekündigte Weißbuch über die französisch-englischen Verhandlungen mit Rußland vom Sommer 1939, die Rußland in die Einkreisungsfront gegen Deutschland einreihen sollten, nicht er-

scheinen werde. Will man die Beziehungen zu Rußland oder den eigenen durch die deutschen Dokumentenberöffentlichungen bereits so fraglich gewordenen „guten Ruf“ schonen?

Der enge Zusammenfluß mit Frankreich als dem einzigen Bundesgenossen, ist und bleibt der Angelpunkt der englischen Außenpolitik. Bezeichnend hierfür war die sechste Tagung des Obersten englisch-französischen Kriegsrates am 28. März in London. Beide Regierungen kamen dabei überein, „daß sie während des gegenwärtigen Krieges weder einen Waffenstillstand oder Friedensvertrag abschließen werden, ausgenommen, wenn ein gegenseitiges Einverständnis vorliegt. Sie verpflichten sich auch, keine Friedensbedingungen zu diskutieren, bevor sie nicht ein vollständiges Einverständnis über die notwendigen Bedingungen erreicht haben, die eine effektive und dauernde Garantie für ihre Sicherheit verbürgt. Sie verpflichten sich weiterhin, nach Abschluß des Friedens eine Gemeinschaft des Handelns auf allen Gebieten aufrechtzuerhalten“. Die englische und französische Presse feierte dieses Abereinkommen, das unter Alliierten doch nur eine Selbstverständlichkeit darstellen sollte, als ein grundlegendes für die Zukunft ganz Europas geradezu richtunggebendes Ereignis. Viel richtiger erscheint jedoch die Frage, ob das gegenseitige Vertrauen und Einverständnis so vollständig ist, wenn man sich gedrungen fühlt, im siebenten Kriegsmonat eine formelle Vereinbarung zu treffen, sich gegenseitig während des Krieges nicht im Stich zu lassen!

Neben dem Bündnis mit Frankreich ist es die Ausdehnung der Blockade, die in London die größte Aufmerksamkeit findet, nicht nur in Europa, sondern auch außerhalb. Neuerdings will man sie auf die ostasiatischen Gewässer ausdehnen, um zu verhindern, daß aus Amerika und Ostasien über Wladiwostok Waren den Weg nach Deutschland finden.

Der von Japan betriebenen Neuordnung im Fernen Osten legt England weiterhin Schwierigkeiten in den Weg. Am 31. März wurde aus London gemeldet, gegenüber der neuen chinesischen Zentralregierung unter Wangschingwei in Nanjing nehme England eine kühle Haltung ein, man betone, daß England nur eine Regierung in China anerkenne, nämlich die von Tschankaischef.

Die innere Front in England bietet nach wie vor nicht das Bild einer straffen Einheit. Kritik und Einwände, Unzufriedenheit und Mißvergnügen mit dem Verlauf der Dinge und mit der Regierung nehmen weiter einen breiten Raum ein. In den Arbeiterkreisen ist dies besonders zu bemerken. Die steigenden Lebenshaltungskosten spielen dabei eine beträchtliche Rolle. Nicht minder die unsoziale Einstellung der führenden Kreise, die ja seit je soziale Verhältnisse in den wirtschaftlich schwächsten Schichten der Bevölkerung verschuldet haben, wie sie in Deutschland unbekannt sind. Bezeichnend hierfür ist eine Anfang März von der Informationsabteilung des Völkerbundes veröffentlichte Untersuchung über „Ernährung und ihre Beziehungen zur Volksgesundheit“, aus der sich ergibt, daß es in England 15 Millionen unterernährte Menschen gibt, daß 47 vom Hundert der Kinder der armen Familien in Gewichts- und Größenmaßen unter dem Normalen liegen, und daß die Sterblichkeit wegen der Unterernährung zweimal größer sei als bei den wohlhabenden Familien. Es entspricht nur solch traurigen Traditionen, daß der englische Zivilhaushalt für 1940 auf dem Gebiete des Gesundheits- und Arbeitswesens sowie der Sozialversicherung Kürzungen von mehr als 17 Millionen Pfund vorsieht.

Für die Finanzierung des Krieges wurde ein zusätzlicher Kreditbedarf in Höhe von 700 Millionen Pfund für 1940/41 am 8. März angefordert, während gleichzeitig die Auslegung einer Kriegaanleihe in Höhe von 300 Millionen Pfund bekanntgegeben wurde. Die Handelsbilanz Englands war im Februar mit 45,8 Millionen passiv gegenüber einer Passivität von 22,6 Millionen im Februar des Vorjahres. Der Lebenshaltungsindex stieg im

Februar weiter bis auf 179 gegen 155 bei Ausbruch des Krieges. Die Regierung bemüht sich um weitere Rationierungsmaßnahmen und um Stützung des Pfundes, besonders auch um Förderung des Exportes, worüber am 5. März ein Weißbuch veröffentlicht wurde, das eine Exportoffensive auf den neutralen Märkten ankündigt, wogegen der heimische Bedarf auf ein Minimum herabgedrückt werden müsse. Das englische Pfund hat im Monat März an den ausländischen Börsen weitere beträchtliche Einbußen erlitten. Die Wertverminderung des Pfundes beträgt seit Kriegsbeginn etwa 25 v. H.

Auch in seinem Empire, innerhalb dessen nur Kanada, Australien und Neuseeland vorbehaltlos England unterstützen, dauern mancherlei Schwierigkeiten fort. Vor und während des Allindischen Kongresses, der am 19. und 20. März in Ramgarh tagte, haben die indischen Führer, besonders Gandhi und Pandit Nehru, in wiederholten Verlautbarungen den Willen Indiens zur völligen Selbständigkeit und zur Befreiung von der englischen Herrschaft eindringlich verkündigt. Der Kongreß selbst hat eine entsprechende Entschließung gefaßt. Ob daraus die praktische Folgerung der Ausrufung des Ungehorsamkeitsfeldzuges gezogen wird, ist noch nicht zu übersehen. Klar erscheint jedenfalls, daß mit der von Gandhi gepredigten „Gewaltlosigkeit“ Leute wie die Engländer nicht aus Indien herauszubringen sind.

In Südafrika haben sich die Anhänger Herzogs, wie am 25. März gemeldet wurde, zur Begründung einer Einheitspartei mit den Anhängern Dr. Malans entschlossen. General Herzog versicht nach wie vor die These, daß der europäische Krieg die Südafrikaner nichts angeht. Aus den spärlichen Nachrichten, die die Zensur durchläßt, ergibt sich, daß der englandhörige Premier Smuts mit der ihm eigenen Rücksichtslosigkeit und Verklagenheit die Widerstände der burischen Bevölkerung gegen seine nicht den südafrikanischen, sondern nur den englischen Interessen dienende Politik zu unterdrücken bemüht ist, was offenbar zu einer Verschärfung dieser Widerstände führt.

Auch bei unserem zweiten Kriegsgegner, Frankreich, haben sich im ersten Monat des zweiten Kriegshalbjahres die Kriegswirkungen, obwohl das Land bisher von Kampfhandlungen kaum betroffen wurde, in verstärktem Maße geltend gemacht. Frankreich hat den Krieg unter englischem Einfluß als eine neue Phase der traditionellen französischen Europapolitik begonnen, die auf Vormachtstellung, auf Hegemonie in Europa hinzielt, dies, obwohl Frankreich nach Zahl und Altersaufbau seiner Bevölkerung im heutigen Europa gegenüber Großdeutschland und Italien zu einer solchen Politik nicht mehr die innere Kraft besitzt. Die fünf Millionen ausgebildeter Reservisten zu mobilisieren und gleichzeitig Landwirtschaft, Kriegsindustrie und Exportindustrie in Gang zu halten bzw. den Kriegsnotwendigkeiten entsprechend zu verstärken, ist bevölkerungsmäßig auf die Dauer ein unlösbares Problem, das auch nicht durch die Heranziehung der Menschenreserven des großen Kolonialreiches wirklich gelöst werden kann.

Aus diesem Zentralproblem ergeben sich Schwierigkeiten und Hemmungen nach allen Richtungen hin. Das auf seine landwirtschaftliche Autarkie so stolze und darin sich Deutschland so überlegen führende Frankreich sieht sich nach sechs Monaten Krieg zu einschneidenden Rationierungsmaßnahmen hinsichtlich Nahrungs- und Genußmitteln jeder Art gezwungen, sehr zum Schmerz des in der Wagenfrage so anspruchsvollen und verwöhnten Franzosen. Mitte März wurden als weitere Rationierungsmaßnahme drei fleischlose Tage eingeführt. Am 14. März kündigte der Minister für öffentliche Arbeiten Einschränkungen im Petroleum-, Öl- und Kohlenverbrauch an. Die Lage der Landwirtschaft wird wegen Mangel an Arbeitern als kritisch angesehen. Trotz der Entlassung zahlreicher älterer Reservisten fehlen für die Frühjahrsbestellung 150 000 Mann. Im Parlament forderten mehrere Abgeordnete, der britische Bundesgenosse möge seine Truppenentwendungen nach Frankreich beschleunigen, um den Franzosen zu erlauben, die für das innere Leben des Landes notwendigen Demobilmachungen vorzunehmen.

Die schon seit Kriegsbeginn keineswegs einmütige innere Front macht den Regierenden Sorgen. Der Kampf gegen Defaitisten und Kommunisten wird weiter in der Form vieler Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Verurteilungen geführt. Kommunistische Geheimpludereien, geheime Redaktionen verbotener Zeitungen werden ausgehoben, große Wählermassen sind infolge der Sistierung aller kommunistischen Abgeordneten ohne Vertretung im Parlament, den Generalräten und Gemeinderäten. Nach einem Bericht des „Petit Parisien“ vom 17. März wurden allein in Paris seit Kriegsbeginn viertausend Hausdurchsuchungen und über zweitausend Verhaftungen vorgenommen.

Dazu kommt, daß Erfolge der eigenen und verbündeten Waffen bisher ausgeblieben sind. Der Sitzkrieg in der Maginotlinie widerspricht dem französischen Temperament und die fortwährenden deutschen Erfolge den Ehr- und Ruhmbegriffen des französischen Nationalismus, der infolge des nationalistischen französischen Geschichtsunterrichts in irgendeiner Ecke des Herzens so ziemlich jedes Franzosen sitzt, ganz zu schweigen von seinen Trägern und Verkündern in Parlament, Presse, Publizistik und Geschichtswissenschaft. Daher der Ruf nach einer energischeren und erfolgreicherer Kriegsführung. Er hat sich mit verstärkter Kraft erhoben, als der plötzliche Friedensschluß zwischen Finnland und Rußland am 12. März die durch Regierung und Presse angekündigte „Silfsaktion“ für Finnland im skandinavischen Raum und die dadurch erweckten Hoffnungen, man könnte Deutschland unter Umgehung des Westwalls militärisch zu fassen bekommen, als Truggebilde erwieisen.

Wie immer in Frankreich, wenn die Regierung und ihre Taten nicht der Gefühls- und Gedankenrichtung der Menge bzw. der Gruppen, die ihre politische Vertretung ausüben, entsprechen, kam es zu einem Sturz des Kabinetts. Zwar gelang es dem Ministerpräsidenten Daladier, in der Geheimstimmung des Senats vom 15. März noch einmal ein einstimmiges Vertrauensvotum zu erhalten, aber die politische Krise ließ sich nicht mehr aufhalten. Am 20. März sah sich Daladier genötigt, zurückzutreten. Die Moskauer Presse kommentierte dieses Ereignis in dem Sinne, es stelle ein offensichtliches Schwächehsymptom der englisch-französischen Kriegspolitik dar, das sowohl in den diplomatischen und militärischen Mißerfolgen der Westmächte wie in den Schwierigkeiten ihrer inneren Lage begründet sei.

Der Finanzminister im Kabinett Daladier, Paul Reynaud, wurde am 20. März mit der Neubildung des Kabinetts betraut. Er bildete, sehr zum Arger der Rechtsgruppen der französischen Kammer, ein stark mit Sozialisten durchsetztes Ministerium von recht mittelmäßigem Charakter. Die öffentliche Meinung hatte ein starkes oder, wie man in Frankreich zu sagen pflegt, ein großes Ministerium, worunter man ein Kabinett besonders führender politischer Persönlichkeiten versteht, erwartet, ein Kabinett, das Aussichten und Garantien für baldige siegreiche Kriegsbeendigung bieten würde. Bei der ersten Abstimmung in der Kammer stimmten für die Regierung 268 Abgeordnete, gegen die Regierung 156, während 111 sich der Stimme enthielten. Die Frage, ob nach einem so kläglichen parlamentarischen Start die Regierung Reynaud nicht sofort wieder verschwinden müßte, entschied der Kabinettsrat am 22. März dahin, „daß es in der gegenwärtigen ersten Lage Pflicht des Kabinetts sei, auf seinem Posten zu bleiben“. In seiner Regierungserklärung bezeichnete Reynaud als einzige Aufgabe des Kabinetts den Sieg. Natürlich fehlte auch eine schwülstige Anrufung der „Freiheit“, für die Frankreich mit England vereint angeblich kämpft, nicht. In einer Rundfunkansprache vom 26. März erneuerte Reynaud nur die bei ihm schon seit Jahren übliche nationalistische, kriegsbegehrliche und antideutsche Phrasologie und unterstrich besonders die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Produktion, vor allem der Kriegsindustrie.

Sichtlich der französischen Außenpolitik wurde, wie schon erwähnt, der finnisch-russische Friede in Frankreich als diplomatische und militärische

Niederlage empfunden und in der Presse offen als solche bezeichnet. Ministerpräsident Daladier machte am 12. März über die Interventionspläne und Handlungen Frankreich-Englands in Skandinavien ähnliche Angaben wie Chamberlain im Unterhaus. Der frühere Minister Frossard aber schrieb am 15. März in „La Justice“: „Wir wollen zum mindesten den Mut haben, zuzugeben, daß die Alliierten einen sehr harten Schlag erhalten haben. Ich weiß nicht, ob der Ministerpräsident genau über die Reaktion des Mannes auf der Straße unterrichtet ist. Ich mache ihn aber darauf aufmerksam, daß die öffentliche Bestürzung niemals stärker war als jetzt. Sie findet Worte des Schmerzes und der Wut.“

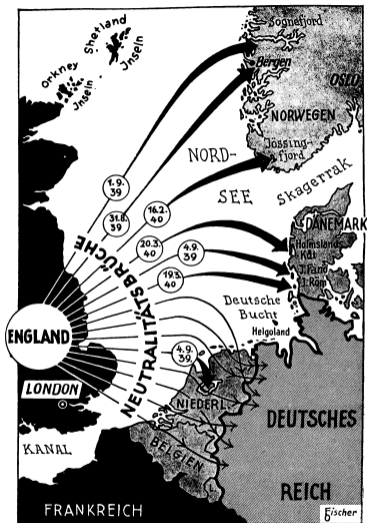
Es war nur der Ausdruck solcher Stimmungen, wenn der französische Geschäftsträger in Moskau am 19. März wegen eines im Namen der in Paris lebenden Sowjetrussen von dem russischen Botschafter Suriz an Molotow gerichteten Glückwunschtelegrammes zur Beendigung des finnischen Krieges die Abberufung des Botschafters verlangte, weil er wegen gewisser Ausdrücke in dem Telegramm nicht mehr persona grata bei der französischen Regierung sei. Am 26. März wurde Suriz aus Paris abberufen. Die sowjetische Presse kommentierte das Ereignis nicht. Die Anhänger eines Bruchs mit Rußland wurden in Frankreich um so lebendiger, aber die französische Regierung vollzog den Bruch nicht. Das am 15. März abgelaufene französisch-russische Handelsabkommen wurde jedoch nicht erneuert.

Die Situation der zwischen den Kriegführenden liegenden Neutralen, Holland, Belgien, Dänemark, Schweden und Norwegen, hat im siebenten Kriegesmonat keine wesentliche Änderung erfahren. Sie sind weiter die direkten und indirekten Opfer der völkerrechtswidrigen englischen Blockade, die sich in Schiffs- und Menschenverlusten und großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf sie auswirkt. Sie sind weiter dauernd in der Gefahr, in den Krieg hineingezogen zu werden, da es ein in London und Paris immer wieder verkündetes Ziel der Politik der Westmächte ist, neue Bundesgenossen zu finden, d. h. den Krieg auf andere Länder auszudehnen. Im Monat März erreichte diese Politik in dem englisch-französischen Angebot, über Skandinavien eine Armee von hunderttausend Mann nach Finnland zu schicken, einen bedrohlichen Höhepunkt. Die Gefahr für die nordischen Staaten wurde jedoch vermieden, weil die norwegische und die schwedische Regierung den Durchzug der westlichen Interventionsarmee ablehnten und Finnland sich beeilte, zum Frieden mit Rußland zu kommen. Der Verluß unserer Kriegsgegner, den englisch-französisch-deutschen mit dem finnisch-russischen Krieg zu verbinden, indem Skandinavien in beide verwickelt wurde, ist so gescheitert.

Die Besorgnisse, die sich aus der Kriegserweiterungspolitik der Westmächte für die kleinen neutralen Staaten ergeben, haben in Belgien verschiedentlich zu bemerkenswerten Äußerungen über Charakter und Sinn der belgischen Neutralitätspolitik geführt (Rede des Außenministers Spaak am 3. März, außenpolitischer Bericht des belgischen Senats, verfaßt vom Senator Carton de Tournai, Verlautbarung der offiziellen Nachrichtenagentur Belga vom 31. März). Die Neutralität als Politik nationaler Selbsterhaltung, gestützt auf eine seit Kriegsbeginn wesentlich verstärkte Rüstung, wurde in all diesen Verlautbarungen unterstrichen. Auch der tatsächlich bestehende Unterschied zwischen der belgischen Neutralität vor 1914, die durch völkerrechtliche Verträge dem Lande auferlegt war, und der gegenwärtigen, die freiwillig ist und auf die Belgien jederzeit verzichten könne, wurde betont.

Am 12. März nahm die belgische Kammer mit großer Mehrheit das „Gesetz zur Verteidigung der nationalen Einrichtungen“ an, das in erster Linie Strafmaßnahmen gegen „staatsgefährliche Propaganda und Organisationen“ vorsieht und sich hauptsächlich gegen die Kommunisten richtet.

In Holland wurde eine Gesetzesvorlage über den Bau von drei Schlachtkreuzern zur Verteidigung des holländischen Kolonialreiches im Fernen Osten bekanntgegeben, die außerdem den Bau von zwölf U-Boot-Jägern, zwei



Zu den wiederholten Neutralitätsbrüchen englischer See- und Luftstreitkräfte.

Minenlegern, zwölf großen Flugbooten, Tankschiffen und eines Trockendocks mit einem Kostenaufwand von 283 Millionen Gulden vorfieht.

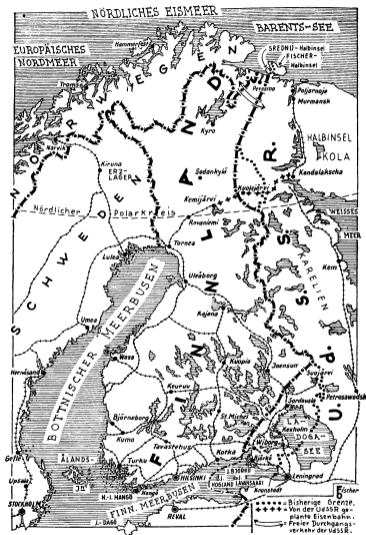
Über die Lage Dänemarks äußerte sich Staatsminister Stauning am 7. März in einer Rede in Kopenhagen, in der er die schweren wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen des Krieges schilderte. Bezeichnend hierfür ist u. a. die Tatsache, daß die Großhandelsrutzahlen für den Monat Februar auf 162 gegenüber 111 im letzten Friedensmonat August 1933, d. h. um fast 46 v. S., und die Arbeitslosen auf über 182 000 gestiegen sind. Die wirtschaftlichen Sorgen unterstrich auch der dänische Handelsminister am 7. März unter Hinweis auf die abnehmenden Devisenreserven und die Schwierigkeiten der Rohstofflage und des Exports. Für die letzteren sind die am 28. März zustande gekommenen Vereinbarungen zwischen Regierung und Landwirtschaft über die staatlichen Zuschüsse zum Ausgleich des Mißverhältnisses zwischen Exportpreisen und Erzeugungskosten der Landwirtschaft bezeichnend. Sie bedeuten, daß der dänische Staat der dänischen Landwirtschaft Zuschüsse bezahlen muß, weil England sich weigert, für die nach England ausgeführten landwirtschaftlichen Produkte eine den erhöhten Erzeugungskosten und dem gesunkenen Wert des Pfundes entsprechende Preiserhöhung zu bewilligen. Auch ein Beitrag zu Englands Kampf für die kleinen Völker!

Zu ihm leistete England außerdem durch die Bombardierung dänischer Hoheitsgebietes anlässlich des militärisch und propagandistisch so sehr mißglückten Angriffes gegen die Insel Solt einen neuen Beitrag. Er führte, wie am 20. März aus Kopenhagen gemeldet wurde, zu entsprechenden aber natürlich wirkungslosen Protesten der dänischen Regierung in London.

Für Schweden und Norwegen brachte der Monat März den bisher bedeutendsten politischen Höhepunkt während des Krieges. Wir sind durch Erklärungen des schwedischen Außenministers Günther im schwedischen Reichstag vom 13. März, vor der Stockholmer Presse am 14. März, durch weitere Erklärungen des Ministers vom 17. März, durch eine Rede des schwedischen Verteidigungsministers Stöld vom 24. März und des schwedischen Ministerpräsidenten Hansson vom 25. März sowie durch eine Erklärung des norwegischen Außenministers Roht im norwegischen Rundfunk vom 14. März über den dramatischen Verlauf der Ereignisse orientiert, wodurch auch die schon erwähnten Erklärungen französischer und englischer Minister über die Interventionsbemühungen der Westmächte ergänzt und richtiggestellt werden. Die nordischen Minister haben die aus London und Paris an sie gerichteten Vorwürfe zurückgewiesen und klargestellt, daß sie, ihren nationalen Interessen folgend, in erster Linie darauf bedacht waren, ihre Länder aus dem Kriege herauszuhalten und sie nicht zum Opfer der Kriegsausweitungspläne des Westens werden zu lassen. Die Presse der nordischen Staaten fand zum Teil treffende Worte, um die gegen die Lebensinteressen der nordischen Staaten gerichtete egoistische Politik der westlichen „Vorläufer für die Rechte der kleinen Völker“ zu charakterisieren.

Nach dem finnisch-russischen Friedensschluß spielte die von der finnischen Regierung ausgehende Anregung zum Abschluß eines nordischen Verteidigungsbündnisses zwischen Finnland, Schweden und Norwegen eine gewisse Rolle in der öffentlichen Diskussion, bis eine Verlautbarung der sowjetrussischen Legation, durch die ein solches Bündnis als im Widerspruch zum finnisch-russischen Friedensvertrag stehend erklärt wurde, die Diskussion abchnitt.

Finnland hat zwar durch den am 12. März in Moskau abgeschlossenen Frieden mit Rußland, der eine Einstellung der Kampfhandlungen am 13. März mittags 12 Uhr zur Folge hatte, erhebliche territoriale und sonstige Verluste erlitten, aber seine Existenz als selbständiger Staat gerettet. Es verlor die ganze karelistische Landenge einschließlich der Stadt Wiborg und die Wiborger Bucht mit ihren Inseln, das westliche und nördliche Ufer



Die im russisch-finnischen Friedensvertrag festgelegten neuen Grenzen.

des Ladogasees mit den Städten Archangol, Sortavala, Suojarvi, eine Reihe von Inseln im Finnischen Meerbusen sowie einige Gebietsteile in Mittel- und Nordfinnland. Ferner verpachtete es gegen eine jährliche Zahlung von acht Millionen Finnmark die Halbinsel Hangö mit einer Reihe dazugehöriger Inseln zwecks Errichtung einer sowjetischen Marinebasis an Sowjetrußland. Im Gebiet von Petsamo, das Finnland verbleibt, mußte es gewisse Rüstungsbeschränkungen übernehmen. Rußland erhält außerdem das Recht des freien Transits über Petsamo nach Norwegen und einen Bahnanschluß von der Murmanbahn über die finnische Stadt Kemijärvi an die nach Narvik führende finnisch-norwegische Bahnlinie. Die Räumung der von Finnland abzutretenden Gebiete mußte sich vom 15. bis 26. März vollziehen. Die gesamte finnische Bevölkerung, etwa 450 000 Menschen, hat unter Mitnahme eines möglichst großen Teiles der beweglichen Habe die abgetretenen Gebiete verlassen. Der Vertrag wurde am 16. März im finnischen Reichstag ratifiziert, und die Ratifikationsurkunden wurden am 20. März in Moskau ausgetauscht.

Nach Bildung einer neuen Regierung in Helsingfors gab Ministerpräsident Ryti am 27. März einen Überblick über die Lage Finnlands. Nahezu ein Achtel des finnischen Volkes habe Heim und Auskommen verloren und müsse neu angesiedelt werden. Finnland habe 10 v. H. seines landwirtschaftlichen Nutzbodens und seiner industriellen Produktionsfähigkeit, 17 v. H. seines Eisenbahnnetzes und wertvolle Bodenschätze verloren. Da jedoch Finnland sehr dünn bevölkert ist und reichlich Boden zur Urbarmachung und Ansiedlung zur Verfügung steht, kann Finnland sehr wohl in wenigen Jahren die erlittenen Verluste wieder aufholen.

In seiner Erklärung am 16. März über den Friedensschluß unterstrich Ryti, daß die von den Westmächten angebotene militärische Unterstützung frühestens am 1. Mai hätte eintreffen können und zahlenmäßig zu schwach gewesen, daß auch die später eintretende Truppenhilfe ungenügend gewesen wäre, daß die Annahme der Hilfe Finnland in einen Weltkrieg hineingezogen und zum Schlachtfeld desselben gemacht haben würde. Ferner hätten Schweden und Norwegen den Durchmarsch nicht zugelassen. Die finnische Regierung habe deshalb die Hilfe der Westmächte nicht als eine solche ansehen können, die die Fortsetzung des Krieges gerechtfertigt hätte. Finnland habe den Krieg allein begonnen und allein Frieden geschlossen.

Damit hat der finnische Ministerpräsident seinerseits klargestellt, daß die von den Westmächten angebotene militärische Hilfe völlig ungenügend, d. h. also nicht dem finnischen Interesse auf siegreiche Beendigung des Konfliktes mit Rußland entsprechend war, sondern nur im Interesse der Kriegsausweitungspläne der Westmächte erfolgte. Ihre Annahme hätte, das ergibt sich aus Rytis Erklärung, zur Vernichtung Finnlands geführt. Auch dies ein Beitrag zu Englands und Frankreichs „Kampf für die kleinen Völker“!

In Rußland war neben dem Abschluß des finnisch-russischen Krieges, der in seiner politischen und wirtschaftlichen Bedeutung von der russischen Presse stark unterstrichen wurde, das bedeutendste außenpolitische Ereignis die große außenpolitische Rede Molotows auf der sechsten Session des Obersten Sowjets am 29. März in Moskau. Molotow gab dabei nicht nur eine Darstellung der Entstehung, des Verlaufs und der Beendigung des Krieges mit Finnland, sondern einen Überblick über die gesamte Außenpolitik der Sowjetunion und eine Charakterisierung ihres gegenwärtigen Verhältnisses zu allen Mächten. Über die Ursachen des Krieges der Westmächte gegen Deutschland sagte Molotow: „Deutschland, das in der letzten Zeit etwa 80 Millionen Deutsche vereinigt und einige seiner Nachbarstaaten unter seine Herrschaft gestellt hat und in militärischer Hinsicht um vieles stärker geworden ist, wurde, wie ersichtlich, zu einem gefährlichen Konkurrenten für die wichtigsten imperialistischen Mächte in Europa, für England und Frankreich. Des-

halb haben diese unter dem Vorwand, ihre Verpflichtungen gegenüber Polen zu erfüllen, Deutschland den Krieg erklärt ... Daraus ist zu ersehen, daß die Regierungen Englands und Frankreichs die Vernichtung und Zerstückerung Deutschlands als ihre Ziele in diesem Krieg verkündet haben, obwohl diese Ziele vor den Volksmassen immer noch mit Losungen der Verteidigung der demokratischen Länder und der Rechte der kleinen Völker bemäntelt werden. Da die Sowjetunion nicht zum Helfershelfer Englands und Frankreichs bei der Verwirklichung dieser imperialistischen Politik gegenüber Deutschland werden wollte, hat sich die Feindseligkeit der Haltung dieser Mächte zur Sowjetunion noch weiter verstärkt. Die englisch-französischen Imperialisten waren bereit, den Krieg, der in Finnland begonnen hatte, zum Ausgangspunkt des Krieges gegen Sowjetrußland zu machen, und wollten zu diesem Zweck nicht nur Finnland selbst, sondern auch die skandinavischen Länder Schweden und Norwegen ausnützen."

Über die Beziehungen zu Deutschland sagte Molotow: "In den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland fand die plötzliche Wendung zum Besseren ihren Ausdruck in dem Nichtangriffspakt, der im August vorigen Jahres unterzeichnet wurde. Diese neuen, guten sowjetisch-deutschen Beziehungen wurden im Zusammenhang mit den Ereignissen im früheren Polen in der Praxis erprobt und haben ihre Festigkeit zur Genüge bewiesen. Die schon damals im Herbst des vorigen Jahres vorgelehene Entfaltung der Wirtschaftsbeziehungen erhielt ihren konkreten Ausdruck bereits im Handelsabkommen vom August 1939 und später im Handelsabkommen vom Februar 1940. Der Warenumsatz zwischen Deutschland und der Sowjetunion begann sich auf Grund des wirtschaftlichen Vorteils für beide Staaten zu vergrößern, und alle Grundlagen für seine weitere Entwicklung sind gegeben."

Dann ging Molotow zum finnisch-russischen Krieg über, wobei er unterstrich, daß er nicht nur ein Zusammenstoß mit finnischen Truppen war, sondern „mit den vereinigten Kräften der Imperialisten einer Reihe von Ländern einschließlich der englischen, französischen und anderer“ gewesen sei. Die Zahl der Gefallenen auf russischer Seite gab Molotow mit gegen 49.000, die der Verwundeten mit über 158.000 an, während von finnischer Seite die Zahl der finnischen Gefallenen auf etwa 15.000 und die der Verwundeten auf etwa 40.000 angegeben worden sind. Molotow unterstrich Englands und Frankreichs „verzweifelte Anstrengungen, um die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens mit Finnland zu verhindern“. An einer anderen Stelle sagte Molotow, „die Rechte und die Interessen der kleinen Völker sind Wechselgeld in den Händen der Imperialisten“. Als den wesentlichen Sinn des Friedensvertrages mit Finnland bezeichnete Molotow, daß er die Sicherheit von Leningrad und Murmansk wie auch der Murmanbahn gewährleiste. Nunmehr konnten sich zwischen Sowjetunion und Finnland normale, gutnachbarliche Beziehungen entwickeln. Anschließend betonte Molotow, der Plan eines militärischen Verteidigungsbündnisses zwischen Schweden, Norwegen und Finnland widerspreche dem Artikel 3 des Friedensvertrags mit Finnland, der den vertragsschließenden Teilen die Teilnahme an feindlichen Koalitionen verbiete, er widerspreche auch der Neutralitätspolitik Schwedens und Norwegens.

Die Erklärungen Molotows über Rußlands Beziehungen zu den Staaten des Balkans und des vorderen Orients waren darauf abgestimmt, beruhigend zu wirken, den Friedenswillen der Sowjetunion, die Ungelöstheit russisch-rumänischer Streitfragen und die Wachsamkeit der Sowjetunion gegenüber dem „großen verdächtigen Treiben um die Schaffung der englisch-französischen, hauptsächlich kolonialen Armeen mit General Weygand an der Spitze in Syrien“ zu unterstreichen. Über die Beziehungen mit Japan, mit dem „nicht ohne gewisse Schwierigkeiten aber dennoch einige Fragen gelöst“ worden seien, könne man „keine große Zufriedenheit äußern ... In Japan

sollte man endlich verstehen, daß die Sowjetunion in keinem Fall die Verletzung ihrer Interessen zuläßt. Nur bei einer solchen Auffassung von den sowjetisch-japanischen Beziehungen können sie sich zufriedenstellend entwickeln". Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten hätten sich „in letzter Zeit weder verbessert noch verschlechtert“.

An außenpolitischen Ereignissen ist die systematische Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen mit Bulgarien (Aufnahme der regelmäßigen Flugverbindung Moskau—Sofia am 23. März, Anlaufen des ersten Sowjetdampfers in Warna am 7. März), ferner die Paraphierung eines Handels- und Schiffsabkommens mit Iran nach mehrmonatigen Verhandlungen in Moskau am 10. März und seine Unterzeichnung in Teheran am 26. März zu erwähnen.

Welche Schlußfolgerungen die Sowjetunion aus der gegenwärtigen Weltlage hinsichtlich ihrer Rüstungen zieht, geht aus dem am 31. März in der Sitzung des Obersten Sowjets vorgelegten Staatshaushaltsplan für das Jahr 1940 hervor. Während der Haushalt 1939 145 Milliarden Rubel, darunter 40 Milliarden Rubel für Militärzwecke, vorsah, beläuft sich der Voranschlag für 1940 auf 182,6 Milliarden Rubel mit 57 Milliarden Rubel für Militärzwecke, was eine Steigerung der Rüstungsausgaben gegen das Vorjahr um 42,5 v. S. ausmacht.

Auf dem Balkan, jenem anderen Gebiet Europas, dem die Kriegsausweitungspläne England-Frankreichs gelten, war es im siebenten Kriegsmonat recht ruhig. Außenpolitische Ereignisse von größerer Bedeutung oder solche, die irgendwie eine neue Entwicklung anzeigen oder eine Änderung der Lage darstellten, sind nirgends zu verzeichnen. Die Regierungen aller Staaten in dieser Region Europas haben nach wie vor ihr Augenmerk in erster Linie darauf gerichtet, ihre Länder aus dem Kriege herauszuhalten, die Wirtschaft den Kriegsverhältnissen anzupassen und die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen nach beiden kriegsführenden Seiten hin zu pflegen.

Die Slowakei feierte am 14. März den ersten Jahrestag ihrer staatlichen Selbständigkeit. Ihre führenden Männer unterstrichen bei dieser Gelegenheit das Recht des slowakischen Volkes auf eigene nationale Existenz, die Dankbarkeit gegenüber Adolf Hitler und die Notwendigkeit der engen Anlehnung an das Großdeutsche Reich.

Aus Ungarn ist zu erwähnen eine Erklärung des Außenministers Grafen Czaky vom 6. März im Abgeordnetenhaus gegen die von dem früheren tschecho-slowakischen Staatspräsidenten Benesch, bekanntlich während zwanzig Jahren einer der konsequentesten und tätigsten Vorkämpfer des Versailler Systems und damit zugleich ein Hauptfeind Ungarns, betriebene „tschecho-slowakische Propaganda“ und deren Zusammenarbeit mit der polnischen Emigration. Czaky's Erklärung gipfelte in dem Satz: „Es liegt im Interesse Europas, daß das Bauwerk des tschechischen Staates nie wieder auflebt.“

In Jugoslawien fand am 17. März in Belgrad mit besonderer Feierlichkeit die Gründung einer jugoslawisch-rumänischen Handelskammer statt, wobei die Notwendigkeit und Möglichkeit einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern unterstrichen wurde. Auch das enge politische Verhältnis zwischen den beiden Staaten wurde erneut betont.

Der Ministerpräsident Bulgariens, Filoff, gab am 18. März einer belgischen Zeitung Erklärungen über die Außenpolitik seines Landes ab, in denen er dessen Willen, sich vom Kriege fernzuhalten und die guten Beziehungen zu seinen Nachbarn sowie besonders auch die weitverzweigten Handelsbeziehungen mit Deutschland unterstrich. Ähnliche Erklärungen gab der bulgarische Außenminister Popoff am 20. März in der Sobranje ab. Das Beispiel der skandinavischen Staaten habe gezeigt, daß die geringste Verletzung der Neutralität unweigerlich eine Ausweitung des Krieges nach sich gezogen hätte. Dies sei eine eindringliche Lehre, auch für Bulgarien, dessen unbedingte Neutralität nicht nur von allen Nachbarn, sondern auch

von den Großmächten, einschließlich der Kriegführenden, gebilligt werde. Bulgarien erwarte die Verwirklichung seiner Lebensinteressen lediglich auf dem Wege und mit den Mitteln des Friedens. Ministerpräsident Filoff bemerkte dazu noch, die Friedens- und Neutralitätspolitik der Regierung werde vom ganzen bulgarischen Volke einstimmig gebilligt und werde auch in Zukunft aufrichtig befolgt werden.

In Rumänien sagte König Carol in seiner Thronrede vom 7. März, anlässlich der Eröffnung des Parlaments, Rumäniens Politik des Friedens und der Entwicklung guter Beziehungen zu allen Völkern werde auch in Zukunft unverändert fortgesetzt werden. Rumänien sei entschlossen, „seine von der geschichtlichen Gerechtigkeit gezogenen Grenzen zu verteidigen“. Der Ausbau der Wehrmacht müsse deshalb allem anderen vorangestellt werden. In einer der Parlamentseröffnung vorausgegangenen Sitzung des Kronrates wurde der von Ministerpräsidenten Tatarescu vorgetragene Beschluß, die bisherige Außenpolitik der Regierung unverändert fortzuführen, vom Kronrat einstimmig gebilligt. Eine Politik des Friedens nach außen und der Sammlung und wirtschaftlichen und militärischen Stärkung im Innern verkündete Tatarescu auch in einer Rundfunkrede am 17. März. Außenminister Safencu verfaßt diese Politik am 18. März erneut im Senat. Der König selbst, der bekanntlich der entscheidende Faktor im politischen Leben Rumäniens ist, bestätigte sie seinerseits bei einer Ansprache anlässlich des Empfangs der Senatskommission, die die Antwort auf die Thronrede überbrachte, am 22. März. Kurz vorher, am 15. März, war bekannt geworden, daß eine Ausöhnung zwischen König Carol und der Eisernen Garde erfolgt sei und daß König Carol allen Mitgliedern der Eisernen Garde ihre Freiheit versprochen habe, die ihren Eintritt in die Nationale Front der Wiedergeburt, die vom König begründete Einheitspartei, versprochen haben. Damit dürfte ein weiterer Schritt auf dem Wege zur inneren Konsolidierung Rumäniens im Sinne autoritärer Staatsführung durch den König getan sein.

Die Rede Molotows im Obersten Sowjet hat durch die auf Rumänien bezüglichen Ausführungen in Rumänien starke Unruhe ausgelöst. In einer in der Zeitung „Timpul“ am 30. März erschienenen offiziellen Verlautbarung wurde Molotow in diplomatischen Wendungen widerprochen und ausgeführt, da Molotow die Politik der Sowjetunion als eine solche des Friedens bezeichnet habe und auch Rumänien eine bewußte Friedenspolitik treibe, bestehe eigentlich kein Gegensatz.

Außerhalb Europas sind es die Vereinigten Staaten, auf die sich das Interesse und die Hoffnungen unserer Kriegsgegner am stärksten konzentrieren. Wie sie den Krieg im allgemeinen ganz nach dem Vorbild des Weltkrieges 1914/18 angezettelt und begonnen haben, und wie sie hofften, ihn durch die im Weltkrieg so bewährte Kombination von militärisch-politischer Einkreisung, Blockade und innerem Aufruhr zu gewinnen, so sehen sie auch die Rolle der Vereinigten Staaten ganz analog derjenigen während des Weltkrieges: Die USA-Rüstungsindustrie soll ihnen die technische Überlegenheit, dieses Mal vor allem in der Luft, gewinnen helfen, und durch entsprechende Bearbeitung der öffentlichen Meinung im Verein mit den Kreisen in USA, die interventionistisch gerichtet sind, hoffen sie, die Vereinigten Staaten schließlich zum Kriegseintritt auf ihrer Seite zu veranlassen. Daß führende USA-Diplomaten und deren Hintermänner sich die Entwicklung in ähnlichem Sinne vorstellen bzw. zu lenken bemüht sind, haben die oben erwähnten vom Auswärtigen Amt veröffentlichten Votendokumente einwandfrei erwiesen.

Die Neutralitätspolitik ist trotzdem bisher die offizielle Politik der Vereinigten Staaten gegenüber dem europäischen Konflikt. Die Mission des Unterstaatssekretärs Sumner Welles in Europa, die durch eine Verlautbarung des Präsidenten Roosevelt vom 30. März als abgeschlossen erklärt wurde, steht zu ihr in keinem grundsätzlichen Widerspruch. Roosevelt hat

abschließend zu ihr erneut versichert, sie habe rein informativ Charakter gehabt. Welche letzten Hintergründe die Reise von Welles gehabt hat, ist schwer zu sagen.

Mit der formellen Neutralitätspolitik der USA-Regierung steht die einseitig englisch-französisch eingestellte und deutschfeindliche Haltung eines großen Teils der USA-Presse, die immer wieder zu beobachten ist, nicht im Einklang, ebenso wenig wie die Haltung der Bullitt, Kennedy und des USA-Gesandten Cromwell in Kanada, der am 19. März offen für den Kriegseintritt der USA auf Seiten Englands-Frankreichs Propaganda machte, freilich dafür von seinem vorgelegten Minister, Staatssekretär Hull, am 22. März öffentlich kräftig desaboniert wurde.

Die Lieferung von Kriegsmaterial an England-Frankreich wird durch die Neutralitätspolitik nicht behindert, insofern die Alliierten bar bezahlen und das Kriegsmaterial selbst abholen. Hauptartikel sind Flugzeuge. Während anfänglich die USA-Regierung sich der Ausfuhr der modernsten Flugzeugtypen widersetzt, hat sich hierin, offensichtlich wesentlich auf Veranlassung des Präsidenten Roosevelt selbst, eine Wandlung vollzogen, die Roosevelt am 19. März vor der Presse eifrig verteidigte. Die neue Version geht dahin, daß die Vereinigten Staaten geradezu ein lebenswichtiges militärisches Interesse an der Preisgabe und Ausfuhr ihrer modernsten und geheimsten Flugzeugtypen hätten, weil dadurch die amerikanische Flugzeugindustrie ihre Produktion sehr erheblich steigern könnte! Ähnliche Gedankengänge vertrat am 27. März Kriegsminister Woodring vor dem Militärausschuß des Abgeordnetenhauses. Am 22. März wurde aus Washington gemeldet, daß sich die Ausfuhr von Waffen und Kriegsmaterial im Jahre 1939 auf über 204 Millionen Dollar gegen etwas mehr als 80 Millionen Dollar im Jahre 1937 belaufen hätten. Auch die Schiffsindustrie verdient offenbar beträchtlich. Die alten Schiffe werden zu hohen Preisen ans Ausland abgestoßen und dafür neue gebaut, deren Verkauf ins Ausland jedoch verboten ist. Der leidtragende Teil der USA-Wirtschaft ist die Landwirtschaft, über deren Lage das Ackerbauministerium in einem am 4. März veröffentlichten Bericht sehr pessimistische Angaben machte. Nach Angabe desselben Ministeriums sind in den letzten zehn Jahren nicht weniger als zweihunderttausend Farmen zwangsverkauft worden. Die Zahl der Arbeitslosen in USA wird nach den neuesten Statistiken auf zwischen 9,3 und 12 Millionen angegeben gegen 2 Millionen 1928. Diese Ziffern beweisen den Mißerfolg der New-Deal-Politik Roosevelts und sollten dazu veranlassen, daß man sich in den Vereinigten Staaten weniger mit Europa und etwas erfolgreicher mit den eigenen Problemen beschäftigt.

Sichtlich des Fernen Ostens wird es immer klarer, daß der Hauptgegner Japans bei seinen Bestrebungen auf eine Neuordnung im chinesischen Raum die Vereinigten Staaten sind. Die Bildung einer neuen chinesischen Zentralregierung unter Wangschingwei hat Staatssekretär Hull am 31. März mit einer scharf ablehnenden Erklärung beantwortet, der sich der Präsident der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten, Senator Pittman, vollinhaltlich anschloß.

Japan hat seinerseits die Bildung einer neuen chinesischen Zentralregierung in Nanjing unter Führung Wangschingweis seit Monaten eifrig gefördert, und als sie endlich am 30. März erfolgte, freudig begrüßt und gefeiert. Sie soll einen wesentlichen Fortschritt in der Neuformung Chinas nach den Wünschen Japans bringen, auf die Japan nach wie vor seine ganze Kraft konzentriert, weshalb Nichteinmischung in Europa und besonders in den europäischen Krieg bei Pflege möglichst guter Beziehungen nach allen Seiten Leitmotiv der japanischen Außenpolitik sind (Erklärungen des Außenministers Krita im Unterhaus am 22. März). Ob die Regierung Wangschingweis sich halten und durchsetzen wird, kann erst die Zukunft zeigen. In Tschangking wurde ihre Bildung mit Erklärungen schärfster Ab-

lehnung und erbittertster Kampfanlage beantwortet. Die militärische Beendigung des Chinakrieges liegt jedenfalls nach wie vor in weiter Ferne, und es ist noch nicht zu übersehen, ob Japan mit der Bildung der Regierung Wangschingwei einen wesentlichen Schritt in der Richtung seiner endgültigen Ziele weitergekommen ist.

Die offenkundige Feindseligkeit der Vereinigten Staaten gegen die japanischen Zielsetzungen, die neuerdings u. a. in der Bewilligung eines Kredits der USA-Exportkreditbank an Tschunking in Höhe von 20 Millionen Dollar ihren Ausdruck gefunden hat, veranlaßt Japan, mit allen Staaten, wo dies nur möglich erscheint, neue wirtschaftliche Abmachungen zu treffen, um dem mit klaren politischen Absichten angelegten amerikanischen wirtschaftlichen Druck gegenüber Ausweichmöglichkeiten zu schaffen. So wurde durch Notenwechsel vom 16. März eine beträchtliche Ausweitung des Handelsverkehrs mit Argentinien angebahnt, am 5. März wurde der Abschluß eines Tauschhandelsabkommens mit Rumänien mitgeteilt. Am 18. März ist eine mexikanische Handelsdelegation nach Tokio abgereist. Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsabkommens mit Niederländisch-Ostindien werden ebenfalls geführt. So ist Japan eifrig bemüht, seine wirtschaftliche und damit politische Bewegungsfreiheit gegenüber den Vereinigten Staaten möglichst zu stärken.

Dr. S.



Das Dritte Weißbuch

Das Auswärtige Amt übergab am 29. März der Öffentlichkeit in einem neuen Weißbuch eine Reihe amtlicher polnischer Originaldokumente, die aus den nach der Besetzung von Warschau in deutsche Hand gefallenen umfangreichen Beständen von Akten des polnischen Außenministeriums stammen und außerordentlich aufschlußreich für die Vorgeschichte des Krieges sind. Das jetzt herausgegebene Weißbuch, dessen wichtigste Dokumente wir nachstehend veröffentlichen, stellt die erste Folge dieser Enthüllungen dar, die im Original im Faksimile-Druck mit deutscher Übersetzung wiedergegeben sind.

Dokument 1

Telegramm des Britischen Botschafters in Warschau, Sir Edward Kennard, nach London vom 2. April 1935 *)

folgendes von Mr. Eden:

Ich hatte heute nachmittag eine Unterredung mit Marschall Piłsudski. Die Unterhaltung war nicht leicht zu führen, weil ein großer Teil der Bemerkungen des Marschalls, die er alle auf französisch machte, weder für mich noch für die beiden anwesenden Polnischen Minister verständlich war. Ein beträchtlicher Teil seiner Bemerkungen bestand aus Erinnerungen, wobei er sich nach meinen Kriegserlebnissen erkundigte und der britischen Armee im Kriege Anerkennung zollte.

Das politische Hauptthema, soweit es sich heraus Schälen ließ, war, daß er seinen Haß mit Deutschland und Rußland habe, daß die Politik des letzteren Landes immer sehr schwer zu durchschauen sei, daß andere Nationen sie oft mißverstünden, und daß Mr. Lloyd George im besonderen ein Schulbeispiel solcher irriger Beurteilungen sei.

Als Beleg hierfür bezog er sich auf die von Lloyd George an Denikin gewährte Unterstützung. Er, der Marschall, habe immer gewußt, daß Denikin niemals eine Aussicht auf Erfolg gehabt habe, aber Mr. Lloyd George habe die Lage in trauriger Weise falsch eingeschätzt. Der Marschall schien zu wünschen, daß sich Großbritannien mit seinen Kolonien beschäftigen solle, statt das schlechte Beispiel von Lloyd George nachzuahmen.

Wie zum Beispiel, so fragte er, ist die politische Lage in Jamaica? Ich entgegnete, daß, wenn Europa nur so wenig Bedeutung hätte wie Jamaica, wir keine Sorgen zu haben brauchten. Ich fragte den Marschall, ob er der Auffassung sei, daß es für Großbritannien keine Alternative zwischen Isolierung ... gäbe.

Der Marschall antwortete, daß seiner Meinung nach eine solche Alternative nicht bestehe. Ich sagte ihm meinerseits, daß wir nichts lieber wünschten, als Europa seinen eigenen Schwierigkeiten zu überlassen; wir hätten aber die Erfahrung gemacht, daß diese Schwierigkeiten die unangenehme Eigenschaft hätten, unser eigenes Land hineinzuziehen. Der Marschall widersprach nicht.

Ich hatte den Eindruck eines jetzt pöppisch sehr geschwächten Mannes, der trotz seiner ... In jedem Falle ließ er sich nicht in eine Erörterung der politischen Tagesfragen verwickeln. So wie er die Stellung seines eigenen Landes unter den gegenwärtigen Verhältnissen erfährt zu haben scheint, ist es die eines Landes, das an den Balken mit jedem seiner großen Nachbarn festhält und es ablehnt, sich auf eine Änderung seiner Stellung einzulassen oder irgendwelche Ereignisse ins Auge zu fassen, die es nötigen könnten, die eingenommene Haltung zu revidieren.

*) Das in der Dokumentenveröffentlichung in Faksimile wiedergegebene Schriftstück wurde unter den polnischen Akten aufgefunden. Offenbar handelt es sich um ein Telegramm des britischen Botschafters in Warschau an das Foreign Office in London.

Dokument 2

Schreiben des Polnischen Generalstabes (Abteilung II) in Warschau an das
Ministerium des Auswärtigen in Warschau

Generalstab Abteilung II
L. 17731/II. S. O.

Warschau, den 8. VIII. 1938

Beurteilung der internationalen Lage von Portugal aus gesehen

Geheim!

Ministerium des Auswärtigen
Politisches Departement
hier

Ich übersende dem Herrn Direktor eine Abschrift des Berichts unseres Militär-attachés in Lissabon zur Kenntnisnahme und bitte um eine Weisung für mein Verhalten zu den in dem Bericht dargelegten Ansichten der ausländischen Offiziere.

1 Anlage Der Chef der Sektion IV der Abteilung II des Generalstabes
Danach, Dipl.-Oberstleutnant.

Beurteilung der internationalen Lage von Portugal aus gesehen.

Die in Portugal tätige englische Militärmission beschäftigt sich im Augenblick damit, die militärische Zusammenarbeit zwischen Portugal und England in ihren allgemeinen Linien festzulegen.

Admiral Bodehouse machte mit den Stäben der Armee und Marine von Portugal die englischen Forderungen aus, alle Projekte wurden aber seitens der Regierung und des Kriegsministeriums sabotiert; die Mission erhielt auf sie nicht einmal eine Antwort.

Hierüber konferierte Admiral Bodehouse mit dem englischen Botschafter Selby, der ihm Ruhe und Zurückhaltung anbefahl. Schließlich schickte Admiral Bodehouse einen Bericht direkt nach London, über den er folgendes sagte: „Ich fragte in London, ob ich ihnen schon die Pistole auf die Brust setzen oder noch warten sollte. Auf jeden Fall trete ich jetzt ihnen gegenüber schärfer auf.“

Der portugiesische General Peigoto e Cunha, der als Vertrauensmann von Salazar die Personalreform in der Armee durchführt, erklärte mir, daß:

Portugal seine Zukunft nur in der Unterstützung durch das Bündnis mit England sieht; Spanien unabhängig von dem Ausgang der spanischen Ereignisse für Portugal eine ständige Drohung darstellt. Eine Schwächung Spaniens, selbst durch Losreißung von Catalonien, würde man in Portugal gerne sehen.

Oberstleutnant Chamberlain, ein Mitglied der englischen Militärmission, sprach von der Gefahr eines europäischen Krieges und äußerte sich folgendermaßen: „Wir sind uns über den Wuf von Deutschland und Italien vollkommen im Klaren. Ebenso wie die jüngeren Herren unseres Stabes bin ich auch persönlich der Meinung, daß wir mit dem Kriege anfangen sollten, und zwar gleich.“

Er motivierte das damit, daß Deutschland nicht durch neues Kriegsmaterial überraschend wirken könne, daß die Armee unvorbereitet sei, denn es mangle ihr vor allem an entsprechenden Kadres, das alte Flugzeug- und Panzermaterial sei wenig wert und mit verbesserten bzw. neuen Einheiten nur ungenügend ausgerüstet, außerdem führe er die wirtschaftliche und moralische Lage des Landes an (Möglichkeit eines Sturzes des Regimes). Es mangle Deutschland an Erz, Öl, Kautschuk und Lebensmitteln. Der eventuelle Bundesgenosse Italien sei in einer noch schlechteren Lage, da er überhaupt nicht über Rohstoffe verfügt. Er erklärte, daß sich unter den gegenwärtigen Umständen ein Krieg in Zukunft nicht vermeiden lassen. Es sei besser, schon jetzt anzufangen, wo der bevorstehende Krieg weniger Gefahren birgt. Augenblicklich kann England auf eine enge Zusammenarbeit mit Amerika rechnen.

Ich stellte Chamberlain die Frage, ob England in diesem Falle beabsichtige, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Er antwortete mir darauf, daß dem nicht so sei, denn man halte folgende Form englischer Hilfe für die am meisten zweckentsprechende: die Teilnahme der Marine und Luftflotte sowie der Panzerwaffe; die Teilnahme der Wirtschaft und Industrie.

Natürlich kann sich die Form dieser Hilfe im Verlauf der Kriegereignisse noch bis zu einer allgemeinen Mobilisation ausweiten.

Oberst Daly von der englischen Militärmission ist bezüglich der voraussichtlich zu erwartenden Ergebnisse der Arbeit der Mission optimistisch. Er gab mir zu verstehen, daß England Mittel anwende, die einen Erfolg garantieren.

Augenblicklich wird schon der Verkauf von deutschem Kriegsmaterial hier in großem Maße durchgeführt. Man kann die Möglichkeiten, daß noch mehr deutsches Kriegsmaterial gekauft wird, sehr skeptisch beurteilen. Er bemerkte dabei, daß die letzten Erfahrungen mit deutschem Kriegsmaterial in Rumänien ungünstig gewesen seien.

Oberst Daly sagte mir, daß Deutschland in der letzten Zeit eine gewisse Anzahl von Waffen an Spanien verkauft habe.

Aber die englischen Möglichkeiten sprach er sich ähnlich wie Chamberlain aus, er unterstrich sehr nachdrücklich die schon jetzt erreichten Ergebnisse der Zusammenarbeit Englands mit den Vereinigten Staaten. Über die allgemeine Wehrpflicht sagte er, daß England durch eine militärische Vorbereitung, Schießausbildung und Formung starker freiwilligen Verbände für die Verteidigung gegen Luftangriffe, durch Transport- und Sanitätsdienstlich die Voraussetzungen zu einer sehr großen Erweiterung seiner Armee schaffe. Im großen Stile organisiert England strategische Reserven in seinen Kolonien, vor allem in Indien, und bildet diese dort aus. Seit zwei Jahren werden auch Schulen für die Stäbe der Kavallerie zur Führung des künftigen Krieges vorbereitet:

die Zentrale der höheren Militärstudien für die Vorbereitung der leitenden politischen, administrativen und militärischen Stellen,

das Imperial Military College zur Vorbereitung für die entsprechenden Posten in den unteren Stellen,

Verdoppelung der Anzahl der vorbereiteten Generalstabsoffiziere aus Jahreskursen für die Besetzung der Stäbe bis zur Division einschließlich und auf Zweijahreskursen für die höheren Stäbe.

Auf diese Weise erhält England für das ganze Empire eine Organisation und Vorbereitung für den künftigen Konflikt.

Der Kommandeur Gade, der amerikanische Marineattaché, sagte mir feinerzeit: „Den Ideen nach stehen wir vollkommen auf Seite der Demokratien. Augenblicklich studiert man in Amerika die Möglichkeiten für eine schnelle Hilfeleistung für England und Frankreich; man ist zur Überzeugung gekommen, daß die Hilfe nicht wie im Weltkrieg erst nach einem Jahr einsetzen soll, als die ersten amerikanischen Soldaten aktiv eingriffen, sondern im Laufe von 7 bis 10 Tagen nach dem Beginn des Krieges sollen 1000 Flugzeuge geschickt werden.“

Außerdem machte mich Kommandeur Gade auf die unzulässigen Methoden der deutschen Penetration in Südamerika aufmerksam, mit der die Vereinigten Staaten sich nicht einverstanden erklären können.

Der Kommandeur Gade ist ein Vertrauensmann und ein persönlicher Freund von Roosevelt. Er besitzt sehr enge Beziehungen nach Belgien und erfreut sich der Freundschaft des belgischen Königs. Deutschland steht er sehr unfreundlich gegenüber. Persönlich ist er sehr reich.

Aus den Unterredungen mit Chamberlain, Daly und Gade fühlte ich die volle Wichtigkeit enger Zusammenarbeit im Falle eines Konfliktes heraus.

Ich unterhielt mich häufiger mit den hiesigen Italienern. Sie waren äußerst nervös, interessiert sich sehr für unsere Haltung in einem zukünftigen Konflikt; an die Hand gedrückt, wiesen sie auf die Bedrohung der Menschheit und der Kultur in einem künftigen Kriege hin, den man deshalb um jeden Preis vermeiden müsse. Während der Anwesenheit der französischen Flotte hier hat mich der Kommandeur Darrieuz, der stellvertretende Chef des Stabes der Atlantik-Flotte, der für die kommende Besuche der französischen Marine gehalten wird, und der mich schon von seinem früheren Besuch in Bissabon als Führer einer Torpedo-Zerstörer-Einheit bekannt war, persönlich auf das Admiralschiff sowie zu einer Besichtigung des Flugzeugträgers „Béarn“. Zusammen mit Kapitän Stefanowicz waren wir dort in Begleitung des französischen Ministers die einzigen Ausländer. „Béarn“ lag in der Mitte des Tejo-Flusses, weitab von jeder Möglichkeit, ihn näher in Augenschein zu nehmen.

Bei der Unterredung äußerte sich der Kommandeur Darrieuz ziemlich ruhig über die Möglichkeit eines künftigen Konfliktes. Vor allem betonte er, daß in Frankreich die Rechtskreise und die Rechtspresse unnötigerweise Furcht haben und die Lage nicht richtig einschätzen. Für den größten Fehler hält er den Bagatellismus der Demokratien, denn dadurch kann man den Krieg nicht als erster anfangen. Auf diese

Weise gibt man dem Gegner den wertvollsten Trumpf, den der Überraschung, in die Hand. Doch ist man über diese Ansicht schon etwas hinausgekommen. Er hält es für möglich, sich mit den Italienern zu verständigen.

Zusammenfassend möchte ich die Ruhe und die Einheitslichkeit der Ansichten bei den Vertretern Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten betonen.

Dokument 3

Schreiben des Bojemode Dr. Gragniski in Kattowik an den Polnischen Außenminister in Warschau vom 2. November 1938

Der Bojemode von Schlesien
Kr. Nr. 150 Tj.

Kattowik, den 2. November 1938.
Geheim!

Herr Minister!

Ich halte es für meine Pflicht, über den Inhalt einer Unterredung zu berichten, welche zwischen Herrn Krulis Randa, dem ehemaligen Generaldirektor der Fabriken von Trzyniec, und Herrn Zieleniewski stattgefunden hat. Diese Unterredung ist deshalb von großer Bedeutung, weil Herr Krulis Randa einer der hervorragendsten tschechischen Industriellen ist, welcher auch kürzlich als Kandidat für den Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik genannt wurde. Als er über die Politik der Tschechoslowakei sprach, äußerte er sich folgendermaßen:

Tausend Jahre hindurch sind die Tschechen politisch in der Gesamtheit des Römischen Reiches tätig gewesen. Nach der Erlangung der Selbständigkeit tauchte in der Tschechoslowakei eine Gruppe von Menschen auf, welche die tschechische Politik selbständig zu machen versuchte. Die Geschichte hat sie weggeführt. Der Versuch ist nicht gelungen. Jetzt muß meiner Ansicht nach der tschechische Staat zu seiner alten Rolle als Teilnehmer am politischen Schicksal des Deutschen Reiches zurückkehren. Die tschechische Politik richtet sich in dieser Richtung aus."

Unter Berücksichtigung der Stellung von Herrn Krulis Randa besitzen diese Worte ihren besonderen Wert, und sie zeugen von Tendenzen, deren Äußerungen wir auch noch auf anderen Gebieten beobachten können.

Dr. Gragniski,
Bojemode.

Dokument 4

Bericht des Polnischen Botschafters in Washington, Grafen Jerzy Potocki, an den Polnischen Außenminister in Warschau vom 21. November 1938

Botschaft der Republik Polen in Washington
Betr.: Unterredung mit Botschafter Bullitt

Washington, den 21. 11. 1938

An den

Herrn Außenminister

in Warschau.

Vorgestern hatte ich eine längere Unterredung mit dem Botschafter Bullitt, der hier in Urlaub ist.

Eingangs bemerkte er, daß sehr herzliche Beziehungen ihn mit dem Botschafter Lutskiewicz in Paris verbinden, und daß er mit ihm sehr gerne verkehrt.

Da Bullitt den Präsidenten Roosevelt über die internationale Situation in Europa ständig informiert, und vor allem über Rußland, werden seine Mitteilungen vom Präsidenten Roosevelt und dem Staatsdepartement mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen. Bullitt spricht lebhaft und interessiert. Jedoch entspricht seine Reaktion auf die europäischen Ereignisse mehr der Ansicht eines Journalisten als Politikers, da er in seiner Unterhaltung die ganze Stala der sehr hervordulenden europäischen Fragen berührte. Aus ihnen geht er sehr negative Folgerungen.

Bullitt zeigte in seiner Unterhaltung im allgemeinen einen großen Pessimismus. Er sprach davon, daß das Frühjahr 1939 zweifellos wiederum sehr aufregend sein wird, verstärkt noch durch das ständige Ausblitzen der Kriegsmöglichkeiten und der Drohungen von seiten Deutschlands sowie der Gefahr der ungeklärten Verhältnisse in Europa.

Er stimmte mit mir überein, daß der Schwerpunkt der europäischen Frage sich vom Westen nach dem Osten verschoben habe, da die Kapitulation der demokratischen Staaten in München ihre Schwäche gegenüber dem Deutschen Reich offenbart hat.

Sodann sprach Bullitt über das vollständige Nichtvorbereitetsein Großbritanniens zum Kriege und über die Unmöglichkeit, die englische Industrie auf die Rassenkriegsproduktion, insbesondere auf dem Gebiet des Flugzeugwesens, umzustellen. Über die französische Armee äußerte er sich mit ungewöhnlichem Enthusiasmus, bestätigte jedoch, daß das französische Flugwesen überaltert sei. Nach dem, was die Militär-Experten Bullitt während der Herbstreise des Jahres 1938 gesagt haben, würde ein Krieg mindestens 6 Jahre dauern und würde nach ihrer Ansicht mit einer völligen Zerschlagung Europas und mit dem Kommunismus in allen Staaten enden. Zweifellos würde Sowjetrußland am Schluß davon den Nutzen ziehen.

Über Sowjetrußland sprach er mit Heringschönung. Er redete davon, daß die letzte Reinigung, und insbesondere die Beseitigung Kläfers, eine vollständige Desorientierung in der Roten Armee hervorgerufen habe, die zu keiner kriegerischen aktiven Anstrengung fähig sei. Im allgemeinen ist Rußland, wie er sagte, gegenwärtig der Kranke Mann von Europa. Er verglich es mit dem ottomanischen Vorkriegsstaat.

Über Deutschland und den Kanzler Hitler äußerte er sich mit größter Vehemenz und mit hartem Saß. Er sprach davon, daß nur Stärke, und zwar am Schluß eines Krieges, der wahnsinnigen Expansion Deutschlands in Zukunft ein Ende machen könne.

Auf meine Frage, wie er sich diesen kommenden Krieg vorstelle, erwiderte er, daß vor allem die Vereinigten Staaten, Frankreich und England gewaltig aufrüsten müßten, um der deutschen Macht die Stirn bieten zu können.

Dann erst, wenn der Augenblick reif ist (sprach Bullitt weiter), wird man zu der letzten Entscheidung schreiten können. Ich fragte ihn, in welcher Weise die Auseinandersetzung erfolgen könne, da Deutschland vermutlich nicht England und Frankreich als erster angreifen werde. Ich sah einfach nicht den anstehenden Punkt in dieser ganzen Kombination.

Bullitt erwiderte, daß die demokratischen Staaten absolut noch zwei Jahre bis zur vollständigen Aufrüstung bräuchten. In der Zwischenzeit würde Deutschland vermutlich mit seiner Expansion in östlicher Richtung vorwärtsschreiten. Es würde der Wunsch der demokratischen Staaten sein, daß es dort im Osten zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Reich und Rußland komme. Da das Kräftepotential der Sowjetunion bisher nicht bekannt sei, könne es sein, daß sich Deutschland zu weit von seiner Basis entferne und zu einem langen und schwächenden Krieg verurteilt werde. Dann erst würden die demokratischen Staaten, wie Bullitt meint, Deutschland attackieren und es zu einer Kapitulation zwingen.

Auf meine Frage, ob die Vereinigten Staaten an einem solchen Kriege teilnehmen würden, entwortete er: „Zweifellos ja, aber erst dann, wenn England und Frankreich sich zuerst rührten!“ Die Stimmung in den Vereinigten Staaten ist, wie er sagte, gegenüber dem Nazismus und Hitlerismus so gespannt, daß schon heute unter den Amerikanern eine ähnliche Psychose herrscht wie vor der Kriegserklärung an Deutschland im Jahre 1917.

Bullitt erkundigte sich dann über Polen und über unsere Situation in Osteuropa. Er bestätigte, daß Polen noch ein Staat ist, der mit Waffen in den Kampf schreiten würde, wenn Deutschland seine Grenzen überschritte. Ich verstehe, sagte er, die Frage einer gemeinsamen Grenze mit Ungarn gut. Die Ungarn sind gleichfalls ein tüchtiges Volk. Eine gemeinsame Verteidigungslinie mit Jugoslawien würde es gegenüber der deutschen Expansion erheblich leichter haben.

Sodann sprach Bullitt über die ukrainische Frage und über die deutschen Versuche in der Ukraine. Er bestätigte, daß Deutschland einen vollständig ukrainischen Stab habe, der in Zukunft die Regierung der Ukraine übernehmen und dort einen unabhängigen ukrainischen Staat unter deutschem Einfluß gründen solle. „Eine solche Ukraine“, sprach Bullitt weiter, „würde natürlich für Sie sehr gefährlich sein, da diese unmittelbar auf die Ukrainer im östlichen Klein-Polen einwirken würde.“ Schon heute, sagte er, ginge die deutsche Propaganda ganz in ukrainisch-nationalistischer Richtung und als Ausgangspunkt für dieses künftige Unternehmen soll die Karpatho-Ruthenische Ukraine dienen, an deren Fortbestehen Deutschland, hauptsächlich aus strategischen Gründen, gelegen ist.

Bullitt zeigte sich hinsichtlich der Situation in Osteuropa nicht allzu gut informiert und führte die Konversation in ziemlich oberflächlicher Weise.

Jerzy Potocki,
Botschafter der Polnischen Republik.

Dokument 5

Bericht des Polnischen Botschafters in Paris, Jules Lukaszewicz, an den Polnischen Außenminister in Warschau vom 17. Dezember 1938. Politischer Bericht Nr. XI/3

Paris, den 17. Dezember 1938.

Vetr.: Stellung Frankreichs zu Osteuropa

Vertraulich!

An den

Herrn Außenminister

in Warschau.

In Ergänzung meiner telegraphischen Berichte, die ich die Ehre hatte, Herrn Minister im Laufe der letzten Wochen zu übersenden, gestatte ich mir, hiermit zusammenfassend meine Meinung über die Außenpolitik Frankreichs nach der Konferenz von München und dem Besuch Ribbentrops darzulegen.

Das wichtigste Ereignis dieses Zeitraums war natürlich die von Minister Bonnet und Ribbentrop in Paris am 6. Dezember d. J. unterzeichnete französisch-deutsche Deklaration.

Der französische Wunsch, die Beziehungen zu Deutschland nach der Münchener Konferenz zumindest in dem Maße auszugleichen, wie das England durch die Verständigung des bekannten Communiqués Chamberlain-Hitler getan hat, war zweifellos deutlich und stark. Wie es scheint, ist die konkrete Initiative jedoch von Kanzler Hitler in seiner Abschiedsunterredung mit Botschafter François Poncet ausgegangen.

Frankösischerseits wurde diese Initiative sehr wohlwollend und mit unerborener Zufriedenheit aufgenommen, ja sogar mit dem Wunsch einer sofortigen Realisierung. Als ich Ende Oktober nach Warschau reiste, kündigte mir Minister Bonnet an, daß die Unterzeichnung und Verkündung der Deklaration jeden Tag erfolgen könne.

Diese Annahmen haben sich jedoch aus zwei Gründen nicht bewahrheitet: Die Vereinbarung des Textes ist angeblich nicht ohne Schwierigkeiten vor sich gegangen, und andererseits hat die Ermorbung des deutschen Botschaftsattachés in Paris von vornherein eine zweiwöchentliche Unterbrechung der Verhandlungen nach sich gezogen.

Wie es scheint, sind die Schwierigkeiten bei der Vereinbarung des Textes auf das Streben Minister Bonnets zurückzuführen, der Deklaration eine solche Abfassung zu geben, die nicht nur die europäische französisch-deutsche Grenze, sondern auch die Integrität der imperialen Bestrebungen Frankreichs anerkennen würde. Der endgültige Text der Deklaration berücksichtigt in gewissem Grade das von Minister Bonnet gestellte Ziel oder kann zumindest in dieser Richtung ausgelegt werden.

Im Augenblick, da der Text der Deklaration endgültig festgesetzt war, ergriff die Deutsche Regierung die Initiative zu einem Besuch Minister Ribbentrops in Paris. Minister Bonnet hat diese Initiative sofort günstig aufgenommen, wollte er doch sowohl mit Rücksicht auf die innere Lage wie die ausländische Propaganda der Deklaration einen möglichst schlichten Charakter verleihen und um dieses Ereignis herum eine Atmosphäre schaffen, die eine tiefere Entspannung der Beziehungen zum westlichen Nachbar erwarten ließ.

Wegen des Generalkreuzes, der in Frankreich von den Organisationen und Arbeiterparteien für den 30. November angekündigt worden war, mußte das beinahe schon festgesetzte Datum des Besuchs des Ministers Ribbentrop einer Verzögerung von einigen Tagen unterliegen. Der Besuch kam am 6. Dezember in einer Atmosphäre ruhiger Courtoisie von seiten der Regierung wie der französischen politischen Kreise zustande. Lediglich von der extremen oppositionellen Presse wurde er ungewöhnlich scharf kommentiert.

Man gewann den Eindruck, daß die gewaltige Mehrheit der französischen politischen Welt an die Möglichkeit dauerhafter Resultate einer Entspannung mit Deutschland glauben wollte; das Mißtrauen war aber doch tief und härter und hat im Endergebnis in den Gemütern überwogen. Zur Stärkung dieses Mißtrauens trug natürlich in bedeutendem Maße die italienische antifranzösische Kampagne bei, die auf deutscher Seite keine ernsthafte Reaktion gefunden hat. Gegenwärtig, das ist kaum eine Woche nach der Abreise Ministers Ribbentrop aus Paris, sind sogar die Echo's dieses Besuchs verstummt. Sie wurden durch eine neue Unruhe ersetzt, die sowohl durch die italienische Kampagne wie durch die Kesselfrage und die Angelegenheit der Ukraine entstanden ist.

Man kann mit völliger Sicherheit feststellen, daß die feierlich unterzeichnete Deklaration die französische Meinung dort beruhigt hat, wo es am wenigstens not-

wendig war, nämlich in der Angelegenheit der französisch-deutschen Grenze. Sie hat dagegen nichts Neues oder beruhigendes auf dem Gebiet der expansiven Tendenzen Deutschlands und Italiens gebracht, die die hiesige Meinung eigentlich am meisten aufregen.

Man muß jedoch gleichzeitig betonen, daß, wenn es sich um die Stellung der Französischen Regierung gegenüber dem Parlament, der Börse und der öffentlichen Meinung handelt, die Unterzeichnung der deutsch-französischen Deklaration zweifellos die Lage der Regierung gegenwärtig gestärkt hat und ferner die Gegensätze zwischen der Regierung des Ministerpräsidenten Daladier und den extremen Linkselementen, mit den Kommunisten an der Spitze, herabgehoben und berieselt hat.

Was die Beurteilung der Deklaration seitens der offiziellen politischen Faktoren angeht, so ist sie äußerst vorsichtig und wird von weitgehender Reserve getennzeichnet. Aus der Unterredung, die ich über dieses Thema mit Botschafter Leger hatte, ging hervor, daß die französische Seite danach strebte, die französisch-deutsche Entspannung auf allgemein europäischer Basis zu behandeln, d. h. als Ausgangspunkt zu einer weiteren Vertiefung der Beziehungen auf diesem Kontinent.

Es ist für mich mehr als wahrscheinlich, daß Botschafter Leger lautstark genommen gedacht hat und denkt, durch die französisch-deutsche und italienisch-englische Entspannung werde so oder so ein Viererpakt zustande kommen. Inwieweit sein Gedanke von Minister Bonnet und der Regierung geteilt wird, ist schwierig klar festzustellen.

Die Stimmen der halboffiziellen Presse, die mit dem Quai d'Orsay in engem Kontakt steht, lassen eher vermuten, daß die Pläne des Herrn Leger der Regierung nicht fremd sind. Wichtig ist auch die Tatsache, daß Botschafter Leger an allen Unterredungen mit den Vertretern Deutschlands, die während des Ribbentrop-Besuches stattfanden, teilgenommen hat.

Andererseits kann ich jedoch auf Grund einer ausführlichen Unterredung mit Minister Bonnet mit völliger Sicherheit feststellen, daß die französische Seite, wenn sie tatsächlich danach gestrebt hat, die Entspannung mit Berlin auf breiter europäischer Basis zu behandeln, in dieser Hinsicht einen völligen Mißerfolg gehabt hat.

Im Endergebnis muß die Erklärung Bonnet-Ribbentrop vorläufig also als zweiseitiger Akt angesehen werden, dessen Bedeutung die unmittelbaren französisch-deutschen Beziehungen nicht überschreitet. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, hat die Deklaration Frankreich die Anerkennung seiner Ostgrenze gebracht, wie die Bestätigung, daß es zwischen Deutschland und Frankreich keine territorialen Angelegenheiten gibt, die sich in der Schwebe befänden.

Diese Feststellung wird französischerseits interpretiert als Anerkennung der Integrität des kolonialen Imperiums ohne die Mandatsländer. Schließlich hat die Erklärung eine Verbesserung der Atmosphäre in den nachbarlichen Beziehungen gebracht, was wichtig ist im Zusammenhang mit den Abschnitten aus dem Buch „Mein Kampf“, in dem Hitler Frankreich als Hauptfeind Deutschlands betrachtet.

Andererseits hat man jedoch festgestellt, daß die wirtschaftlichen Probleme so kompliziert sind, daß sie längere Verhandlungen erfordern bzw. daß die Verbesserung der politischen Atmosphäre nicht hinreichend genug war, um die wirtschaftlichen Probleme zu vereinfachen und in schnellem Tempo zu lösen. Was den ersten und den dritten Abschnitt der Deklaration anbelangt, so sind sie vorläufig eher ein *primum desiderium*, vielleicht sogar nur eines Partners und entsprechen nicht der Wirklichkeit.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Tatsache, daß die Unterredungen mit Minister Ribbentrop in zwei für Frankreich wirklich wichtigen Angelegenheiten, wie die Beziehungen zu Italien und die spanische Frage, nicht nur nichts Positives hervorgebracht haben, sondern, wie es scheint, für die Zukunft keine Hoffnungen erweckt haben.

Wenn man das Obige zusammenfaßt, muß man konstatieren, daß bei der Ausarbeitung und Unterzeichnung der deutsch-französischen Deklaration die französische Seite, wenn auch auf diskrete Weise, danach gestrebt hat, diesem Ereignis eine größere politische Bedeutung beizulegen, während die deutsche Seite es auf einen eminenten zweiseitigen Akt reduzierte.

Es ist daher klar, daß das weitere Schicksal der Deklaration völlig von Berlin abhängen wird, denn man kann schwer annehmen, daß die Absichten der französischen Politik einem ernsteren Wandel unterliegen werden.

Vom Augenblick ihrer Anregung an waren die französisch-deutsche Deklaration wie der Besuch Minister Ribbentrops in Paris die ersten politischen Ereignisse, die den Gesamtkomplex der französischen Politik nach der Niederlage von München, besonders aber ihr Verhältnis zu den Problemen Mittel- und Osteuropas beleuchteten. Die erste Nachricht von der beabsichtigten Unterzeichnung der Deklaration unterbrach das nach München eingetretene Schweigen fast der ganzen französischen Presse über das Verhältnis Frankreichs zu dem Bündnis mit uns wie dem gegenseitigen Hilfeleistungspakt mit Sowjetrußland.

Die ersten, die sich äußerten, waren die glühendsten Anhänger einer Zusammenarbeit mit Sowjetrußland, und zwar „Humanité“, „Populaire“, „Oeuvre“, „Ordre“ usw. einschließlich Bertinag und Frau Tabouis. Sie verteidigten alle den französisch-sowjetischen Pakt, konnten jedoch unser Bündnis nicht mit ihm auf eine Ebene stellen.

Dagegen schwieg die Rechts- oder halbsozialistische Presse entweder weiter oder stellte wie der „Temps“ und „Petit Parisien“ fest, das wesentliche Problem seien für Frankreich nur die französisch-englischen Beziehungen, während dagegen der Wert des Bündnisses mit Polen und des Paktes mit Sowjetrußland in der neuen Situation zumindest zweifelhaft sei.

Der „Temps“ hat sich übrigens in seinen Leitartikeln mehrmals dafür ausgesprochen, einem deutschen Imperium in Ost- und Mitteleuropa keinen Widerstand entgegenzusetzen.

Parallel hierzu hat das Projekt der französisch-deutschen Deklaration die Frage der internationalen Verpflichtungen Frankreichs im Kreise der Regierung, wo preussische Politiker wie Wandel darum bekümmert waren, ob diese Deklaration mit unserem Bündnis und dem Pakt mit Sowjetrußland zu vereinbaren sei, aktualisiert.

Schließlich wurde hierdurch Minister Bonnet veranlaßt, mit uns über dieses Thema zu sprechen, desgleichen wahrscheinlich auch mit dem sowjetischen und belgischen Botschafter.

Die erste dieser Unterredungen fand statt, bevor Minister Bonnet sich mit dem endgültig festgesetzten Text der Deklaration einverstanden erklärt hatte. Minister Bonnet las mir das Projekt der Deklaration vor und versah es mit dem mündlichen Kommentar, daß die Forderung gegenüber den Beziehungen zu dritten Staaten auch die Beziehungen zu uns umfasse.

Zum zweitenmal kamen wir auf dieses Thema zurück, als ich Minister Bonnet die Antwort des Herrn Ministers aus das obige Communiqué (vom 28. 11.) überreichte. Herr Minister Bonnet hielt den paraphierten Text der Erklärung des Herrn Ministers in der Hand und bestätigte, die in ihm enthaltene Interpretation des Standpunktes der französischen Regierung zu dem Bündnis mit uns sei völlig genau.

Endlich informierte er mich über seine Unterredungen mit Herrn Ribbentrop und betonte spontan, er habe dem deutschen Partner gegenüber die Sinnlosigkeit sowohl des Bündnisses mit uns wie des Paktes mit Sowjetrußland festgestellt.

Ferner scheint das Echo, das die Sitzung der Parlamentskommission für Auswärtige Angelegenheiten vom 14. d. M. in der Presse gefunden hat, darauf hinzuweisen, daß Minister Bonnet, obwohl er in seinem Exposé das Bündnis mit uns wie den Pakt mit Sowjetrußland nicht erwähnt hatte, dennoch auf an ihn gerichtete Fragen die Antwort gegeben hatte, die Verpflichtungen Frankreichs uns wie Sowjetrußland gegenüber dauerten an und seien vollkommen gültig.

In der Konsequenz des oben Gesagten wäre es jedoch verfrüht, zu glauben, das Verhältnis der französischen Regierung, des Parlaments und der politischen Meinung zu dem Bündnis mit uns sei schon geklärt worden. Ich bin der Ansicht, daß wir der wahren Sachlage näher kommen, wenn wir feststellen, daß die französisch-deutsche Deklaration das Verhältnis Frankreichs zu seinem Bündnis mit Polen wie zum Pakt mit Sowjetrußland augenblicklich nur aktualisiert hat und daß sie dabei die formelle Gültigkeit dieser beiden Dokumente weder verlegt noch unterhöht hat.

Es ist zu bemerken, daß diejenigen französischen politischen Kreise, die sich gelegentlich der französisch-deutschen Deklaration um die früheren Verpflichtungen Frankreichs bekümmerten, hauptsächlich, ja, fast ausschließlich philo-sowjetische Faktoren waren —. Das Bündnis mit Polen war also eher ein Vorwand, an die Erhaltung des französisch-sowjetischen Paktes zu denken, nicht aber die Hauptforderung.

Wenn man die gegenwärtige Situation vom rein politischen Standpunkt aus analysiert, muß man leider mit ganzer Entschiedenheit konstatieren, daß weder in der Haltung der von Minister Bonnet vertretenen Regierung noch in den Äußerungen der Parlamentarier oder auch in der Presse irgend etwas zum Ausdruck

gekommen ist, was auf die Absicht hinweisen könnte, dem Bündnis mit uns irgendwelche Lebenskraft zu geben oder es heute als Instrument der französischen Außenpolitik zu behandeln.

Dagegen gibt es jedoch keinen Mangel an zahlreichen Hinweisen, die darauf schließen lassen, daß, wenn Frankreich heute aus diesem oder jenem Grund gezwungen sein sollte, jene Verpflichtungen auszuführen, die sich aus dem Bündnis mit uns ergeben, die Anstrengungen, sich dieser Verpflichtungen zu entledigen, zweifellos größer sein würden als die Aktion, sie zu erfüllen.

Meine obige Ansicht scheint mit den Erklärungen Minister Bonnets, welche ich die Ehre hatte, Herrn Minister mitzutellen, nicht im Einklang zu stehen. Dennoch ist sie aber richtig und gibt die wahre Sachlage wieder. Minister Bonnet ist ein schwacher Mensch, der im allgemeinen keine Sache richtig zu vertreten imstande ist und der dem Gang erliegt, sich der Reihe nach jedem seiner Gesprächspartner anzupassen.

Obwohl ich die Aufrichtigkeit seiner Äußerungen uns gegenüber nicht beurteilen will, so habe ich dennoch nicht die geringsten Zweifel, daß er sowohl vor der Regierung wie der Presse und dem Parlament in der Angelegenheit des Bündnisses mit uns nicht die Haltung einnehmen wird, die er im Gespräch mit mir zum Ausdruck bringt. Mehrmals habe ich Minister Bonnet schon unmittelbar wie mittelbar auf die gewaltigen Unterschiede aufmerksam gemacht, die unsere unmittelbaren Unterredungen von den Auslassungen der halbamtlichen Presse und den Parlamentarischen Scheiden. Bisher haben meine Bemerkungen nicht den geringsten Erfolg gehabt.

Wollen wir abwarten, was die nächste Diskussion in der Deputiertenkammer bringen wird. Sie wird auf jeden Fall die Fortsetzung dieser Situation erschweren, die zumindest dem Scheine nach von einer bewußten Doppelgängigkeit der Politik uns gegenüber nicht weit entfernt ist.

Meritorisch gesehen ist unsere Situation in Frankreich nicht das Ergebnis irgendeiner tieferen Änderung des Verhältnisses zu uns. Eine bestimmte, aber sehr winzige Rolle spielt die Verbitterung, die noch aus der tschechischen Krise übriggeblieben ist. Der entscheidende Kern der Sache steckt jedoch bedeutend tiefer, und zwar in der allgemeinen Haltung Frankreichs gegenüber dem Gesamtkomplex der internationalen Situation.

Hier befindet sich nämlich Frankreich seit der Münchener Konferenz in der Rolle eines Gefehlagnen, der von seinem Feind, der die Verfolgung fortsetzt, nicht loskommt. Das seine früheren Verpflichtungen internationaler Natur angeht, so ist Frankreich zu schwach, um mit ihnen zu brechen, aber ebenso auch zu schwach, um sich zu ihnen mit genügender Entschlossenheit zu belennen.

So bleibt Frankreich gelähmt und verharrt in Resignation, wobei es sich von vornherein zu allem, was in Ost- und Mitteleuropa geschieht, desinteressiert einstellt.

So wie die Dinge heute stehen, stellt Frankreich der koordinierten deutsch-italienischen Achse die Zusammenarbeit mit England entgegen, eine Zusammenarbeit, in der es eine positive Rolle spielt und der gegenüber es keine Rücksicht darauf nimmt, ob das Bündnis mit Polen wie der Pakt mit Sowjetrußland von diesem Gesichtspunkt aus irgendeine Bedeutung haben könnte.

Dieses geschieht nicht etwa deshalb, daß man eventuell an unserer Entschlossenheit, allzu weitgehenden Versuchungen Deutschlands Widerstand zu leisten, zweifelt, sondern deshalb, weil man einfach nicht daran glaubt, daß sich ein Widerstand Erfolg haben könnte. Aus diesem Grunde hat auch die Tatsache, daß die tschecho-russische Frage gemäß den Wünschen Ungarns und Polens nicht erledigt wurde, eine ungeheure wichtige und negative Rolle gespielt.

Zusammengenommen betrachtet die französische Politik lediglich das Bündnis mit England als positiven Wert, das Bündnis mit uns wie den Pakt mit Sowjetrußland dagegen erachtet es als für sich belastend, weshalb es sich auch nur ungern zu ihrem Bestehen bekennt.

Diese Situation könnte einer Änderung unterliegen, wenn Frankreich entweder unter dem Einfluß Englands Deutschland und Italien gegenüber zu einer offensiven Politik übergehen würde, was in naher Zukunft völlig unwahrscheinlich ist, oder wenn die Ereignisse beweisen würden, daß unser Widerstand gegen die deutsche Politik wirksam ist und daß wir in der Konsequenz die Haltung anderer Staaten in Mittel- und Osteuropa beeinflussen können.

Es ist auch möglich, daß, wenn der italienische Angriff mehr unmittelbar und gefährlich werden und in irgendeiner Form von Deutschland unterstützt werden sollte, daß Frankreich dann, gezwungen, sich aktiver auf einem Abschnitt zu betätigen, wo es sich nicht auf formelle Verpflichtungen Englands stützen kann, ver-

suchen wird, seine kontinentalen Bündnisse auszuwerten, jedoch immer nur als Wehlfsmittel, die mit dem englischen Bündnis nicht gleichwertig sind.

Was Italien betrifft, so kann man erwarten, daß der Besuch Chamberlains in Rom einen Versuch darstellen wird, eine Entspannung zwischen Rom und Paris herbeizuführen, welche zumindest für den Augenblick positive Ergebnisse zeitigen und folglich Frankreich geneigt machen könnte, in den mittel- und osteuropäischen Fragen weiterhin seine defaitistische Reserve zu bewahren.

Wenn es um die mitteleuropäischen Probleme geht, so verrät die französische Politik gegenüber den expansiven Bestrebungen Deutschlands nicht nur völlige Passivität und Defaitismus, sondern ist ebenso unfähig, zu ihnen eine andere Haltung einzunehmen, als die, welche sie in den letzten 20 Jahren charakterisiert hat. Ich habe den Eindruck, daß der von Minister Bonnet Ribbentrop gegenüber eingenommene Standpunkt hinsichtlich einer Garantierung der tschechischen Grenzen analog der Haltung war, die seinerzeit Botschafter Legat in seiner Unterredung mit mir betreten hat.

Wenn Herr Ribbentrop nur wünschen sollte, so könnte er die Garantierung der neuen tschechischen Grenzen sogar noch vor ihrer Garantierung durch uns und Ungarn erreichen. Wie aus den Informationen hervorgeht, die mir Minister Bonnet mitteilte, erhielt Minister Ribbentrop die Versicherung, Frankreich werde sich einer deutschen wirtschaftlichen Expansion im Donauboden nicht entgegenstellen. Ribbentrop konnte weiterhin aber auch keineswegs aus Frankreich den Eindruck mitnehmen, daß eine in dieser Richtung verlaufende politische Expansion auf irgendein entschlossenes Handeln Frankreichs stoßen würde.

In den rein osteuropäischen Fragen, besonders in den russischen, herrscht in der französischen öffentlichen Meinung wie in der Politik ein völliges Chaos. Das Vertrauen zu Sowjetrußland oder vielmehr zu seiner Kraft ist ständig im Sinken begriffen, ebenso nehmen auch die diesbezüglichen Sympathien ab.

Die innere Lage der Sowjets wird pessimistisch beurteilt, hier und dort, hauptsächlich aber in den Militärkreisen werden Besorgnisse laut, irgendein militärischer Umsturz in Moskau könnte zu einer gefährlichen Zusammenarbeit zwischen Berlin und Rußland führen. In der ukrainischen Angelegenheit trifft man auf ein völliges Mißverstehen der Situation, was wieder zu der defaitistischen Überzeugung führt, die ukrainische Aktion könne — wenn die Deutschen nur wollten — jeden Monat wirksam beginnen und die Integrität des neuen Territoriums bedrohen.

All dieses zusammengenommen hält die französische öffentliche Meinung ständig in einer Unruhe, die in der Presse wie in Äußerungen von Parlamentsmitgliedern ihren Ausdruck findet. — Diese Sachlage findet auf Seiten der Regierung eine Haltung vor, die man als macht- und ratlos bezeichnen kann.

Man gewinnt den Eindruck einer allgemeinen Psychose, die sich augenblicklich nicht einmal durch die vernünftigsten Gegeneinwände überwinden läßt. Immer häufiger jedoch werden in der Presse einsichtsvolle Stimmen laut, die sich einer Politik der völligen Reserve entgegenstellen und die auf die Gefahren hinweisen, welche ein gänzliches Desinteressement Frankreichs gegenüber Mittel- und Osteuropa, insbesondere aber uns gegenüber, mit sich bringt.

Wahrscheinlich sind wir jedoch noch weit davon entfernt, daß diese Stimmen irgendeinen Einfluß auf die Faktoren haben könnten, welche die wirkliche Richtung der französischen Außenpolitik bestimmen. Nichtsdestoweniger gibt es unter den französischen Politikern schon heute Männer, die sich nicht nur für die Erhaltung des Bündnisses mit Polen, sondern sogar für seine Belebung auszusprechen anfangen.

Es versteht sich, daß meine wie meiner Mitarbeiter Bemühungen darauf gerichtet sind, Presse- und Parlamentsmanifestationen für eine Zusammenarbeit zwischen Frankreich und uns zu organisieren und auf diese Weise die Regierung zu zwingen, öffentlich einen präzisierten Standpunkt einzunehmen. Trotz allgemein pessimistischer Beurteilung des Gesamtkomplexes der internationalen Lage Frankreichs fürchtet man nicht, daß dieser Standpunkt allzu negativ ausfallen könnte.

Der Botschafter der Republik Polen

(Anmerkung des Übersetzers: Die persönliche Unterschrift des Botschafters fehlt, da es sich um einen Durchschlag des Originalberichts handelt. Der Durchschlag trägt auf der ersten Seite die Paraphse des Leiters der Westabteilung im Polnischen Außenministerium, Graf J. Potocki.)

Dokument 6

Bericht des Polnischen Botschafters in Washington, Grafen Jerzy Potocki, an den Polnischen Außenminister in Warschau vom 12. Januar 1939

Botschaft der Republik Polen in Washington
Nr. 3/SS—tjn—3

Washington, den 12. Januar 1939.

Betr.: Innerpolitische Lage in USA
(Die Stimmung gegen Deutschland,
Zudenfrage)

Geheim!

An den

Herrn Außenminister

in Warschau

Die Stimmung, die augenblicklich in den Vereinigten Staaten herrscht, zeichnet sich durch einen immer zunehmenden Haß gegen den Faschismus aus, besonders gegen die Person des Kanzlers Hitler und überhaupt gegen alles, was mit dem Nationalsozialismus zusammenhängt. Die Propaganda ist vor allem in jüdischen Händen, ihnen gehört fast zu 100 Prozent das Radio, der Film, die Presse und Zeitschriften.

Obgleich diese Propaganda sehr groß gehandhabt wird und Deutschland so schlecht wie möglich hinstellt — man wirkt vor allem die religiösen Verfolgungen und die Konzentrationslager aus —, wirkt sie doch so gründlich, daß das hiesige Publikum vollständig unwissend ist und keine Ahnung hat von der Lage in Europa. Augenblicklich halten die meisten Amerikaner den Kanzler Hitler und den Nationalsozialismus für das größte Übel und die größte Gefahr, die über der Welt schwebt.

Die Lage hierzulande bildet ein ausgezeichnetes Forum für alle Art Redner und für die Emigranten aus Deutschland und der Tschechoslowakei, die an Worten nicht sparen, um durch die verschiedensten Verleumdungen das hiesige Publikum aufzuheizen. Sie preisen die amerikanische Freiheit an, im Gegensatz zu den totalen Staaten.

Es ist sehr interessant, daß in dieser sehr gut durchdachten Kampagne, die hauptsächlich gegen den Nationalsozialismus geführt wird, Sowjetrußland fast ganz ausgeklammert ist. Wenn es überhaupt erwähnt wird, so tut man es in freundlicher Weise und stellt die Dinge so dar, als ob Sowjetrußland mit dem Bloß der demokratischen Staaten zusammenginge. Dank einer geschickten Propaganda ist die Sympathie des amerikanischen Publikums ganz auf Seiten des Roten Spaniens.

Außer dieser Propaganda wird auch noch künstlich eine Kriegspsychose geschaffen: Es wird dem amerikanischen Volk eingeredet, daß der Frieden in Europa nur noch an einem Faden hängt, ein Krieg sei unvermeidlich. Dabei wird dem amerikanischen Volke ungewidert klargemacht, daß Amerika im Falle eines Weltkrieges auch aktiv vorgehen müßte, um die Lösungen von Freiheit und Demokratie in der Welt zu verteidigen.

Der Präsident Roosevelt war der erste, der den Haß zum Faschismus zum Ausdruck brachte. Er verfolgte dabei einen doppelten Zweck: 1. Er wollte die Aufmerksamkeit des amerikanischen Volkes von den schwierigen und verwinkelten innerpolitischen Problemen ablenken, vor allem vom Problem des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit. 2. Durch die Schaffung einer Krisenstimmung und den Gerüchten einer Europa drohenden Gefahr wollte er das amerikanische Volk dazu veranlassen, das enorme Aufrüstungsprogramm Amerikas anzunehmen, denn es geht über die Verteidigungsbedürfnisse der Vereinigten Staaten hinaus.

Zu dem ersten Punkt muß man sagen, daß die innere Lage auf dem Arbeitsmarkt sich dauernd verschlechtert, die Zahl der Arbeitslosen beträgt heute schon 12 Millionen. Die Ausgaben der Reichs- und Staatsverwaltung nehmen täglich größere Ausmaße an. Nur die großen Milliardensummen, die der Staatsschatz für die Notstandsarbeiten ausgibt, erhalten noch eine gewisse Ruhe im Lande.

Bisher kam es nur zu den üblichen Streiks und lokalen Unruhen. Wie lange aber diese Art staatliche Weibhilfe durchgehalten werden kann, kann man heute nicht sagen. Die Aufregung und Empörung der öffentlichen Meinung und die schmerzlichen Konflikte zwischen den Privatunternehmen und enormen Trusts einerseits und der Arbeiterschaft andererseits haben Roosevelt viele Feinde geschaffen und bringen ihm viele schlaflose Nächte.

Zum zweiten Punkt kann ich nur sagen, daß der Präsident Roosevelt als geschickter politischer Spieler und als Kenner der amerikanischen Psychologie die Aufmerksamkeit des amerikanischen Publikums sehr bald von der innerpolitischen Lage

abgelenkt hat, um es für die Außenpolitik zu interessieren. Der Weg war ganz einfach, man mußte nur von der einen Seite die Kriegsgefahr richtig inszenieren, die wegen des Kanzlers Hitler über der Welt hängt, andererseits mußte man ein Gegenpaß schaffen, das von einem Angriff der totalen Staaten auf die Vereinigten Staaten faßelt.

Der Münchener Pakt ist dem Präsidenten Roosevelt sehr gelegen gekommen. Er stellte ihn als eine Kapitulation Frankreichs und Englands vor dem kampflustigen deutschen Militarismus hin. Wie man hier zu sagen pflegt, hat Hitler Chamberlain die Pistole auf die Brust gesetzt. Frankreich und England hatten also gar keine Wahl und mußten einen schändlichen Frieden schließen.

Ferner ist es das brutale Vorgehen gegen die Juden in Deutschland und das Emigrantentproblem, die den herrschenden Haß immer neu schüren gegen alles, was irgendwie mit dem deutschen Nationalsozialismus zusammenhängt. An dieser Aktion haben die einzelnen jüdischen Intellektuellen teilgenommen, z. B. Bernard Baruch, der Gouverneur des Staates New York, Lehmann, der neuernannte Richter des Obersten Gerichts, Felix Frankfurter, der Schahsekreter Worgenthau und andere, die mit dem Präsidenten Roosevelt persönlich befreundet sind.

Sie wollen, daß der Präsident zum Vorkämpfer der Menschenrechte wird, der Religions- und Wortfreiheit, und er soll in Zukunft die Unruhbestifter bestrafen. Diese Gruppe von Leuten, die die höchsten Stellungen in der amerikanischen Regierung einnehmen und die sich zu den Vertretern des „wahren Amerikanismus“ und als „Verteidiger der Demokratie“ hinstellen möchten, sind im Grunde doch durch unzerbrechbare Bande mit dem internationalen Judentum verbunden.

Für diese jüdische Internationale, die vor allem die Interessen ihrer Rasse im Auge haben, war das Herausstellen des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf diesen „idealen“ Posten eines Verteidigers der Menschenrechte ein ganz genialer Schachzug. Sie haben auf diese Weise einen sehr gefährlichen Hebel für Haß und Feindseligkeit auf dieser Halbkugel geschaffen und haben die Welt in zwei feindliche Lager geteilt.

Das ganze Problem wird auf mysteriöse Art bearbeitet: Roosevelt sind die Grundlagen in die Hand gegeben worden, um die Außenpolitik Amerikas zu beleben und auf diesem Wege zugleich die kolossalen militärischen Vorräte zu schaffen für den künftigen Krieg, dem die Juden mit vollem Bewußtsein zustreben.

Innerpolitisch ist es sehr bequem, die Aufmerksamkeit des Publikums von dem in Amerika immer zunehmenden Antisemitismus abzulenken, indem man von der Notwendigkeit spricht, Glauben und individuelle Freiheit vor den Angriffen des Faschismus zu verteidigen.

Jerzy Potocki,

der Botschafter der Republik Polen

Dokument 7

Bericht des Polnischen Botschafters in Washington, Grafen Jerzy Potocki, an den Polnischen Außenminister in Warschau vom 16. Januar 1939

Botschaft der Republik Polen in Washington

3 ES — tjn — 4

16. Januar 1939.

Betr.: Unterredung mit dem Botschafter Bullitt

Geheim!

An den

Herrn Außenminister

in Warschau

Vorgestern hatte ich eine längere Unterhaltung mit dem Botschafter Bullitt in der Botschaft, wo er mich besuchte. Er reist am 21. d. M. nach Paris, nachdem er fast drei Monate abwesend war. Er fährt mit einem ganzen „Koffer“ voll Instruktionen, Unterredungen und Direktiven vom Präsidenten Roosevelt, vom Staatsdepartement und von den Senatoren, die zu der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten gehören.

Aus der Unterhaltung mit Bullitt hatte ich den Eindruck, daß er vom Präsidenten Roosevelt eine ganz genaue Definition des Standpunktes erhalten hat, den die Vereinigten Staaten bei der heutigen europäischen Krise einnehmen. Er soll dieses Material am Quai d'Orsay vortragen und soll auch in seinen Unterredungen mit europäischen Staatsmännern davon Gebrauch machen.

Der Inhalt dieser Direktiven, die mir Bullitt im Laufe seiner halbstündigen Unterhaltung anführte, ist wie folgt:

1. Eine Belebung der Außenpolitik unter Führung des Präsidenten Roosevelt, der scharf und unambigüös die totalitären Staaten verurteilt.

2. Die Kriegsvorbereitungen der Vereinigten Staaten zur See, zu Lande und in der Luft, die in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden und die kolossale Summe von Dollar 1250 000 000 verschlingen.

3. Die entschiedene Ansicht des Präsidenten, daß Frankreich und England jeder Kompromißpolitik mit den Totalstaaten ein Ende machen müssen. Sie sollen auf keine Diskussionen mit ihnen eingehen, die irgendwelche Gebietsveränderungen bezwecken.

4. Eine moralische Versicherung, daß die Vereinigten Staaten die Isolierungs- politik verlassen und bereit sind, im Falle eines Krieges aktiv auf Seiten Englands und Frankreichs einzugreifen. Amerika ist bereit, sein ganzes Material an Finanzen und Rohstoffen zu ihrer Verfügung zu stellen.

Auf meine Frage, welches Horoskop für 1939 Vullitt vorherzieht, antwortete er, daß er im Frühjahr die Gefahr eines Konflikts zwischen Frankreich und Italien wegen der Kolonien befürchtet. Er meint, daß der Sieg der Lokalfisten in Spanien Frankreich in eine sehr schwere Lage bringen wird, denn es ist auf diese Weise von allen Seiten von faschistischen Staaten umringt. Mussolini wird dann ganz bestimmt auftreten und Frankreich mit Krieg bedrohen.

Auf meine Frage, ob denn Deutschland Mussolini bei diesem Unternehmen helfen wird, antwortete Vullitt, er sei der Ansicht, daß es recht zweifelhaft wäre, ob Hitler sich dazu verleiten ließe, außer moralischer Unterstützung auch tatsächlich an einem solchen Unternehmen teilzunehmen, denn dann ist es klar, daß ein Weltkrieg unvermeidlich sei.

Vullitt behauptete mit voller Bestimmtheit, Frankreich dürfe überhaupt auf keinerlei Abkommen mit Mussolini eingehen. Seit einigen Monaten hätte sich die Lage in Frankreich so weit gebessert, daß es sogar selbst das italienische Meer und die italienische Flotte besiegen könnte, wenn Italien es unprovokiert angreifen sollte. Das Vorgehen Mussolinis bezeichnete er als ganz gewöhnliches „Ganglertum“ und Erpreßung.

Im weiteren Gespräch kam Vullitt auch auf Osteuropa und Deutschland zu sprechen. Er erklärte dabei, daß die polnische Außenpolitik unter der vorzüglichen Leitung des Herrn Ministers eine Prüfung ihrer Zweckmäßigkeit bestanden hätte; aus der vorjährigen Herbstkrise wäre Polen nicht nur mit der Waffe in der Hand, sondern als Sieger hervorgegangen.

Er fragte mich gleich nach den Beziehungen zwischen Polen und Sowjetrußland und nach dem Sinn einer Erneuerung des Nichtangriffspaktes zwischen Polen und Rußland. Ich antwortete, daß alles, was die Presse in der russischen Frage geschrieben hätte, freie Phantasien wären. Die Erneuerung des Nichtangriffspaktes mit den Sowjets war eine Notwendigkeit des Augenblicks, denn nach der tschechischen Krise haben sich die Beziehungen zwischen Polen und den Sowjets sehr verschlechtert. Es war nur der Punkt auf dem i, nicht mehr und nicht weniger. Es ging nur darum, die Beziehungen, die durch die Ereignisse aus dem Gleichgewicht gekommen waren, wieder in die Reihe zu bringen.

Aber unser Handelsabkommen mit den Sowjets, nach dem er fragte, sagte ich, daß es die Folge unserer Besitzergreifung des Ostgebietes und der großen Industrien gewesen sei. Polen war gezwungen, neue Absatzmärkte zu suchen, die es zum Teil in Sowjetrußland gefunden hat. Sowjetrußland gegenüber war Vullitt ausgesprochen unfreundlich und wegwerfend gestimmt.

Er meinte ferner, daß Deutschland jetzt wohl kaum einen Angriff auf Osteuropa unternehmen würde, denn einerseits ist Polen zu stark — andererseits ist die Sache mit Ungarn, Rumänien und Jugoslawien noch nicht so weit geklärt. Es müssen noch gewisse Vorbereitungen durchgeführt und die Stellungen gefestigt werden. Übrigens wäre er überzeugt, daß Deutschland seinen Plan mit der Ukraine durchführen werde, aber erst im Jahre 1940.

Ich habe mit Vullitt über diese Aktion nicht diskutiert. Ich fragte nur, ob die Westmächte in einem solchen Falle aktiv auftreten würden, und ob sie das Reich zum angeblichen Schutz Sowjetrußlands angreifen würden. Vullitt antwortete, daß die demokratischen Staaten ein für allemal alle imaginären bewaffneten Interventionen zum Schutze irgendeines Staates, der zum Opfer eines deutschen Angriffs werden sollte, ausgeben hätten.

Jerzy Potocki,
Botschafter der Polnischen Republik

Dokument 8

Bericht des Polnischen Botschafters in Paris, Jules Lulaskewicz, an den
Polnischen Außenminister in Warschau vom 1. Februar 1939

Botschaft der Republik Polen
Nr. 1/8/7

Paris, den 1. Februar 1939

Politischer Bericht Nr. IV/1

Streng geheim!

An den

Herrn Außenminister

in Warschau

Die Diskussion über die Fragen der französischen Außenpolitik, welche gestern im hiesigen Parlament mit einem Vertrauensvotum für die Regierung des Herrn Daladier mit 379 gegen 234 Stimmen abgeschlossen wurde, veranlaßt mich, Ihnen, Herr Minister, meine Ansichten vorzutragen, und zwar in erster Linie über den gegenwärtigen Stand der Beziehungen von Frankreich zu uns und über die es mit Polen verbindenden Verträge.

Wie ich schon in meinem früheren Bericht vom 17. Dezember 1938 erwähnte, wurde in den politischen Kreisen Frankreichs das Problem der Beziehungen zu Polen nach den Septemberereignissen durch die Tatsache der Unterzeichnung der französisch-deutschen Nichtangriffserklärung aktuell. Seit dieser Zeit begann die französische Presse den Beziehungen zu Polen mehr Platz und Aufmerksamkeit zu widmen.

Es war auch möglich, bei einer Reihe von Politikern sowohl der Rechten wie auch der Linken ein stärkeres, lebhafteres Interesse an diesem Problem zu beobachten bzw. ein solches wahrzunehmen. Es wurde offenbar, daß die Abneigung hinsichtlich Polens, die auf Grund der Septemberereignisse entstanden war, zu verschwinden begann und einer vernünftigeren, objektiveren und realistischeren Einstellung Platz machte.

Unter diesen Umständen sowie auf Grund der Verschlechterung von Frankreichs internationaler Lage wurde Ihr mehrtägiger Aufenthalt, Herr Minister, in Monte Carlo und Ihr Besuch beim Kanzler Hitler in Berchtesgaden für die ganze französische Presse und viele hiesige Politiker zum Ausgangspunkt für eine Kritik an der Politik von Minister Bonnet gegenüber Polen, man forderte von ihm eine Klärung seiner Haltung zum Bündnis mit Polen.

Ein sehr bedeutender Teil der Presse warf Minister Bonnet vor, daß er Ihren Besuch in Südfrankreich nicht dazu benutzt hat, um sich mit Ihnen zu treffen und unmittelbar politischen Kontakt aufzunehmen. Als die Nachricht von Ihrer Abreise nach Berchtesgaden bekannt wurde, erschienen nicht nur nicht in der französischen Presse die früheren kritischen Äußerungen weiter, sondern im Gegenteil alle Vorwürfe richteten sich an die Adresse von Minister Bonnet.

Letzterer versuchte, wie es scheint, die Angriffe unschädlich zu machen, denn er verbreitete in Gesprächen mit einigen Parlamentärsmitgliedern die Ansicht, daß in Polen die innere Lage sehr schwierig sei, und daß uns von Deutschland Gefahren drohen.

Doch unterlagen meine Beziehungen sowie die meiner Mitarbeiter zu einer großen Anzahl von Deputierten ebenso wie zu den Presseleuten in der Zwischenzeit einer so bemerkenswerten Verbesserung, daß es für uns nicht schwierig war, diesem übrigens recht naiven Manöver entgegenzuarbeiten.

Im übrigen waren die Resultate Ihres Treffens, Herr Minister, mit dem Kanzler in sich so berechtigt, daß sie die Kritik an Minister Bonnet sehr wesentlich verstärkten. Man verstand in Frankreich, daß nicht nur die unmittelbaren polnisch-deutschen Beziehungen seiner Verschlechterung unterlagen, sondern daß wir sogar mittelbar nicht bedroht sind, weder durch die sogenannte ukrainische Aktion des Kanzlers Hitler noch durch irgendwelche seiner Gewaltmaßnahmen in Mitteleuropa.

Auf die Zeit der Beurlaubung folgte die hier nach der Münchener Konferenz vorherrschende Furcht vor einem Scheitern in Fragen Ost- und Mitteleuropas, welche durch unmittelbare Kriegsgefahren aufgepuscht war.

Obwohl das Treffen in Berchtesgaden zu einer bedeutenden Entspannung der Lage in Ost- und Mitteleuropa führte, kann die Gefahr einer expansiven Aktivität Deutschlands sich leicht in Mitteleuropa fühlbar machen, und das im Zusammenhang mit der brutalen antifranzösischen Kampagne, die von Italien geführt wird und die die Hoffnungen der Franzosen verminderte, daß dieses sich in den Rahmen der sogenannten imperialen Politik einschließen würde. Die Resultate der englischen Ministerbesuche in Rom verminderten diese Beurlaubung nicht im geringsten.

Infolgedessen wurden die Stimmen, welche eine Klärung der Beziehungen zu Polen und eine vernünftige Politik diesem gegenüber forderten, immer häufiger, im wahren Sinne des Wortes täglich. Sehr wichtig war die Tatsache, daß die Aktion der Kritiker von Minister Bonnet nicht auf einer vorzüglichen Beurteilung bezüglich der Lage Polens beruhte, sondern daß sie durch eine gesunde Fürsorge wegen der sich ständig verschlechternden internationalen Lage Frankreichs und durch die Einsicht, daß ein französisches Desinteressement an den Fragen Mittel- und Osteuropas unsere Lage gegenüber Deutschland erschwert, hervorgerufen wurde.

In dieser Atmosphäre der Angriffe seitens der Presse vor allen Dingen wegen polnischer Fragen und einer gewissen ungeschickten Verlegenheit von Minister Bonnet begann in der Deputiertenkammer die Debatte über Frankreichs Außenpolitik. Die Stimmung der Presse übertrug sich eigentlich vollständig auf die Tribüne des Parlaments.

Mit wenigen Ausnahmen — E. Flandin war die bemerkenswerteste — gab es kaum einen Deputierten, welcher in seiner Rede die Beziehung zu Polen nicht erwähnte oder wenigstens nicht Minister Bonnet vorhielt, daß er die Gelegenheit zu einem Treffen mit Ihnen, Herr Minister, so kurzfristig vorübergehen ließ.

Diesmal waren es nicht nur mehr die Stimmen der Russenfreunde, welche in der Verteidigung der Beziehungen mit Polen eine günstige Annäherung zu der ihnen am Herzen liegenden Zusammenarbeit mit Moskau sahen, sondern auch zahlreiche Stimmen entschiedener Gegner des französisch-russischen Paktes.

So kann man ganz objektiv feststellen, daß die Frage der Beziehungen zu Polen durch die Mitglieder der Deputiertenkammer sehr aktuell geworden ist, und zwar von uns aus gesehen in einer sehr positiven Weise. Es war klar, daß dank diesem und leider wahrscheinlich nur dank diesem die Regierung sie nicht wird mit Schwierigkeiten übergeben können.

Minister Bonnet, der Presse- und Parlamentsattakken gegenüber besonders empfindlich ist, hörte noch am Ende der vorigen Woche anscheinend mit kleinen Diversionen gegenüber seinen Angreifern nicht auf, doch entschloß er sich, sich über die französisch-polnischen Beziehungen zu äußern.

Ich hatte z. B. unerhörte Schwierigkeiten, um die Pariser Presse dazu zu bringen, das Interview, das Sie der North American Press Alliance erteilt haben, zu wiederholen — in dieser Sache arbeitete mit der Quai d'Orsay deutlich entgegen. Wie Ihnen, Herr Minister, bekannt ist, informierte er mich darüber in einem im übrigen zufälligen Gespräch am vergangenen Freitag, dem 20. d. M.

In seinem Exposé, das er am 26. d. M. in der Deputiertenkammer verlas, erwähnte Minister Bonnet uns zweimal. Die diesbezüglichen Absätze seiner Rede waren folgende:

1. Bei Besprechung der französisch-deutschen Erklärung:

„Ich habe nicht nötig zu sagen, meine Herren, daß wir von unseren Verhandlungen die wichtigsten Länder, mit denen uns Freundschaften verbinden, informiert haben: Polen, Belgien, England, die UdSSR, die Vereinigten Staaten von Amerika.

Wie haben diese das Abkommen aufgenommen? Im Unterhaus hat Herr Reville Chamberlain erklärt, daß die Englische Regierung eine besondere Bemühtung darüber empfunden habe, daß Frankreich in der Lage gewesen sei, ein Abkommen mit Deutschland abzuschließen.

In Amerika haben die Leitartikel der drei größten Zeitungen von New York und Washington ihr volles Verständnis für die französische Politik zum Ausdruck gebracht; Polen hat mitgeteilt, daß seine Regierung über den glücklichen Abschluß der französisch-deutschen Deklaration sehr befriedigt sei.“

2. Bei Besprechung der Beziehungen mit Rußland und mit Polen:

„Was die Beziehungen mit Sowjetrußland und Polen anbetrifft, so haben mit diesen Staaten wiederholte Konsultationen stattgefunden. So bin ich während der Septemberkrise im engen Kontakt bald mit Herrn Litwinow gewesen, den ich mehrmals in Genf und in Paris gesehen habe, bald mit dem Volschaster der UdSSR in Paris, um gemäß dem Pakt von 1935 die Ansichten unserer beiden Regierungen auszutauschen. Frankreich hat auch seine traditionellen Freundschaftsbeziehungen mit Polen unterhalten. Gelegentlich der französisch-deutschen Deklaration vom 6. Dezember hatte ich, gemäß dem Geist unserer Verträge, den Polnischen Volschaster über unsere Absichten ins Bild gesetzt. Die Polnische Regierung hat mir dafür gedankt, daß ich sie auf dem laufenden gehalten habe, und hat mir mitgeteilt, daß sie sich über eine Tat, deren Ziel, Bedeutung und Tragweite sie hoch einschätze, nur freuen könne. Ebenso hat Herr Bed mich vor seiner Abreise aus Monte Carlo über die Einladung informiert, die er vom Kaiserlichen Dittler erhalten hat. Ich bitte übrigens das Haus, nicht zu vergessen, daß zwischen Deutschland und Polen ein Abkommen besteht, das im Jahre 1934 unterzeichnet worden ist. Herr Bed hat Wert

darauf gelegt, unsern Botschafter über seine Unterredung ins Bild zu setzen. Auf diese Weise sind wir mit der Warschauer Regierung immer im Kontakt geblieben, und wir haben jedesmal, wenn es nützlich war, die Unterredungen mit ihr gehabt, die durch die besonderen Beziehungen der beiden Länder und durch die Entwicklung der Ereignisse gerechtfertigt waren. Bei allen Gelegenheiten, und zwar noch ganz kürzlich, hat die Polnische Regierung uns die Versicherung erneuert, daß die französische Freundschaft eine der wichtigsten Grundlagen der polnischen Politik darstellt. So sollte man, meine Herren, endlich mit der falschen Darstellung Schluß machen, daß unsere Politik die Abmachungen zerstört hätte, die wir in Osteuropa mit der UdSSR oder mit Polen getroffen haben. Diese Abmachungen bestehen immer noch, und sie müssen in dem Geiste angewandt werden, in dem sie begonnen sind."

Obige Erklärungen von Minister Bonnet wurden dann noch in der Rede des Premierministers Daladier, die der Abstimmung über das Vertrauensvotum in der Kammer vorausging, vervollständigt. Nach einer kurzen Charakteristik der Beziehungen Frankreichs zu seinen Nachbarn und zur USA äußerte der Premierminister nämlich folgendes:

„Es ist notwendig hinzuzufügen, daß es keineswegs in dem Gedanken der Regierung liegt, die Bande abzuschwächen, die Frankreich mit anderen Völkern verbinden? Im Gegenteil, wir sind entschlossen sie aufrechtzuerhalten.“

Wenn ich dann auf eine Analyse der genannten Erklärungen des französischen Premierministers und des Außenministers eingehe, muß ich als erstes bemerken, daß die Rede von Minister Bonnet von Anfang bis zu Ende den Charakter einer Verteidigung von Krisen trug, auf die seine Politik ebenso seitens der Presse wie der Parlamentsredner gestochen war.

Seine Rede war mehr ein Referat als eine politische Rede, aus demselben Grunde wurde auch das Exposé des Außenministers durch die Kammer gleichgültig aufgenommen und ziemlich allgemein als ungemein blaß und ausdruckslos kritisiert. Erst die Rede des Premierministers, die in ihrem Inhalt und Ton energisch und politisch weit bedeutender war, ließ die lange parlamentarische Debatte über Frankreichs Außenpolitik in einer Atmosphäre stärkeren Interesses seitens der Kammer und gleichsam einer aufgerührten patriotischen Stimmung zu Ende kommen.

Sicher ist aber, daß die Rede von Minister Bonnet für ihn keinen Erfolg darstellte und seine seit längerer Zeit geschwächte Position in keiner Weise verstärkte.

Unzweifellos verteidigte sich Minister Bonnet mehr vor den Angriffen, als daß er positive Linien der französischen Außenpolitik umriß, dieses setzte aber die Bedeutung seines Exposés als eines Dokumentes der Politik der von ihm repräsentierten Regierung herab.

Trotz allem zeugen sowohl die Parlamentsdebatte wie auch die Äußerungen der Regierungsmitglieder, von denen oben die Rede war, unmissverständlich von einem großen Schritt vorwärts in der Entwicklung von Frankreichs politischen Anschauungen seit der Zeit ihres vollkommenen Zusammenbruchs nach der Katastrophe der Münchener Konferenz.

In erster Linie bezieht sich dies auf das Problem des Verhältnisses zu Polen. Was nämlich die Beziehungen Frankreichs zu England, den Vereinigten Staaten, Deutschland und Italien und sogar die spanischen Fragen anbetrifft, so haben in dieser Beziehung weder die Parlamentsdebatte noch die Erklärungen der Regierungsmitglieder irgend etwas Neues gebracht. Die mitteleuropäischen Fragen wurden im Vorbeigehen und unpolitisch behandelt, ebenso wie der ferne Osten.

Ein tatsächliches Novum bildete aber die Feststellung der Aufrechterhaltung der Verpflichtungen gegenüber Sowjetrußland und Polen, wobei das Gewicht deutlich auf die Beziehungen mit Polen gelegt wurde; diese entwickelten sich letzten in Form eines freundschaftlichen informativischen Kontaktes auf Grund von Unterredungen und Verhandlungen mit Deutschland.

Wenn man sich vergegenwärtigt, welches unsere Lage in den Anschauungen der Franzosen vor kaum vier Monaten war, wenn wir uns an die Angriffe erinnern, deren Gegenstand wir nach der Münchener Konferenz waren, und welche mit einem eigentlich allgemeinen Vorziehen der ukrainischen Frage in der französischen Presse und öffentlichen Meinung endeten, wenn wir ferner in Betracht ziehen, daß im Grunde genommen bis Ende Dezember die überwiegende Mehrheit der französischen Politiker nicht nur Mitteleuropa, sondern auch uns als ein vom Westen als solches anerkanntes Gebiet der deutschen Expansion behandelt haben wollten, kann man feststellen, daß in der politischen Anschauung der Franzosen in Bezug auf uns eine recht tiefe und wesentliche Wendung vorgegangen ist.

Die deutliche Abneigung gegen Polen wird durch ein Verständnis dafür ersetzt, daß wir auf dem Kontinent der einzige Staat sind, welcher bei der Entwicklung des Problems der französischen Sicherheit eine wichtige und positive Rolle spielen kann.

Obiges ist natürlich die Folge einer bedeutenden Verschlechterung der französischen Lage, außerdem wird Frankreich von Gefahren bedroht, welche die Menschen hier nervös machen und beunruhigen. Doch glaube ich nicht, daß diese Wendung nur das Symptom einer Konjunktur ist.

Die Haltung der französischen Öffentlichkeit gegenüber Polen, welche hier unlängst einen Bestandteil ihrer Tendenz, sich gegen Deutschland offenivo zu verteidigen, darstellte, ist jetzt durch eine Einstellung ersetzt worden, die zwar immer noch auf der Verteidigung beruht, aber jetzt schon eines jeden offensiven Charakters entleidet ist.

Es wäre aber gefährlich und unrichtig, zu behaupten, daß die französische Regierung das Bündnis mit Polen schon in seinem vollen Wert würdigt und entschlossen ist, aus diesem ein wesentliches Element seiner Politik zu machen. Vorläufig kann man nur feststellen, daß die französische Regierung, die es vermeidet, sich allzu kategorisch festzulegen, bezüglich der Verträge zwischen Frankreich und Polen ihren guten Willen bezeugt und für die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu uns Sorge trägt.

Dies ergibt sich nicht nur aus dem gewissen Defaitismus, welcher Frankreichs offizielle Politik nach der Münchener Konferenz charakterisiert, sondern auch aus dem Mangel irgendeines neuen positiven Plans in dieser Politik.

Eine weitere günstige Entwicklung der französischen Politik uns gegenüber kann entweder dann erfolgen, wenn sich die Gefahren, die Frankreich bedrohen, verschärfen, oder wenn sich unsere Lage in Ostmitteleuropa weiterhin konsolidiert und unser Einfluß dort wächst.

In der französischen Politik kämpfen zwei Tendenzen, das alte, unter dem Einfluß der letzten Ereignisse merkwürdig verringerte Streben, ihren Einfluß in den sogenannten kleineren Staaten des europäischen Kontinents unterzuordnen bzw. sie als Handelsobjekte mit Deutschland zu benutzen, außerdem aber das immer kräftige Bestreben, sich selbst in Europa den Frieden zu sichern.

Es ist natürlich, daß mit dem Augenblick, mit dem sich im Rahm der Entwicklung der allgemeinen, und unserer im besonderen, Situation zeigt, daß eine Zusammenarbeit mit Polen nicht nur vom Gesichtspunkt einer Sicherung der elementaren Sicherheitsbedingungen, natürlich auf Kosten eines gewissen Risikos, von Bedeutung werden kann, die Haltung zu dem Bündnis mit uns, welche bis jetzt noch nicht entschieden und voll innerer Vorbehalte ist, einer positiven wünschenswerten Entwicklung unterliegen kann.

Hierauf wird aber immer der Standpunkt der englischen Regierung von Einfluß sein, welcher sicher noch für lange Zeit für die französische Politik maßgebend sein wird.

Ich erlaube mir, persönlich die Aufmerksamkeit des Herrn Ministers auf eine gewisse Veränderung zu lenken, welche anscheinend in der französischen Politik bei der Ausrichtung ihres Verhältnisses zum Bündnis mit uns und zum Pakt mit Sowjetrußland eintritt.

Obwohl Minister Bonnet die Charakterisierung des Verhältnisses zu den Verträgen mit uns und mit der Sowjetunion in einer Äußerung zusammenfaßt, kann man mit aller Gewißheit feststellen, daß unsere Lage sowohl in der französischen politischen Auffassung wie auch in maßgebenden Regierungskreisen unergleichlich besser ist als die der Sowjetunion, wir stehen sozusagen an erster Stelle.

So steht auch vor dem September Sowjetrußland als wichtigster Bündnispartner in Osteuropa angesehen wurde, welcher eventuell auf uns einen Druck ausüben sollte, so ist die Lage doch jetzt umgekehrt, Polen tritt in die Rolle des hauptsächlichsten Partners Frankreichs, Sowjetrußland gilt jetzt mehr als ein Hilfsfaktor bzw. als ein nur formaler, welcher den Rücken Polens deden soll. Auch auf diesem Gebiet sind wir also Zeugen einer wünschenswerten und gesunden Entwicklung, die mit dem realen Kräfteverhältnis in Osteuropa in Abereinstimmung steht.

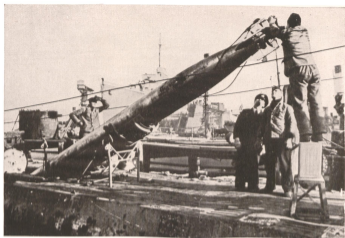
Wenn wir alles das Obige zusammenfassen, möchten wir unserer Überzeugung Ausdruck geben, daß wir in unserem Bestreben nach einem vollkommenen Ausgleich und einer Normalisierung der Bündnisbeziehung zu Frankreich lebhafte einen recht großen Schritt vorwärts getan haben, vor allem was die Wendung in den hiesigen Anschauungen und der Presse betrifft. In der allernächsten Zukunft haben wir wahrscheinlich mit zwei Eventualitäten zu rechnen:

1. Entweder die Bedrohung Frankreichs seitens Italiens und Deutschlands wird wachsen; in diesem Falle werden wir das Objekt eines Drucks von Frankreich sein, das sich die Lage dadurch zu erleichtern sucht, daß man Deutschlands Handlungsfreiheit in gewisser Weise lähmt.



Das festsitzende U-Boot des Korvettenkapitäns Werner Hartmann wieder im Heimathafen

Phot.: Ederl



U-Boot nimmt Torpedos an Bord

Phot.: Presse-Bild-Zentrale



Auf den Verkehrsstraßen zur Front

Phot.: P. K. - v. Schoeff (Melskitt)

2. Oder aber man wird versuchen, Möglichkeiten zu finden, um zu einer dauerhaften Entspannung der Lage in Europa zu kommen; dies stellt uns vor die schwierige Aufgabe, die Ergebnisse und Möglichkeiten unserer konstruktiven Friedensarbeit zu verteidigen und aktiv auszuwerten.

Meiner Meinung nach wird diese Aufgabe wirklich schwierig sein, denn bis jetzt hat man im Westen unsere Rolle in der Befriedung Osmitteleuropas noch nicht erkannt. Die französischen Politiker wie auch die hiesige Öffentlichkeit (in England, nehme ich an, wird es genau so sein) sind geneigt, die bisherigen positiven Resultate unserer Friedenspolitik als Ergebnis eines augenblicklichen guten Willens, oder vielmehr der vorübergehenden Pläne des Kanzlers Hitler, nicht aber als Resultat unserer eigenen Aktivität und Machtstellung zu behandeln.

Aus eben diesen selben Gründen scheint ihnen unsere Lage ständig in Frage zu stehen und unsere Möglichkeiten ihnen sehr zweifelhaft zu sein. Unter dem Einfluß der letzten Ereignisse und Ihrer Maßnahmen, Herr Minister, nur ist das Vertrauen zu der wirklichen Selbständigkeit und Unabhängigkeit unserer Politik gewachsen. Doch ist das noch nicht mit einem Vertrauen in unsere Chancen und Machtmöglichkeiten gleichbedeutend.

Der Botschafter der Republik Polen:
Lukasiewicz.

Dokument 9

Bericht des Polnischen Botschafters in Paris, Jules Lukasiewicz, an den Polnischen Außenminister in Warschau vom . Februar 1939

Botschaft der Republik Polen
Nr. 1/P/10

Paris, den . Februar 1939
Streng geheim!

An den

Politischer Bericht Nr. IV/4

Herrn Außenminister

in Warschau

Vor einer Woche ist der Botschafter der Vereinigten Staaten W. Bullitt nach einem dreimonatigen in Amerika verbrachten Urlaub nach Paris zurückgekehrt. In der Zwischenzeit hatte ich mit ihm zwei lange Unterredungen, die es mir gestatten, Herrn Minister über seine die europäische Situation betreffenden Ansichten zu informieren wie einen Überblick über die Politik Washingtons zu geben.

1. Eine Außenpolitik der Vereinigten Staaten, deren Bestreben es ist, unmittelbar an der Entwicklung der Verhältnisse in Europa teilzuhaben, gibt es nicht. Eine solche Außenpolitik wäre auch nicht möglich, da sie von der öffentlichen Meinung, die in dieser Hinsicht ihre isolationistische Einstellung nicht geändert hat, nicht genehmigt werden würde.

Dagegen besteht ein außerordentlich verstärktes Interesse des amerikanischen Volkes für die europäische Lage. Demgegenüber treten sogar die inneren Angelegenheiten in den Hintergrund und verlieren die Aufmerksamkeit, deren sie sich früher erfreut haben. Die internationale Situation wird von den offiziellen Kreisen als ungeheuer ernst und unter Gefahr eines bewaffneten Konflikts stehend betrachtet.

Die maßgebenden Faktoren sind der Ansicht, daß, wenn es zwischen England und Frankreich einerseits, wie Deutschland und Italien andererseits zum Kriege kommen sollte, in dem England und Frankreich eine Niederlage erleiden könnten, dann würden die Deutschen den realen Interessen der Vereinigten Staaten auf dem amerikanischen Kontinent gefährlich werden. Aus diesem Grunde könne man die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege auf Seiten Frankreichs und Englands von vornherein voraussehen, natürlich erst eine gewisse Zeit nach Ausbruch des Konflikts. Botschafter Bullitt drückte das wie folgt aus: „Sollte ein Krieg ausbrechen, so werden wir sicherlich nicht zu Anfang an ihm teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.“

Nach Meinung Botschafter Bullitt ist die obige Einstellung der maßgebenden Washingtoner Kreise jeglicher ideologischer Elemente bar und ergibt sich ausschließlich aus der Notwendigkeit, die realen Interessen der Vereinigten Staaten zu verteidigen, die im Falle einer französisch-englischen Niederlage ernstlich und unmittelbar zugleich vom Pazifik wie vom Atlantik her bedroht wären.

Botschafter Bullitt stellte fest, das Gerücht, als ob Präsident Roosevelt gesagt habe, die Grenze der Vereinigten Staaten liege am Rhein, sei falsch. Er gab dagegen seiner Überzeugung Ausdruck, der Präsident habe bestimmt gesagt, er verkaufe

Frankreich Flugzeuge, da die französische Armee die erste Verteidigungslinie der Vereinigten Staaten sei. Dieses entspräche nämlich vollkommen seinen Ansichten.

2. Die italienischen Ansprüche gegenüber Frankreich entbehren absolut aller Grundlagen und Argumente, die sie auch nur teilweise rechtfertigen könnten. Frankreich kann und darf also nicht einmal scheinbar Zugeständnisse machen. Irgendein Nachgeben Frankreichs würde die Unterhöhlung seines Prestiges in Afrika bedeuten. Man muß daher jeden eventuellen Kompromiß auf Kosten französischer Interessen ausschließen.

Theoretisch genommen besteht die Befürchtung, England könnte vielleicht zusammen mit Berlin versuchen, Frankreich im Augenblick irgendeiner Spannung einen mit seinen eigenen Interessen nicht zu vereinbarenden Kompromiß aufzuzwingen. In diesem Falle jedoch wird Frankreich auf die kräftige Unterstützung Washingtons rechnen können. Die Vereinigten Staaten verfügen England gegenüber über verschiedene und ungeheuer bedeutsame Zwangsmittel. Allein die Drohung ihrer Anwendung dürfte genügen, England von einer Kompromißpolitik auf Kosten Frankreichs zurückzuhalten.

Man muß damit rechnen, daß das Prestige Englands durch die Ereignisse im Fernen Osten wie die Resultate der Münchener Konferenz in der amerikanischen öffentlichen Meinung sehr stark gesunken ist. Andererseits ist die amerikanische öffentliche Meinung sich darüber im Klaren, wieviel England heute an einer Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und ihrer Unterstützung gelegen ist.

Unter diesen Bedingungen kann man vermuten, daß Hitler und Mussolini es auf der Grundlage der italienischen Ansprüche Frankreich gegenüber nicht zu einem offenen Konflikt mit England und Frankreich kommen lassen werden.

Eine schwache Seite der Vereinigten Staaten ist es natürlich, daß sie, obwohl sie schon heute ihren Standpunkt im eventuellen Konfliktfalle bestimmt haben, gleichzeitig jedoch an der positiven Lösung der europäischen Probleme keinen aktiven Anteil nehmen können, da die isolationalistisch eingestellte amerikanische Meinung dieses nicht gestatten würde.

3. Das Verhältnis der maßgebenden amerikanischen Faktoren zu Italien und Deutschland ist negativ hauptsächlich deshalb, weil sie der Ansicht sind, daß die neuen Erfolge der Achse Rom—Berlin, die das Prestige wie die Autorität Frankreichs und Englands als Imperialmächte unterhöhlten, fast schon unmittelbar die realen Interessen der Vereinigten Staaten bedrohen. So wird auch die Außenpolitik Washingtons einer eventuellen Weiterentwicklung der Situation in dieser Richtung entgegenwirken.

Die Vereinigten Staaten verfügen in ihren Beziehungen zu Italien und Deutschland über verschiedene Zwangsmittel, die heute schon sehr ernstlich geprüft und aufgestellt werden. Diese überwiegend wirtschaftlichen Mittel sind derart, daß sie ohne die geringste Befürchtung eines innerpolitischen Widerstands angewandt werden können. Sie werden zweifellos sowohl für Rom wie für Berlin genügend ausdrucksvoll und fühlbar sein.

Wirtschaftler Bullitt ist der Meinung, ein von den Vereinigten Staaten gleichzeitig auf Italien und Deutschland einerseits wie England andererseits ausgeübter Druck könne in bedeutendem Maße dem Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes vorbeugen bzw. die Entwicklung der europäischen Situation in einer Richtung verhüten, die vom Standpunkt Washingtons aus gesehen unerwünscht wäre.

Auf meine Bemerkung, es sei bei der gegenwärtigen Sachlage jedoch nicht klar, ob die Vereinigten Staaten bereit wären, sich mit Deutschland und Italien um die französischen Kolonien zu schlagen bzw. gegen gewisse Systeme und Ideologien zu kämpfen, erklärte Wotschaster Bullitt kategorisch, die Haltung Washingtons würde allein von den realen Interessen der Vereinigten Staaten bestimmt, nicht aber von ideologischen Problemen.

Nach muß hinzufügen, daß Wotschaster Bullitt sich des rücksichtslosen Widerstandes Frankreichs gegen die italienischen Ansprüche genötigt zu sein scheint und in der Konsequenz eine eventuell mögliche Vermittlung englischerseits bzw. englisch-deutscherseits, deren Ziel ein Kompromiß auf Kosten Frankreichs wäre, ausschließt.

Ich möchte vorläufig von der Formulierung meiner eigenen Meinung gegenüber den Äußerungen Wotschaster Bullitts Abstand nehmen. Es ist nämlich mein Bestreben, vorher von ihm noch einige zusätzliche Erläuterungen zu erhalten. Eines aber scheint mir sicher, nämlich, daß die Politik Präsident Roosevelts in der nächsten Zeit dahin gehen wird, den Widerstand Frankreichs zu unterstützen, den deutsch-italienischen Druck zu hemmen und die Kompromißtendenzen Englands zu schwächen.

Der Wotschaster der Republik Polen:
Lukasiewicz.

Dokument 10

Bericht des Polnischen Botschafters in London, Graf Edward Raczyński, an den
Polnischen Außenminister in Warschau vom 9. März 1939

Botschaft der Republik Polen
BR/BR — Nr. 57/tj/128

London, den 9. März 1939
Geheim!

Politischer Bericht Nr. 6/2

An den

Herrn Minister für Auswärtige Angelegenheiten

in Warschau

Herrn Hudsons Wirtschaftsmission

Heute war bei mir zum Frühstück Herr Hudson, „der parlamentarische Sekretär für den Außenhandel“, den ich zugleich mit einigen Mitarbeitern sowie Beamten des Foreign Office und Schapamies zu mir gebeten hatte, im Zusammenhang mit seiner beabsichtigten Reise nach Warschau in der zweiten Hälfte dieses Monats.

Dieses gesellschaftliche Zusammenkommen gab mir Gelegenheit, schnell und freundschaftlich ein Mißverständnis zwischen uns und den Engländern zu beseitigen, das hinsichtlich der britischen Einfuhr nach Polen (Zuteilung der Kontingente) aufgetaucht war. Ich schreibe darüber in einem besonderen Bericht vom 10. März Nr. 57/tj/128.

Die zufriedenstellende Wendung dieser Angelegenheit schuf gute Bedingungen für einen sehr freundschaftlichen Gedankenaustausch. Herr Hudson, den ich schon seit einigen Jahren, allerdings nur oberflächlich, kenne, machte auf mich einen starken Eindruck durch seine etwa primitive, aber mit Energie geladene Serablinigkeit und doch das offene Herangehen sogar an heikle politische Themen, eine Methode, die sich von der Diskretion der Beamten des Foreign Office ja sehr unterscheidet.

Diese Methode wird wahrscheinlich teilweise bewußt und absichtlich angewandt und beruht auf dem Entschluß der hiesigen Regierung, nach außen die Kraft, die Entschlossenheit und den Optimismus Großbritanniens zu zeigen, um auf kontinentale Gesprächspartner Eindruck zu machen.

Zußerdem ergibt sie sich sicherlich aus der individuellen Veranlagung Herrn Hudsons, der entschlossen zu sein scheint, in der Rolle eines „Reisenden“ im Auftrage von Whitehall aufzutreten, in der Auswahl der angebotenen Waren, an denen die für Großbritannien sich erklärenden Kontrahenten teilhaben sollen, viel Platz für „Sicherheit und Vertrauen“ bereit zu halten.

Diese Sachlage mindert keineswegs die Bedeutung der Reise Herrn Hudsons nach einigen europäischen Hauptstädten, sondern legt meines Erachtens eine vorsichtige und eher schmälernde Deutung der Erklärungen Herrn Hudsons nahe, soweit sie nicht konkrete Versicherungen oder Verpflichtungen, sondern mehr allgemeine und unverbindliche Äußerungen von eher propagandistischem Wert sind.

Dank der impulsiven Art und der Unmittelbarkeit von Herrn Hudson war die Unterhaltung mit ihm allerdings besonders interessant. Er verhehlte nicht seine Überzeugung, daß die ganze grundsätzliche Anstrengung Englands von dem Gesichtspunkt geleitet ist, sich der deutschen Drohung entgegenzustellen.

Die Gefahr, die von Seiten Italiens drohen kann, schätzt Herr Hudson gering. Er meint, daß Italien wirtschaftlich so erschöpft sei, daß es sich kein für England bedrohliches selbständiges Vorgehen erlauben könne. Aber auch in der Beurteilung des deutschen Problems offenbarte er viel Optimismus. Er sagte mir, daß seines Erachtens „wir uns schon fast hinter dem Stadium der Gefahr befinden!“

Insbepondere wünscht Deutschland sehr ein wirtschaftliches Einverständnis, dessen Fürsprecher u. a. Herr Funk sei. Dazu mache die Deutschen die schwere Wirtschaftslage geneigt, die — wie Herr Hudson meint — jetzt bei der abnehmenden Ausfuhr usw. eine starke Verschärfung erfahre, und die sich besonders im Sommer dieses Jahres verschlimmern solle.

Herr Hudson glaubt, daß eine englisch-deutsche Wirtschaftsverständigung am wahrscheinlichsten im Rahmen von Kartellverträgen sei, die jedoch jede Ausschließlichkeit auf Kosten der wirtschaftlich schwachen Staaten unmöglich machen würden. Außerdem sei die britische Regierung entschlossen, von keinem europäischen Markt zurückzuzweichen und auf seinen Bestiand nicht zugunsten des Deutschen Reiches zu verzichten.

Das bedeute jedoch nicht, daß Großbritannien Deutschland den ersten Platz streitig machen wolle, den es aus natürlichen, geopolitischen usw. Gründen auf einigen mitteleuropäischen Märkten inne habe*).

Indem Herr Hudson an dieser Stelle in charakteristischer Weise seinem Vertrauen auf eine günstige Entwicklung der Ereignisse Ausdruck gab, sagte er: „Jetzt verhandeln wir auf wirtschaftlichem Gebiet und werfen das deutsche System der zweiseitigen Austauschtransaktionen um! — im Herbst ziehen wir Wöring nach London, in einem Jahr werden wir es zu einem die Rüstungen beschränkenden Vertrag gebracht haben, in 18 Monaten aber werden wir die schmerzhaften Kolonial-Rohstoff-Beschwüre restlos erledigt haben, und auf diese Weise sichern wir den Frieden und stellen das erschütterte politische Gleichgewicht wieder her!“

Das sich in diesen Worten offenbarende Vertrauen von Herrn Hudson auf das Ergebnis seiner Unterredungen in Berlin hindert ihn nicht, an eine „Politik der Entwicklung der Widerstandsmittel“ zu denken und davon zu reden. Indem er selbst die Stellungnahme seines Landes charakterisierte, behauptete er, die britische Politik habe jetzt die Methoden und Parolen der letzten 20 Jahre aufgegeben und an die kämpferische Epoche zu Ende des 19. Jahrhunderts angeknüpft, d. h. an die Epoche von Josef Chamberlain, notwendigerweise an die Tradition: „Jingo!“

Charakteristisch waren die Bemerkungen, die er zu dem Thema Rußland machte. Er fragte mich insbesondere: 1. Wie wir die Macht Rußlands beurteilten? 2. Welche Bedeutung wir der letzten mit der Sowjetunion geschlossenen Handelsvereinbarung beilegen? 3. Ob es denkbar wäre, daß unsere Beziehungen zu den Sowjets vertrauter würden? 4. Ob ich glaubte, daß den Sowjets an einem freundschaftlichen Verhältnis zu Großbritannien gelegen sei, was günstige Ausflüchte für seine Unterredungen über Wirtschaftsthemen während seines Besuchs in Moskau eröffnen würde.

Auf diese Fragen antwortete ich in einem mehr diplomatischen Stil. Insbesondere an die Frage 4 anknüpfend, bemerkte ich, daß die jetzigen Sowjetvertreter sich bemühten, große Selbstsicherheit zu „markieren“, und behaupteten, daß, soweit eine Kriegsgesfahr bestehe, sie auf dem Abschnitt des „geringsten Widerstandes“, d. h. im Westen bestehe. Die Sowjetunion, wie sie mit viel Selbstsicherheit behaupteten, sei so stark, daß sie ohne Sorge in die Zukunft blicken könne. Hudson sagte mir darauf, daß er erst gestern von dem Botschafter Majskij wörtlich das gleiche hörte.

Diese interessante Wendung, die Herr Hudson dem Gespräch gab, weist darauf hin: 1. daß er von dem Sowjetabschnitt seiner Reise sehr in Anspruch genommen ist, 2. daß er ihm sehr viel Bedeutung beilegt, 3. daß es nicht wie bisher eine gewisse Moskauer Gegenliebe gibt. Man muß sich dabei dessen eingedenk sein, daß die von Herrn Hudson beabsichtigten Unterredungen in Moskau, abgesehen von der politischen Bedeutung, über die er anscheinend zu sprechen liebt, konkrete Wirtschaftsangelegenheiten betreffen werden und daß man englischerseits vor allem verlangen wird, dem russisch-englischen Umsatz ein vom englischen Gesichtspunkt aus besseres Gleichgewicht durch Ver Stärkung der englischen Ausfuhr in die Sowjetunion zu verleihen.

10. März 1969.

Gleich nach der Abfassung dieses Berichts hatte ich Gelegenheit, mich auf dem gestrigen Abendempfang bei Hofe mit dem Botschafter Majskij zu unterhalten. Dieses Gespräch befestigte in mir die Überzeugung, daß meine Beurteilung der Begegnung Hudson—Majskij zutreffend war.

Herr Majskij meinte, daß Herr Hudson, wenn er die politische Bedeutung seiner Sendung betont, damit rechne, auf diesem Wege die gewünschten Wirtschaftsergebnisse um so leichter zu erlangen. Außerdem wirft Herr Majskij den Engländern vor.

*) Herr Hudson berief sich, als er seinen Optimismus in bezug auf die Ergebnisse seiner Berliner Unterredungen begründete, u. a. auf folgende Mitteilung, die ihm der neue rumänische Gesandte in London, Herr Tilea, machte: Von deutscher Seite wurde Ungarn noch vor einigen Wochen für eine Regulierung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen und für eine Sicherung der Abnahme der ungarischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Bedingung gestellt, auf die Einrichtung neuer Werkstätten in den Industrien, die die deutsche Ausfuhr interessieren, zu verzichten. Letzthin soll man deutscherseits von dieser Forderung abgesehen und die Änderung der Haltung damit begründet haben, daß eine baldige Wirtschaftsverständigung zwischen dem Reich und Großbritannien gewiß sei. Herr Hudson behauptet, daß er die Richtigkeit dieser Nachricht von Herrn Tilea auf anderem Wege prüfen konnte.

daß ihnen die notwendige historische Perspektive fehle und daß sie das Gleichgewicht der Kräfte in Europa nicht guttrefsend beurteilten.

Er meint, daß die Engländer sich die Macht Großbritanniens so wie im Jahre 1870 vorstellten! Sie erwarteten, daß die bloße Tatsache der Absendung einer englischen Wirtschaftsabordnung nach Moskau von den Sowjets enthusiastisch und mit glühender Dankbarkeit willkommen geheißen werde. Inzwischen, wie er Gelegenheit gehabt habe, Herrn Hudson zu sagen, werde er in Moskau sehr höflich empfangen und durchaus mit gebührender Aufmerksamkeit angehört werden.

Eine Beurteilung jedoch, ob die Sendung nützlich sei und welche Bedeutung sie besitze, behalte man sich sowjetischerseits bis zu dem Augenblick vor, wo Herr Hudson sich konkret äußern werde. Schließlich bemerkte Herr Majskij, daß der englische Einwand, es mangle dem englisch-sowjetischen Umsatz an Gleichgewicht, unbegründet sei; wenn die Sowjets nicht mehr in England einkauften, so vor allem deswegen, weil eine ganze Reihe Rußland interessierender englischer Fabriken wegen der Aufrüstung überlastet und nicht imstande sei, die vorgeschlagenen Bestellungen anzunehmen.

Diese meine Unterredungen mit Herrn Hudson und Majskij werfen ein interessantes Licht auf die jetzigen englisch-sowjetischen Beziehungen. Über die man hier letztlich soviel spricht, allerdings wenig konkret, gefärbt von der Überzeugung des jeweiligen Informators. Sie erlauben mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit zu folgern, daß ein näherer politischer Kontakt London—Moskau bisher nicht hergestellt wurde und daß solche Tatsachen, die die öffentliche Meinung in Erstaunen setzen, wie z. B. das unerwartete Erscheinen des Premiers auf einem Abend in der Sowjetbotschaft, besonders auf äußerliche Wirkung berechnet waren, nicht aber aus dem früheren vertraulichen Kontakt zwischen den beiden Mächten sich ergeben.

Der erste konkrete Zug Englands ist die Ausdehnung der Sendung Hudsons nach Moskau. Diesen Zug hat man sowjetischerseits wie bisher mit Zurückhaltung aufgenommen.

Über seine geplanten Unterredungen in Warschau sprach Herr Hudson nicht viel und in allgemeiner Weise, wobei er betonte, daß er für sie kein vorbereitetes starres Programm habe. Sein Ziel ist es, eine Erhöhung des gegenseitigen Umsatzes zu veranlassen und zur Stärkung der polnischen Ausfuhr nach den befreiten Märkten beizutragen, bei gleichzeitiger Erhöhung der englischen Ausfuhr nach Polen und bei eventueller Hilfe durch den englischen „Exportkredit“.

Edward Marzynski,
Botschafter der Republik Polen

Dokument 11

Bericht des Polnischen Botschafters in Paris, Jules Lukaszewicz, an den
Polnischen Außenminister in Warschau vom 29. März 1939

Botschaft der Republik Polen in Paris

R 2/3

Paris, den 29. März 1939.

Streng Geheims!

An den

Herrn Außenminister

in Warschau

Am 24. d. M. sagte ich Botschafter DuWitt in einer normalen freundschaftlichen Unterredung ungefähr folgendes:

Ich kenne weder den Text des englischen Vorschlages hinsichtlich der Erklärung der vier Staaten noch unsere Antwort darauf (was im übrigen auch der Wahrheit entsprach). Indem ich mich jedoch nach Presse Mitteilungen richte und deren Echo, die mich von verschiedener Seite erreichen, beurteile ich die Situation wie folgt:

Der englische Vorschlag scheint mir der Form wie dem Inhalt nach ein Randüber zu sein, das wenigstens an drei Viertel für die englische Innenpolitik bestimmt ist und das nicht etwa dem Willen entstammt, auf die internationalen Ereignisse der letzten Tage zu reagieren, sondern vielmehr den Schwierigkeiten, auf die Chamberlain von seiten des Parlaments wie der englischen öffentlichen Meinung gestoßen ist.

Es ist kindisch naiv und gleichzeitig unfair, einem Staat, der sich in einer solchen Lage wie Polen befindet, vorzuschlagen, er solle seine Beziehungen zu einem so starken Nachbarn wie Deutschland kompromittieren und die Welt der Katastrophe eines Krieges aussetzen, nur um den Bedürfnissen der Innenpolitik Chamberlains

willfährig zu sein. Noch naiver jedoch wäre es, anzunehmen, die polnische Regierung verstände nicht den wahren Sinn dieses Wanders und seine Konsequenzen.

Es ist weiterhin im höchsten Grade unvorsichtig, eine Aktion zu unternehmen, wie sie von der englischen Regierung öffentlich angeregt wurde, und in ihr die Teilnahme Rußlands in den Vordergrund zu schieben, die ebenso das politische Gesicht der Staaten verunstaltet, die solidarisch handeln sollen, wie das Ziel ihrer Aktionen.

Das ostentative Streben nach einer Zusammenarbeit mit Rußland in einer Form und einem Bereich, der lediglich den Bedürfnissen der Innenpolitik Chamberlains entspricht, läßt die unbillige Vermutung auskommen, als handele es sich hier nicht nur um die Verteidigung derjenigen Staaten, die durch die neuen Methoden der deutschen Politik bedroht sind, sondern einen ideologischen Kampf mit dem Hitlerismus, und daß das Endziel der Aktionen nicht der Friede ist, sondern die Hervorbringung eines Umsturzes in Deutschland. Wer die seit langem feststehenden Grundsätze der polnischen Politik kennt, kann nicht annehmen, die polnische Regierung werde sich zu so leichtsinnigen und gefährlichen Schachzügen des Herrn Chamberlain positiv einstellen.

Nach den Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre, in deren Verlauf England und Frankreich nicht nur keine einzige internationale Verpflichtung gehalten haben, sondern auch niemals instande waren, ihre eigenen Interessen auf gehörige Weise zu verteidigen, ist es völlig unmöglich zu glauben, irgendein Staat in Mittel- oder Osteuropa — wie ebenso auf der entgegengesetzten Seite Berlin—Rom — könnte auch nur einen einzigen englischen Vorschlag ernst nehmen, es sei denn, England schwingt sich zu Taten auf, die zweifellos und unabweisbar seinen Entschluß bestätigen, die Beziehungen zu Deutschland aufzugeben.

Hätte die englische Regierung einige Tage vor der Unterbreitung der vorgeschlagenen Deklaration in Warschau ihre Kriegsstärke mobilisiert wie die militärische Dienstpflicht eingeführt, und hätte die französische Regierung in größerem Umfang als bisher die Mobilisierung ihrer Armee angeordnet, dann hätte man sogar solche unzulänglichen englischen Vorschläge, wie die, die uns gemacht wurden, als einen Beweis für den aufrichtigen und ernstlichen Willen lokaler Zusammenarbeit ansehen können.

Da es jedoch gerade umgekehrt gekommen ist, muß man annehmen, alle von London unternommenen diplomatischen Verhandlungen werden so lange keine Aussicht auf Erfolg haben, bis sich die englische Regierung endlich zu dem Entschluß aufrafft, konkrete, präzisierbare Verpflichtungen zu übernehmen, die von realen Maßnahmen auf dem Gebiet der Streitkräfte, über die sie verfügt, unterstützt werden.

Traurig, ja fast tragisch ist es, daß es sich in der gegenwärtigen Situation nicht um die Interessen eines einzelnen Landes, sondern — ohne Übertreibung — um die Vermeidung eines katastrophalen kriegerischen Konflikts handelt. Zum Beispiel der Fall Polen. Ich kenne weder den Text des englischen Vorschlages noch die Absichten Hitlers. Ich mache mir jedoch auf Grund zweifelloser Aspekte meine eigenen Gedanken über die wirkliche Lage.

Die unvorsichtige, in der Form leichtsinnige, im Inhalt lächerhafte englische Initiative läßt die polnische Regierung zwischen der Kompromittierung der Beziehungen zu Deutschland oder dem Scheitern der Verhandlungen mit London wählen.

Im ersten Fall kann Hitler sich gezwungen sehen, uns gegenüber die Anwendung von Zwang zu versuchen, worauf wir nicht anders werden antworten können als bewaffnet. Hierdurch wird ein allgemeiner europäischer Konflikt entstehen, in dessen erster Etappe wir den Druck der ganzen deutschen Macht werden aushalten müssen.

Unsere gesamte Kriegsindustrie wird nicht nur bedroht sein, sondern wir können sie sogar verlieren. Hieraus werden sich schon zu Anfang des Konflikts nicht nur für uns, sondern ebenso für Frankreich und England die schlimmsten Bedingungen ergeben.

Im zweiten Fall wird das Scheitern der Verhandlungen mit London für Hitler ein Beweis der Unaufrichtigkeit und Schwäche der Politik Englands und Frankreichs sein und ihm zu neuen Expansionsunternehmungen in Ost- und Mitteleuropa aufmuntern, die früher oder später zur Katastrophe eines Krieges führen müssen.

Bei diesem Stand der Dinge ist es ebenso kindisch wie verbrecherisch, Polen für Krieg oder Frieden verantwortlich machen zu wollen.

Es muß ein für allemal festgestellt werden, daß die Verantwortung zum größten Teil bei Frankreich und England liegt, deren unsinnige oder lächerlich schwache Politik zu der Situation und zu den Ereignissen führte, in denen wir leben.

Wenn die englische Regierung dieses heute nicht einzieht, dann ist ein allgemein europäischer Konflikt, ja vielleicht sogar ein Weltkrieg unvermeidbar und muß schnell kommen, denn die Wahl des geeigneten Momentes liegt bei Hitler.

Botschafter Bullitt nahm sich meine Ausführungen sehr zu Herzen und bat mich, sie noch einmal zu wiederholen. Ich sah, daß er jeden Absatz im Gedächtnis festzuhalten suchte.

Später fragte er mich, ob wir ein gemeinsames Bündnis annehmen würden, wenn England und Frankreich uns morgen ein solches vorschlagen sollten. Ich antwortete, ich könne hierauf keine Antwort geben. Dagegen stellte ich fest, daß der Schwerpunkt nicht bei den Vorschlägen liege, die uns gemacht würden, sondern bei den tatsächlichen Maßnahmen, die in erster Linie England ergreifen müsse.

Botschafter Bullitt erklärte sich mit meinem Standpunkt völlig einverstanden. Am folgenden Tage, dem 25. d. M., teilte mir Botschafter Bullitt mit, er habe sich meine Anschauungen zu eigen gemacht und unter Ausnützung der ihm zustehenden Rechte dem Botschafter der Vereinigten Staaten in London, Kennedy, den Auftrag gegeben, sich am heutigen Sonnabend zu Ministerpräsident Chamberlain in seine Residenz zu begeben und ihm dieses alles unter kategorischer Betonung der Verantwortlichkeit der englischen Regierung zu wiederholen.

Am Sonntag, dem 26., erhielt Botschafter Bullitt in meiner Gegenwart von Botschafter Kennedy einen telephonischen Bericht über die Unterredung, die dieser mit Ministerpräsident Chamberlain gehabt hat. Hierüber habe ich Herrn Minister in einem Telegramm Bericht erstattet, das sofort nach meinem Aufenthalt bei Botschafter Bullitt ausgegeben worden war.

Ich verstehe, daß Botschafter Bullitt die Bedeutung der Erklärung, die von seinem Kollegen der englischen Regierung abgegeben wurden, sicherlich etwas übertrieben behandelt. Ich erachte es jedoch als meine Pflicht, Herrn Minister über alles oben Gesagte zu informieren, weil ich glaube, daß die Mitarbeit Botschafters Bullitt in so schwierigen und komplizierten Zeiten uns doch vielleicht gewisse Dienste erweisen kann. Es ist auf jeden Fall völlig sicher, daß er unseren Standpunkt reiflich teilt und zu einer so weit wie möglichen lokalen freundschaftlichen Zusammenarbeit bereit ist.

Um übrigens die Aktion des amerikanischen Botschafters in London noch zu verstärken, machte ich Botschafter Bullitt darauf aufmerksam, es sei nicht ausgeschlossen, daß die Engländer den Schritt der Vereinigten Staaten von Nordamerika zwar mit gut verborgener, aber dennoch mit Geringschätzung behandeln.

Er antwortete mir, ich habe wahrscheinlich recht. Dennoch aber seien die Vereinigten Staaten im Besitz von Mitteln, mit denen sie einen wirklichen Zwang auf England ausüben könnten. An die Mobilisierung dieser Mittel werde er ernstlich denken.

Der Botschafter der Republik Polen

(Anmerkung des Übersetzers: Die persönliche Unterschrift des Botschafters fehlt, da es sich um einen Durchschlag des Originalberichtes handelt. Der Durchschlag trägt auf der ersten Seite die Paraphse des polnischen Vizeministers Grafen Szebek.)

Dokument 12

Bericht des Polnischen Botschafters in London, Grafen Edward Raczyński, an den Polnischen Außenminister in Warschau vom 29. März 1939

Botschaft der Republik Polen

BR/WR-Rz. 1 BR/1j/146

London, den 29. März 1939

Geheim!

An den

Herrn Minister für Auswärtige Angelegenheiten

in Warschau

Politischer Bericht Rz. 7/1.

Die Haltung der britischen Regierung gegenüber der Krise. Das Verhältnis zu Polen. Unterredung mit Botschafter Kennedy

Der gewalttame Verlauf der letzten Phase der tschechischen Krise hat die hiesige öffentliche Meinung tief erschüttert und auch eine Entwicklung in der Haltung der hiesigen Regierung veranlaßt. Für die entschiedenen Gegner Hitler-Deutschlands

waren die letzten Ereignisse nur eine Bestätigung von Vorausgesehenem und ein Beweis mehr, daß ein energisches Vorgehen notwendig sei. Größere Bedeutung jedoch gemannen die tschechischen Ereignisse durch den Eindruck, den sie auf das hiesige „Versöhnungslager“ machten.

Dessen Anhänger vermieden in der Regel eine aufrichtigere Bekannntgabe ihrer Voraussichten und Hoffnungen. Sie beschränkten sich im allgemeinen darauf, zu erklären, daß Großbritannien sich auf die Verteidigung Westeuropas sowie natürlich des britischen Imperiums und der imperialen Verbindungslinien beschränken müsse. Mittel- und Osteuropa dagegen würden als deutsches Expansionsgebiet dienen, aus dem sich England, ohne großen Schaden zu erleiden, zurückziehen könnte.

Nicht laut ausgesprochene Argumente, aber doch vielleicht die wichtigsten dieses Lagers, könnte man in der Erwartung sehen, daß es Deutschland sehr schwer fallen werde, mit den ihm abgetretenen Gebieten fertig zu werden, und daß dank dieser Schwierigkeiten und dank des Gegenwärtigen zu Ruhland es an Ausdehnungsfähigkeit und Dynamik verlieren werde. Man sah voraus, daß es zu einem Krieg zwischen Rußland und Deutschland kommen werde, der beide schwächen werde, nicht ohne mittelbaren Vorteil für die Westmächte.

Der schnelle Lauf der Ereignisse, der Deutschland wertvolle, unblutige Beute verschaffte, zeigte die schwachen Seiten dieser Schlußfolgerung. Er wies auf die Tatsache hin, daß es im Grunde genommen eine Ausrede war, die den verantwortlichen Staatsmännern der Westmächte erlaubte, auf der Linie des geringsten Widerstandes zu gehen. Es tauchte eine ernste Beforgnis angesichts der Tatsache auf, daß Deutschland statt eines Kräfteverlustes infolge seiner Ostaktion eine zusätzliche Stärkung erfährt.

Aus diesem Bewußtsein ergab sich ein neuer Ton gegenüber Deutschland; er fand seinen Ausdruck in der politischen Presse Englands, übrigens im Einklang mit den Wünschen der Regierungsstellen. Nachdrücklich zufolge, die hier in diplomatischen und politischen Kreisen ausgetauscht werden, ist die Umgestaltung im Lager der „Versöhnung“ allerdings nicht vollkommen.

In diesem befindet sich nach allgemeiner Meinung Sir John Simon, den man für den Verfasser des Projektes einer gemeinsamen Erklärung Großbritanniens, Frankreichs, Polens und der Sowjetunion hält. Auch der Premier scheint trotz des entschiedenen Tones seiner letzten Reden nicht mehr frei von Zweifeln an einem Gewinn der mit München begonnenen Partie zu sein.

Dieses Schwanken scheint sich vor allem auf das Verhältnis Englands zu Polen zu beziehen. In der defaitistischen bzw. versöhnlichen Theorie, die oben angeführt wurde, war für uns anscheinend kein klar umgrenzter Platz. Jetzt angesichts der schnellen deutschen Erfolge, die nur durch Druck erreicht wurden, beginnt man hier zu fürchten, daß auch Polen mit einem Kompromiß mit Deutschland enden werde, das dann diesem eine schnelle Sprengung Rußlands ermöglichen würde.

Man beunruhigte sich mit dem Gedanken, daß bei einer solchen Entwicklung die Reihe auch an den Westen läme, und dann der deutsche Druck nicht zurückzuweisen wäre. Diese Schlußfolgerung spricht dafür, daß die englisch-polnischen Beziehungen Aussicht haben, inniger zu werden. Außerdem hat sich noch ein erster Grund dafür geltend gemacht, das Vorgehen Englands mit uns in Verbindung zu sehen: das war das sich herausbildende Bewußtsein, daß Polen, abgesehen von den Sowjets, doch wohl der einzige Faktor in Osteuropa ist, der volle politische Unabhängigkeit, äußere und innere Beziehungen, die selbständige Entschlüsse erlauben, aufzuweisen hat.

Die Schule der „versöhnlich Gesinnten“ strebt bekanntlich nach einer Beschränkung der englischen Einflußnahme auf das östliche Mittelmeer und auf die Verteidigung der Dardanellen, die den Zugang zum Schwarzen Meer sichern. Indessen stellt es sich doch heraus, daß auf der Balkanhalbinsel, also auf dem Vorlande der Türkei, eine von Drohungen nicht freie Lage besteht, und daß die politische Mobilisierung der Staaten der Balkanenteile den Wünschen Englands gemäß und unter seiner Leitung auf große Schwierigkeiten stößt.

Aus allen oben angeführten Möglichkeiten und anderen, die ich der Kürze halber übergehe, wählte die englische Regierung den Vorschlag einer gemeinsamen Erklärung Englands, Frankreichs und Polens und der Sowjets, um sich an uns zu wenden. Da aber innerhalb der Regierung regelmäßig bis in die letzten Tage Divergenzen und Zweifel hinsichtlich der Zweckmäßigkeit dieser altiven Methode herrschten, hat man die nicht sehr lebendige, aber dafür weniger bindende Form einer Erklärung allgemeiner Natur gewählt und hat sie in einem Stil abgefaßt, der viele Deutungen zuläßt.

Einen Beweis dafür, daß die daraus sich ergebende innere Schwäche hier gut verstanden wird, kann man in dem Umstand sehen, daß die der Unterzeichnung eines solchen Dokumentes abgeneigte Haltung Polens hier keine große Verwunderung hervorrief, und um so weniger besteht ein Anspruch darauf, die polnische Politik zu leiten.

Noch ein Umstand verlangt beleuchtet zu werden, soweit mir das in diesem Augenblick möglich ist. Das ist der Stand der englisch-russischen Beziehungen. Wie ich schon Gelegenheits hatte, Ihnen, Herr Minister, aus Anlaß der Abreise von Herrn Hudson nach Warschau und Moskau zu berichten (Nr. 57/tj/123 vom 10. d. M.), hoffte man englischerseits schon damals sehr auf eine politische Zusammenarbeit mit den Sowjets.

Sowjetischerseits dagegen trug man einen Mangel an lebhafterem Interesse zur Schau. Sinerzeit erklärten sich die Sowjets damit einverstanden, die gemeinsame Erklärung zu unterzeichnen. Sie taten das unter bisher nicht ganz geklärten Bedingungen. Sie machten anscheinend ihre Unterzeichnung von der Teilnahme Polens abhängig*).

Es ist nicht bekannt, ob die englische Regierung sich an Moskau wandte wegen einer Unterzeichnung zu dritt mit Frankreich, und ob man dort dazu nicht bereit war. Jedenfalls mehrten sich in den letzten Tagen die Spuren, die darauf hinweisen, daß das Verhältnis weniger herzlich ist als vor sehr kurzer Zeit im Zusammenhang mit der englischen Initiative. Auf diesen Punkt werde ich noch bei meiner Unterredung mit Botschafter Kennedy zurückkommen.

Hier möchte ich nur hinzufügen, daß Botschafter Rajssij, dem ich oft auf den Empfängen zu Ehren des Präsidenten Lebrun begegnete, kaum verhehlte, daß er äußerst zufrieden mit dem letzten Verlauf der Ereignisse sei, gleichzeitig zeigte er sehr viel Selbstsicherheit. Das Element des Schwankens in der hiesigen Regierung wurde nach außen hin bei der Rekrutierungsangelegenheit deutlich, die schon seit einigen Monaten der Gegenstand hitziger Kontroversen ist.

Angesichts der ziemlich großen Verstärkung der Stäbe der regulären und der Territorialarmee erklärten die hiesigen Sachverständigen die Abneigung der Regierung, das Gesetz über die Rekrutierung einzubringen, mit technischen Rücksichten. Sie behaupten, diese Maßnahme würde für die nächste Zukunft nur symbolisch-demonstrative Bedeutung haben, aber nicht den Aufbau der Armee im Frieden erleichtern, sondern eher erschweren.

Abgesehen von dem Wert dieser Erklärungen scheint das Schwanken von Herrn Chamberlain vor allem aus seiner Abneigung hervorzugehen, die der Rekrutierung widerstrebenden Gewerkschaften gegen sich aufzubringen und dadurch Meinungsverschiedenheiten im Parlament, das jetzt fast einmütig ist, hervorzurufen. Statt das Rekrutierungsgesetz einzubringen, hat der Premier einstweilen im Unterhaus eine Verdoppelung der sogenannten Territorialarmee bis zu der Zahl von 940 000 Mann angefündigt.

Meine Unterredung mit Botschafter Kennedy

Diese Beurteilung der hiesigen Lage bildete den Hauptinhalt der Unterredung, die ich gemäß Ihrem Auftrage, Herr Minister, den Herrn Direktor Lubiencki übermittelte, am 28. d. M. mit dem amerikanischen Botschafter, Herrn Kennedy, hatte.

Ich fragte Herrn Kennedy gerabegzu nach dem Gespräch, das er kürzlich mit Herrn Chamberlain über Polen geführt haben soll. Herr Kennedy war überrascht und erklärte kategorisch, daß ein derartiges Gespräch von besonderer Bedeutung nicht stattgefunden habe. Gleichzeitig und indem er diese Versicherung gewissermaßen in Abrede stellte, brachte Herr Kennedy seine Anzuträbenheit darüber zum Ausdruck, daß seine Kollegen in Paris und Warschau, „die nicht so wie er imstande seien, sich ein Bild von der Lage in England zu machen“, so dreist darüber redeten.

Da ich sah, daß ich auf diesem Wege nicht viel erreichen würde, brachte ich das Gespräch auf die jetzige Lage und regte den Botschafter dazu an, die Bereitschaft Englands zu einem bewaffneten Auftreten zu beurteilen. Über diesen Teil des Gesprächs habe ich Ihnen, Herr Minister, schon telegraphisch berichtet. Herr Kennedy, der zu verstehen gab, daß seine Ansicht sich auf eine Reihe von Gesprächen mit

*) Im Foreign Office hat man mich so unterrichtet, die Sowjets dagegen leugnen das ab. Es findet hier anscheinend eine kasuistische Deutung statt: die Einladung wurde an die vier Staaten gerichtet, und die Sowjets nehmen, wie sie behaupten, sie ohne irgendwelche Bedingungen an. Sie nehmen sie allerdings nur in dieser Form und mit der Teilnahme, die der englische Vorschlag vorsieht, an.

hiesigen maßgebendsten Stellen stüfte, erklärte, überzeugt zu sein, daß, sollte Polen sich zum bewaffneten Widerstand gegen Deutschland entschließen, insbesondere auch hinsichtlich Danzigs, es dann England nach sich ziehen werde.

Das werde, wie Herr Kennedy mit Nachdruck unterstrich, nicht das Ergebnis größerer Verzweifelt sein, als sie England bisher für uns übrig hatte, das werde auch kein willig oder mit Zufriedenheit gefaßter Entschluß sein, sondern sich nur aus einer politischen Notwendigkeit ergeben.

Sollte dagegen Polen selbst unentschlossen sein, dann würden, wie der Botschafter meint, die versöhnlichen Elemente in der Regierung das benutzen, um Großbritannien zu einem Verzicht auf eine Festlegung bei uns zu veranlassen. Herr Kennedy ist der Ansicht, daß in der hiesigen Regierung auch weiterhin noch Zweifel daran bestehen, daß Polen tatsächlich unwiderruflich entschlossen ist, sich hinsichtlich Danzigs zu widersetzen. Bei den hiesigen blühschnell sich verändernden Bedingungen müßten Versicherungen dieser Art notwendigerweise oft wiederholt werden.

Ich schnitt darauf die russische Frage an. Herr Kennedy war ziemlich zurückhaltend und wollte sich offenbar auf keine Erörterung über das englische Vorgehen gegenüber Moskau einlassen (und auch nicht auf die Schwierigkeiten, auf die dieses Vorgehen stoßen könnte?). Er beschränkte sich auf die charakteristische Äußerung, die englische Regierung lege ihrem Zusammengehen mit Polen größere Bedeutung bei als dem mit Rußland*).

Dieses Zusammengehen sei für die englische Regierung jedenfalls ein wesentlicher Ausgangspunkt für ein etwaiges weiteres Vorgehen.

Soweit hörte ich von Herrn Kennedy selbst. Dagegen laufen unter den hiesigen Journalisten Gerüchte um, nach denen der Botschafter tatsächlich in den letzten Tagen mit dem Premier über Osteuropa gesprochen hat. Bei dieser Gelegenheit soll er, wie behauptet wird, betont haben, daß die Sympathien Amerikas für England im Falle eines Konfliktes in hohem Maße von der Entscheidung abhängen werden, mit der sich England der europäischen Staaten annehmen werde, die von Deutschland bedroht sind.

Edward Karczynski,
Botschafter der Republik Polen

Dokument 13

**Bericht des Polnischen Botschafters in Stockholm, G. Potworowski, an den
Polnischen Außenminister in Warschau vom 15. April 1939**

Gesandtschaft der Republik Polen in Stockholm

Nr. 12/35

Stockholm, den 15. April 1939

Vertraulich

An den

Herrn Minister für Auswärtige Angelegenheiten

in Warschau

Unter Bezugnahme auf den Bericht vom 8. April d. J., Nr. 12/34 teilt die Gesandtschaft mit, daß weitere Nachrichten über den Aufenthalt des Ministers Hudson in Stockholm besagen, daß er hier keine größeren Erfolge erzielt hat.

Minister Hudson hat anscheinend allzu wenig Geschicklichkeit in den hier geführten Gesprächen bewiesen und sogar die hiesigen Wirtschaftskreise gegen sich verstimmt.

Wie mir ein hervorragender Vertreter der hiesigen Finanzwelt mitgeteilt hat, sondierte Hudson ebenfalls den Boden in bezug auf das Verhalten der Schweden im Kriegsfall, wobei er suggerierte, es sei notwendig, alle Rohstofflieferungen an Deutschland einzustellen.

Die Schweden gaben ihm daraufhin zu verstehen, daß sie die Neutralität zu bewahren wünschten, und daß, wenn im Kriegsfall die Ostsee von Deutschland beherrscht werden würde, sie sich dem nicht entziehen könnten, ihm Erze zu liefern. Die Lage wäre natürlich anders, wenn die Engländer die Ostsee beherrschten.

Auf einer Pressekonferenz hat Hudson angeblich mit Nachdruck betont, daß es notwendig sei, die englische Einfuhr nach Schweden zu erweitern, wobei er zu ber-

* Diesen Gesichtspunkt fand ich zum erstenmal in der heutigen Presse, in einigen Artikeln, die den Bereich und die Ziele der englischen diplomatischen Offensive besprechen.

stehen gab, daß, wenn die Arbeiten der vorgesehenen Abordnung der Wirtschafts-treize ohne Ergebnisse blieben, England eine Revidierung des Handelsvertrages in Erwägung ziehen müßte. Diese Aussicht schrecke jedoch die Schweden nicht, erklärte mir mein Gesprächspartner. Dieser Vertrag sei seines Erachtens nicht so sehr vor-teilhaft. Er enthalte vor allem für die Schweden beschwerliche Klauseln in bezug auf Kohle, die sie woanders billiger kaufen könnten; die Schweden machten sich keine Sorgen um den Absatz der Waren, die jetzt den Engländern verkauft werden.

Diese könnten allerdings z. B. die Zollsätze auf Stahl oder Zellulose erhöhen, aber diese Ergebnisse seien in der Ausfuhr nach England ein verhältnismäßig kleiner Posten; übrigens seien die Schweden überzeugt, daß die Waren, die England nicht nehmen würde, zumal landwirtschaftliche Erzeugnisse, sich ohne Schwierigkeiten in Deutschland unterbringen ließen, mit dem sie überhaupt sehr gut und ordentlich Handel treiben könnten. Zu der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach Eng-land müßten sie sowieso zugahen, während sie in Deutschland dafür höhere Preise erhalten könnten.

Die kritische Einstellung der hiesigen Wirtschaftswelt zu dem Auftreten Hudsons bestätigt auch ein Aufsatz des bekannten Wirtschaftsfachmanns W. Cassel in „Svenska Dagbladet“ vom 8. April. Dieser Artikel verdient ebenso aus demselben Aufmerksam-keit, weil er, was die polnisch-schwedischen Handelsbeziehungen angeht, gegen Schweden gerichtet ist.

Cassel erklärt nämlich, daß die Tatsache der Passivität der schwedisch-englischen Handelsbilanz für England nicht auf eine allzu einfache Weise interpretiert werden kann. Die Struktur des internationalen Handels bewirkt nämlich, daß der Über-schuß an Pfunden (Sterling), die Schweden in England erhalten hat, zum Ankauf von Waren in anderen Ländern verwandt wird, die für die gleichen Pfunde wiederum englische Waren kaufen.

Die Schweden würden gern in London über eine Vergrößerung der schwedischen Einkäufe in England beraten. Aber der Erfolg dieser Aktion werde auch vom guten Willen der englischen Exporteure abhängen. Andererseits kaufen die englischen Importeure die für sie nötigen Waren in Schweden nicht etwa aus Liebe zu den Schweden, sondern deshalb, weil sie gut und billig sind. Im Zusammenhang hiermit beendigt Professor Cassel den Artikel wie folgt:

Aus den Forderungen, die von England gestellt werden, kann Schweden jedoch manches lernen. Unsere dauernden Bemühungen, andere Länder geneigt zu machen, schwedische Waren zu kaufen, die wir ihnen lediglich mit Hilfe von finanziellen Subventionen verkaufen können, stellen selbstverständlich eine gefährliche Abweichung von einer gesunden Wirtschaft dar. Dieser subventionierte Export belastet ständig unsere Verhandlungen über Handelsverträge und bildet für das Land, das diesen Export annimmt, den Ausgangspunkt zu ständig wachsenden Forderungen nach Ver-größerung seines Exportes nach Schweden. Diese schädliche Seite unserer Subven-tionspolitik wird häufig bei uns vergessen. Sie wurde durch die letzte Probe Eng-lands aktualisiert, welches sich bemühte, seine Kraft als großer Importeur zur Erwerbung eines größeren Marktes in Schweden auszunutzen.

„Böteborgs Handels- och Sjöfarts Tidning“ vom 12. April kommentiert diesen Artikel Cassels und teilt seine Ausführungen. Die Schrift hält den Engländern be-sonders vor, daß der größte Teil ihres Imports aus Schweden aus für ihre In-dustrie wichtigen Rohstoffen und Halbfabrikaten besteht, wie Holz und Papier-mengen, und daß sie diese Dinge bedürfnishafter und nicht aus Höflichkeit kaufen; was jedoch den subventionierten Export von Wollfaserprodukten, besonders von Wutter, angeht, die die Engländer dank der Subvention zu einem Preise erhalten, der 60 v. H. niedriger ist wie der, den die schwedischen Konsumenten zahlen, so gäbe es nichts Leichteres, wenn den Engländern dieses Geschenk Kopschmerzen mache, als die Passivität der Handelsbilanz Englands um den Import aus Schweden zu ver-tingern.

Die Zeitung, die von Anfang an diese Subventionen als eine für die schwedische Wirtschaft schädliche und belastende Form der Unterstützung der Landwirtschaft und Wollfaserproduktion bekämpft hat, ist der Ansicht, daß es der schwedischen Landwirt-schaft dienlich sein könnte, wenn die Subventionen für den Export von Wutter be-seitigt und die Preise für die Inlands-Konsumtionen erniedrigt würden und wenn die Produktion auf andere Bahnen gelenkt werden könnte.

Gesandter der Republik Polen
W. Kotworowski

Aufzeichnung des polnischen Handelsrats Jan Wjelaski über eine Unterredung mit dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in London, Joseph Kennedy, vom 16. Juni 1939

Geheim!

Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter in London, Herrn Kennedy, 16. Juni 1939

Botschafter Kennedy, den Botschafter Biddle von meiner Ankunft in London benachrichtigt hatte, bat mich um einen Besuch. Der Besuch dauerte drei Viertelstunden.

Von diesem verdient das Folgende bemerkt zu werden:

1. Bei Beginn fragte mich der Botschafter, wie man in Polen die Wirtschaftslage Deutschlands beurteile, wobei er selbst betonte, daß seines Erachtens Deutschland noch längere Zeit hindurch die Welt mit Rüstungsausgaben ruinieren könne, und daß es eigentlich keine andere Alternative habe als den Krieg.

Seiner Meinung nach wäre eine Abkehr Deutschlands von seiner Politik, auch von der Finanz- und Wirtschaftspolitik, daselbe wie ein verlorener Krieg Deutschlands. Der Krieg dagegen gäbe diesem zumindest eine gewisse Aussicht, seine Forderungen mit Gewalt durchzusetzen, und angesichts dessen werde es, in die Enge getrieben, vor ihm nicht zurückzucken.

Mit einer gewissen Geringschätzung äußerte er sich über die Optimisten, die meinten, Deutschland könne leicht oder schnell bezwungen werden, oder die mit einem schnellen Umsturz in Deutschland rechneten.

2. Der Botschafter führte mit Nachdruck aus, daß der Westen einem Vanerott entgegengehe, wenn der heutige Stand der Rüstungen noch lange dauern werde. Selbst wenn es in diesem Jahr nicht zu einem Krieg käme, würden weder Großbritannien noch die Vereinigten Staaten ihr Rüstungsprogramm unterbrechen oder beschränken.

Infolgedessen habe Großbritannien schon im stillen Devisenbeschränkungen eingeführt, es sei schon nicht mehr möglich, englisches Kapital im Ausland ohne Genehmigung der Regierung anzulegen oder in andere Länder zu transferieren. Jeder Tag bringe neue derartige Schwierigkeiten und Beschränkungen.

3. Im weiteren Verlauf der Unterredung fragte mich der Botschafter über die Lage in Polen und über unsere Bedürfnisse aus. Das gab mir Gelegenheit, längere Ausführungen darüber zu machen. Der Botschafter sagte, daß wir das einzige Volk in Osteuropa seien, auf dessen Rüstungen nicht nur, sondern auch auf dessen militärischen Wert man mit ganzer Gewisheit rechnen könne.

Er fürchte an, es habe sich seines Erachtens in Spanien erwiesen, daß die polnischen Freiwilligen auf der republikanischen Seite bessere Soldaten waren als alle anderen zu beiden Seiten der Front. Er fragte, was wir von den Engländern an Material und auf finanziellem Gebiet wollten. Darauf antwortete ich mit einer allgemeinen Skizze, wobei ich bis zu einem gewissen Grade die einleitende Erklärung des Obersten Roe gegenüber den Engländern vom Tage vorher gebrauchte.

Besonders lenkte ich die Aufmerksamkeit auf den Kredit in bar. Der Botschafter fragte mich, wieviel Bargeld wir von den Engländern wollten. Ich antwortete darauf, daß wir ihnen unsere Bedürfnisse in dieser Hinsicht darlegten. Eine Addition dieser jetzt gemeinsam festgelegten Bedürfnisse werde dann die Gesamtsumme an Bargeld ergeben.

Der Botschafter stimmte zu, daß der Schwerpunkt auf dem Bargeld liege, und äußerte dabei, daß, wenn die Engländer jetzt ihre Hilfe in dieser Hinsicht beschränkten, sie später, um dieselben Wirkungen zu erzielen, zehnmal so viel herausgeben müßten. Er fügte hinzu, daß er den Premierminister und Lord Halifax sehe und ihnen gegenüber auf der Notwendigkeit bestehen würde, Polen sofort mit Bargeld zu helfen.

4. Abschließend sagte mir der Botschafter, daß seine beiden Söhne, die leßthin ganz Europa bereist und viel hätten sehen und lernen können, beabsichtigten, nach ihrer Rückkehr in die Staaten an der Harvard-Universität eine Reihe von Vorträgen über die Lage in Europa und in den einzelnen Staaten zu halten.

Diesen Vorträgen, als einem Element, das mit die amerikanische öffentliche Meinung bildet, mißt der Botschafter große Bedeutung bei. „Sie glauben nicht“, sagte der Botschafter, „in welchem Maße mein ältester Junge, der kürzlich in Polen war, das Ohr des Präsidenten hat. Ich würde sagen, daß der Präsident ihm mehr glaubt als mir. Vielleicht deswegen, weil Joe die Sache mit solcher Überzeugung und mit solchem Enthusiasmus darstellt.“

In der nächsten Woche soll ich den Botschafter wiedersehen und mit seinem Sohn zusammenkommen.

Jan Wjelaski,
Wirtschaftsrat

Dokument 14

Bericht des Polnischen Botschafters in London, Grafen Edward Raczyński, an den Polnischen Außenminister in Warschau vom 26. April 1939

AB/ME-No. 1/SE-Sow/191
Botschaft der Republik Polen in London

London, 26. April 1939
Geheim!

An den

Seren Minister für Auswärtige Angelegenheiten
in Warschau

Politischer Bericht Nr. 10/8

Englisch-sowjetische Beziehungen

Die Ereignisse der letzten Wochen haben ein Interesse für die Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion auf die Tagesordnung gesetzt. Daher scheint es zweckmäßig, ihre Entwicklung in den vergangenen Monaten zu schildern und Äußerungen der Leiter der britischen Politik darüber, die gewöhnlich unter dem Druck aggressiver Fragen der Opposition gemacht wurden, zusammenzustellen.

In den letzten Jahren wünschte die britische Regierung, obwohl sie keine Sympathie für das Sowjetregime hegte, korrekte Beziehungen zur Sowjetregierung zu unterhalten, wobei sie jedoch jede engere Verbindung mied. Als 1938 Minister Eden Moskau besuchte, stellte das damals herausgegebene Communiqué fest, daß „in keiner grundsätzlichen Frage der internationalen Politik ein Widerspruch zwischen den Interessen der britischen und denen der Sowjetregierung besteht“.

Als Herr Chamberlain an die Macht kam, der zum Unterschied von seinem Vorgänger seinen eigenen Standpunkt zur Außenpolitik hatte und nach einer Verständigung der vier Westmächte strebte, wurde nicht nur eine stärkere Bindung an die Sowjets unmöglich, sondern man sah auch unwillig auf die allzu weitgehende prosovjetsche Politik der französischen Regierung. Diese grundsätzliche Haltung wurde selbst in den Tagen der tschecho-slowakischen Septemberkrise nicht geändert.

Wochenlang unterhielt die englische Regierung keine Verbindung mit dem Sowjetbotschafter, ja dieser war sogar im September meist abwesend von London. Um so größere Verwunderung erregte daher dann die bis heute noch nicht ganz geklärte Angelegenheit des Communiqués des Foreign Office vom 26. September abends, in dem es hieß, daß, wenn Frankreich wegen seiner Verpflichtungen in Mitteleuropa in einen Krieg verwickelt würde, es an seiner Seite Großbritannien und Rußland fände. Nach diesem unerhofften „Hervorspringen“, das eher aus einer Stimmung des Augenblicks als aus einem überlegten und durchdachten Plan hervorging, wurden die Beziehungen kühler — die sowjetische Kritik an der „Münchener“ Politik und die Erwartung der Engländer, der deutsche Ausdehnungszwang werde sich nach Osten richten.

Die britische Presse widmete damals dem „ukrainischen Problem“ viel Raum und ließ durchblicken, daß dieses Gebiet nicht in der Sphäre der britischen Lebensinteressen liege. Sogar die Äußerungen von Regierungsvertretern hielten sich auf dieser Linie.

Eine neue Etappe entstand in dem Augenblick, als nach einer gewissen Stagnation und Desorientierung in der Zeit nach der Krise und nachdem man zu der Überzeugung gelangt war, die Politik der „Entspannung“ mit Deutschland habe keine Aussicht auf schnelle Verwirklichung — wie es scheinen konnte, als Herr Chamberlain von seinem letzten Besuch beim Reichskanzler zurückkehrte und verkünden konnte, er habe „peace in our time“ erlangt —, die britische Regierung größere Initiative zu zeigen begann und sich einen günstigeren Boden für mögliche Verhandlungen mit Deutschland vorbereitete, worauf man fast bis zum Augenblick des Ausbruchs der Märzkrise rechnete.

Die Gesten gegenüber Rußland haben damals eher den Charakter einer Kundgebung als wirklicher politischer Schachzüge (z. B. der demonstrative Besuch des Premiers Chamberlain in der Sowjetbotschaft), dennoch soll die Einbeziehung Moskaus in die Route des Ministers Sadson der Ausdruck eines nicht nur wirtschaftlichen Interesses an Rußland sein.

Allerdings ändert sich die grundsätzliche Einstellung nicht sehr: korrekter, wenn auch keineswegs herzlicher Beziehungen und der Wille, sie auf derselben Temperatur zu halten. Die Opposition zwar, die die Schaffung einer „antiaggressiven“ Front der „demokratischen“ Staaten verlangt, wünscht eine größere Annäherung an Ruß-

land; derartige Tendenzen sind sogar bei einigen Mitgliedern der konföderativen Partei vorhanden, die einen Entscheidungskampf mit Deutschland wünschen (Churchill, Duff-Cooper). Jedoch unterstützt die Mehrheit der Partei diese Anschauungen nicht.

Die tschechische Märzkrise schafft eine neue Lage. Die sowjetischen Vorschläge, eine Konferenz der interessierten oder von der weiteren deutschen Aggression „bedrohten“ Staaten einzuberufen, können sich nicht behaupten. Ebenfalls fällt aus den bekannten Gründen der englische Vorschlag einer gemeinsamen Erklärung der Vier-Mächte weg. In diesem Zeitabschnitt nehmen die beiden Regierungen verhältnismäßig häufig Fühlung miteinander, wenn jedoch die britische Regierung ihre Versuche einer Beeinflussung aufgibt und sich entschließt, Polen die Garantie zu geben, dann wird diese Verbindung abgebrochen und damit große Unzufriedenheit der Sowjets hervorgerufen. Der hiesige Botschafter gibt allen zu verstehen, daß er en écart gehalten werde und beklagt sich vor den Vertretern der Opposition über diese Behandlung*). Zwei Stunden vor der Abgabe der bekannten Erklärung des Premiers vom 31. März wurde Botschafter Rajstij über ihren Inhalt unterrichtet.

Die Erklärung, die von der Opposition bejahend aufgenommen wurde, regte allerdings sofort zu der Frage nach der Rolle an, die man den Sowjets zuerkennen beabsichtigte.

Der Ministerpräsident antwortete darauf:

„Die Regierung halte mit verschiedenen anderen Mächten Konsultationen ab, u. a. natürlich auch mit der Sowjetregierung. Lord Halifax habe heute früh den sowjetischen Botschafter empfangen und mit ihm eine eingehende Diskussion über dieses Thema gehabt. Es gäbe keinen Zweifel darüber, daß die Prinzipien, auf Grund derer man gegenwärtig handle, von dieser Regierung vollkommen verstanden und gewürdigt würden.“

Auf die Frage der Opposition, ob der Premier die Versicherung geben könne, daß es zwischen Großbritannien und der Sowjetunion keine ideologischen Hindernisse gebe, antwortete Herr Chamberlain: „Yes, I have no hesitation in giving that assurance.“ In der Debatte am 3. April wird die russische Frage erneut von der Opposition angegriffen. Der Premier wird dadurch veranlaßt, während seiner Rede folgende Erklärung abzugeben:

„Ich habe nicht die Absicht, heute diejenigen Regierungen zu nennen, mit denen wir gegenwärtig oder in nächster Zukunft über die Situation beraten wollen. Ich muß jedoch die Sowjetunion erwähnen, da ich mir darüber klar bin, daß die UdSSR immer in den Gedanken der Oppositionsmitglieder vorhanden ist und daß diese noch argwöhnen, sog. ideologische Verschiedenheiten könnten uns in dem trennen, was sonst im Interesse beider Länder wäre. Ich werde mich nicht bemühen, auch nur einen Augenblick zu behaupten, derartige ideologische Unterschiede beständen nicht; sie verbleiben unverändert. Aber, unser Standpunkt ist, wie ich das schon in meiner Antwort auf eine Frage am vergangenen Freitag gesagt habe, der, daß ideologische Verschiedenheiten, ganz gleich welcher Art, keinen Einfluß auf solche Angelegenheiten haben können. Das, was uns gegenwärtig angeht, ist die Erhaltung unserer Unabhängigkeit. Wenn ich aber von unserer Unabhängigkeit spreche, so meine ich nicht nur die Unabhängigkeit unseres Landes, sondern auch die anderer Staaten, welche von einer Aggression bedroht werden könnten. Aus diesem Grunde begrüßen wir auch ohne Rücksicht auf die inneren Regierungsformen die Mitarbeit eines jeden Staates, nicht, weil wir eine Aggression bezwedern, sondern weil wir uns ihr entgegenstellen wollen.“

Seinerseits bestätigt Lord Halifax am gleichen Tage im Oberhaus folgendes:

„Die Konsultationen werden weiterhin geführt, und ich bin nicht imstande, mich gegenwärtig über sie endgültig auszusprechen. Ich kann jedoch sofort sagen, daß die Regierung S. W. sich vollkommen über die Bedeutung des Standpunktes der Sowjetregierung klar ist und auf gute Beziehungen zu dieser Regierung Wert legt. Ich kann jedoch nicht die Tatsache vergessen, daß die Beziehungen gewisser Staaten zu Rußland durch spezielle Bedingungen kompliziert sind, obwohl ich das Haus versichern darf, daß, was die Regierung S. W. angeht, diese Schwierigkeiten nicht bestehen.“

*) Der sozialistische Abgeordnete Dalton behauptete in einer Unterhausrede vom 1. April, daß zwischen dem 19. und 31. März keine Verbindung zwischen dem Sowjetbotschafter und dem britischen Außenminister bestanden habe. (Es folgt ein Zitat.)

Die Ereignisse in Albanien rufen die Notwendigkeit hervor, das Parlament während der Ferienzeit auf einen Tag, und zwar am 13. April, einzuberufen. Der Premier eröffnet die Debatte, in der er nach Darlegung der internationalen Lage von dem Beschluß Mitteilung macht, Rumänien und Griechenland eine Garantie zu erteilen. Er erwähnt die russische Stellungnahme jedoch nicht.

Erst gegen Ende der Rede, als von seiten der Opposition Rufe laut wurden: „What about Russia?“ gibt er seiner Hoffnung Ausdruck,

„daß die Tatsache, daß er Rußland nicht erwähnt habe, von der Opposition nicht etwa als Beweis dafür aufgefaßt werde, Großbritannien unterhielte keine engen Beziehungen zu den Vertretern dieses Landes. Man habe eine sehr schwierige Aufgabe zu erfüllen. Man müsse nicht nur das Berücksichtigen, was man selbst wünsche, sondern auch das, was die anderen Partner tun wollen. (Who have to consider not only what we wish, but what other people also are willing to do.)“

Diese Worte können sowohl auf die polnischen und rumänischen Vorbehalte wie auf den Standpunkt Rußlands Bezug haben.

Erst als Sir John Simon auf die zahlreichen, ihm während der Debatte gestellten Fragen antwortete, besprach er ausführlicher die Verhältnisse zu Rußland:

„Ich komme jetzt auf Rußland zu sprechen. Ich möchte im Namen der Regierung in dieser Frage eine möglichst klare Aufklärung geben. Ich muß mit der Feststellung beginnen, daß auf unserer Seite nicht im geringsten der Wunsch besteht, Rußland auszuschließen oder sich der russischen Hilfe für den Frieden zu entäußern. Schon gleich vom Beginn unserer neuen Politik an strebten wir nach einer raschen Gewinnung der russischen Mitarbeit. Gleich nach der Einnahme der Tscheko-Slowakei durch Deutschland wandten wir uns an die russische Regierung mit der Bitte, sich der Vier-Mächte-Erklärung anzuschließen. Die russische Regierung antwortete sogleich, daß sie sich damit einverstanden erkläre, an der Vier-Mächte-Erklärung teilzunehmen, wenn nur Frankreich und Polen diesen Vorschlag annehmen würden. Wir kommen jetzt zu einem delikaten Punkt, denn wie dem Hause bekannt ist, ließ sich dieses Projekt leider nicht verwirklichen, und wir waren gezwungen, eine andere Methode einzuschlagen, obwohl wir noch denselben Zweck verfolgten. Dann trat Rußland mit dem Vorschlag einer Konferenz der Mächte hervor. Die Einwendungen der britischen Regierung ergaben sich nicht aus der Tatsache, daß der Vorschlag von russischer Seite ausging: Ihre Stellungnahme hierzu erfolgte vielmehr auf Grund einer Einstellung aus rein praktischen Motiven. ... Es ging darum, die raschste und am meisten Erfolg versprechende Methode zur Erlangung eines Einverständnisses unter den interessierten Staaten zu finden. Bei der Einberufung solch einer Konferenz würden sich viele Schwierigkeiten ergeben, aber zweifellos würden wir uns bemühen, sie zu überwinden, wenn wir der Überzeugung wären, daß dies die beste Methode darstellt. ... Die letzten Ereignisse in Europa im März und April mußten notwendigerweise in einer Reihe von Ländern Unruhe hervorrufen, und zwar deswegen, weil sie ihre Unabhängigkeit für bedroht hielten und weil dieses sich ungewöhnlich rasch entwickeln könne. Es kann sich nämlich dabei nur um Tage und Stunden handeln. Um sich dieser Gefahr zu widersetzen, nicht hinter dem Rücken Sowjetrußlands bzw. in der Absicht, von dessen Hilfeleistung keinen Gebrauch zu machen, sondern weil wir Fragen gegenüberstanden, die keinen Aufschub erduldeten und weil wir im vollen Einverständnis mit der französischen Regierung handelten, fühlten wir uns verpflichtet, alles dazu zu tun, um das Vertrauen wiederherzustellen, deshalb gaben wir die Versicherung ab, die dem Hause schon bekannt ist. Wir nahmen nämlich gegenüber den Staaten, deren Unabhängigkeit durch ihre jeweilige Gefährdung bedroht war oder bedroht sein konnte, besondere Verpflichtungen auf uns. Während dieser Verhandlungen blieben wir in engem Kontakt mit der russischen Regierung. Am 29. März teilten wir dem russischen Votschafter mit, daß es uns nicht zweckmäßig zu sein scheine, den Gedanken einer Erklärung der vier Mächte weiter aufrechtzuerhalten und daß wir deshalb auf eine andere Linie des Vorgehens übergegangen seien.

Der russische Votschafter wurde über die allgemeinen Umrisse dieser neuen Methode informiert, die wir uns überlegt hatten und die dazu führte, daß wir gemeinsam mit Frankreich, Polen und Rumänien Garantien gaben. Der russische Votschafter erkannte an, daß dies eine revolutionäre Umänderung in der britischen Politik darstelle und daß es in hohem Maße zur Aufrechterhaltung des Vertrauens in anderen Ländern beitrage. Während der Unterredungen wurde ihm offen zu verstehen gegeben, daß wir keineswegs die Absicht hätten, eine Hilfeleistung der russischen Regierung auszuschließen, wenn diese nur bereit sei, sie in möglichst zweckentsprechender und effektiver Weise zu erteilen. Die sich damals ergebenden Um-

stände zwangen den Premierminister, eine Erklärung über Polen abzugeben. Bevor diese aber abgegeben wurde, wurde der russische Botschafter von ihrem Inhalt informiert. Der Botschafter sagte am 31. März dem Staatssekretär, daß die russische Politik neuerdings von Herrn Stalin als eine Politik der Hilfeleistung gegen die Aggression für diejenigen, welche für ihre eigene Unabhängigkeit kämpfen, umschrieben worden sei. Der Staatssekretär hat diese Definition so entgegengenommen, wie sie jeder von uns, welcher nach einem Maximum an Hilfe aller nur möglichen Seiten strebt, entgegengenommen haben würde. Das Haus kann sich aus diesen Worten überzeugen, daß die Grundsätze, denen die Regierung seiner königlichen Majestät sich bei ihrer Erklärung in der polnischen Frage bediente, genau dieselben waren wie die Grundsätze der Erklärung von Herrn Stalin. Es scheint uns, daß diese Grundsätze von der russischen Regierung nicht falsch verstanden werden können, und ich möchte, daß das Haus versteht, daß, obwohl bei Problemen dieser Art schwieriger ist, als es zu sein scheint, mit einer größeren Anzahl von Staaten zu verhandeln, die Vorwürfe, daß wir es vermeiden wollten, Rußland in das System, das wir gerade als System des Friedens im Gegensatz zur Aggression aufbauen wollen, einzubeziehen, ungerechtfertigt sind. ... Wenn wir die Gefahr, in der sich augenblicklich freie Staaten in der Welt befinden, berücksichtigen, wären wir dumm, wenn wir uns nicht klar darüber sein würden, wo die Quellen der Hilfe liegen und sie nicht benutzen würden."

Der Abgeordnete Dalton unterbrach hier Simon und fragte, ob die Regierung die Möglichkeit berücksichtige, gemeinsam mit Frankreich und Rußland eine definitive Militärallianz vorzuschlagen. Sir John antwortete nicht direkt auf diese Frage, sondern er erklärte, daß man britischerseits gegenüber einem solchen Vorschlag keine prinzipiellen Bedenken habe:

"Diese Fragen sind nicht so einfach, wie es wohl scheinen kann. ... Es scheint mir nicht, daß wir trotz Rußlands großer Macht unsere ganzen Anstrengungen ausschließlich auf diesen Staat konzentrieren können. Wir müssen daran denken, daß auch noch andere Staaten existieren, für die eine Gefahr näher liegt als für Rußland. Obwohl ich aber nicht sagen kann, ob ein Vorschlag dieser Art gemacht worden ist, kann ich dem Hause versichern, daß die Regierung einem solchen Vorschlag gegenüber keine prinzipiellen Einwendungen zu machen hat."

Inzwischen finden in London und Moskau weitere Verhandlungen statt über den Anteil und die Rolle Rußlands in dem entstehenden neuen Kräfteverhältnis in Europa. Zweifellos wünscht England, daß Rußland an diesem Kräfteverhältnis teilnehme, will jedoch keine formale oder engere Bindung. Aus den mir von dem ständigen Unterstaatssekretär im Foreign Office, Cadogan, gegebenen Erläuterungen geht hervor, daß England und Frankreich sich darauf beschränken wollen, von Rußland eine Erklärung, es werde im Kriegsfall eine wohlwollende Haltung einnehmen, zu erlangen, um sich so Transit, Zugang zu den Rohstoffen usw. zu sichern.

Das könnte z. B. auf dem Wege einer einseitigen Erklärung der Sowjetregierung erfolgen, die feststellen würde, daß im Falle eines deutschen Angriffs auf Polen oder Rumänien Rußland im voraus seine Haltung zu einem derartigen Konflikt feststellen würde. Die Gegenvorschläge der Sowjets aber, die zu einem politischen Vertrag der gegenseitigen Hilfeleistung zu gelangen wünschen — sei es in zweifacher englisch-russischer Form bei entsprechender Anpassung des französisch-russischen Vertrages, sei es in der Form eines Vertrages zwischen England, Frankreich und Rußland —, könnte, wie Cadogan erklärt, England nicht annehmen, und auch Frankreich wolle das nicht.

Cadogan berief sich dabei auf wesentliche Rücksichten, wie auf die Reaktion, die das in anderen Ländern hervorrufe, wobei er unter diese Polen, Rumänien, Jugoslawien und Spanien aufzählte. Gleichzeitig jedoch betonte Cadogan die Schwierigkeiten, die die britische Regierung habe; sie wolle eine abschlägige Antwort nicht in einer Weise geben, die verärgern könnte.

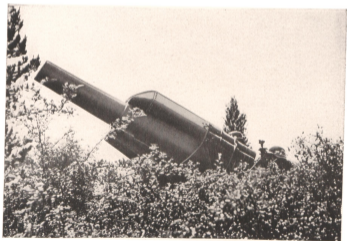
Dieser Standpunkt wurde auch Minister Safencu mitgeteilt. In seinen hiesigen Unterredungen vergewisserte er sich, daß die britische Regierung eine engere Annäherung an die Sowjets meide. Der rumänische Außenminister brachte mir gegenüber die Ansicht zum Ausdruck, daß die jetzigen englisch-sowjetischen Unterredungen ohne konkretes Ergebnis bleiben könnten.

Daher bemüht sich die britische Politik, die allzu deutliche antideutsche Akzente noch meidet einer allzu unmittelbaren Bindung an die Sowjets auszuweichen. Jedoch kann die weitere Entwicklung der internationalen Lage in eine Richtung gehen, die die Einhaltung dieser Linie unmöglich macht.



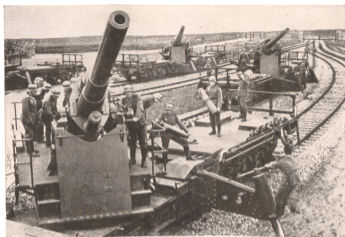
Langrohrgeschütz in Walddeckung

Phot.: P. K. - Weiskitz



Schweres deutsches Geschütz

Phot.: P. K. - Weiskitz



Kanoniere am Eisenbahngeschütz

Phot.: Prof. Bild-Zentrale



Achtung! Feuer!

Phot.: D. K. - Bildbüro

Daher treffen die inzwischen laufenden Verhandlungen auf viele Hindernisse. Eine zusätzliche Schwierigkeit ist die Haltung der Opposition und eines gewissen Teiles der konservativen Partei mit Churchill an der Spitze, die sich deutlich auf einen Krieg vorbereiten und in den Sowjets einen Staat mit großen Reserven und potentiellen militärischen Kräften sehen.

Die Schwierigkeiten mit der Opposition können noch mehr mit den Angriffen wachsen, die der Entschluß über die Militärdienstpflicht hervorrief. Denn die Regierung wird in Betracht ziehen und sich möglicherweise Argumenten entgegenstellen müssen, daß eine „Allians“ oder eine andere Form der Verbindung mit Rußland eine so drastische Beschlußfassung hätte verhindern können.

Edward Raczyński,
Botschafter der Republik Polen

Dokument 16

Erlaß des Polnischen Ministeriums für Handel und Gewerbe in Warschau an die Polnischen Handelsräte in Paris und London vom 13. Juli 1939

Ministerium für Handel und Gewerbe
Nr. W. 330/tjn

Warschau, den 13. Juli 1939
Geheim!

An

den Handelsrat

in Paris
in London

Das Ministerium für Handel und Industrie hat in Erfahrung gebracht, daß die französischen und englischen Seeschiffsverkehrsunternehmen von ihren Regierungsüberwachungsstellen schon jetzt genaue Instruktionen erhalten haben für den Fall des Kriegsausbruchs. Ebenso Vorschriften über Konstruktionsveränderungen, Umbauten und Ergänzungsbauten speziell am Bug der Schiffe, die von diesen Gesellschaften benutzt werden.

Infolgedessen bittet das Ministerium für Handel und Industrie, diese Angelegenheit möglichst rasch zu untersuchen und möglichst genaue Information an das Ministerium einzusenden. Wenn es möglich ist, bittet das Ministerium um den Wortlaut der betreffenden Instruktionen.

Der Direktor des Seedepartements
S. Rogowski



Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Mit einer Auswahl aus den Dokumenten Nr. 203 bis 216 schließen wir die Veröffentlichungen aus dem zweiten deutschen Weisbuch zur Vorgeschichte des Krieges ab.

Nr. 203. Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter, 21. März 1939

Aufzeichnung

Ich hat heute auf 12 Uhr den Polnischen Botschafter Lipski zu mir. Ich schilderte Herrn Lipski zunächst die Entwicklung der tschecho-slowakischen Frage und erklärte ihm, daß es mir angesichts der sich überstürzenden Ereignisse nicht möglich gewesen sei, die fremden Vertreter hier so zu unterrichten, wie ich es gewünscht hätte. Ich habe aber Botschafter von Rolke, der sich gerade in Berlin aufhielt, eingehend informiert und ihn beauftragt, seinerseits Außenminister Beck ins Bild zu setzen. Ich schilderte sodann die Vorgänge im einzelnen, die den Führer zu seinem Eingreifen veranlaßt hätten.

Es sei uns aufgefallen, daß sich in der Rest-Tschecho-Slowakei der Beneš-Geist wieder geregt habe. Alle Warnungen des Führers an Herrn Chvalkovský seien ungehört verhallt. In der letzten Zeit habe die Prager Regierung versucht, diktatorisch in der Karpatho-Ukraine und in der Slowakei vorzugehen. Auch die Drangsalierung der Deutschen in den Sprachinseln habe wieder begonnen.

Ich nehme an, daß die Regelung, die die Karpatho-ukrainische Frage inzwischen gefunden habe, größte Zufriedenheit in Polen ausgelöst habe. Die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren bedeute eine endgültige Befriedung dieses Raumes, die historischen Grundfragen entspreche und schließlich allen zugute komme.

Botschafter Lipski äußerte sich alsdann besorgt wegen der Übernahme des Schutzes der Slowakei durch Deutschland. Diese Mitteilung habe in Polen stark eingeschlagen, denn der Mann auf der Straße könne einen solchen Schritt nur als in erster Linie gegen Polen gerichtet betrachten. Die Slowaken seien ein sprachverwandtes Volk.

Die polnischen Interessen in diesem Gebiet seien auch historisch bedingt, und rein realpolitisch müsse man zugeben, daß die Erklärung des Schutzverhältnisses nur als Schlag gegen Polen empfunden werden könne.

Ich wies Botschafter Lipski auf die Tatsache hin, daß die unabhängige Slowakische Regierung Deutschland um seinen Schutz anrufen habe. Sicherlich sei die Erklärung des Schutzverhältnisses nicht gegen Polen gerichtet. Hierbei gab ich deutlich zu verstehen, daß man die Frage gemeinsam einmal beraten könne, falls das allgemeine deutsch-polnische Verhältnis eine betriebligende Entwicklung nehme; man könne hierbei an eine Teilnahme Polens an der Garantierung des slowakischen Staates denken. Leider habe ich jedoch feststellen müssen, daß sich in dem deutsch-polnischen Verhältnis eine allmähliche Versteifung bemerkbar mache. Diese Entwicklung habe bereits seit einigen Monaten begonnen. Es sei hier aufgefallen, welche merkwürdige Haltung Polen in der Minoritätenkommission eingenommen habe. Die durch polnische Studenten provozierten Danziger Zwischenfälle hätten ebenfalls zu denken gegeben. Botschafter Lipski bestritt auf das energischste, daß derartige Zwischenfälle durch polnische Studenten hervorgerufen worden seien. Auch meine Bemerkung, daß nach Auffassung des Führers die Schilder, die zu den Zwischenfällen geführt hätten, von polnischen Studenten angebracht worden seien, bestritt Herr Lipski auf das lebhafteste und behauptete, daß hiesig polnische Studenten in keiner Weise beteiligt gewesen seien.

Weiterhin machte ich den Polnischen Botschafter auf die dauernden Presseangriffe aufmerksam, auf die deutschfeindlichen Demonstrationen anlässlich des Ciano-Beisuchs und auf die heute bestehende offene Pressefehde. Diese Pressefehde scheine mir in jeder Richtung unberechtigt zu sein. Der Führer habe immer auf einen Ausgleich

brauchen wollen, erklärte er, daß Polen sich niemals lediglich für Interessen anderer Mächte schlagen werde. Auch sonst kann man nach den Richtlinien der Deutschen Politik wohl annehmen, daß Polen sich nur ungern dazu bereit finden würde, in irgendeine generelle Kombination einzutreten oder sich in Aktionen verwickeln zu lassen, die es zwingen würden, seine Position vorzeitig und sichtbar festzulegen. Das bedeutet natürlich nicht, daß Polen nicht zugreifen würde, wenn sich gelegentlich dieser Verhandlungen die Möglichkeit bieten sollte, feste Zusagen von englischer Seite zu erhalten, die seine Sicherheit erhöhen würden.

Notiz

**Nr. 207. Aufzeichnung des Dirigenten der Politischen Abteilung des
Auswärtigen Amtes**

Berlin, den 25. März 1939

Das Oberkommando des Heeres rief mich heute 11 Uhr an und teilte mir über die polnischen Mobilisierungsmahnahmen folgendes mit:

1. Bei Gdingen seien etwa 4000 Mann polnische Truppen zusammengezogen.
2. Die Truppe einer Garnison, die bisher im südlichen Korridor stationiert gewesen sei, sei in die unmittelbare Nähe der Danziger Grenze verlegt worden.
3. Polen habe drei Jahrgänge mobil gemacht.

Alle diese Maßnahmen bezögen sich nur auf den nördlichen Teil Polens, in den anderen Gebieten des Landes sei der Umfang der militärischen Maßnahmen noch nicht klar erkennbar.

Fürst von Bismarck

**Nr. 208. Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen
Botschafter, 26. März 1939**

Aufzeichnung

Ich empfing den Polnischen Botschafter Lipski heute um 12 Uhr 30.

Botschafter Lipski übergab mir das in der Anlage beigefügte Memorandum der Polnischen Regierung, das ich in seiner Gegenwart durchlas.

Nachdem ich von dem Inhalt Kenntnis genommen hatte, erwiderte ich Botschafter Lipski, daß nach meiner persönlichen Auffassung die polnische Stellungnahme keine Basis für eine deutsch-polnische Lösung darstellen könne. Die einzig mögliche Lösung des Problems müsse in der Wiedervereinigung Danzigs mit dem Deutschen Reich und der Schaffung einer exterritorialen Auto- und Eisenbahnerverbindung zwischen dem Reich und Ostpreußen bestehen. Herr Lipski entgegnete, er habe die unangenehme Pflicht, darauf hinzuweisen, daß jegliche weitere Verfolgung dieser deutschen Pläne, insbesondere soweit sie eine Rückkehr Danzigs zum Reich betrafen, den Krieg mit Polen bedeute.

Ich wies darauf Botschafter Lipski auf die vorliegenden Meldungen über polnische Truppenzusammenschließungen hin und warnte ihn vor möglichen Konsequenzen. Die polnische Haltung schiene mir eine merkwürdige Antwort auf mein kürzliches Angebot einer endgültigen Befriedung des deutsch-polnischen Verhältnisses darzustellen. Wenn die Dinge in dieser Richtung weiterläsen, so könne in Kürze eine ernste Situation entstehen. Ich könne Botschafter Lipski mitteilen, daß z. B. eine Verletzung des Danziger Hoheitsgebietes durch polnische Truppen von Deutschland in der gleichen Weise wie eine Verletzung der Reichsgrenzen betrachtet werden würde.

Botschafter Lipski bestritt energisch jede militärische Absicht Polens in bezug auf Danzig. Die von Polen vorgenenommenen Dislozierungen von Truppenverbänden stellten lediglich Vorsichtsmaßnahmen dar.

Ich legte Botschafter Lipski alsdann die Frage vor, ob nicht die Polnische Regierung, sobald sich die Situation etwas beruhigt habe, den deutschen Vorschlag erneut erwägen wolle, damit man auf der von uns vorgezeichneten Basis der Wiedervereinigung Danzigs und der exterritorialen Eisen- und Autobahnerverbindung zu einer Lösung kommen könne. Botschafter Lipski antwortete hierauf ausweichend, indem er sich erneut auf das von ihm übergebene Memorandum bezog.

Ich erwiderte Botschafter Lipski, daß ich dem Führer zunächst Bericht erstatten würde. Mir komme es dabei vor allem darauf an, zu vermeiden, daß beim Führer der Eindruck entstehe, Polen wolle einfach nicht.

Botschafter Bispfi hat mich, doch auch von deutscher Seite die Fragen erneut nach jeder Richtung hin studieren zu lassen, und er frage sich, ob nicht Aussicht bestehen könne, vielleicht zu einer Lösung auf Grund der polnischen Bedankengänge zu gelangen. Er fügte hinzu, daß Außenminister Beck unserer Anregung entsprechend gerne in Berlin einen Besuch abstatten werde, es scheine ihm aber zweckmäßig, daß vorher die Fragen diplomatisch entsprechend vorbereitet worden seien.

Ich ließ Botschafter Bispfi zum Schluß unserer Unterredung keinen Zweifel darüber, daß die polnischen Vorschläge meiner Auffassung nach vom Führer nicht als befriedigend angesehen werden könnten. Nur eine klare Rückgliederung Danzigs, eine exterritoriale Verbindung mit Ostpreußen und ein 25jähriger Nichtangriffsbvertrag mit Grenzgarantien und eine Zusammenarbeit in der slowakischen Frage in Form eines von den Anrainern zu übernehmenden gemeinsamen Schutzes des Gebietes könnten nach deutscher Auffassung zu einer endgültigen Vereinigung führen.

von Ribbentrop

Anlage

Memorandum

I.

Die Polnische Regierung mißt ebenso wie in der Vergangenheit so auch heute volle Bedeutung der Aufrechterhaltung gutnachbarlicher Beziehungen mit dem Deutschen Reich auf weiteste Sicht bei.

Die Polnische Regierung hat einen klaren Beweis dieser ihrer Einstellung dadurch geliefert, daß sie schon im Jahre 1933 als eine der ersten ausländischen Regierungen ein freundschaftliches Verhältnis zum Dritten Reich angebahnt hat und in Verhandlungen eingetreten ist, welche zum Abschluß der Polnisch-Deutschen Erklärung vom 26. Januar 1934 geführt haben.

Es sei auch hier die seitens Polens dem nationalsozialistischen Senat in Danzig gegenüber eingennommene positive Einstellung zu erwähnen.

In den darauffolgenden fünf Jahren hat die Polnische Regierung in ihrer internationalen politischen Tätigkeit es stets vermieden, an den gegen das Deutsche Reich gerichteten Aktionen teilzunehmen.

Schließlich ist es wohl bekannt, daß im Herbst 1938 Polens entschlossene Haltung in bedeutendem Maße zur Verhinderung einer kriegerischen Auseinandersetzung im Zusammenhang mit der Durchführung der deutschen Forderungen beigetragen hat.

II.

In der Frage des Transitverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und Ostpreußen sowie in der Frage der freien Stadt Danzig, in denen bisher stets ein Einvernehmen zwischen den beiden Regierungen erzielt wurde und bezüglich derer die Deutsche Regierung jetzt neue Anregungen vorgebracht hat, steht die Polnische Regierung auf folgendem Standpunkt:

- a) Die Polnische Regierung hat kein Interesse an irgendeiner Erschwerung des Verkehrs zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich. Deshalb hat auch die Polnische Regierung trotz vieler Veränderungen, die in den letzten Jahren im Vergleich zu früher in dieser Hinsicht eingetreten sind (z. B. in der Frage des Zahlungstransfers), nicht nur keine Schwierigkeiten in dem bevorzugten Eisenbahntransitverkehr zurzucht, sondern die Verrechnung für diesen Transit unter Berücksichtigung der deutschen Interessen vorgenommen.

Von diesen Voraussetzungen ausgehend, ist die Polnische Regierung bereit, gemeinsam mit der Deutschen Regierung eine weitere Vereinfachung und Erleichterung des Eisenbahn- und Kraftwagenverkehrs zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich zu überprüfen, um dem deutschen Reisenden Behinderungen bei der Benutzung dieser Verkehrswege zu ersparen. Technische Sachverständige könnten an die Ausarbeitung von Vorschlägen herantreten, um obiges Ziel zu verwirklichen.

Alle polniserseits gewährten Zugeständnisse können jedoch nur im Rahmen der polnischen Souveränität stattfinden — eine Exterritorialität der Verkehrswege kann daher nicht in Frage kommen. Unter diesem Vorbehalt hat die Polnische Regierung die Absicht, den deutschen Wünschen weitgehend entgegenzukommen.

- b) Was die freie Stadt Danzig anbelangt, so darf daran erinnert werden, daß die Polnische Regierung seit längerer Zeit schon, in der Erkenntnis der Notwendig-

felt einer Vereinbarung in dieser Frage auf dem Wege einer Verständigung zwischen Warschau und Berlin, entsprechende Anregungen getan hat. Dies erschien ihr besonders zweckmäßig mit Rücksicht auf die Lage des Völkerbundes, der die auf sich genommenen Verpflichtungen in der Freien Stadt Danzig nicht mehr vollends zu erfüllen imstande ist.

Wie aus den bisherigen polnisch-deutschen Unterredungen hervorgeht, bestand keine Meinungsverschiedenheit bezüglich der grundsätzlichen Auffassung, daß die Polnische Regierung keine Behinderung des freien Innenlebens der Deutschen Bevölkerung der Freien Stadt anstrebt, daß andererseits die Deutsche Regierung die polnischen Rechte sowie die wirtschaftlichen, maritimen und verkehrstechnischen Interessen und die Rechte der polnischen Bevölkerung in der Freien Stadt respektiert. Da diese beiden Fragen grundsätzlicher Natur sind, glaubt die Polnische Regierung, daß eine Lösung zu finden wäre, die auf einer gemeinsamen polnisch-deutschen Garantie für die Freie Stadt Danzig beruhen würde. Diese Garantie würde einerseits die freie Entwicklung des deutschen Volkstums und seines politischen Innenlebens befriedigen, andererseits die polnischen Rechte und Interessen sicherstellen. Die polnischen Interessen stimmen übrigens mit den wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung der Freien Stadt überein, da der Wohlstand derselben seit Jahrhunderten von dem polnischen Überseehandel abhängig ist.

Im Gegensatz zum vorhergenannten Problem der Verkehrserleichterungen, welches nach Ansicht der Polnischen Regierung einen überwiegend technischen Charakter trägt und Sache von Experten wäre, müßten in der Frage der Freien Stadt zunächst die politischen Grundsätze zwischen der Polnischen und Deutschen Regierung besprochen werden, und zwar nach der Richtung hin, daß in diesem Körper, gemäß den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers vom Februar 1938, von Polen die nationalen Verhältnisse in der Freien Stadt respektiert würden und von der Freien Stadt und Deutschland die Rechte und Interessen Polens.

Die Polnische Regierung würde es zwecks einer Stabilisierung der Verhältnisse in dieser Region Europas für erwünscht halten, daß man zu einem Gedankenaustausch über die beiden oben erwähnten Probleme, die gemeinsam zu behandeln wären, möglichst bald heranzöge, um dadurch eine Grundlage zur zukünftigen Festigung der gutnachbarlichen gegenseitigen Beziehungen zu finden.

Nr. 209. Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Votschafter, 27. März 1939

Aufzeichnung des Botschaften Schmidt

Der Herr Reichsminister des Auswärtigen stellte dem Polnischen Votschafter wegen der Ausschreitungen in Bromberg zur Rede und bemerkte, daß diese neuen Ausfälle in Deutschland einen katastrophalen Eindruck gemacht hätten, da man hier den Eindruck hätte, daß sie mit einer gewissen Duldung der polnischen Behörden vor sich gingen. Wieder sei es der Westverband gewesen, gegen den Deutschland bei Polen schon so oft Beschwerde geführt habe. Man sei deutscherseits der Ansicht, daß die Polnische Regierung, wenn sie guten Willens wäre, wohl in der Lage sein müsse, derartige Zwischenfälle zu verhindern. Der Herr Reichsaußenminister bedauerte eine derartige Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses auf das lebhafteste und betonte, die Deutsche Regierung müsse die Polnische Regierung für derartige Vorkommnisse voll verantwortlich halten.

Der Polnische Votschafter erklärte, von den erwähnten Vorgängen keine Kenntnis zu haben, versprach aber, sich sofort zu informieren. Auch er bedauerte die Ausschreitungen, erklärte sie jedoch mit der zur Zeit in Polen herrschenden Nervosität. Im übrigen versprach er, von sich aus alles tun zu wollen, um die Wiederholung derartiger Vorkommnisse abzustellen.

Als der Polnische Votschafter die Behauptung aufstellte, daß auch bei deutschen Vereinsveranstaltungen ähnliche, gegen Polen gerichtete Zwischenfälle vorkämen, erwiderte ihm der Herr Reichsaußenminister sofort, daß die Provokationen bisher immer nur von polnischer Seite ausgegangen seien.

Auf die Frage des Polnischen Votschafters, ob man nicht ein paar „Worte der Beruhigung für die beiden Völker“ finden könne, erwiderte der Herr Reichsaußenminister, daß etwas derartiges in keiner Weise der Lage entspräche, da, wie gesagt, die Provokationen und Presseangriffe bisher lediglich von polnischer Seite aus-

gegangen seien. Wenn — was wohl bald nicht mehr aufzuhalten sein würde — die deutsche Presse auf die polnischen Angriffe nunmehr antwortete, so würde sie es gründlich tun.

Abschließend bemerkte der Herr Reichsaußenminister, er könne die Polnische Regierung nicht mehr verstehen. Auf den großzügigen Vorschlag, den Deutschland an Polen gemacht habe, sei eine ablehnende Antwort erfolgt. Jedenfalls könne der gestern vom Polnischen Botschafter überbrachte Vorschlag vom Herrn Reichsaußenminister als keine Basis für eine Regelung der Fragen angesehen werden. Die Beziehungen beider Länder entwickelten sich daher stark abwärts.

Bei der Verabschiedung sagte der Polnische Botschafter seinerseits zu, alles in seinen Kräften Stehende tun zu wollen, um der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Schmidt

Nr. 210. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 28. März 1939

Die erregte Stimmung, die in Polen seit einiger Zeit herrscht, hat noch erheblich zugenommen. In der Bevölkerung sind die wildesten Gerüchte verbreitet, so z. B., daß in Oberberg Kämpfe zwischen deutschen und polnischen Truppen stattgefunden hätten, daß Minister Bed verhaftet worden sei und ähnliche phantastische Nachrichten. Von ersterer Bedeutung ist das Entstehen einer Kriegsstimmung, die durch die Presse, durch antideutsche öffentliche Kundgebungen — besonders in der Provinz —, die bereits vielfach zu Zwischenfällen geführt haben, und zum Teil auch durch eine sabeltrafende offiziöse Propaganda gefördert wird. In weiten Kreisen glaubt man heute, daß der Krieg unvermeidlich geworden sei und unmittelbar bevorstehe.

Die praktischen Maßnahmen der Regierung tragen dazu bei, die vorhandene Kriegssphäre zu steigern. Im Laufe der letzten Woche haben Einberufungen von Reservisten der drei Jahrgänge 1912, 1913 und 1914 stattgefunden, zum Teil — für Spezialformationen — auch Einberufungen aus anderen Jahrgängen, außerdem sind Requisitionen von Pferden und Lastkraftwagen erfolgt. Ferner hat die Regierung die gegenwärtige Situation als Anlaß benützt, um eine innere Staatsanleihe zwecks Ausbau der Luftwaffe und der Luftabwehr-Artillerie auszusprechen.

Für die Art der offiziellen Wehrpropaganda ist besonders ein vielfach nachgedruckter Artikel des Militärblatts „Polska Brojna“: „Wir sind bereit“ charakteristisch. Darin wird u. a. ausgeführt, daß die Polen, zum Unterschiede von den Tschechen, kein Gefühl der Unterlegenheit gegenüber den mächtigen Völkern dieser Erde empfinden. Die Zahl der fremden Divisionen schrecke die Polen nicht, denn seine eigene Armee, deren Ausrüstung und der kriegerische Geist des polnischen Volkes reichen dazu aus, um Polen den Sieg zu sichern. Zahlreiche andere Veröffentlichungen, die seither täglich in der Presse erscheinen, sind im gleichen Geist und in der gleichen Tonart gehalten.

In dieser Selbstsicherheit und Überschätzung der eigenen militärischen Stärke, wie sie in der Presse zum Ausdruck kommt, liegt im Hinblick auf den polnischen Nationalcharakter eine Gefahr. Daß es sich hierbei nicht nur um Pressepropaganda handelt, zeigt eine verbürgte Äußerung, die der Vizekriegsminister Głuchowski in einer seriösen Unterhaltung getan hat, wobei er ausführte, die deutsche Wehrmacht sei ein großer Bluff, denn Deutschland fehlten die ausgebildeten Reserven, um seine Einheiten aufzufüllen. Auf die Frage, ob er glaube, daß Polen im Ernst Deutschland militärisch überlegen sei, antwortete Głuchowski: „Über selbstverständlich.“

Kennzeichnend für die Stimmung in politischen Kreisen war auch eine in der letzten Session des Senats veranstaltete antideutsche Demonstration. Die erste Lesung des polnisch-litauischen Handelsvertrags, der der Litauische Gesandte Saulgnis in der Diplomatenvloge beimohnte, gab dem Senator Katalbach Veranlassung, Litauen im Namen des Senats zu versichern, daß Polen die schweren Ergebnisse, die Litauen soeben habe durchmachen müssen, aufs stärkste mitempfunden habe. An dem „langdauernden stürmischen“ Beifall, den diese Erklärung hervorrief, beteiligten sich auch die beiden zu der Sitzung erschienenen Minister und Vizeaußenminister Graf Szembek.

von Rolffe

Telegramm

Warschau, den 29. März 1939

Außenminister Beck hat mich gestern abend zu sich, um mir folgendes mitzuteilen: Der Herr Reichsaußenminister habe in der Unterredung vom 28. März dem Botschafter Lipski erklärt, daß ein polnischer Gewaltakt gegen Danzig den casus belli bedeuten würde. Diese Mitteilung zwingt ihn, seinerseits die Erklärung abzugeben, daß, falls deutscherseits ein Versuch unternommen werden sollte, das Statut der Freien Stadt einseitig abzuändern, Polen hierin den casus belli sehen würde. Daß gleiche gelte auch, wenn etwa der Danziger Senat einen solchen Versuch unternehmen würde. Herr Beck fügte hinzu, daß die Polnische Regierung die eingetretene Verschärfung bedauere.

Ich erwiderte Beck, daß die Verschärfung nicht durch uns, sondern lediglich durch die polnischen Mobilmachungsmaßnahmen hervorgerufen worden sei, die jeder Berechtigung entbehren und überdies einen in seiner Auswirkung höchst bedenklichen Schritt darstellten. Schon jetzt sei infolge der hierdurch eingetretenen Kriegsstimmung, die durch Presse und Propaganda in unverantwortlicher Weise gesteigert würde, eine Lage entstanden, die ernste Gefahren in sich schließe. Die schweren Zwischenfälle in Pommern seien ein deutlicher Beweis dafür. Ich verwies insbesondere auf die unerhörten Ausschreitungen in Bromberg und Liniemo und behielt mir vor, nach Eingang genauerer Informationen noch auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

Beck versuchte die Mobilmachungsmaßnahmen damit zu rechtfertigen, daß die gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt hinsichtlich Danzigs erhobene Forderung nach den Vorgängen in der Tschedo-Slowakei und in Memel polnischerseits als Alarm-signal aufgefaßt worden sei. Die Sorge, daß durch die getroffenen Maßnahmen Schwierigkeiten entstehen könnten, sei unbegründet. Von den Vorfällen in Liniemo wisse er noch nichts. Der Vorfall von Bromberg, bei dem die Polizei übrigens energisch durchgegriffen habe, sei zum Gegenstand einer Ministerbesprechung gemacht worden. Der Ministerpräsident habe darauf strengste Weisung an alle Verwaltungsbehörden gehen lassen, alles zu vermeiden, was zu Zwischenfällen Anlaß geben könnte, insbesondere Versammlungen und Umzüge zu verbieten.

Beck hinzufügte, er wolle mir nicht verhehlen, daß er immer mehr den Eindruck gewinne, als ständen wir an einem Wendepunkt der deutsch-polnischen Beziehungen. — Ich erinnerte demgegenüber an die Besprechung von Berchtesgaden, in der der Führer die Aufrechterhaltung der Verständigungspolitik in den Vordergrund gestellt hätte, und legte dar, daß die jetzigen Vor schläge gerade das Ziel verfolgten, die deutsch-polnischen Beziehungen auf eine gesunde und dauerhafte Grundlage zu stellen, wobei wir allerdings mehr Einsicht von polnischer Seite erwarten müßten.

Mollath

Nr. 212. Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes

Berlin, den 6. April 1939

Der Polnische Botschafter leitete heute bei einem Gespräch, zu welchem ich ihn hierher gebeten hatte, von sich aus über auf die Beck'schen Unterhaltungen in London. Lipski behauptete, im Detail nicht unterrichtet zu sein, jedoch gewisse Grundsätze mir gegenüber feststellen zu können.

1. Polen wünsche an dem Abkommen von 1934 festzuhalten.
2. Bei den polnisch-englischen Abreden handelt es sich um einen bilateralen und rein defensiven Akt; von dem Beitritt Polens zu einem Block sei nicht die Rede.

Ich habe diese Äußerungen von Lipski mit einigem Lächeln entgegengenommen und ihm dann etwa folgendes erwidert: Wir sei die Entwicklung der polnischen Politik in der jüngsten Zeit nicht mehr begreiflich, Lipski wisse so gut wie ich, unter welcher Belastung unser Verhältnis vor der Wachtregreiffung gestanden hätte. Niemand in Deutschland als der Führer hätte die großen Konzeptionen des Jahres 1934 haben und mit Polen zur Durchführung bringen können. Unsere Beziehungen hätten von da an einen erfreulichen ständigen Aufschwung genommen. Im Sinne

dieser guten Nachbarschaft habe der Führer dann bekanntlich Gespräche mit Polen eingeleitet und nicht nur die letzten Differenzpunkte zwischen uns austräumen, sondern in großzügiger Weise die Korridorfrage für Polen sichern wollen. Polen habe dieses Angebot offenbar nicht verstanden. Statt mit Freuden zuzugreifen und das Werk von 1934 zu vollenden, hätten wir plötzlich in Polen ein merkwürdiges Säbelkasseln bemerkt. Das habe uns zwar nicht aufgeregt, stehe aber in festem Kontrast zu der Antwort, die wir von Warschau erwarten durften. Auftragsgemäß sagte ich, das Angebot des Führers an Polen sei ein einmaliges gewesen. Eine Art von Antwort auf das Angebot, welche die Polnische Regierung uns habe erteilen wollen, sei ihm — Lipiski — durch den Herrn Reichsaußenminister am 27. März bekanntlich bereits dahin charakterisiert worden, daß sie keine Grundlage zur Regelung der aufgeworfenen Frage darstelle. (Später im Laufe des Gespräches wiederholte ich, daß die polnische Antwort für uns keine Diskussionsgrundlage sei.) Ob Polen mit dieser Haltung gut beraten gewesen sei, werde ja die Zukunft lehren. Ich fuhr fort, daß ich die für heute nachmittag angekündigte Mitteilung Chamberlains im Unterhaus noch nicht gelesen hätte. Treffe aber das zu, was man schon jetzt in der Presse über die Deutschen Gespräche finde, so wisse ich nicht, wie das polnische Verhalten mit dem Sinn des Abkommens von 1934 noch bereinigt werden könnte.

Zu dem letzteren Punkte wollte Lipiski erwidern, daß auch das polnisch-französische Vertragsverhältnis sich mit dem Abkommen von 1934 habe vereinigen lassen. Die polnischen Truppenkonzentrationen in der Gegend von Danzig wollte Lipiski als eine begreifliche Parallelercheinung mit Truppenbewegungen anderer Länder — wie Ungarn, Rumänien, ja selbst Norwegen — hinstellen. Vor allem aber erklärte Lipiski, in den Tagen um den deutschen Einmarsch in die Tschecho-Slowakei ganz ohne Kontakt mit uns gelassen worden zu sein, woraus im Gegensatz zum September v. J. sich eine begreifliche polnische Nervosität entwickelt habe. Das von Deutschland an Litauen gerichtete Ultimatum habe die polnischen Sorgen noch entsprechend vermehrt.

Ich schnitt Lipiski das Wort ab, als er von einem „Ultimatum“ an Litauen sprach, machte seine Ausführungen über Truppenbewegungen anderer — die niemals gegen Polen gerichtet waren — lächerlich und erklärte ihm, es wäre mir verständlich gewesen, wenn er sich bei uns jetzt dafür bedankt hätte, daß wir dem heißen Wunsche Warschaus nach einer gemeinsamen ungarisch-polnischen Grenze kein Hindernis bereitet haben. Kurzum, ich wies Lipiskis Nebenarten mit den nachliegenden Argumenten gelassen zurück, worauf wir uns trennten.

Wesifüder

Nr. 215. Der Deutsche Geschäftsträger in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 2. Mai 1939

Aber die amtliche Stellungnahme zur Führerrede habe ich bereits anderweit berichtet. Diese offiziöse Stellungnahme ist in allen Variationen sowohl in den Regierungsblättern wie auch in der Oppositionspresse gebracht worden. Die Haltung der gesamten öffentlichen Meinung der letzten Tage zeigt deutlich eine weitere Verfestigung gegenüber Deutschland. Selbst in zweifellos amtlich inspirierten Blättern wurden kriegerische Töne angeschlagen und sogar die Forderung aufgestellt, Danzig müsse polnisch werden. Recht bezeichnend ist auch die Feststellung der hiesigen „Gazeta Polska“, daß die Polnische Regierung sich angesichts der deutschen Methoden und der dadurch geschaffenen Lage genötigt sehe, künftig stärkere Garantien für die polnischen Rechte und den polnischen Besitzstand in Danzig zu fordern.

Ein weiteres Zeichen für die immer mehr zur Schau getragene Unnachgiebigkeit Polens gegenüber den deutschen Forderungen ist auch darin zu erblicken, daß die heutige Presse die Bedeutung der englischen Garantie für Polen besonders unterstreicht. Man beruft sich dabei auf angebliche englische Zusagen, wonach die Polnische Regierung allein darüber zu entscheiden habe, ob Polen zu den Waffen greifen müsse und ob daher der Bündnisfall für England gegeben sei.

Vorausichtlich wird Außenminister Bed noch in dieser Woche — wahrscheinlich am Freitag — Gelegenheit nehmen, um den polnischen Standpunkt in einer Rede vor dem Parlament darzulegen.

von Wülfisch

Warschau, den 23. Mai 1899

Ich hatte dieser Tage Gelegenheit zu einer Unterredung mit dem Unterstaatssekretär Arciszewski, aus der mir folgendes bemerkenswert zu sein scheint:

Herrn Arciszewski lag offenbar daran klarzustellen, daß die Schwenkung der polnischen Politik, wie sie durch die englisch-polnische Garantieerklärung zum Ausdruck gekommen sei, nicht auf die persönliche Initiative des Ministers Wed zurückgeführt werden könne. Herr Wed habe diese ganze Politik mit innerem Widerstreben unter dem Druck der Militärs und der öffentlichen Meinung mitgemacht. Schließlich sei er nicht mehr in der Lage gewesen, das englische Angebot zurückzuweisen. Er habe aber die ihm schon mit Rücksicht auf die hiesige Stimmung inopportun erscheinende Erörterung der Angelegenheit in der Öffentlichkeit immer wieder hinausgeschoben, bis er durch die Führerrede zu einer Entgegnung gezwungen worden sei. Seine Antwort vor dem Sejm, in der er notgedrungen eine Politik habe vertreten müssen, die nicht die seine sei, sowie die Begeisterung, die seine Rede in der hiesigen Öffentlichkeit ausgelöst habe, hätten Herrn Wed nur mit Bitterkeit erfüllt. Herr Arciszewski schilderte dann in dramatischer Form, wie Herr Wed am Tage nach der Sejmrede einen ganzen Stoß von Huldigungstelegrammen mit einem Wutausbruch in die Ecke geworfen habe. Herr Wed sei auch heute noch im Grunde genommen Anhänger der alten Politik. Insbesondere erscheine es ihm aber auch unsinnig, daß gerade die beiden verhältnismäßig so armen Länder Deutschland und Polen sich schlagen sollten, was letzten Endes doch nur im Interesse der reichen Länder gelegen sei.

Diese Darstellung mag etwas gefärbt sein. Immerhin stimmen doch verschiedene Beobachtungen darin überein, daß Herr Wed im Laufe der letzten Monate in der Verfolgung der von Marschall Pilsudski uns gegenüber eingeschlagenen Linie immer weniger Gefolgschaft hatte. Als sich dann die Möglichkeit ergab, eine englische Garantie für die polnischen Westgrenzen zu erhalten, sind es offenbar die militärischen Kreise gewesen, die diese Schwenkung der Politik herbeigeführt haben. Herr Wed hat sich dann gezwungen gesehen, diese Politik mitzumachen, schon weil er sich sonst nicht hätte halten können.

von Nolffe



Dr. Verwaltung

Besondere Rechtsfragen wirft in einem Kriege naturgemäß die Behandlung des feindlichen Vermögens auf. Nachdem bereits durch Verordnung vom 15. Januar 1940 die grundlegenden Bestimmungen festgelegt waren, wurde durch eine Verordnung des Reichsfinanzministers vom 5. März (RWB. I, S. 483) die Anmeldung feindlichen Vermögens bis spätestens 15. April 1940 verfügt. Die Anmeldung hat danach bei den Finanzämtern zu erfolgen, die besondere Vordrucke ausgeben. Im wesentlichen sind es folgende Personenzreise, die von der Anmeldepflicht erfaßt werden: die Angehörigen feindlicher Staaten, die sich im Inland befinden, mit Ausnahme der Kriegsgefangenen; ferner die Verwalter und die Verwahrer von Vermögen, das Personen gehört, die einem feindlichen Staat angehören oder die ihren Wohnsitz im Gebiet eines feindlichen Staates haben; weiterhin die inländischen Schuldner von im Ausland befindlichen Personen, die einem feindlichen Staat angehören oder die ihren Wohnsitz im Gebiet eines feindlichen Staates haben, und schließlich die Leiter oder die Vertreter der inländischen Unternehmen, an denen Personen beteiligt sind, die einem feindlichen Staat angehören oder die ihren Wohnsitz im Gebiet eines feindlichen Staates haben. Die Anmeldung unterbleibt, wenn der Wert des gesamten anzumeldenden Vermögens weniger als 500 RM beträgt. Das Vermögen ist nach dem Stand vom 31. Dezember 1939, bei späterem Anfall nach dem Tag des Anfalls anzumelden.

Die durch den Krieg bedingten veränderten Lebensverhältnisse machten eine Reihe von Maßnahmen zum Schutz der Jugend erforderlich, die durch eine Polizeiverordnung vom 9. März 1940 (RWB. I, S. 499) in Kraft gesetzt wurden. Jugendlichen unter 18 Jahren ist danach auf öffentlichen Straßen oder Plätzen oder an sonstigen öffentlichen Orten das Herumtreiben während der Dunkelheit verboten. Weiterhin ist der Aufenthalt in Gaststätten aller Art Jugendlichen unter 18 Jahren, die sich nicht in Begleitung des Erziehungsberechtigten oder einer von ihm beauftragten volljährigen Person befinden, nach 21 Uhr nicht gestattet. Jugendliche unter 16 Jahren dürfen sich ohne Begleitung in Gaststätten nicht aufhalten. Der Besuch von öffentlichen Schauspieltheatern, Varieté- und Kabarettvorstellungen ist in gleicher Weise Jugendlichen unter 18 Jahren nach 21 Uhr untersagt. Den Jugendlichen unter 18 Jahren ist ferner in Gaststätten der Genuß von Branntwein oder überwiegend branntweinhaltigen Genußmitteln, Jugendlichen unter 16 Jahren in Abwesenheit des Erziehungsberechtigten oder einer von ihm beauftragten volljährigen Person überhaupt der Genuß von alkoholhaltigen Getränken verboten. Auch der Genuß von Tabakwaren in der Öffentlichkeit ist Jugendlichen unter 18 Jahren nicht gestattet. Der Aufenthalt in Räumen, in denen öffentliche Tanzlustbarkeiten stattfinden, und die Teilnahme an Tanzlustbarkeiten im Freien ist Jugendlichen unter 18 Jahren nur in Begleitung des Erziehungsberechtigten oder einer von ihm beauftragten volljährigen Person gestattet, und dann auch nur bis 23 Uhr. Die Bestimmungen über die Fernhaltung aus öffentlichen Lokalen gelten nicht für Veranstaltungen der Partei sowie für Jugendliche, die sich nachweislich auf Reisen befinden. Auf Angehörige der Wehrmacht und des Reichsarbeitsdienstes finden die Vorschriften dieser Polizeiverordnung keine Anwendung.

Wie der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei in seinen Ausführungsanweisungen zur Polizeiverordnung zum Schutz der Jugend am 18. März 1940 (MinBl.RStM. Nr. 13, S. 591) mitteilte, geht die Regelung davon aus, daß eine gesunde Jugend sich frei entwickeln will, und daß es falsch wäre, den natürlichen Unternehmungs- und Erlebnisdrang der Jugendlichen zu unterdrücken. Jugend braucht aber verständnisvolle Lenkung und Leitung. So wenig es hieran fehlen darf und dank den Maßnahmen der Partei und des Staates auch tatsächlich fehlt, so sehr bedarf die Jugend des Schutzes vor bestimmten Gefahren.

Dem Schutz der Jugend gilt weiterhin ein gemeinsamer Erlaß des Reichsinnenministers, des Reichsjugendführers und des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 7. März 1940 (MinBl.RStM Nr. 11, S. 473), durch den die Jugendgesundheitspflege neu und einheitlich geregelt wird. Danach gehören alle ärztlichen Untersuchungen der Hitler-Jugend, also Aufnahme-, Reihen- und Nachuntersuchungen, Gesundheitsappelle und Zahnuntersuchungen künftig, ebenso wie bisher die Schulgesundheitspflege, in den Aufgabenkreis der Gesundheitsämter. SS-Ärzte und Schulärzte, die künftig beide die Bezeichnung „Jugendärzte“ tragen, führen von nun an die gesundheitliche Betreuung der Jugend vom 6. bis 18. Lebensjahr gemeinsam durch. Die Untersuchungen werden im ganzen Reich nach einheitlichen Gesichtspunkten vorgenommen und die Ergebnisse in den neugeschaffenen Jugend-Gesundheitsbogen eingetragen, die den Zwecken der SS, der Schule und der Gesundheitsämter gleichzeitig dienen. Außerdem erhält jeder Junge und jedes Mädchen mit dem zehnten Lebensjahr den Gesundheitspaß der Hitler-Jugend, aus dem die wichtigsten Untersuchungsergebnisse und Tauglichkeitsbeurteilungen ersichtlich sind. Jeder Jugendliche muß in bestimmten Zeitabständen an fünf Reihenuntersuchungen, sechs Gesundheitsappellen und jährlich an einer Zahnuntersuchung teilnehmen. Damit ist eine straffe Zusammenfassung der gesamten Jugendgesundheitspflege erreicht, die bisherige Doppelarbeit der ärztlichen Untersuchungen in SS und Schule ist beseitigt, und die Arbeit der Gesundheitsämter ist um neue wichtige Aufgaben erweitert worden. Für Partei, Staat und Wehrmacht aber liefern die neuen Jugend-Gesundheitsbogen Unterlagen, wie sie bisher in dieser einheitlichen Form noch nicht vorhanden waren.

Die auf dem Gebiet der Gemeindeverwaltung im Kriege geleisteten Arbeiten wurden von Reichsinnenminister Dr. Frick auf einer Reichsarbeits-tagung des Hauptamts für Kommunalpolitik am 15. März in Rattowitz besonders hervorgehoben. Der Minister stellte dabei fest, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände die Bewährungsprobe des Krieges bisher in vollem Umfang bestanden hätten. Diese erfreuliche Zwischenbilanz sei im wesentlichen auf folgende drei Umstände zurückzuführen: Der nationalsozialistische Staat habe die sieben Jahre des Friedensaufbaues dazu benutzt, um in der Ebene der Gemeinden und Gemeindeverbände die Organisationsformen zu entwickeln, die auch in Zeiten schwerster Belastung eine reibungslose Umstellung und eine erfolgreiche Tätigkeit der Gemeindeverwaltung gewährleisten. Die Deutsche Gemeindeordnung erweise sich heute als ein Instrument, das schnelle und tatkräftige Entscheidung sichere und dabei die Fühlung mit der Bevölkerung nicht verloren lassen gehe. Der zweite Aktbiposten, mit dem die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Krieg eingetreten seien, sei ihre im Durchschnitt völlig geordnete Finanzlage gewesen, die nach dem Zusammenbruch vor der Machtübernahme in den verflochtenen sieben Jahren mit allen geeigneten Mitteln herbeigeführt worden sei. Der Erfolg dieser Politik gestatte es den Gemeinden und Gemeindeverbänden nicht nur, die ihnen zufallenden Kriegsaufgaben mit zu finanzieren; er ermögliche es auch, die gemeindliche Finanzkraft heute in erheblichem Umfang in den Dienst der Kriegsfianzpolitik des Reiches zu stellen. Zuletzt sei es in den Jahren des Aufbaues gelungen, für die Stellen der Bürgermeister, der

Landräte und der Beigeordneten nach und nach die Persönlichkeiten einzusetzen, deren Vorhandensein letzten Endes für die Kriegsbewährung der Verwaltung ausschlaggebend sei. — Der Minister ging dann auf die Entwicklung der Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände ein, die im großen durch den Kriegsbeitrag der Gemeinden an das Reich, durch die wachsenden Personalausgaben und durch den Anteil am Familienunterhalt bestimmt sei. Der Minister betonte hierbei, daß es seine bornehmste Sorge sei, darauf zu achten, daß die Finanzwirtschaft der Gemeinden und Gemeindeverbände trotz aller Anspannung in Ordnung bleibe, und daß das Opfer, das auch die kommunalen Körperschaften bringen müßten, nicht zu einer untragbaren Belastung führe. Zusammenfassend stellte Dr. Frid fest, daß die in der Zwischenzeit getroffenen Maßnahmen auf finanziellem Gebiet im großen und ganzen die befürchteten Fehlbeiträge für das Rechnungsjahr 1939 beseitigten und den Ausgleich der Haushaltspläne für 1940 im allgemeinen ermöglichen würden.

Von besonderer Bedeutung waren auch im Monat März einige Maßnahmen auf dem Gebiet der Rechtspflege. Durch eine Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 29. März 1940 (RGBl. I, S. 565) wurde die Todesstrafe für Bereicherung an gesammeltem Metall eingeführt. Wer sich an gesammeltem oder vom Verfügungsberechtigten zur Sammlung bestimmtem Metall bereichert oder solches Metall sonst seiner Verwendung entzieht, wird danach mit dem Tode bestraft. Die Schärfe dieser Strafandrohung ist selbstverständlich, da die durch den Aufruf des Generalfeldmarschalls Göring erfolgende Metallsammlung (siehe S. 57) als ein Opfer des deutschen Volkes für das Durchhalten in dem ihm aufgezwungenen Lebenskampf anzusehen ist.

Die am 21. Februar 1940 erlassene Verordnung über die Zuständigkeit der Strafgerichte, die Sondergerichte und sonstige strafverfahrensrechtliche Vorschriften wurde durch eine Durchführungsvorordnung des Reichsjustizministers vom 13. März 1940 (RGBl. I, S. 489) ergänzt. Es handelt sich dabei in erster Linie um eine Reihe von Sondervorschriften für die Ostmark, den Reichsgau Sudetenland und das Protektorat Böhmen und Mähren.

Der Gnadenerlaß des Führers für Beamte vom 21. Oktober 1939 wurde durch einen weiteren Gnadenerlaß des Führers vom 1. März 1940 (RGBl. I, S. 459) auch auf Patentanwälte und deren Vertreter ausgedehnt. Verfahren gegen Patentanwälte werden nunmehr eingestellt, falls der Präsident des Reichspatentamts im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Vorstandes der Patentanwaltskammer der Auffassung ist, daß ein ehrengerichtlichcs Verfahren voraussichtlich nicht zur Lösung in der Liste der Patentanwälte führen wird.

Bei der Bedeutung des Reichsarbeitsdienstes für die körperliche und seelische Erziehung und Ertüchtigung der deutschen Jugend ist der besondere Schutz dieser staatspolitisch so außerordentlich wichtigen Einrichtung geboten. Der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung erließ daher am 12. März 1940 eine Verordnung zum Schutze des Reichsarbeitsdienstes (RGBl. I, S. 485), die die Aufforderung zum Verweigern der Reichsarbeitsdienstpflicht, die Aufwiegelung von Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes, ferner die Reichsarbeitsdienstentziehung und die Fahnenflucht im Reichsarbeitsdienst unter Zuchthausstrafe stellt. Eine Dienstflucht von weiblichen Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes wird mit Gefängnis bestraft.

Dr. R.



Die Sozialpolitik

Von

Dr. Karstedt, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium

In dem Jahrzehnt bis 1890 starben von 100 000 Kindern, soweit das männliche Geschlecht in Betracht kommt, 24 169 im 1. Lebensjahr. Bei den Mädchen war die Ziffer 20 689. In Hundert bedeutet das also 24 bzw. 20,7. Im Jahre 1936 forderte die Säuglingssterblichkeit im männlichen Geschlecht 7447 und im weiblichen 5828. Insgesamt ergab sich also, daß im Laufe von rund 50 Jahren die Säuglingssterblichkeit auf ein knappes Viertel heruntergedrückt war. Zum Vergleich sei angeführt, daß Belgien 1935 noch eine Säuglingssterblichkeit von 7,7, Bulgarien 1937 eine solche von 14,9, Schottland 1937 eine Säuglingssterblichkeit von 8, Italien 1936 eine solche von 10 und Polen 1937 eine solche von 13,6 hatte. Günstiger als Deutschland standen vor allem Holland mit 3,8 (1937) und Norwegen mit 4,4 (1935).

Eine weitere Tatsache: 1890 starben in Deutschland von 10 000 der Bevölkerung noch 30 Menschen jährlich an Tuberkulose der Atmungsorgane. 1936 waren es nur noch 6,2. Vergleichsweise hatte Frankreich 1934 noch 11,6 Todesfälle, die ehemalige Tschecho-Slowakei 1937 gleichfalls 11 auf je 10 000 der Bevölkerung.

Warum diese Zahlen?

Aus dem einfachen Grunde, weil in ihnen vielleicht am treffendsten zum Ausdruck gelangt, was Deutschland der Sozialversicherung und insbesondere der Invalidenversicherung verdankt. Dies sich ins Gedächtnis zurückzurufen liegt um so mehr Anlaß vor, als am 17. März d. J. die Landesversicherungsanstalten, also die Träger der Invalidenversicherung, auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken konnten. Geschaffen auf Grund des Reichsgesetzes vom Jahre 1889 betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung, sind sie so recht die eigentlichen Träger der deutschen Volksgesundheit geworden und haben damit über ihren ursprünglichen Rahmen für die Gesamtheit der Nation eine Bedeutung erlangt, für die die oben angeführten Ziffern nur ein Ausdruck sind. Gewiß: Es ist nicht zu verkennen, daß erhebliche Verbesserungen auf dem Gebiet der gesundheitlichen Haltung des Volkes auch in anderen Ländern erreicht worden sind. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß die Industrialisierung Deutschlands seit Beginn etwa der 80er Jahre gefährliche städtische Menschenanhäufungen gebracht hat und andererseits die Bevölkerungsdichte auf verhältnismäßig fargem Boden schon immer groß war. So wurde es tatsächlich die Invalidenversicherung, die erst die Grundlagen schuf, um der Medizin und sonstigen Faktoren den Anknüpfungspunkt für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und Volksleiden zu schaffen. Denn von vornherein und in ständig steigendem Maß hat die Rentenversicherung, also vor allem die Invalidenversicherung, ihre Aufgabe nicht nur in dem rein Versicherungsmäßigen, d. h. der Berentung des Invaliden, gesehen, sondern in ebenso starkem Maß in dem Ziel, eine vorzeitige Invalidisierung durch geeignete Maßnahmen vorbeugend

zu verhindern. Umfaßten die Landesversicherungsanstalten als Träger der Invalidenversicherung 1890 nur 10,8 Millionen Menschen, so ist diese Zahl heute auf rund 23 Millionen gestiegen. Heute zählt das Großdeutsche Reich 34 Versicherungsanstalten neben 3 Sonderanstalten. Und um einen Augenblick bei dem rein Geldlichen zu verweilen: Im Jahre 1891 wurden an 133 000 Rentner 15,3 Millionen Mark ausgezahlt. 1933 waren es 1,3 Milliarden Mark bei 3,684 Millionen Rentnern, wobei die Witwen- und Waisenrenten mit ungefähr 935 000 berücksichtigt sind. Das bedeutet praktisch also, daß ebenso vielen Menschen die Sorge für sich bzw. ihre Hinterbliebenen, wenn auch natürlich nicht ganz genommen, so doch in weitestem Maß erleichtert worden ist.

Aber zurück zu der Bedeutung der Invalidenversicherung für das Volksganze. Es darf daran erinnert werden, daß die Bekämpfung des „Weißen Todes“, der Tuberkulose, in systematischer Weise erst auf der Grundlage der Invalidenversicherung zu schaffen war, die gegenwärtig über 150 eigene Heilstätten, Tuberkulose-Krankenhäuser und ähnliche Einrichtungen verfügt. Für vorbeugende Gesundheitszwecke hat sie seit dem Ende der Inflation, also seit dem Jahre 1924, nicht weniger als 1 Milliarde Reichsmark aufgewandt. Dabei hat sie die Angriffspunkte für ihr vorbeugendes Wirken immer tiefer gelegt. Von der Überzeugung ausgehend, daß für eine Gesundwerdung und Gesunderhaltung des Volkes die Wohnungsfrage von allergrößter Bedeutung sei, hat sie mit einem Aufwand von 1,5 Milliarden Reichsmark zwischen 300 000 und 400 000 Arbeiterwohnungen schaffen helfen. Unvergessen soll auch ihre Mitwirkung auf dem Gebiet der Schaffung und Ausweitung der Kleingärten bleiben.

Und erinnern wir daran, daß, wie im letzten Heft bereits ausgeführt wurde, neuerdings die Rachitisbekämpfung bei den Kindern überwiegend von der staatlichen Rentenversicherung getragen wird, sowie an die Tatsache, daß die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gleichfalls in ihr die treibende und durchführende Kraft hatte, so wird es auch dem Fernerstehenden klar, welche Unsumme von Segen aus den Sozialgesetzen Bismarcks und damit den Landesversicherungsanstalten geflossen ist.

Man muß die gewaltige Leistung, die die Schaffung der Sozialversicherung und insbesondere der Invalidenversicherung bedeutet, unter dem Gesichtspunkt würdigen, daß das, was aus Bismarckschem Gedankengang entstanden ist, an sich etwas völlig Revolutionäres war. Der Reichsarbeitsminister hat kürzlich im Rundfunk dazu einen vorzüglichen Beleg geliefert (siehe Reichsarbeitsblatt Nr. 10, Seite V/138), indem er auf die Haltung Englands zu ähnlichen Fragen hinwies. Dort hat der Kampf um die Einführung einer Sozialversicherung viel länger als bei uns getobt. Als die Sozialversicherung bei uns längst eingeführt war, setzte man dort parlamentarische Kommissionen ein, die nach jahrelangen Beratungen zu dem Ergebnis kamen, die technischen und verwaltungsmäßigen Schwierigkeiten seien unüberwindlich. Im Jahre 1895 entwickelte eine königliche Kommission ein folgendermaßen abschließendes Gutachten: „Unter Beachtung der tiefen Sympathie mit den Leiden der Bevölkerung bedauern wir, daß wir mit Rücksicht auf die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten außerstande sind, die Annahme irgendeiner der Vorschläge, die bisher (hinsichtlich der Sozialversicherung) gemacht worden sind, zu empfehlen.“ Erst als Lloyd George zu Bedeutung gekommen war und sich persönlich in Berlin die nötigen Unterlagen geschaffen hatte, kam es im Jahre 1909 in England zu einer unzulänglichen Altersversorgung, die dann erst viel später, nämlich im Jahre 1925, von einer Versicherung abgelöst wurde.

Über den Arbeitseinsatz in der deutschen Kriegswirtschaft hat sich in der Berichtszeit der Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums Dr. Syrup ausführlich geäußert. Danach geht es in erster Linie um die Sicherung des Kräftebedarfs in der Landwirtschaft, wo neben den in Deutschland be-

findlichen 300 000 polnischen Kriegsgefangenen in erster Linie 800 000 bis 1 Million polnische Arbeitskräfte zur Verfügung ständen, die zusätzlich herausgeholt werden.

Dazu ist zu bemerken, daß die polnischen Arbeiter aus dem Generalgouvernement nicht eingezogen, sondern durch Werber angeworben werden. Die Arbeitsaufnahme in Deutschland ist also freiwillig. Die Entlohnung der in der Landwirtschaft eingesetzten Polen ist durch eine besondere Reichsstarifordnung geregelt. Für die Überweisung der Lohnerparnisse dieser Arbeiter sind besondere Bestimmungen getroffen, die es ihnen ermöglichen, ihre Lohnerparnisse an ihre Angehörigen im Generalgouvernement zu senden. Die ausländischen deutschen Dienststellen betonen aber immer wieder, daß die Herbeiführung ausländischer Arbeiter in so großer Zahl nur eine durch die Kriegsverhältnisse bedingte Maßnahme sei und daß, auf die Dauer gesehen, die Arbeiterfrage in der Landwirtschaft nicht durch den Einsatz ausländischer Arbeiter gelöst werden könne.

Nach Dr. Syrup hat die Versorgung des Bergbaues mit Arbeitskräften eine weitere Besserung durch die schnelle Beendigung des Polenfeldzugs erhalten. Der weitere zusätzliche Bedarf könne aus den Kräftereserven im Osten gedeckt werden.

Staatssekretär Dr. Syrup hat sich im gleichen Rahmen mit der Berufsnachwuchslenkung beschäftigt und es als notwendig bezeichnet, den Anteil der Ungelernten im Nachwuchs auf ein Mindestmaß zu beschränken. Mit Befriedigung könne er feststellen, daß die Bevorzugung der kriegswirtschaftlichen Berufe ganz allgemein in der Linie der auch schon vor Ausbruch des Krieges betriebenen Lenkung des Berufsnachwuchses liege, so daß eine Kursänderung nicht notwendig war.

Wichtige Änderungen sind in der Berichtszeit auf dem sozialpolitischen Gebiet in Italien erfolgt. Trotz aller Autarkiebestrrebungen war hier eine Preissteigerung um so weniger zu verhindern gewesen, als die internationale Abwertung der Lira naturgemäß auch auf dem Inlandsmarkt nicht ohne Folgen bleiben konnte. Immerhin waren diese Preissteigerungen nur langsam und in mäßigen Grenzen erfolgt. Erst 1939 war der Vorteil, der sich aus der Abwertung ergab, im wesentlichen aufgezehrt.

Der Krieg hatte den Tendenzen zur Preissteigerung in Italien infolge Warenverknappung usw. einen neuen Auftrieb gegeben. Die Löhne andererseits waren zuletzt im März 1938 gesteigert worden. Der Korporative Zentralausschuß hat deshalb unter Vorsitz des Duce am 9. März d. J. vom 25. März d. J. ab eine Erhöhung der Löhne um 10—15 v. H. genehmigt und weiterhin beschlossen, bis zum 31. Juli d. J. die Zulassung gewisser Preiserhöhungen zu genehmigen. Dabei ist Wert darauf gelegt worden, daß lebensnotwendige Dinge wie Brot, Meis, Zucker, Öl und Textilwaren auf ihrem jetzigen Stand beibehalten werden. Wichtig ist ferner, daß die Eisenbahn- und Posttarife, Mieten und Wasser-, Gas- und Elektrizitätspreise unberührt bleiben. Streng genommen bleibt die zugestandene Lohnerhöhung auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß wichtige Lebensgüter nicht verteuert werden dürfen, hinter der seit Kriegsausbruch erneut eingetretenen Preissteigerung zurück. Die Regierung hat aber offenbar bewußt sich mit keiner Erhöhung der Löhne abfinden wollen, die der Steigerung der Lebenshaltungskosten genau entspricht, weil sie im Sinne ihrer Autarkiebestrrebungen auf eine Einschränkung des Verbrauchs Wert legt.

Von sozialpolitischer Bedeutung ist weiterhin die vorgehend mitgeteilte Tatsache, daß am 2. April d. J. der italienische Ministerrat grundlegende kriegswirtschaftliche Beschlüsse gefaßt hat, um den Erfordernissen des totalen Krieges gerecht zu werden. Für uns ist vor allem von Bedeutung, daß die zivile Mobilisierung vorgesehen wird, die sich auch auf Frauen und Kinder über 13 Jahre erstreckt. Am 3. April 1940 hat der Ministerrat ferner ein Gesetz zur Verhinderung der Aufteilung von Bauernstellen angenommen.

Bei der für Italien besonders wichtigen Kohlenfrage, die durch das bekannte Abkommen mit Deutschland ihre einstweilige Regelung gefunden hat, ist bedeutsam, daß Italien im Kohlengebiet von Istrien eine Schule zur praktischen und theoretischen Ausbildung von Bergarbeitern geschaffen hat. Der Bau soll so beschleunigt werden, daß die Schule im Herbst d. J. ihre Tätigkeit aufnehmen soll. Der jeweilig 3 Wochen dauernde Lehrgang bildet 220 Bergarbeiter praktisch und theoretisch aus, die nach erfolgreichem Besuch der Anstalt das „Recht auf Arbeit“ erwerben.

In der Schweiz war es der Bundesregierung nach der vor einigen Jahren erfolgten internationalen Abwertung des Schweizer Franken gelungen, das Steigen der Preise sich nur sehr langsam vollziehen zu lassen. Insbesondere hatte die Einführung des sogen. Vollbrottes eine Erhöhung des Brotpreises im allgemeinen nicht nötig werden lassen. Bei der gewaltigen Abhängigkeit der Schweiz von der Einfuhr von Lebensmitteln mußte es aber nach Kriegsausbruch unmöglich erscheinen, den Brotpreis länger zu halten. Der Inlandspreis für eingeführtes Brotgetreide ist seit Kriegsausbruch um rund 10 Franken je Doppelzentner gestiegen, eine Folge vor allem der gesteigerten Transport- und Versicherungskosten. Demgemäß wird die Schweiz vom 15. April 1940 ab das Brot bis zu 3 Rappen erhöhen, nachdem dem Müller ein Aufschlag von 2,50 Franken je Doppelzentner Mehl bemilligt worden ist. Man hofft, auf die Weise wenigstens auf einige Monate die neuen Mehl- und Brotpreise halten zu können. Da aber auch bei anderen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln ähnliche Preissteigerungen eingetreten oder zu erwarten sind, haben die Gewerkschaften Forderungen nach Lohnerhöhung bei der Bundesregierung angemeldet.

Um der Landwirtschaft zu helfen, hat der Bund in der Berichtszeit einen weiteren wichtigen Schritt unternommen. Durch die Verordnung vom 1. März 1940 über die Organisation des Arbeitseinsatzes zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion werden die Kantone und Gemeinden zu Sofortmaßnahmen zwecks Sicherung der erforderlichen Hand- und Zugarbeitskräfte angehalten. In jedem Kanton wird eine Zentralstelle geschaffen, die für den Einsatz der menschlichen, tierischen und motorischen Arbeitskräfte zu sorgen hat. Die Vorschriften der Arbeitslosenversicherung, der Krisenunterstützung, die Arbeitsnachweise usw. werden eingesetzt, um den Einsatz so weit als möglich freiwillig zu gestalten. Insofern das aber nicht genügt, hat die Verordnung über die Arbeitsdienstpflicht vom 2. September 1939 in Tätigkeit zu treten. Die Kantonalstellen erhalten weitgehende Befugnisse. Sie können zur Annahme einer bestimmten Stelle in der Landwirtschaft oder zur Verbeibehaltung einer solchen Stelle zwingen. Als Unterorgane arbeiten gemeindliche Einsatzstellen, die innerhalb der einzelnen Gemeinden den landwirtschaftlichen Einsatz vorzubereiten und zu überwachen haben, überflüssige oder fehlende Kräfte den Kantonalstellen melden usw.

In Belgien steht auch weiterhin die Kohlenfrage insofern im Vordergrund, als die durch neuere Streiks erzwungenen Lohnerhöhungen eine derartige Kohlenpreissteigerung im Gefolge gehabt haben, daß heute belgische Kohle über Weltmarktpreis liegt. Der Hauptleidtragende ist dabei Frankreich. Noch immer ist die Zahl der Arbeitskräfte im Bergbau ungenügend, so daß neuerdings 14000 mobilisierte Untertagarbeiter vom Seeresdienst entlassen sind.

Wie sehr der englische Krieg die Neutralen schädigt, dafür ist die Anfang März zwischen den belgischen Reedern und den Seefahrtorganisationen abgeschlossene Vereinbarung Beweis. Danach werden in der Gefahrenzone den Befahrungen gewöhnlicher Fracht- und Fahrgastschiffe zu den am 1. Mai 1939 vereinbarten Grundlöhnen 150 v. H. und den Bemannungen der Tanker 230 v. H. Zuschlag gezahlt, außerhalb der Gefahrenzone 70 bzw. 80 v. H. Als Gefahrenzone gilt das Gebiet zwischen dem 40. und 61. Grad n. Br. und östlich 20. Grad w. L. bis einschließlich der Ostsee.

Zum erstenmal in seiner Geschichte greift Spanien durchgreifend auf dem Gebiet der Sozialpolitik ein. Nachdem bereits zu Beginn des neuen Jahres große öffentliche Arbeiten im Bereich des Straßenbaues und der Wasserwirtschaft, für Hafnarbeiten usw. eingeleitet worden sind, für deren Durchführung man mit 10 Jahren rechnet, gilt die Sorge der spanischen Regierung vor allem dem zweckmäßigen Arbeitseinsatz. Die Arbeitslosigkeit soll auf 500 000 zurückgegangen sein. Von Bedeutung für die heranwachsende Jugend ist, daß neuere Bestimmungen eine obligatorische Lehrzeit einführen und alle Betriebe mit mehr als 20 Arbeitern die Auflage zur Einstellung von 5. v. S. Lehrlingen erhalten, deren Mindestlehrzeit ein Jahr zu betragen hat.

Unter der revolutionären Regierung hatte das staatliche Institut für Agrarreform auf Grund von Befehlen aus den Jahren 1932 und 1935 zahlreiche Landgüter beschlagnahmt. Ein am 6. März 1940 im Spanischen Staatsanzeiger veröffentlichtes Gesetz gibt diese Güter ihren Besitzern im Grundbesitz zurück. Die Bedingungen, unter denen die Rückgabe erfolgt, sind jedoch derartig, daß sie nicht etwa einen Rückfall in die früheren unhaltbaren Pacht-, Pfand- und Pachtverhältnisse bedeuten. Im allgemeinen bleiben die jetzt auf den Gütern sitzenden Bauern sowohl im Besitz der diesjährigen Ernte, wie sie auch als zukünftige Pächter weitgehenden Schutz genießen. Das Landwirtschaftsministerium ist überdies besorgt, die Rückgabe solcher Landgüter zu verhindern, die nach Lage, Größe, Eigentums- oder Wasserverhältnissen in Sperrgebieten liegen, die als national wichtig erklärt sind. Solche Güter werden in Gemäßheit des Gesetzes vom 26. September 1939 als „zwangswise Pachtungen“ betrachtet.

In England hat, wenn die Großhandelskennziffer der „Financial Times“ richtig ist, zum erstenmal seit Kriegsausbruch die Preisbewegung einen leichten Rückgang erlitten, und zwar um 0,1 v. S. Die Kennziffer für Nahrungsmittelgroßhandelspreise lag im März bei 118,8 gegenüber 120,5 im Vormonat. Für Industrierohstoffe dagegen ist sie erneut angestiegen, und zwar von 132,5 auf 133,2. Diese Steigerung soll vor allem auf die Erhöhung der Wollpreise zu schieben sein. Die Großhandelspreise für Nahrungsmittel liegen nunmehr um 32,6 v. S. höher als bei Kriegsausbruch und für industrielle Rohstoffe um 33,6 v. S. Die „Financial Times“ fügt dieser Meldung die Hoffnung hinzu, daß sich die Preise offensichtlich stabilisieren.

In der Bevölkerung scheint sich naturgemäß diese angebliche Verbesserung noch nicht ausgewirkt zu haben, denn im Februar allein sind durch Streiks und Ausperrungen, an denen 41 000 Arbeiter beteiligt waren, nicht weniger als 168 000 Arbeitstage verlorengegangen.

Die englischen Eisenbahngesellschaften, denen die englische Regierung schon vor längerer Zeit ihre Gewinne garantiert hatte — ein Umstand, der insbesondere bei den Gewerkschaften erhebliches Befremden hervorgerufen hat —, beschäftigt die englische Öffentlichkeit erneut. Die Gesellschaften haben eine Erhöhung der Eisenbahntarife beantragt. Dazu schreibt der „Daily Express“, es würde nach der großzügigen Entschädigung der Eisenbahngesellschaften unter Förderung ihrer Umkäufe durch die Ausschaltung der Konkurrenz des Lastwagens infolge Beschränkung der Benzin-zuteilung geradezu ungeheuerlich sein, wenn man den Eisenbahngesellschaften, die ohnehin viel Geld verdienen, gestatte, noch mehr Gelder der Öffentlichkeit für sich in Anspruch zu nehmen. Es habe keinen Zweck, wenn der Schatzkanzler versuche, die Lebenshaltungskosten niedrigzuhalten, der Verkehrsminister aber eine Tarifierhöhung zulasse. Er fügt hinzu, die Aktionäre der englischen Eisenbahngesellschaften gehörten zu der Kategorie von Engländern, für die der Krieg eine „reine Freude“ bedeute.

Trotz der englischen Arbeitslosigkeit von 1,5 Millionen Menschen beherrscht der Menschenmangel auch weiterhin das gesamte englische Wirtschafts-geschehen. Das Versorgungsministerium hat nach einer Meldung der

„Times“ vom 2. April 1940 deshalb eine Zählung der gelernten, halbgelernten und ungelernten Kräfte in den wichtigsten Kriegsindustrien angeordnet, die von dem Arbeitsministerium durchzuführen ist. Die Zählung, für die der Stichtag der 10. April ist, bezieht sich auf die Maschinenindustrie, die Kraftfahrzeugindustrie, die Flugzeugindustrie, den Schiffbau und die Schiffsreparaturen. In einem Leitartikel in der gleichen Nummer bemerkt die „Times“ dazu, daß die menschliche Arbeitskraft in den wichtigsten Industrien eins der wesentlichsten Probleme der Gegenwart darstelle. Es handele sich um eine Frage, die bei weitem die ernsteste sei, der England im Krieg gegenüberstehe.

Fügen wir hinzu, daß die englische Regierung gegenwärtig jährlich 50 Millionen £ aufwendet, um die wichtigsten Lebensmittel zu verbilligen, daß in den Monaten Januar/Februar 1940 die Löhne von 4,74 Millionen Arbeitern um rund 0,7 Millionen £ wöchentlich erhöht worden sind, daß seit Ausbruch des Krieges 10,3 Millionen Arbeiter Lohnerhöhungen im Ausmaß von 1,5 Millionen £ wöchentlich erhalten haben, daß schließlich auch jetzt die Lohnbewegungen mit allen ihren Folgen wie Streikdrohungen und Streiks nicht abreißen, so rundet sich erneut das Bild der sozialen Unruhe ab, das eins der hervorsteckendsten Merkmale im öffentlichen Leben Englands seit Kriegsausbruch war.

Um so unverständlicher und unbegreiflicher für deutsche Begriffe ist es dann allerdings, daß nach wie vor eine Reihe von Kohlengruben stillgelegt sind. Der Preis für englische Bunkerkohle lag im März 1940 um 63 v. S. höher als Anfang 1939. Inwieweit das durch die deutschen Seefriessaktionen, hohe Frachten und Risikoprämien bedingt ist, mag dahingestellt bleiben. Für uns ist es von Interesse, daß diese Preisentwicklung der britischen Kohle allmählich auch deren Absatz im neutralen Ausland immer mehr behindert. So wird aus den Niederlanden bekannt, daß dort die britische Kohle gegenüber der inländischen, der belgischen und der deutschen bereits völlig aus dem Wettbewerb ausgeschaltet sei. Trotz der starken Wundabwertung, die doch eigentlich die Wettbewerbsfähigkeit der englischen Kohle habe erhöhen müssen, und trotz relativ stabil gebliebener Exportpreise liege der Preis der Kohle viel zu hoch, da er nach Holland allein mit 15 Gulden Seefracht belastet sei, während z. B. die Rheinfracht aus dem Ruhrgebiet nur etwa 0,90 Gulden je Tonne betrage.

Ganz offenbar herrscht im englischen Bergbau eine schwere Desorganisation. Im Februar gab es in Großbritannien noch 68 303 arbeitslose Kohlenbergleute, und diese Zahl lag trotz der kalten Jahreszeit noch um 7800 höher als im Januar. Die „Times“ schreibt von einer „trotz des Fehlens der Kohle in Tausenden von Wohnungen“ immer noch herrschenden „katastrophalen Arbeitslosigkeit in den Kohlengebieten von Südwales, in denen bitterste Armut zu Hause“ sei. In einer Kleinstadt in Südwales sei vor rund einem Jahr ein Bergwerk geschlossen worden, wodurch 1200 Arbeiter oder 90 v. S. der männlichen Bevölkerung des Ortes die Arbeit verloren hätten. Die Stadt habe völlig von dem Bergwerk abgehängt. Es sei ein äußerst melancholisches Bild, diese Männer jetzt beschäftigungslos an den Straßenecken herumstehen zu sehen. In der Hauptgeschäftsstraße seien heute viele Läden zu vermieten, während es in früheren Jahren nur schwer möglich gewesen sei, dort ein Geschäft zu bekommen. In ganz Südwales, so hebt der Korrespondent hervor, herrsche eine bittere Stimmung gegen die Männer, die in den Tälern von Südwales Reichtum gehäuft hätten und die dann weggegangen wären, um das Land traurig und in Not zurückzulassen.

Unter solchen Umständen ist es verständlich, daß die in England immer wieder erwachende Forderung nach Verstärkung der Kohlengewinnung Pavier bleibt. Die englischen Kohlenlieferungen nach Belgien sind bereits eingestellt, die ungenügenden nach Dänemark und Ägypten haben neuerdings Ländern wie Portugal und der Schweiz Veranlassung gegeben, ihr Augenmerk auf die Vereinigten Staaten zu richten und in Verhandlungen wegen Liefe-

rungen von amerikanischer Kohle einzutreten, nachdem sich ergeben hat, daß eine Lieferfähigkeit von Wales her nicht mehr vorhanden ist.

In solchen Nöten greift man in England immer zu dem Allheilmittel der Bildung einer Kommission: prompt hat auch jetzt der Bergbauminister unter Vorhitz von Lord Portal einen Ausschuß aus Arbeitgeberern, Bergarbeitern, Schiffsfahrtsvertretern usw. gebildet, dessen Aufgabe die Förderung der Steinkohlengewinnung zwecks Erhöhung der Ausfuhr und Sicherung der Inlandsvorräte ist.

Zum Schluß sei auf eine Zusammenstellung hingewiesen, die kürzlich die „Deutsche Bergwerkszeitung“ veröffentlicht hat. Danach ist der Ackerboden in England von 1918 bis 1938 um 25 v. H. zurückgegangen, der beackerte Boden sogar um 30,6 v. H. Im einzelnen ging Weizenboden um 27 v. H., Gerste um 40 v. H., Kartoffelfeld um 23,8 v. H. zurück.

Die englische Regierung hat Ende März bekanntgegeben, sie könne mit Rücksicht auf die Tatsache, daß sie damit dem Gegner Material liefere, das seit Jahren der Öffentlichkeit versprochene Blaubuch über die Unruhen auf den westindischen Inseln der Öffentlichkeit nicht vorlegen. Hier waren im Jahre 1938 schwere Revolten ausgebrochen, die teilweise die englischen Beamten zur Flucht nötigten. Im Reichsarbeitsblatt vom 15. April d. J. gibt Ministerialrat Dr. Karstedt auf Grund eines kurz vor Kriegsausbruch von der englischen Regierung veröffentlichten Blaubuchs über die Arbeitsverhältnisse im englischen Westindien Tatsachen an, die es allerdings verständlich erscheinen lassen, weshalb England darauf verzichtet, das sicher sehr interessante Material über seine westindischen Kolonien der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Es handelt sich um Besitzungen, die zum Teil schon seit Jahrhunderten englische Kolonien sind, in denen aber die Bevölkerung unter Lebensverhältnissen zu arbeiten gezwungen ist, die geradezu trostlos anmuten.

Es trifft sich eigenartig, daß Ende März in einer anderen englischen Kolonie eine Bewegung der eingeborenen Arbeiter nur durch Einfluß von Militär und unter erheblichem Blutvergießen beendet werden konnte. Es handelt sich um das kupferreiche Nordrhodesien, das gegenwärtig etwa 10 v. H. der gesamten Welterzeugung an Kupfer liefert. Die Lohnnießer einerseits des Kupferreichtums, andererseits sehr niedriger Eingeborenenlöhne sind einige wenige englische großkapitalistische Gesellschaften. Wieviel Geld hier durch England verdient wird, geht aus der Tatsache hervor, daß beispielsweise die auf 5 sh lautenden Anteilsscheine der Roan-Antelope-Mine 1937 schon mit 89 sh an der Londoner Börse gehandelt wurden (vgl. dazu Karstedt: Englands Afrikanisches Imperium, Berlin 1938). Obgleich in der Kolonie einschließlich Frauen und Kinder nur etwa 10 000 Weiße leben, in erster Linie als Beamte, Aufseher, Missionare usw., und von einer nennenswerten Landwirtschaft nicht die Rede sein kann, nennt das amtliche englische Blaubuch von 1932 für Nordrhodesien allein 30 Beamte mit 1000 und mehr £ Jahreseinkommen. Wenn es sich auch um eine völlig junge Kolonie handelt, deren Aufschwung erst aus der Zeit nach dem Weltkriege beginnt, muß sie doch bereits 10 v. H. aller öffentlichen Einnahmen für Pensionen der englischen Beamten verwenden. Umgekehrt ist die Besteuerung der Eingeborenen hier so groß, daß sie jahraus, jahrein gezwungen sind, zu Tausenden das Land als Wanderarbeiter zu verlassen. Schon 1935 mußten hier Arbeiterrevolten mit Militärgewalt unterdrückt werden.

Für die Unruhe im gesamten englischen Weltreich ist neben den nicht abbrechenden Streiks und blutigen Unruhen in Indien kennzeichnend, daß jetzt auch das sozialistische Wusterland Australien von ihr erfaßt ist. Dort ist ein großer Bergarbeiterstreik ausgebrochen, der die Eisenbahn zu Einschränkungen nötigt. In den Stahlwerken von Broken Hill bei Newcastle (Ostaustralien) wurden von 6500 Mann 4500 am 2. April 1940 entlassen. Ein Vermittlungsangebot des Industrieministers lehnten die Gewerkschaften ab. Im Hafen von Sidney lagen nach der Meldung des „Times“

Korrespondenten infolge des Streiks 20 Kohlenschiffe still, die vergeblich auf Ladung warten.

Frankreich veröffentlicht keine Ziffern über die Preisentwicklung. Nach den Berechnungen eines belgischen Instituts lag der Preisindex für Brot, Getränke, Kolonialwaren, Butter, Eier, Käse, Fleischwaren, Fische, Gemüse und Früchte am 15. Februar auf 823 gegen 771 am 15. Januar 1940, wobei als Basis das Jahr 1914 mit 100 zugrunde gelegt ist. Ob und inwiefern diese Angaben den Tatsachen entsprechen, ist von Deutschland aus natürlich nicht festzustellen. Daß jeder von Frankreich unternommene Versuch, einen Preisstopp durchzuführen, bisher völlig fehlgeschlagen ist, ist allerdings auch aus anderen Tatsachen zu schließen. Um so energischer hält anscheinend auch die neue Regierung Reynaud an der Durchführung des Lohnstopps fest. Das Rüstungsministerium, das mehr und mehr Macht an sich reißt und sich beispielsweise gegen die Luftfahrt entschieden durchgesetzt hat, auch im Begriff zu sein scheint, den auch im neuen Kabinett verbliebenen Arbeitsminister Bomaret zu Einfluß einzuschränken, hat nach einer Meldung aus Brüssel kürzlich eine Schrift herausgegeben, die die Arbeiter- und Sozialgesetzgebung während der Kriegsdauer zusammenzufassen bestimmt ist. Auf die Gefahr hin, bereits Berichtetes nochmals kurz in Erinnerung zu rufen, mag aus dem Inhalt wiedergegeben werden, daß Kollektivverträge und Schiedssprüche aus der Vorkriegszeit in Gültigkeit bleiben, soweit ihre Bestimmungen nicht durch neue gesetzliche Maßnahmen abgeändert werden. Die Arbeitszeit in den Betrieben kann 60 Stunden die Woche erreichen, jedoch mit Genehmigung auf 72 Stunden ausgedehnt werden. Frauen und Kinder sollen jedoch nicht länger als 60 Stunden die Woche arbeiten, wobei die Betriebsführer angehalten sind, die Arbeitszeit möglichst auf 48 bis 50 Stunden die Woche zu beschränken. Die tägliche Arbeitsleistung soll bei Männern bis zu 11 Stunden ausmachen, gegebenenfalls auch 12 Stunden, bei Frauen und Kindern bis 10 Stunden. Bei Ausführung besonderer Arbeiten ist der Arbeitsinspektor im Einzelnehmen mit dem Vertreter des Rüstungsministeriums ermächtigt, Ausnahmen anzuordnen.

Die Löhne sind auf den Stand vom 1. September 1939 stabilisiert. Der Normallohn wird bei Angestellten für eine Arbeitszeit von 43 Stunden pro Woche und bei Arbeitern für 40 Stunden pro Woche gezahlt. Bei darüber hinausgehender Arbeitszeit fallen die bis 1. September 1939 gezahlten üblichen Sonderzuschläge fort. Statt dessen wird eine Abgabe von 40 v. H. erhoben, so daß für die Mehrarbeit nur noch 60 v. H. des Normallohns ausbezahlt werden. Zur Arbeit beurlaubte Soldaten haben bei Mehrarbeit diese Abgabe allerdings nicht zu tragen. Insofern es sich um Akkordarbeit handelt, wird folgendermaßen verfahren: Wenn z. B. 120 gleichartige Stücke innerhalb von 10 Stunden hergestellt werden, so erhält der Arbeiter für 80 Stücke die volle Prämie bei vollem Lohn, während bei 40 Stücken nur 60 v. H. ausbezahlt werden.

Die wöchentliche Arbeitsruhe kann aufgehoben werden. Die Frage des unbezahlten Urlaubs wird späterer Regelung vorbehalten, wobei Frauen von Kriegsteilnehmern im Falle des Urlaubs ihres Mannes schon jetzt einen viertägigen Urlaub gewährt erhalten, der aber von dem Jahresurlaub abgezogen wird. Der Rüstungsminister ist aber ermächtigt, diese Vergünstigungen aufzuheben.

Die Mehrzahl der für die Rüstung arbeitenden Betriebe steht unter Staatsaufsicht und mit ihnen auch die Belegschaft, die damit erheblich in ihrer Bewegungsfreiheit eingeengt ist.

Es deutet alles darauf hin, daß Frankreichs ernstestes Problem der Menschenmangel ist. Offenbar ist auch er schuld daran, daß die Kohlenversorgung völlig desorganisiert ist. Wir wollen gemiß nicht zübel Gewicht auf die Tatsache legen, daß Frankreich jetzt die Kohlenbezugskarte eingeführt hat, die in bezug auf die Haushaltungen für alle Ortschaften von mehr als 5000 Einwohnern gilt. Welche Kohlenmengen jeweils auf Grund eines Ab-

schnittes bezogen werden können, bestimmt der Präfekt, der ermächtigt ist, das Bezugssystem auch auf Orte unter 5000 auszudehnen. Wenn vor einigen Monaten der französische Staatspräsident als Ziel der französischen Kohlenförderung die Bereitstellung von monatlich 5 Millionen Tonnen aufgezeigt hatte, so scheint diese Hoffnung fehlgeschlagen zu sein, denn man rechnet jetzt nur noch mit einer Jahresförderung von 51 Millionen Tonnen. Von Belgien werden nicht mehr als 5 Millionen Tonnen erwartet bei einem Gesamtbedarf von 80 Millionen Tonnen. Unter diesen Umständen haben die Verhandlungen mit England über eine stärkere Kohlenlieferung erhebliche Bedeutung für Frankreich, ohne daß aber bisher die Hoffnungen, die man auf England als Ersatz für die deutschen und polnischen Lieferungen gesetzt hatte, in Erfüllung gegangen sind. Man ist deshalb auch in Frankreich dazu übergegangen, Bestellungen in den Vereinigten Staaten aufzugeben.

Ob die verkündete Absicht, die kleinen Vorkommen in Algerien und Marokko systematisch ab- und auszubauen, Aussicht auf Erfolg bietet, ist nicht abzusehen.

Wenn die Gewerkschaften im allgemeinen auch durch den Krieg lahmgelegt sind, nachdem die Konkurrenz der Kommunisten durch deren gewalttätige Unterdrückung beseitigt ist, so kann von einem Burgfrieden doch nicht die Rede sein. Im Gegenteil sind die Gewerkschaften, wenn sie nicht den letzten Rest ihres Ansehens verlieren wollen, gezwungen, noch stärker auf die Stimmung innerhalb der Arbeiterschaft zu achten, und das Ergebnis sind trotz der Zensur nicht abbrechende, zum Teil allerdings recht akademische Erörterungen der Gewerkschaftsführer in der Presse.

Einen unangenehmen Teil bildet dabei für alle Beteiligten die Lohnstarre, aber auf diesem Gebiet begegnen sich Gewerkschaftler und Industrie. Denn die für die Rüstung arbeitende Industrie ist im Grunde bereit, höhere Löhne zu zahlen, allerdings nicht aus menschenfreundlichen Gesichtspunkten, sondern nur deshalb, weil sie damit Arbeitskräfte an sich zu ziehen hofft, die ihr fehlen. Unter Hinweis auf Lohnzugeständnisse haben Betriebe der Rüstungsindustrie versucht, aus anderen Betrieben und vor allem auch aus der Landwirtschaft Arbeiter anzulocken. Gegen solche Machenschaften hat sich kürzlich der Arbeitsminister in einem Schreiben an die französische Arbeitgeberorganisation gewandt. Darin wird festgestellt, dem Arbeitsminister sei zu Ohren gekommen, daß Lohnerhöhungen von einzelnen Betrieben, so von solchen, die für das Luftfahrtministerium arbeiten, zugebilligt seien. Die Lohnerhöhungen seien erfolgt, um neue Arbeitskräfte anzulocken. Ein derartiges Vorgehen schlage aber der Arbeitslohnpolitik ins Gesicht, die die Regierung während der Kriegsdauer anwenden müsse. Auch hier beruft sich der Arbeitsminister wiederum darauf, daß die Stabilisierung der Löhne den Zweck habe, zur Preisstabilisierung beizutragen. Die Preisstabilität aber werde wiederum durchlöchert, wenn die Lohnzugeständnisse allgemeinere Formen annehmen würden. Ob die Vorbereitung der Bezugskarte in Frankreich, die mit der Einführung der Brotkarte eingeleitet wird, dazu beitragen wird, die Preisstabilität zu erhöhen, wird die Zukunft lehren müssen.

Unter diesen Gesichtspunkten gewinnt gegenwärtig die Frauenarbeit in Frankreich ganz besondere Bedeutung. Neuerdings hat der französische Arbeitsminister Pomaret bekanntgegeben, daß Ende Februar 1940 nur 570 000 Frauen in der Rüstungsindustrie einschl. der Textilindustrie beschäftigt gewesen seien gegenüber 500 000 Ende 1939. Der Einsatz sei zu langsam vor sich gegangen. Die Privatindustrie stelle leider nur zögernd Frauen ein, während in den dem Rüstungsministerium unterstehenden Betrieben 29 v. H. der Belegschaft Frauen seien und dieser Satz systematisch erhöht werde. Eine Verordnung vom 28. Februar 1940 ermächtigt den Arbeitsminister, die Einstellung von Frauen zu einem bestimmten Prozentsatz in einzelnen Zweigen der Rüstungsindustrie für obligatorisch zu erklären. Diese Neuerung soll sich unter folgenden Bedingungen durchsetzen: In den genau bezeichneten Rüstungsbetrieben muß zwangsläufig für bestimmte Ar-

beiten ein Prozentatz der Neueinstellungen für weibliche Arbeitskräfte reserviert bleiben. Benötigt z. B. ein Betrieb Schweißer, Dreher, Prüfer usw. und fordert 100 Arbeiter jeder dieser Berufsgruppen an, so muß der Betrieb 70 Frauen für jede Gruppe dieser Facharbeiter einstellen, wenn der Prozentatz auf 70 v. H. festgesetzt ist. Die auf diese Weise eingeleiteten Frauen werden zur Hälfte von den öffentlichen Arbeitsämtern gestellt, während die Arbeitgeber die Möglichkeit haben, die andere Hälfte aus den Frauen auszuwählen, die sich bei ihnen gemeldet haben.

Im Widerspruch zu solchen Tatsachen steht es, daß angeblich noch 300 000 Frauen vorhanden sind, die sich zwar für eine Beschäftigung gemeldet haben, aber bisher eine solche nicht nachgewiesen bekamen. Dieser Widerspruch erklärt sich zum Teil offenbar daraus, daß die arbeitssuchenden Frauen, zum größten Teil Frauen der Eingezogenen, in der Nähe ihrer Wohnung oder in Großstädten beschäftigt sein möchten, während der vordringliche Mangel vor allem in den dezentralisierten Betrieben auf dem Lande besteht.

Der französische Arbeitsminister hat sich offenbar der Überzeugung nicht verschließen können, daß mit dieser Masseneinziehung von Frauen ganz erhebliche gesundheitliche Gefahren verbunden sind. Es ist deshalb beim Arbeitsminister eine besondere Kommission gebildet worden, die die Prüfung der Rückwirkungen der Verlängerung der Arbeitszeit auf den Gesundheitszustand der Jugendlichen und weiblichen Arbeitskräfte zur Aufgabe hat. Inwieweit unter diesen Umständen die Hoffnung, bis Ende 1940 eine Million Frauen in der Rüstungsindustrie unterzubringen, sich rechtfertigen wird, steht dahin.

In geradezu verheerender Weise äußert sich der Kräftemangel nach wie vor auf dem Lande, von wo der Krieg einen erheblichen Teil nach den Großstädten abgezogen hat, nachdem das flache Land bereits durch die Mobilisierung und die Requisitionen auf das schwerste getroffen war. Die Regierung hat deshalb durch Verordnung praktisch die Freizügigkeit auf dem Lande beseitigt. Aber die Verhältnisse in der Landwirtschaft gibt die Agrardebatte in der französischen Kammer vom 26. Februar bis 7. März im übrigen eine Reihe wertvoller Aufschlüsse. Kennzeichnend in dieser Hinsicht sind die Ausführungen des Abgeordneten Rathé, in denen es heißt: „Auf allen Gebieten hatten wir Überschuße, und wenn es sich um Getreide handelte, sprach man von Überschuß; bei Hafer war stets die Frage der Aufzucht und der Erntekulturen aktuell, und der Rübenanbau war schon lange kontingentiert. Alle diese landwirtschaftlichen Erzeugungsgebiete waren Jahre hindurch ein parlamentarisch beunruhigendes Thema. Heute nach fünf Monaten eines höchst ereignislosen Krieges behandeln wir diese Frage von einer völlig anderen Seite her. Auf allen Gebieten ist ein Warenmangel aufgetreten, gewisse Erzeugnisse sind fast unauffindbar geworden, andere sind sehr selten und von einer in jeder Hinsicht mehr und mehr beunruhigenden Preishausse bedroht. Man muß gegenwärtig schon sehr geschickt sein, um sich mit Lebensmitteln zu versorgen.“

Ein anderer Abgeordneter stellte fest, der französische Bauer sei nie reich gewesen und habe keine größeren finanziellen Mittel besessen. Sein Besitz seien seine Arbeitspferde, seine landwirtschaftlichen Geräte und seine Kühe gewesen, deren Milch er verkauft und dadurch seinen täglichen Geldbedarf gedeckt habe. Jetzt habe man, sagt der Abgeordnete, die Pferde weggenommen und die Kühe ebenfalls requiriert. „Die Frau ist mit den Ausgaben alleine geblieben, hat aber keine Einnahmen, um sie zu bestreiten. Da sie landwirtschaftliche Arbeiter nicht einstellen kann, bleibt der Boden unbebaut, und selbst wenn sie einen Arbeiter einstellen könnte, würde dieser vom Arbeitsministerium für die Fabrik angefordert.“

Ein dritter Abgeordneter hat einzelne Angaben über die rigorose Mobilisierung der landwirtschaftlichen Kräfte und ihre Folgen gemacht. Er hat weiter ausgeführt, daß nach einer Erhebung der Vereinigung der Weizen-erzeuger, die sich auf 24 Departements mit einer Erzeugung von 46 v. H.

der Gesamternte erstreckt, in den Departements des Südens und des Südostens ungefähr 90 v. H. der normalen Aussaaten getätigt seien; in den Zentraldepartements, die für den Weizenanbau besonders wichtig seien, hätten dagegen die Herbstausaaten nur zu 50 v. H. und in den Departements im Norden und Westen sogar nur zu 10 bis 15 v. H. erfolgen können. Für ganz Frankreich würden die Ausaaten insgesamt nur etwa 30 v. H. des Jahres 1938 erreichen. Ein anderer Abgeordneter behauptet sogar, die Ausaat habe nur 20 v. H. erreicht. Aus den Erörterungen geht weiter hervor, daß der Verbrauch der französischen Bevölkerung der wichtigsten Lebensgüter in den letzten Jahren sowieso schon erheblich abgenommen hat. So habe im Jahre 1913 in Frankreich je Kopf der Bevölkerung 55 Kilogramm Fleisch verbraucht; diese Kopfmenge sei für 1938 auf 45 Kilogramm abgesunken. Von Regierungsseite würde zugegeben, daß in der Landwirtschaft allein 491 000 Pferde requiriert seien neben 178 000 Fuhrwerken. Letzten Endes kam die Debatte wieder auf die lahme Regierungserklärung hinaus, daß sie sich bemühen wolle, die Preisschraube durch eine schärfere Überwachung des Zwischen- und Einzelhandels zu drosseln.

Neuerdings sind vier ältere militärische Jahressklassen zur Hilfe für die Landwirtschaft beurlaubt worden. Ob damit der Not der französischen Landwirtschaft abgeholfen wird, bleibt abzuwarten, zumal die auf die Vereinerbringung nordafrikanischer landwirtschaftlicher Arbeiter zielende Absicht der französischen Regierung mindestens in dem beabsichtigten Umfang unerfüllt geblieben ist.



Die Wirtschaftspolitik

Eine wirtschaftliche Bilanz des ersten Kriegshalbjahres kann das deutsche Volk ebenso sicher mit Vertrauen in den siegreichen Ausgang des ihm aufgezwungenen Kampfes erfüllen wie der vom Oberkommando der Wehrmacht Anfang März vorgelegte Erfolgsbericht über die ersten sechs Kriegsmomente und die allgemeine politische Lage im Verlaufe des Monats März. Die dem englischen Händlerturn angemessene Kriegsführung auf wirtschaftlichem Gebiet mit ihrer aus dem Weltkrieg hinreichend bekannten Erschöpfungsstrategie hat diesmal ein Deutschland vorgefunden, das derlei Angriffen gegenüber in jeder Weise gewappnet ist. Die umfangreichen Umstellungen der deutschen Wirtschaft auf die Bedürfnisse des Krieges konnten ohne tiefgreifende Auswirkungen in dem vergangenen halben Jahr durchgeführt werden; die Lebensbedürfnisse des Volkes wurden in gleicher Weise sichergestellt. Auch auf dem sozialen Sektor traten im Gegensatz zu unseren Feinden keine Spannungen auf, da der Arbeitseinsatz vorbildlich geregelt war und Lohn- und Preiserhöhungen rechtzeitig unterbunden wurden. Der Erfolg der deutschen Wirtschaftsmassnahmen mußte somit zu einer vertrauensvollen und optimistischen Auffassung der Lage unserer Wirtschaft in diesem Kriege führen, die einerseits ihren Eindruck auf die neutralen Mächte nicht verfehlte, andererseits aber die plutokratischen Gegner zu einer immer weitergehenden Enthüllung ihrer wahren Absichten führen. Die stärker und stärker werdenden Drohungen gegen die Neutralen brachten in der Presse der westlichen Demokratien immer stärker die Argumente zum Ausdruck, daß nur eine Verschärfung der Blockadebemühungen von Erfolg sein könne. Daß die „Beschützer der kleinen Staaten“ dabei die Lebensrechte der neutralen Staaten wenig in Rechnung setzten, ist unsererseits nicht als erstaunlich zu bezeichnen und enthüllt nur die wahren Absichten der plutokratischen Kriegsheher. Auf der anderen Seite wurde damit nur zugegeben, daß die bisherigen, auf einer „mühseligen“ wirtschaftlichen Kriegsstrategie beruhenden Maßnahmen der wirtschaftlichen Erweiterung des deutschen Reiches zum Scheitern verurteilt waren. Auch die Einsicht in die überaus große Verwundbarkeit der eigenen wirtschaftlichen Position nahm trotz allen propagandistischen Perumredens bei unseren Gegnern unter den Schlägen der deutschen Kriegsführung zu Wasser und in der Luft zu.

Das Reich und seine von höchstem Verantwortungsbewußtsein getragene Regierung setzten im Monat März auf wirtschaftlichem Gebiet die Anstrengungen fort, die zur siegreichen Durchführung des von den Plutokratien gewollten und angestifteten Kampfes als notwendig erachtet wurden. Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring richtete am 14. März einen Aufruf an das deutsche Volk, der die Schaffung einer Reserve an Nicht-Eisenmetalle zum Zweck hat. Danach sollen der Reichsverteidigung alle entbehrlichen Gegenstände aus Kupfer, Bronze, Messing, Zinn, Blei und Nickel in nationalsozialistischer Opferbereitschaft zur Verfügung gestellt werden. Diese freiwillige Spende wird das Geburtstagsgeschenk sein, das die deutsche Nation dem Führer als Geburtstagsgeschenk zum 20. April darbringt. Die

ersten Ergebnisse der am 26. März einsetzenden Metall-Sammelaktion zeigten bereits, in welch starkem Maße das deutsche Volk dem Aufruf des Generalfeldmarshalls Folge leistete und somit dazu beitrug, eine möglichst große nationale Reserve an Metallen zu schaffen, auf die die Reichsverteidigung im Bedarfsfalle jederzeit zurückgreifen kann.

Eine weitere überaus wichtige Maßnahme stellt die durch Erlaß des Führers vom 17. März erfolgte Berufung des Generalinspektors für das deutsche Straßennetzen, Dr. Todt, zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition dar. Diese Ernennung ist in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der weiteren Kräftekonzentration und Leistungssteigerung zu betrachten, deren Durchführung das deutsche Waffen- und Munitionsprogramm für jeden erforderlichen Einsatz sicherstellen wird. Reichsminister Dr. Todt hat bereits durch seine außerordentlichen Fähigkeiten beim Bau der Reichsautobahnen und des Westwalls bewiesen, daß er die für das neue Amt erforderliche Energie und das Organisationstalent in höchstem Maße besitzt.

In der mit Wirkung vom 1. März erfolgten Berufung des Generalbevollmächtigten für das Kraftfahrzeugwesen im Vierjahresplan, Oberst des Generalstabes Adolf v. Schell, unter Verleihung des Titels eines Unterstaatssekretärs und Ernennung zum Generalmajor als Abteilungsleiter in das Reichsverkehrsministerium, ist ein weiterer Schritt in der Vereinheitlichung des Transportwesens und seiner reibungslosen Sicherstellung zu erblicken. Das Aufgabengebiet des Unterstaatssekretärs v. Schell umfaßt den gesamten motorisierten Verkehr und den allgemeinen Straßenverkehr.

Die in den vergangenen Monaten berichteten positiven Kennzeichen der deutschen Wirtschaftslage erfuhren auch im Laufe des Monats März immer wieder neue Bestätigungen. Die Lage am deutschen Geldmarkt erwies sich weiterhin als recht stabil. Privatwirtschaftliche Anleihen erreichten zum Teil sensationelle Erfolge. Die ersten Stichproben, die nach Beendigung der kalten Jahreszeit bei den Lebensmittelvorräten vorgenommen wurden, wiesen im Verhältnis nur sehr geringe Winterschäden auf. Die Ergebnisse der deutschen Viehzählung vom 4. Dezember 1939 bestätigten die in den vorläufigen Ergebnissen zutage tretenden überaus erfreulichen Zunahmen der für die Volksernährung so wichtigen Bestände. Sie waren andererseits auch ein Merkmal dafür, daß trotz der englischen Blockade das Reich bisher nicht gezwungen war, die Viehbestände anzugreifen.

Die Anfang März eingeführte Zusatzkleiderkarte für Jugendliche ist ebenfalls als ein Beweis dafür anzusehen, daß die durch die Einführung der Reichskleiderkarte vorgegebene Rationierung der Textilien immer noch gewisse Reserven für besondere Fälle offenhielt. Die selbstverständliche Beibehaltung der für die Volksernährung ausreichenden Lebensmittelrationen möge dieses Bild einer gewissenhaften Vorlage für alle Lebensbedürfnisse des deutschen Volkes abrunden.

Die Forschungsaufgaben auf ernährungswirtschaftlichem Gebiet werden trotz des Krieges, wie auch auf den übrigen Forschungsgebieten, fortgeführt. Am 28. März lief in Wejermünde ein vom Reichsernährungsministerium in Auftrag gegebener Reichsforschungsdampfer vom Stapel, der auf den Namen „Alexander von Humboldt“ getauft wurde. Der neue Reichsforschungsdampfer soll in erster Linie die Fischbestände der Meere untersuchen, um auf diese Weise der deutschen Seefischerei neue Fanggründe zu erschließen.

Ein besonderes Verdienst in der reibungslosen Umstellung der deutschen Wirtschaft auf die Kriegsverhältnisse kommt den Organisationen der gewerblichen Wirtschaft zu. Diese im Frieden und nun auch im Krieg bewährten Organisationen haben eine Reihe von zusätzlichen Aufgaben erhalten, die die schlagartige Durchführung der Kriegsmassnahmen sicherte. Trotz der Aufgabenvermehrung forderte der Reichswirtschaftsminister eine Verschärfung des Gebotes äußerster Sparsamkeit, um nicht unmittel-

bar produktive Ausgaben in der deutschen Wirtschaft auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Hiernach darf im Rechnungsjahr 1940 von den Wirtschaftsgruppen und ihren Gliederungen mit selbständigen Haushaltsplänen höchstens ein Betrag verausgabt werden, der um 15 v. H. niedriger ist, als die für das Rechnungsjahr 1939 genehmigten Haushaltspläne einschließlich der genehmigten Nachträge vorsehen. Dadurch freiwerdende Mittel sind zur Bildung eines Reservefonds zu verwenden, über den nur mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministers verfügt werden darf.

Auf dem Gebiet des Finanzwesens ist zu erwähnen, daß der Reichsfinanzminister durch eine Verordnung vom 20. März mit Wirkung vom 1. April 1940 das Recht der gewerblichen Unternehmer aufhob, Lieferungen und sonstige Leistungen untereinander bis zu 40 v. H. des Rechnungsbetrages in Steuergutscheinen zu bezahlen. Somit stellen die Steuergutscheine nunmehr nur noch ein Anlagepapier dar.

Als ein Spiegelbild der deutschen Wirtschaftsleistung wird seit jeher die Leipziger Messe angesehen. Ihre überaus erfolgreiche Durchführung und die über Erwarten große Beteiligung des neutralen Auslandes bestätigten auch in diesem Frühjahr, daß deutsche Qualitätsarbeit trotz des Krieges ihren Wert behalten hat und in der Lage ist, den befreundeten und neutralen Interessenten bewährte Wirtschaftsbeziehungen zu bieten. Als ein beredtes Zeugnis dafür, daß stärkster englischer Druck das Ausland nicht von der Erkenntnis abbringen konnte, daß es das Reich wirtschaftlich genau so nötig hat, wie Deutschland das Ausland braucht, bezeichnete Reichsminister Dr. Goebbels in seiner Eröffnungsrede im Leipziger Gewandhaus am 3. März die ausländische Beteiligung an dieser Messe. Die Gesamtanzahl der Teilnehmer betrug diesmal 6600 gegenüber 6682 im Jahre 1939. Zahlreiche Länder waren auf der Messe vertreten, 15 von ihnen auch diesmal wieder mit Kollektivausstellungen oder offiziellen Vertretungen. Diese Zahlen führte Reichsminister Dr. Goebbels als besten Beweis dafür an, daß Deutschland seine Wirtschaft auch im Kriege intakt gehalten habe, daß sie auf höchsten Touren laufe, daß Deutschland mit seiner Wirtschaft ein geschätzter Handelspartner sei, mit dem man engste Verbindung aufrechterhalten müsse, und daß neben einem zäh schaffenden Binnenhandel der deutsche Außenhandel auch im Kriege außerordentlich aktiv geblieben sei. Die Versuche der britischen Plutokratie, Deutschland von seinen natürlichen Handelspartnern zu trennen, seien aussichtslos, da diese wüßten, daß sie in Deutschland einen Dauerkunden hätten, daß aber Saison- und Gelegenheitsgeschäfte aus politischen Spekulationen und Zweckbeziehungen heraus eine keineswegs sichere wirtschaftliche Verbindung herzustellen pflegten.

Unmittelbar nach dem erfolgreichen Abschluß der Leipziger Frühjahrsmesse folgte am 10. März die Eröffnung der Wiener Messe, die durch eine Kraftfahrzeug- und Automobilschau erweitert war. Gauleiter Würdel bezeichnete in seiner Eröffnungsrede die Wiener Messe als einen Ausdruck der deutschen Kraft und Wirtschaftsleistung und als einen Beweis dafür, daß man in Deutschland nicht daran denke, die Produktion für den Export und den zivilen Bedarf einzustellen. Ebenso wie Gauleiter Würdel betonte der den erkrankten Reichswirtschaftsminister vertretende Ministerialdirigent Dr. Schlatterer die Bedeutung des Warenaustausches mit den Südostländern und die besondere Stellung Wiens. Er gab weiterhin die Gründung einer „Südosteuropa-Gesellschaft“ bekannt, deren Schirmherrschaft Reichswirtschaftsminister Funk und deren Präsidium Gauleiter Würdel übernahmen. Zweck ihrer Tätigkeit ist die Pflege und der Aufbau der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den südosteuropäischen Staaten unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der Ostmark und der Stadt Wien.

Das Ergebnis der Wiener Messe war insofern von besonderer Bedeutung, als die Besucherzahl mit 195000 im Verhältnis zur Herbstmesse um über

15000 zunahm und das Ausland ein überaus lebhaftes Interesse zeigte. Im Verlauf der Messe konnte im übrigen die Ostmark auf die zweijährige Wiederkehr des Tages ihrer Rückgliederung in das Deutsche Reich zurückblicken. Der Erfolg der Wiener Messe war dabei nur ein Symptom der völlig veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse, deren Anschluß an den stürmischen Wirtschaftsaufschwung im Reich schnell hergestellt werden konnte. Die bisherigen Leistungen stellen jedoch nur einen Anfang dar, wenn man die Mittlerrolle der Hauptstadt der Ostmark berücksichtigt, die sie im Verlauf der weiteren Festigung und Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen des Großdeutschen Reiches zum europäischen Südosten zu spielen berufen ist. Durchführung und Erfolg der vorgezeichneten wirtschaftlichen Aufbaumaßnahmen in Wien und der gesamten Ostmark stellen einen sehr wichtigen Beitrag für die Durchbrechung der Blockadebestrebungen unserer plutokratischen Gegner dar. Der Verlauf der Wiener Messe ist unter diesem Vorzeichen als ein überaus günstiges Merkmal anzusehen.

Einen empfindlichen Gegenschlag gegen die britische Blockade stellt ohne Zweifel die Sicherstellung der deutschen Kohlenlieferungen nach Italien dar. England glaubte durch die Beschlagnahme der über Rotterdam auf dem Seeweg nach Italien transportierten Kohle einen wirtschaftlichen und erst recht einen politischen Druck auf das faschistische Italien ausüben zu können. Der in einer italienischen Note ausgedrückte Widerspruch gegen die britischen Maßnahmen unter Hinweis auf die Rechtswidrigkeit der gesamten durch die „Order in Council“ vom 28. November 1939 durchgeführten britischen Aktionen gegen die deutsche Ausfuhr stellte die Entschlossenheit Italiens heraus, seine Lebensrechte auf allen Gebieten zu verteidigen. Im Verfolg der Besprechungen zwischen dem Duce und Reichsaußenminister v. Ribbentrop in Rom fand dann eine außerordentliche Sitzung des deutschen und italienischen Regierungsausschusses für die Regelung der deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen statt, auf der die erforderlichen Maßnahmen vereinbart wurden, um die Kohlenlieferungen aus Deutschland nach Italien vollständig auf dem Landwege durchzuführen und auf diese Weise fast den gesamten italienischen Einfuhrbedarf an Kohlen zu decken. Somit wurde der britische Plan, Italien zur Einfuhr britischer Kohle zu zwingen, um damit dem zurückgegangenen britischen Export wieder etwas auf die Beine zu helfen, durchkreuzt. Im übrigen ist die Durchführung und Sicherung der italienischen Kohlenversorgung durch Deutschland als eine weitere Bestätigung für die nicht zu brechende deutsche Wirtschaftskraft im Kriege zu werten. Wie die italienische Presse bereits nach wenigen Wochen der Gültigkeit des neuen Abkommens bestätigte, war das Reich durchaus in der Lage, leistungs- und transportmäßig die Voraussetzungen für diese außerordentlichen Anforderungen zu schaffen. Bei einem Einfuhrbedarf von etwa 12 Millionen Tonnen Kohle liefert das Reich durchschnittlich im Monat rund 1 Million Tonnen, die auf 7 verschiedenen Übergangswegen geführt werden.

Neben diesem in der Wirtschaftsgeschichte wohl einzigartigen Abkommen zwischen zwei politisch befreundeten und verbündeten Nationen machte der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion weitere Fortschritte. Am 8. März traf aus Moskau eine Abordnung des Außenhandelskommissariats unter Führung des Volkskommissars Tschowhan in Berlin ein, um mit deutschen Firmen über die Lieferungen zu verhandeln, die in dem kürzlich abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommen vorgesehen sind. Gegenüber den tendenziösen Auslegungen dieses Wirtschaftsabkommens erwiesen sich die Presseausführungen des Botschafters Dr. Schnurre, der bei den Verhandlungen in Moskau führend beteiligt war, als überaus wirksam. Aus ihnen ging hervor, daß die beiderseitigen Wirtschaftsabmachungen keine bloßen Rahmenabkommen oder Generalrichtlinien für einen etwaigen späteren Wirtschaftsverkehr darstellen, sondern greifbare geschäftliche Abreden über Lieferung und Empfang zwischen den Einzelorganisationen der russischen Staatswirtschaft und deutschen Einzelunternehmen sind. Die Lieferungen laufen



Der Ausbau und die Neuplanung der Wasserstraßen im Osten.

bereits seit Monaten und haben ein erfolgverheißendes Tempo angenommen. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, daß Deutschland überwiegend vorhandene und daher sofort lieferbare Rohstoffe und Lebensmittel bezieht, während die Sowjetunion von Deutschland hauptsächlich Maschinen und Fabrikeinrichtungen einführt, die nach den vorliegenden Plänen hergestellt werden.

Bei der Wichtigkeit der neu aufgenommenen und erweiterten Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion ist es selbstverständlich, daß die russischen Bodenschätze und ihre weiteren Ausbaumöglichkeiten in Deutschland steigendes Interesse finden. Besonders wird das Augenmerk auf die Erweiterung der Verkehrsverbindungen gerichtet. Mit dem Bau des Dnjepr-Njemen-Kanals, der eine zuverlässige Verbindung des Schwarzen Meers mit der Ostsee schafft, wurde bereits begonnen. Vekkleunigt in Angriff genommen wird ferner die Kanalanlage zwischen Dnjepr und Bug, die eine weitere Verbindung vom Schwarzen Meer und der Ostsee durch die Weichsel ermöglicht. Diese neue Wasserstraße soll nach Ausführungen des stellvertretenden Volkskommissars für Flußschifffahrt, Lufjanow, auf die Massenbeförderung von Erzeugnissen eingerichtet werden, die in Mittel-, Süd- und Südostdeutschland erzeugt werden: also in erster Linie Getreide, Zucker, Salz, Erdölprodukte und Metalle.

Die Bedeutung der Sowjetunion als Durchgangsland nach den fernöstlichen und südostasiatischen Ländern unter dem Gesichtspunkt der englischen Blockadedrohungen liegt auf der Hand. Die Verstärkung der Verkehrsverbindungen nach der Sowjetunion und die Behebung des Warenaustausches mit den baltischen Staaten führte zu Verhandlungen über den Eisenbahnverkehr zwischen Deutschland einerseits und Litauen, Estland und Lettland andererseits, die Mitte März in der estnischen Hauptstadt Reval geführt wurden und einen befriedigenden Abschluß fanden. Eine litauische Wirtschaftsabordnung traf um die gleiche Zeit in Berlin ein, um Verhandlungen über eine Intensivierung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zu führen. Die Verhandlungen mit Estland waren bereits am 12. März durch Unterzeichnung der getroffenen Vereinbarungen zum Abschluß gebracht worden.

Bei der Aufnahme der üblichen Tagung des deutsch-rumänischen Regierungsausschusses Ende März in Bukarest kam es ebenso wie im Vorjahre beim Abschluß des umfangreichen Wirtschaftsabkommens zwischen beiden Ländern zu plumpen englischen Störungsversuchen. Obwohl die Verhandlungen sich im Rahmen der üblichen Besprechungen bewegen, erfand der Bukarester Vertreter der englischen Agentur Reuter das Märchen von einem Wirtschaftsultimatum des Reiches an Rumänien. Die rumänische Regierung wandte sich schärfstens gegen diese üble Brunnenvergiftung durch Ausweisung dieses würdigen Vertreters der plutokratischen Kriegsbeherclique.

In England mußte man auch im Monat März immer mehr zu der Einsicht kommen, daß der von seiner plutokratischen Oberflücht angezettelte Krieg einen ganz anderen Verlauf nahm, als man sich dies in fast dilettantischer Weise vorgestellt hatte. Überaus aufschlußreich war in dieser Beziehung eine Erklärung des Exportministers Sudson am 5. März, der eine Reihe von drastischen Einschränkungen in der Lebenshaltung in Aussicht stellte. Diese Ankündigung fiel zusammen mit der am gleichen Tage erfolgenden Mitteilung von der Ausbringung einer hohen Kriegaanleihe, der noch weitere folgen sollen. Rifter Sudson mies besonders darauf hin, daß in England nunmehr ein Exportaustausch gebildet worden sei, der die notwendige Ausfuhr aber nur erzielen könne, wenn „ein Teil der Waren dem britischen Binnenmarkt entzogen wird“. Die stolzen propagandistischen Ankündigungen von den unerschöpflichen Silbquellen des so gewaltigen britischen Empire werden ebenfalls völlig über den Haufen geworfen, wenn Sudson verkündet, daß Großbritannien gar keine andere Wahl bleibe, als einen immer größeren Teil seiner industriellen Silbquellen für die Herstellung solcher Waren abzugeben, mit denen die Rohstoffe bezahlt werden

fönnen, aus denen dann die Munition hergestellt werden kann. Eine Bestätigung dafür, daß die britischen Auslandsguthaben zum großen Teil bereits aufgebraucht sind, ist in der Feststellung Hudsons zu erblicken, daß Großbritannien seine Einfuhren eben laufend bezahlen müsse.

Dieses wenig optimistische Bild von den wirtschaftlichen Möglichkeiten Englands fand im Laufe des Monats März durch einen neuen Fundsturz und einen weiteren Rückgang der Einfuhr seine Ergänzung. In Anbetracht dieser wenig befriedigenden Lage werden die hysterischen Schreie in der Presse der westlichen Plutokratien nach Verstärkung der Blockade selbst unter Bruch des Völkerrechts verständlicher.

Die Handelsespionage der britischen Konsulate entwickelte sich zunehmend zu einer Hauptaufgabe dieser Stellen. Darüber wurden folgende bemerkenswerte Einzelheiten bekannt: Wenn bei den britischen Konsulaten von neutralen Firmen Anträge auf Erteilung von Licenzen eingehend, beauftragen diese jetzt regelmäßig Buchprüferfirmen mit Untersuchungen bei den antragstellenden Firmen, um zunächst festzustellen, ob es sich um eine rein der Neutralität des betreffenden Landes angehörende Firma handelt oder ob und inwieweit ein ausländischer Einfluß in der Firma maßgebend ist. Nach der Buchprüfung muß die Buchprüferfirma dem britischen Konsulat eine eidesstattliche Erklärung über ihren Befund abgeben, wobei der Wissensdrang der Engländer sehr weit geht, da sie sich nicht nur für die Zusammensetzung der Direktion und des Kapitals der Firma, sondern auch dafür interessieren, ob für die Geschäfte der Firma Kredite oder Anleihen von Ausländern benötigt werden. Weiterhin wird den Buchprüferfirmen von den britischen Konsulaten zur Pflicht gemacht, ihre Aufmerksamkeit besonders der Frage zu widmen, ob die Aktien oder Anteile der zu prüfenden Firma erst kurz vor oder nach Ausbruch des Krieges in neutrale Hände übergegangen sind. In diesem Fall geht die Prüfung manchmal selbst so weit, daß nachgewiesen werden muß, ob der neue neutrale Besitzer finanziell in der Lage ist, die Aktien oder Anteile mit eigenen Mitteln zu übernehmen, wofür die Vorlage der letzten Vermögenssteuererklärung verlangt wird. Die Übernahme von Aktien und Anteilen mit beliehenem Geld wird dabei von den britischen Konsulaten nicht als rechtsgültig anerkannt. Diese ganzen Methoden beweisen, daß die britischen Konsulate nach willkürlichem Ermessen den neutralen Firmen die Bedingungen und Gesetze für ihre Neutralität, so wie die Engländer sie verstehen, vorschreiben. Manche neutrale Regierung dürfte sich allmählich ernsthaft überlegen, ob sie diesem rechtswidrigen und ihre Souveränität mißachtenden Treiben der britischen Konsulate noch länger zusehen will, oder ob es nicht doch an der Zeit ist, diese der eigenen Wirtschaft höchst schädliche Handelsespionage schlimmsten Ausmaßes, die überdies die wirtschaftliche Neutralität des Landes gefährden muß, durch geeignete Maßnahmen zu unterbinden.

Die enge Verquickung politischer und wirtschaftlicher Forderungen und Methoden im britischen Vorgehen wurde durch die Sperrung der italienischen Kohleneinfuhr aus Deutschland auf dem Seewege über Rotterdam besonders beleuchtet. Um die schrumpfende englische Ausfuhr zu beleben, sollte hier ein Druck auf Italien ausgeübt werden, den durch die Sperrung deutscher Kohlen entstehenden Ausfall durch britische Kohle zu decken. Als Bezahlung für die britischen Kohlenlieferungen forderte man unverblümt italienisches Kriegsmaterial. Dieses unverkämte Vorgehen erhielt dann, wie berichtet, durch den Abschluß des deutsch-italienischen Kohlenabkommens die einzig richtige Antwort. Dabei ist noch besonders zu bemerken, daß England zur gleichen Zeit beschloß, seine Kohlenlieferungen nach Belgien einzustellen.

Eine treffende Kennzeichnung erhielt die englische Wirtschaftspolitik ebenfalls von italienischer Seite durch den Direktor des halbamtlichen „Giornale d'Italia“, der einzig und allein England als Schuldigen für die Schrumpfung des italienisch-englischen Warenaustausches bezeichnete und dieses auf fol-

gende vier Ursachen zurückführte: 1. Die Entwertung des Sterlings, die den normalen Wirtschaftsaustausch zwischen den beiden Ländern tief erschüttert habe, 2. die Schaffung der mit dem System von Ottawa verbundenen Schutz-zölle, die das englische Imperium für viele italienische Waren verschlossen habe, 3. die von Eden erfundenen Sanktionen, die den italienischen Handel aus Großbritannien und den Dominien verdrängt hätten, 4. den Kriegszustand und das strenge Regime des englischen Wirtschaftskrieges, das alle Rohstoffe in Großbritannien und den Dominien für die englischen Kriegsindustrien mit Beschlagnahme belege und durch eine Anzahl von Einfuhrverboten den englischen Markt allen jenen ausländischen Erzeugnissen, die nicht unmittelbar für die Kriegführung notwendig seien, wie dies besonders für italienische Produkte der Fall sei, verschließe.

Die Leidtragenden des völkerrechtswidrigen englischen Vorgehens sind immer wieder die neutralen Staaten, deren Wirtschaften schweren Erschütterungen ausgesetzt sind. Bei ihnen sind immer neue Schwierigkeiten zu verzeichnen. Steuererhöhungen, Preissteigerungen, erhöhte Arbeitslosigkeit, Lebensmittelrationierungen und Währungsverschlechterungen gehören nunmehr zu den steigenden Sorgen ihrer Regierungen. Dr. N.



010196

